Da mein PC langsam knatschig wurde und immer öfter Probleme machte, habe ich aus Sicherheitsgründen Teil 2 hier begonnen. Ich geh lieber auf die sichere Seite und begrenze die einzelnen Teile auf 500 Seiten rum immer.

Die verwendeten Quellen stehen ab sofort am Schluss des jeweiligen Update, damit man schneller auf den Kalender zugreifen und springen kann.

Kalender 2020

rot = Erhöhung um 1 MIO. Infizierte
bisher:
3. + 14. + 27. April 2020; 10. + 21. Mai 2020

MAI

	~~1~~	~~2~~	~~3~~	~~4~~	~~5~~	~~6~~
~~7~~	~~8~~	~~9~~	~~10~~	~~11~~	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29					

JUNI

	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31			

JULI

	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30				

AUGUST

	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31			

SEPTEMBER

	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30				

OKTOBER

	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30	31			

TIMELINE
Teil 2

Agenda für **rechte** Spalte:

sind Infos für Jens
betreffen Schließungen /Anordnungen /Wiederöffnungen
kriminell & oder andere wichtige Ereignisse der Erde
witziges / erfreuliches
Anmerkungen von mir
zu gefundenen oder verworfenen Medikamenten gegen den Virus, spez. Infos zum Virus
Änderungen in Natur und Umweltverschmutzung

*Nach dieser Timeline-Tabelle schließt sich in **Teil 1** noch eine weitere an, wo ich besondere Gemeinschaftsaktionen der Länder hervorgehoben habe. Diesen Teil hänge ich in den weiteren Teile **nur an**, wenn sich in der Richtung was*

Mein Adobe PDF macht Probleme beim Öffnen der eigenen Links (Kalender). Wenn man die PDF mit dem Browser öffnet, kann man alle Verlinkungen, die ich eingefügt habe nutzen. Für den Fall, das auch Andere diese

maßgebliches tut. Teil 1 ist damit abgeschlossen.	Probleme haben.

Kalender	**12. Mai 2020**
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern	4.190.817 Infizierte 286.513 Tote 1.463.826 genesen
"Corona	Der Anstieg der sogenannten Reproduktionszahl R beim Coronavirus liegt laut dem Epidemiologen Timo Ulrichs an den Tagen nach Ostern. – Der höhere R-Wert sei noch nicht auf die jüngst beschlossenen Lockerungen aus der vergangenen Woche zurückzuführen, sagte Ulrichs zum Nachrichtenportal Watson. „Aber durchaus auf die Tage direkt im Anschluss an das Osterwochenende. Und möglicherweise auch auf größere Ausbrüche in Alten- und Pflegeheimen." Am Wochenende hatte die Reproduktionszahl erstmals seit Längerem in Deutschland die Grenze von 1 überschritten. Am Samstag meldete das Robert-Koch-Institut einen R-Wert von 1,1, am Sonntag fiel er mit 1,13 noch etwas höher aus. Daraus könne man nicht ableiten, dass die Lockerungen der Corona-Maßnahmen in Deutschland vergangenen Montag zu früh erfolgt seien, so der Epidemiologe. Es sei überhaupt noch zu früh, sich wegen des Anstiegs von R Sorgen zu machen. Epidemiologe warnt vor voreiligen Schlüssen Er warnte davor, zu frühe Schlüsse zu ziehen. Erst, wenn der Trend bei Reproduktionszahl und Neuinfektionszahlen dauerhaft nach oben gehe, sei das angebracht, sagte Ulrichs dem Portal. „Wenn wir längerfristig, etwa eine Woche lang, einen Trend zur Zunahme sehen, sollten wir uns ernsthaft Gedanken machen, ob die Lockerungen nicht doch verfrüht waren oder die Disziplin entscheidend nachgelassen hat." Die epidemiologischen Auswirkungen der Lockerungen werde man erst zwei bis drei Wochen nach deren Beginn sehen. „In dieser Zeit hoffen wir, dass die Zahlen im Rahmen bleiben und keine Trendumkehr erfolgt." Zudem rät Ulrichs, R richtig einzuordnen. Der Wert sei nicht als einziger ausschlaggebend. „R sollte nicht alleine betrachtet werden, sondern immer zusammen mit den Neuinfektionszahlen, den Behandlungspflichtigen sowie den an Covid-19 Verstorbenen." Zum Hintergrund der höheren R-Werte merkte der Epidemiologe außerdem an, dass die Zunahme relativ zu verstehen sei. „Erfreulicherweise nehmen die Neuinfektionszahlen weiterhin ab", so Ulrichs. „Diese niedrigen Zahlen erhöhen die Schwankungsbreite bei der Berechnung der Reproduktionszahl." (dts)
"Kreuzfahrtschiffe	Unter den Besatzungen der zahlreichen Kreuzfahrtschiffe, die wegen der Corona-Pandemie irgendwo auf der Welt festsitzen, gibt es mehrere Fälle mutmaßlicher Suizide. – Wie die Reederei Princess Cruises am Montag mitteilte, sprang eine 39-jährige Ukrainerin am Sonntag vor der niederländischen Küste von Bord der „Regal Princess". Einen Tag zuvor verübte ein

	männliches Besatzungsmitglied der „Carnival Breeze“ auf dem Weg von den Bahamas nach Europa mutmaßlich Suizid. Anfang Mai war bereits ein Crew-Mitglied der „Jewel of the Seas“ unter ungeklärten Umständen über Bord gegangen. Auf der in Miami ankernden „Navigator of the Seas“ traten am Sonntag 14 Besatzungsmitglieder in einen Hungerstreik um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, in ihre Heimatländer zurückgebracht zu werden. „Wir fühlen uns wie Geiseln“, sagte ein Crewmitglied dem „Miami Herald“. Seit dem 13. März dürfen Kreuzfahrtschiffe wegen des Virus weltweit nicht mehr verkehren. Während die Passagiere von Bord gehen durften, sitzen die Besatzungsmitglieder an Bord fest. **Allein in und um die US-Gewässer befinden sich nach Angaben der Küstenwache derzeit 104 Kreuzfahrtschiffe mit insgesamt 71.900 Menschen an Bord.** (afp)
China	84.011 Infizierte 4.637 Tote 79.208 genesen **In einem Schlag gegen die regierungskritischen Kräfte in Hongkong hat die Polizei rund ein Dutzend führende Köpfe der Demokratiebewegung festgenommen.** – Unter ihnen sind der Gründer der großen Hongkonger Zeitung „Apple Daily“, Jimmy Lai, der prominente Anwalt Martin Lee, sowie die Politiker und früheren Abgeordneten Albert Ho, Lee Cheuk Yan und Yeung Sum, wie lokale Medien sowie Aktivisten auf Twitter berichteten. Ihnen wird demnach vorgeworfen, bei den anhaltenden Demonstrationen im vergangenen Jahr illegale Versammlungen organisiert zu haben. Die Proteste hatte die Polizei zum Teil als „Aufruhr“ eingestuft. Nach den Berichten nahm die Polizei bei der konzertierten Aktion auch bekannte Aktivisten wie „Lang Haar“ Leung Kwok-hung sowie Au Nok Hin, Jimmy Sham, Avery Ng und Raphael Wong fest. Mit dem Ausbruch des neuen KPCh-Virus (Wuhan-Lungenseuche) ist es seit Januar allerdings stiller um die Demokratiebewegung geworden, die die asiatische Finanz- und Wirtschaftsmetropole in die schwerste Krise ihrer jüngeren Geschichte gestürzt hatte. „Die Unterdrückung der Proteste hört selbst während des Ausbruchs des Wuhan-Virus nicht auf“, kritisierte der bekannte Anführer der Demokratiebewegung, Joshua Wong, auf Twitter die Festnahmen. (dpa)
Deutschland	Infizierte Tote genesen Dem ohnehin angeschlagenen Industriekonzern Thyssenkrupp macht die Corona-Pandemie zusätzlich zu schaffen: Im zweiten Quartal des laufenden Geschäftsjahres 2019/2020 fiel der Umsatz im Vergleich zum Vorjahreszeitraum vor allem wegen einer schwachen Entwicklung im Stahlgeschäft um fünf Prozent auf 10,1 Milliarden Euro. Der Nettoverlust summierte sich auf 946 Millionen Euro im zweiten Quartal; im gesamten ersten Halbjahr des Geschäftsjahres betrug er 1,3 Milliarden Euro.

	– In den vergangenen Monaten seien „etliche Fortschritte beim Umbau“ von Thyssenkrupp gemacht worden, erklärte die Vorstandschefin Martina Merz . So sei etwa das Aufzuggeschäft verkauft worden. Mit der profitablen Sparte will der Konzern andere Unternehmensbereiche sanieren. Die finanziellen Mittel aus dem Verkauf, der bis Ende des Geschäftsjahres abgeschlossen sein soll, sollen Merz zufolge „bestmöglich“ für das Unternehmen eingesetzt werden. Allerdings sei „heute schon klar, dass Corona unseren Spielraum deutlich einschränken wird“. Für das zweite Halbjahr des Geschäftsjahres erwartet Thyssenkrupp, dass „infolge der vorübergehenden Werksschließungen und Produktionsrücknahmen der Kunden aus der Automobilindustrie“ der Umsatz „deutlich zurückgehen wird“. Der Versicherungskonzern Allianz hat wegen den Folgen der Corona-Pandemie deutliche Gewinneinbußen verzeichnet. Im ersten Quartal dieses Jahres **brach der Gewinn im Vorjahresvergleich um 28,9 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro ein**, wie das Unternehmen am Dienstag in München mitteilte. Das operative Ergebnis ging demnach um 22 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro zurück. Der Gesamtumsatz stieg den Angaben zufolge um 5,7 Prozent auf 42,6 Milliarden Euro. – Der Geschäftsbereich Schaden- und Unfallversicherung habe aufgrund höherer Schäden aus Naturkatastrophen sowie aufgrund von Corona-bedingten Schäden einen Rückgang des operativen Ergebnisses verzeichnet, erklärte die Allianz. Grund waren demnach auch die verheerenden Brände in Australien. Das operative Ergebnis im Bereich Lebens- und Krankenversicherung sei ebenfalls zurückgegangen. Das ursprüngliche Jahresziel, das ein operatives Ergebnis von insgesamt zwölf Milliarden Euro vorsah, werde wegen der Corona-Krise und den Turbulenzen an den Kapitalmärkten nicht erreicht, erklärte die Allianz. Bereits Ende April hatte das Unternehmen eine Gewinnwarnung heraus gegeben. Ein neues Jahresziel wurde zunächst nicht festgesetzt.
Frankreich	177.547 Infizierte 26.646 Tote 56.835 genesen Frankreich bereitet einen „Marshallplan“ für seine angeschlagene Tourismusbranche vor. Für den von der Corona-Pandemie betroffenen Sektor seien Hilfen in Höhe von 1,3 Milliarden Euro geplant, erklärte das staatliche Finanzinstitut Caisse des Dépôts. – Das Hilfsprogramm soll in dieser Woche von einem Ausschuss unter Leitung von Premierminister Edouard Philippe auf den Weg gebracht werden. Die Finanzhilfen sollen unter Auflagen vergeben werden. Voraussetzungen seien Umweltschutz und die Nutzung digitaler Techniken, „damit das Angebot allen Franzosen zugänglich gemacht wird“, betonte Sichel. Frankreich hatte die in der Corona-Krise verhängte Ausgangssperre am Montag nach acht Wochen erstmals gelockert. Fahrten im Umkreis von hundert Kilometern um den Wohnort sind erstmals wieder erlaubt. Strände, Hotels und Restaurants sollen aber nach Willen der Regierung noch bis mindestens Juni geschlossen bleiben.

Israel	Infizierte Tote genesen Einerseits hält Israel Zollzahlungen an die Palästinenser zurück, andererseits räumte es den Palästinensern jetzt einen Kredit wegen ausbleibender Einnahmen ein. Israel räumt der palästinensischen Autonomiebehörde einen Kredit in Höhe von knapp 800 Millionen Schekel (210 Millionen Euro) ein, um wegen der Corona-Krise ausbleibende Zolleinnahmen auszugleichen. Die Kreditzahlungen würden ab Juni über einen Zeitraum von vier Monaten ausgezahlt, sagte ein israelischer Regierungsvertreter am Montag. Die Palästinenser äußerten sich zunächst nicht zu dem Kredit. Israel erhebt Zolleinnahmen auf für die Palästinensergebiete bestimmte Waren, die israelische Häfen durchlaufen, und erstattet diese der palästinensischen Autonomiebehörde. Viele dieser Einnahmen fehlen der Autonomiebehörde nun, weil wegen der Corona-Krise die Importe dramatisch zurückgegangen sind. Dem israelischen Regierungsvertreter zufolge beantragte das palästinensische Finanzministerium den Kredit im April. Streit um Zahlungen der Autonomiebehörde an Gefängnisinsassen Zwischen Israel und der Palästinenserbehörde tobt seit mehr als einem Jahr ein Streit um für die Palästinenser bestimmte Zolleinnahmen, die Israel zurückhält. Seit Februar vergangenen Jahres kürzt Israel die Abgaben um die Summe, welche die Autonomiebehörde an palästinensische Gefängnisinsassen in Israel und deren Angehörige zahlt. Israel begründet die Maßnahme damit, dass mit den Zahlungen weitere Angriffe auf Israel finanziert würden. Die zurückgehaltene Summe beläuft sich nach israelischen Angaben inzwischen auf insgesamt rund 650 Millionen Schekel. **Der israelische Regierungsvertreter sagte, das Geld werde der Autonomiebehörde erstattet, sobald diese die Zahlungen an die palästinensischen Gefängnisinsassen einstelle.** (afp/al)
Russland	232.243 Infizierte 2.116 Tote 43.512 genesen *Der Pressesprecher des russischen Präsidenten, Dmitrij Peskow, hat sich mit dem Coronavirus angesteckt und befindet sich im Krankrenhaus, wie er gegenüber RIA Novosti am Dienstag bekanntgab.* – *Peskow ist nicht der einzige Spitzenpolitiker Russlands, bei dem das Virus SARS-Cov-2 nachgewiesen wurde. Ende April infizierte sich mit Covid-19 der Ministerpräsident Michail Mischustin, Anfang Mai wurde über die Erkrankung der Kulturministerin Olga Ljubimova und des Bauministers Wladimir Jakuschew berichtet..*
USA	getestete Infizierte Tote genesen **Die Fed gab in den zehn Jahren vor der Coronavirus-Krise fast 100 Milliarden US-Dollar für Pandemiebereitschaft und Gesundheitssicherheit aus**

	– **Zahlen aus einem Papier in der Fachzeitschrift „Health Sicherheit“ Ende 2018 veröffentlicht zeigen , dass die Regierung zwischen $ 10 Milliarden und 12 Milliarden US $ pro Jahr von 2010 bis 2018 über mehrere Agenturen für Programme ausgegeben , die dazu beitragen „Biosicherheit“ , die Verwaltung der „Pandemie Programme für Influenza und neu auftretende Infektionskrankheiten sowie Programme für Mehrfachgefahren und allgemeine Vorsorge, die die Bereitschaft und Reaktion auf verschiedene Arten von Gesundheitsbedrohungen, einschließlich Krankheiten wie dem Coronavirus, unterstützen.** *Wo bitte sind diese Gelder geblieben, was wurde damit gekauft bzw. wohin flossen die Gelder wirklich? Trump ist erst seit Jan. 2017 an der Macht.*
Kalender	**13. Mai 2020**
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern	4.262.799 Infizierte 291.981 Tote 1.493.661 genesen **Die EU-Abgeordneten streben für den wirtschaftlichen Wiederaufbau nach der Corona-Krise ein Finanzpaket im Umfang von zwei Billionen Euro an**. Diese Summe soll einem am Mittwoch im Parlament in Brüssel diskutierten Entschließungsentwurf zufolge mit einem „Wiederaufbau- und Transformationsfonds“ aufgebracht werden, der eng mit dem EU-Haushalt verknüpft wird. Die Mittel sollen demnach vor allem als Zuschüsse in die EU-Staaten fließen. – „Wir wollen ein geeintes Europa sehen, in dem alle Teile sich wirtschaftlich erholen werden“, sagte der Fraktionsvorsitzende der Konservativen, Manfred Weber (CSU). Das Parlament sei dafür bereit, „seine ideologischen und nationalen Differenzen beizulegen“, beteuerte seine sozialdemokratische Kollegin Iratxe García. Auch der Nationalkonservative Johan Van Overtveldt kündigte die Unterstützung seiner Fraktion für die Entschließung an. Der Text ist der Vorschlag des Parlaments für einen Wiederaufbauplan, mit dessen Ausarbeitung die EU-Staats- und Regierungschefs im April zunächst die EU-Kommission beauftragt hatten. Die Kommission hatte die Veröffentlichung ihres Vorschlages aber mehrmals verschoben. Zuletzt hieß es, „nächste Woche“ werde es so weit sein. „Mit jeder Verschiebung werden die Erwartungen größer“, warnte der Grünen-Politiker Bas Eickhout. Das Parlament zeige den Weg und präsentiere machbare Lösungen. Laut Entschließungstext wäre das vor allem ein Billionen-Fonds, der „durch die Ausgabe langfristiger, durch den EU-Haushalt garantierter Aufbauanleihen finanziert wird“. Die Mittel sollen demnach die Wirtschafts- und Sozialsysteme der Mitgliedstaaten stützen und zugleich den grünen und digitalen Wandel forcieren. Fließen soll das Geld in Form von Darlehen, aber „vor allem als Zuschüsse“ und „direkte Zahlungen“. Der Entschließungsentwurf warnt die Kommission zudem davor, für die Finanzierung des Konjunkturprogramms bestehende oder geplante EU-Programme zu kürzen. Der Text wurde von allen politischen Fraktionen außer rechtsgerichteten Parteien und Linken gemeinsam eingereicht,

	dennoch gab es auch Kritik: „Ich habe schon das Gefühl, hier (...) geht es darum, wie kann man möglichst schnell möglichst viel Geld den Mitgliedstaaten unkonditioniert zur Verfügung stellen“, sagte der CSU-Abgeordnete Markus Ferber. Aber das sei keine Antwort. „Wir machen damit ein Fass auf, was wir nie mehr zubekommen werden.“ Die Abgeordneten stimmen über die nächsten Tage per Fernabstimmungen über die Annahme der Entschließung ab. Mit einem Ergebnis wird am Freitag gerechnet. (afp) Die Vereinten Nationen erwarten den schärfsten Einbruch der Weltwirtschaft seit der Depression der 1930er Jahre. Sie prognostizierten ein Schrumpfen um 3,2 Prozent im laufenden Jahr. – Innerhalb von zwei Jahren werde sich die globale Wirtschaftsleistung um knapp 8,5 Billionen Dollar (7,8 Billionen Euro) verringern. Somit würden fast alle Zuwächse der vergangenen vier Jahre eliminieren. Die Pandemie verschlimmere auch Armut und Ungleichheit, hieß es in dem Bericht. Darin wird prognostiziert, dass 34,3 Millionen Menschen dieses Jahr unter die Schwelle extremer Armut fallen, die Mehrheit davon in Afrika. Alles zurück auf Anfang nach der Corona-Krise? Nicht, wenn es nach EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen geht. Sie möchte den Plan zum wirtschaftlichen Wiederaufbau zukunftsorientiert gestalten. Bedeutet: Mehr Fokus auf Aufgaben wie den Kampf gegen den **Klimawandel** sowie bessere Perspektiven bei der **Digitalisierung**.
"Corona	Das Coronavirus ist laut Forschern wegen einer Überreaktion des Immunsystems auf die Infizierung gefährlich. Dies ist einer Studie zu entnehmen, die im Fachmagazin „Frontiers in Public Health“ veröffentlicht wurde. – Chinesische Wissenschaftler vermuten, dass während der Krankheit eines der Proteine in die Zellen des Alveolarepithels eindringe und einen Zytokinsturm verursache - eine unkontrollierte Aktivierung von Immunzellen im Herd der Entzündung. In schweren Fällen könne eine solche Reaktion zu Lungenschäden und septischem Schock führen, der Organschäden verursacht. Als Beispiel führten die Autoren der Studie Statistiken an, nach denen sich bei 67,3 Prozent der schweren Patienten mit Covid-19 ein akutes Atemnotsyndrom entwickelt, bei fast 29 Prozent eine akute Schädigung der Nieren oder der Leber und bei 23,1 Prozent eine Herzschädigung verzeichnet wird.
China	84.021 Infizierte 4.637 Tote 79.242 genesen Angesichts neu gemeldeter Corona-Fälle in der chinesischen Millionenmetropole Wuhan haben die dortigen Behörden die Testung der gesamten Bevölkerung angeordnet. Wie chinesische Medien am Dienstag berichteten, hat jeder der 13 Stadtbezirke nun zehn Tage Zeit, um die Testung der insgesamt elf Millionen Einwohner in die Wege zu leiten. In welcher Zeitspanne alle elf Millionen Bewohner getestet werden sollen, blieb zunächst offen. – Am Sonntag und Montag waren in Wuhan erstmals seit einem Monat

	insgesamt sechs neue Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus offiziell registriert worden. Bei den Infizierten handelt es sich um ältere Bewohner eines Wohnkomplexes im Bezirk Dongxihu. **Josep Borrell, Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, hat kürzlich versprochen, dass die EU sich nie wieder der chinesischen Zensur beugen wird.** – Der Europäische Auswärtige Dienst, ein diplomatischer Arm der EU, gab letzte Woche zu, dass ein Brief der EU im chinesischen Staatsmedium „China Daily“ erst veröffentlicht wurde, nachdem „ein Teil eines Satzes, der sich auf die Herkunft und Verbreitung des Coronavirus bezog, entfernt wurde“, schreibt „Politico“. Der Brief war vom EU-Botschafter in Peking und von Botschaftern der 27 EU-Mitgliedsländer in China. „China Daily“ gilt als das Sprachrohr der Kommunistischen Partei des Landes. Borrell bestätigte am Dienstag (12.5.) auf einer Online-Pressekonferenz nach einem virtuellen Treffen der EU-Verteidigungsminister die Linie des Auswärtigen Dienstes. Demnach wurde die Entscheidung über die Veröffentlichung von der EU-Delegation in Peking getroffen – ohne vorherige Konsultation mit dem Brüsseler Hauptquartier. Josep Borrell versprach, dass die EU nicht noch einmal der chinesischen Zensur nachgeben werde, so „Politico“. Die rausgeschnittene Stelle bezog sich auf die Herkunft und Verbreitung von COVID-19 „Die EU-Delegation bedauert zutiefst, dass das Editorial nicht in seiner ursprünglichen, ungekürzten Form von der China Daily veröffentlicht wurde“, heißt es offiziell in einer Erklärung des Auswärtigen Dienstes. Der Delegation wurde mitgeteilt, dass das „chinesische Außenministerium nur unter der Bedingung eine Veröffentlichung gestattet“, dass ein Teil eines Satzes, der sich auf die Herkunft und Verbreitung von COVID-19 bezieht, entfernt wird. In der Erklärung des Auswärtigen Dienstes steht: „Die EU-Delegation in China teilte dem chinesischen Außenministerium ihre Einwände unmissverständlich mit.“ Der Auswärtige Dienst der EU hat die vollständige und ungekürzte Version des Briefes „parallel auf der Website der EU-Delegation und auf der Website der Botschaften und sozialen Medienkanälen mehrerer EU-Mitgliedstaaten veröffentlicht“. Die herausgeschnittene Stelle – hier kursiv – betrifft den Ausbruch von COVID-19 in China und lautet wie folgt: „Doch der Ausbruch des Coronavirus *in China und seine anschließende Ausbreitung auf den Rest der Welt in den letzten drei Monaten hat dazu geführt,* dass unsere bereits bestehenden Pläne vorübergehend auf die lange Bank geschoben wurden, da sowohl die EU als auch China voll mobilisiert sind, um sich einer Herausforderung von wahrhaft globalem Ausmaß zu stellen.“ Borrell sagte, dass „die Verwaltungshierarchie“ des Amtes die Angelegenheit diskutiert habe, „um sicherzustellen, dass so etwas nicht noch einmal passiert, und es war nicht die richtige Entscheidung, die getroffen wurde“.

	„Bei diesen Gelegenheiten wäre es besser, vorher die Zentrale zu konsultieren“, zitiert „Politico“ den EU-Außenbeauftragten.
Deutschland	173.171 Infizierte 7.738 Tote 147.200 genesen Der Reproduktionsfaktor "R" in Deutschland sinkt nach Angaben des Robert-Koch-Instituts weiter unter den kritischen Wert von "1". Aktuell betrage er 0,81, teilt das Institut in seinem aktuellen Lagebericht mit. Am Dienstag hatte er bei 0,94 gelegen, am Montag bei 1,07. Ein Wert unter 1,0 bedeutet grob gesagt, dass ein Infizierter im Schnitt weniger als eine andere Person ansteckt. Das Institut hatte zuletzt aber auch erklärt, die Zahl allein sei nicht entscheidend, um die aktuelle Lage zu bewerten. Wichtig seien auch die Zahl der Neuinfektionen im Tagesvergleich, die Zahl der positiv ausgefallenen Tests sowie die Be- und Auslastung des Gesundheitswesens. Wurde die ganze Heinsberg-Studie zu PR-Zwecken ausgeschlachtet anstatt den Fokus auf wichtige Erkenntnisse zur Corona-Bekämpfung zu legen? Das wird zumindest behauptet seit ans Licht kam, dass der Bonner Virologe Hendrik Streeck und sein Team mit einer PR-Agentur namens Storymachine zusammengearbeitet haben. Jetzt räumte Streeck im NRW-Landtag ein, dass das "doof gelaufen" sei, wies aber jeden Vorwurf einer Vermarktungs-Strategie zurück. Er habe „in Rekordzeit“ eine Studie aufgesetzt und mit Daten zur Diskussion beitragen wollen, sagte Streeck. **Es ist ein Dokument mit Sprengkraft**: Ein hoher Beamter des Innenministeriums verfasst in Eigenregie eine umfangreiche Analyse zum Krisenmanagement der Regierung und wird daraufhin suspendiert. In dem Papier wollte er seine Vorgesetzten vor den Folgen einer verfehlten Politik warnen: Die Corona-Maßnahmen hätten demnach schwerwiegende Konsequenzen. – Stephan K. ist Oberregierungsrat und Beamter im Bundesinnenministerium und stellvertretender Leiter des Referats „KM 4 – Schutz kritischer Infrastruktur“. Er und seine Unterabteilung waren bisher kein Teil des offiziellen Krisenmanagements der Bundesregierung. Schon früh warnte der Beamte anscheinend Kollegen und Vorgesetzte vor den Corona-Maßnahmen, die aus seiner Sicht zu schwerwiegenden Konsequenzen führen werden. In Eigenregie recherchierte und verfasste er schließlich eine über 80-seitige Analyse der jetzigen Situation. Das Dokument liegt Sputnik mittlerweile vollständig vor. Vorgesetzte verweigern Hilfe Das Dokument war innerhalb seines Ministeriums zunächst auf kein Interesse gestoßen: Weder seine direkten Vorgesetzten noch der zuständige Staatssekretär wollten sich den Inhalt anscheinend anschauen. In seiner Not versendete Stephan K. sein Papier schließlich an Bundesinnenminister Horst Seehofer, doch dessen Büroleiter stoppte das Schreiben, ohne es an seinen Chef weiterzuleiten. So kam es, dass Stephan K. das Dokument selbst verbreitete: Er sendete diverse Emails an Referatsleiter, Ministerien und auch an verschiedene Stellen in den einzelnen Bundesländern. Auch wenn das Papier schließlich öffentlich wurde, betont der Beamte bereits in seinem verfassten Werk, dass es sich bei seiner Analyse nicht um ein Produkt für die Öffentlichkeit handele: „..., sondern um einen internen Bericht, der keinen anderen Zweck

verfolgt, als einen fachlich fundierten Impuls zur Optimierung des Krisenmanagements und zur Maßnahmenplanung zu leisten.“
Der Auswertungsbericht trägt den Titel „Coronakrise 2020 aus Sicht des Schutzes Kritischer Infrastrukturen“. Untertitel: „Auswertung der bisherigen Bewältigungsstrategie und Handlungsempfehlungen“. Noch auf dem Deckblatt ist dabei vermerkt, welche Voraussetzungen der Arbeit zu Grunde liegen sollen, nämlich eine „wahrheitsgemäße und fundierte Sachverhaltsbeschreibung“. Dabei habe Stephan K. auch externe Expertenmeinungen eingeholt. Im Vorwort heißt es dann, dass die noch junge Coronakrise zu den größten Herausforderungen gehören dürfte, mit denen das Land je zu tun hatte.

Ein Lob und ein großes ABER …
Lobend erwähnt der Autor dabei die Mitarbeiter des Krisenmanagements, die unter hohem persönlichen Einsatz eine extrem wichtige Arbeit leisteten und faktisch über Leben und Tod entscheiden müssten. Der Beamte bemerkt dann, dass er mit seiner Arbeit einen Beitrag dazu leisten wolle, dass „Abwägungsprozesse so professionell wie möglich erfolgen könnten“. Die aktuelle Coronakrise zeichne sich durch eine doppelte Gefährdungslage für die Gesellschaft aus: Seit Ende 2019 die gesundheitlichen Gefahren durch Covid-19 und seit etwa Mitte März 2020 multiple Gefahren unterschiedlichster Art, ausgelöst durch die gesundheitlichen Schutzmaßnahmen, wie etwa eine Wirtschafts- oder eine Gesellschaftskrise:

„Es muss mit einer sehr großen Zahl potenzieller Gefahren umgegangen werden, deren Eintritt zwar in den meisten Fällen relativ klein ist, die jedoch trotz geringer Wahrscheinlichkeit grundsätzlich jederzeit eintreten können. Also auch mit einem Schaden, der statistisch nur alle 100.000 Jahre eintritt, könnten wir schon morgen konfrontiert sein.“
Der Autor schreibt dann von lange bekannten Versäumnissen. Bereits 2012 habe der damalige Leiter der Katastrophenschutzabteilung des BMI festgestellt, dass zwar Wesentliches bei der Verbesserung von Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erreicht worden sei, aber insbesondere die bundesweite Risikoanalyse - also die Einschätzung der Langzeitrisiken und deren systemischen Zusammenhänge – seien unzureichend.

Als größtes Problem beschreibt Stephan K. die aus seiner Sicht mangelhafte Risikobetrachtung der Pandemie, aus der schließlich die Regierungsmaßnahmen zum Lockdown erfolgten. Diese hätten einen massiven langfristigen Schaden angerichtet:

„Eine starke Wirtschafts- und Gesellschaftskrise mit einer negativen Entwicklung des BIP um 8 bis 10 Prozent im ersten Jahr, in der das Wohlstandsniveau längerfristig sinkt, wird nicht nur die Lebensqualität senken, sondern auch die Lebenserwartung der Bevölkerung.“
Demnach könne laut Autor befürchtet werden, dass durch die bereits bis heute aufgelaufenen Regierungsmaßnahmen potenzielle Lebenszeit im Umfang von bis zu mehreren Millionen Lebensjahren der Bevölkerung Deutschlands „vernichtet worden seien“.

Offizielle Todeszahlen falsch?
Die nationalen und internationalen Zahlen zu Infizierten und Corona-Toten seinen laut Stephan K. teils lückenhaft. Die Daten würden sich teilweise bei ihrer Entwicklung oder sogar rückläufigen Todeszahlen widersprechen. Der Beamte ist der Meinung, dass aber sogar trotz überhöhter Angaben über Todesopfer erkennbar gewesen wäre, wie gering die Gefahr durch Covid-19 gegenüber alltäglichen gesundheitlichen Risiken sei. Die offiziellen Todeszahlen durch Corona

führten demnach sogar zu einer Verzerrung:

„Beispiel: Eine Person, die keiner gefährdeten Gruppe angehört, und die trotz Infektion nicht an Covid-19 erkrankte, stirbt, als ihre fest eingeplante Herz-OP wegen Absage der Klinik nicht erfolgen kann, an den Herzproblemen; diese Person würde nicht als Opfer der Schutzmaßnahmen, sondern als Opfer der Virusinfektion gezählt.“
Die vom Robert-Koch-Institut und auch der Kanzlerin angeführte Reproduktionszahl „R“ sei laut dem Beamten gar ein „Abstraktum“, das generell nicht ausreichend erklärt werde und für Krisenmanager deshalb nicht geeignet sei:

„Das gilt insbesondere, da diese Zahlen ohnehin als unsicher beschrieben werden und/oder auf Zahlen beruhen, die ebenfalls unsicher sind.“
Generell bekommt das RKI kein gutes Zeugnis von Stephan K.: Ohne Kenntnis der Zahlen von explizit an Corona Verstorbenen und ohne Kenntnis des Durchseuchungsgrads der Bevölkerung könne gar keine verlässliche Aussage zur Gefährdung der Bevölkerung gemacht werden, heißt es in der Analyse.

Die Rolle der Kanzlerin ...
Ein besonderes Augenmerk lenkt Stephan K. in seinem Text schließlich auf die Rolle der Bundeskanzlerin. Diese sei vielfach nicht transparent, vielleicht sogar missverständlich gewesen. Es sei beispielsweise nicht klar geworden, ob Angela Merkel in der Corona-Krise eine eigene Agenda verfolge, oder lediglich als Sprachrohr und Vermittler der Bundesländer agiere. Ohne Kanzlerin oder Ministerpräsidenten in ihrer Öffentlichkeitsarbeit direkt beim Namen zu nennen, notiert der Autor:

„Publikumsgefallen ist keine Garantie und noch nicht einmal überhaupt ein Kriterium für richtige Entscheidungen. Mit ihm kommt ein sachfremder Motivator ins Spiel, der anfällig für Fehlentscheidungen macht. Übergroße Zustimmung und Akzeptanz selbst für Unsinn erzielen zu können, birgt eine große Gefahr für unser Gemeinwesen in sich.“
Auch kritisiert Stephan K. in diesem Zusammenhang das Agieren der Presse: Die nahezu durchgängige positive Resonanz der Medien „insbesondere auf jegliche Aktivität der Bundeskanzlerin“, egal was diese gerade als alternativlos ankündige, „bestätigt leider negative Vorurteile über die Presse“.

Das Fazit des Autors lautet also: Derzeit würde keine belastbare Bewertung der Gefahren für die Gesellschaft vorliegen – weder für die Gefahren durch den Covid-19-Virus noch für die Gefahren durch Kollateralschäden aufgrund der ergriffenen Schutzmaßnahmen. Beendet werden müssten jetzt laut Autor nicht nur die Corona-Maßnahmen, sondern auch die alarmierende Stimmung, die von öffentlichen Stellen und den Medien bis heute verbreitet werde:

„Dieser Alarmismus muss unverzüglich eingestellt werden. Denn mit einer durch die Maßnahmen der letzten Wochen nicht nur etwas belasteten, sondern schwer traumatisierten Bevölkerung werden wir den zweiten, sehr viel länger andauernden Teil der Krise viel schwerer bewältigen als den ersten.“
Die in den vergangenen Wochen gemachten Erfahrungen hätten sich im Gemüt vieler Menschen festgesetzt und es sei noch nicht absehbar, welche Folgen dies haben werde. Die schwierigste Aufgabe werde es nach Meinung von Stephan K. sein, verlorenes Vertrauen zurückzuerlangen - Vertrauen in einen zuverlässig den Bürger schützenden Staat.

Nach der Häufung von Corona-Infektionen in mehreren Schlachthöfen stellt die Bundesregierung rechtliche Konsequenzen in Aussicht.

– Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Arbeitsminister Hubertus Heil (SPD) kündigten am Mittwoch im Bundestag an, dass das Corona-Kabinett am kommenden Montag strengere Vorschriften beschließen werde. Merkel sprach von „erschreckenden Nachrichten“ aus der Fleischindustrie und verwies auf die oft prekären Arbeits- und Wohnbedingungen der Beschäftigten. Heil versprach: „Wir werden aufräumen mit diesen Verhältnissen.“

In mehreren Schlachtbetrieben – etwa im westfälischen Coesfeld und im schleswig-holsteinischen Bad Bramstedt – waren Corona-Infektionen bei einer Vielzahl von Beschäftigten festgestellt worden. Dort stieg die Zahl der positiv auf das Virus getesteten Arbeiter am Mittwoch leicht auf 264, wie der Kreis mitteilte. Die Arbeitsbedingungen in der Branche sind dadurch ebenso in den Blickpunkt gerückt wie die oft überfüllten Sammelunterkünfte der zahlreichen osteuropäischen Leiharbeiter.

Nordrhein-Westfalens Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann kündigte eine Politik der „Null-Toleranz“ an. „Egal, wer Schlachthofbetreiber ist. Wir müssen jetzt diesen Sumpf austrocknen. Die Pandemie gibt uns die Möglichkeit, das zu tun“, sagte der CDU-Politiker dem Radio-Sender WDR 2.

Bei Deutschlands größtem Fleischverarbeiter Tönnies in Rheda-Wiedenbrück (Nordrhein-Westfalen) wurden bislang allerdings keine Corona-Fälle entdeckt. Bis Mittwochmittag hätten 784 Laborbefunde vorgelegen. „Diese Befunde waren alle negativ“, teilte der Landkreis Gütersloh mit. Nordrhein-Westfalen hatte zuvor angeordnet, alle Beschäftigten der Schlachthöfe auf eine mögliche Covid-19-Erkrankung zu testen.

Auch die niedersächsische Landesregierung will nun sämtliche Schlachthof-Mitarbeiter im Land überprüfen. Dabei gehe es um 23 700 Beschäftige in 183 fleischverarbeitenden Betrieben, kündigte Sozialministerin Carola Reimann (SPD) im Landtag in Hannover an. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) kritisierte die Fleischindustrie scharf. „Es hat mich überrascht und massiv geärgert, dass einzelne Unternehmen ihre Arbeitnehmer trotz Corona offenbar fröhlich über die Landesgrenzen hin- und hergeschoben haben“, sagte Weil der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Donnerstag). „Ein solches Verhalten ist komplett verantwortungslos“.

Bundesarbeitsminister Heil sorgt sich unterdessen um die Arbeitsbedingungen und die Unterbringung der meist ausländischen Mitarbeiter: „Wir dürfen als Gesellschaft nicht weiter zugucken, wie Menschen aus Mittel- und Osteuropa in dieser Gesellschaft ausgebeutet werden.“ Das Subunternehmertum in der Fleischbranche sei dabei die „Wurzel des Übels“.

Deshalb warb Heil dafür, grundsätzlich über die derzeit weit verbreiteten Werksvertrags-Konstruktionen nachzudenken. Darüber hinaus machte sich der Minister für bundesweit verbindliche Kontrollquoten stark. Viele Bundesländer hätten bei den zuständigen Behörden zu stark gespart, um die Einhaltung der bestehenden Arbeitsschutzregeln zu überprüfen.

Bei einer Aktuellen Stunde im Bundestag prallten gegensätzliche Positionen aufeinander. Jutta Krellmann von der Linken forderte

unter anderem ein Verbot von Werkverträgen, klare Regeln für die Unterkünfte und einen brancheneinheitlichen Mindestlohn. Der Grünen-Parlamentarier Friedrich Ostendorff machte sich für eine Schließung von Betrieben stark, solange keine Mindestabstände und eine Einzelunterbringung der Arbeitskräfte gewährleistet sind.

Der agrarpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Stephan Protschka, warnte hingegen, bei zusätzlichen Verboten und Auflagen drohe eine Abwanderung der Schlachtbetriebe ins Ausland. Auch der FDP-Abgeordnete Carlo Cronenberg setzt auf strengere Kontrollen statt auf neue Gesetze: „Wir haben kein Rechtssetzungsproblem – wir haben ein Rechtsdurchsetzungsproblem.“ (dpa)

Zur Bewältigung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kosten der Corona-Krise hat Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte (SPD) **eine Vermögensabgabe nach dem Vorbild des Lastenausgleichs in der bundesdeutschen Nachkriegszeit gefordert.** Notwendig sei „eine gewaltige Kraftanstrengung aller staatlichen und privaten Akteure“, erklärte Bovenschulte am Mittwoch in der Bürgerschaft der Hansestadt. Der Lastenausgleich könne als Vorlage dazu dienen.

– Angesichts der durch die Pandemie ausgelösten beispiellosen Krise plädierte der Regierungschef „für eine über Jahre gestreckte Vermögensabgabe“ nach dem „Vorbild der Regierung Adenauer nach dem Zweiten Weltkrieg“. Es gehe um „die ökonomische und soziale Stabilisierung“ des Landes in einem „gemeinschaftlichen Projekt“, zu der jeder gemäß seiner Leistungsfähigkeit beitrage.

  Der sogenannte Lastenausgleich war nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland eingeführt worden, um die immensen ökonomischen Folgen des Krieges für große Teile der Bevölkerung abzufedern. Mit dem Geld wurden etwa Vermögensverluste durch Krieg, Vertreibung und Währungsreform entschädigt. Finanziert wurde der Ausgleich durch eine Sonderabgabe für jene, die größere Vermögen über den Krieg gerettet hatten. Die Zahlungen wurden über viele Jahre gestreckt. (afp)

Kein Oktoberfest in München in diesem Jahr. Die Stadt möchte aber nicht ganz auf die Buden und Fahrgeschäfte verzichten. Sie sollen im ganzen Stadtgebiet verteilt aufgebaut werden.

Zur Unterstützung der deutschen Unternehmen hat die staatliche Förderbank KfW Hilfskredite in Höhe von 19,3 Milliarden Euro bewilligt. Das geht aus einem gemeinsamen Dokument des Bundeswirtschafts- und Bundesfinanzministeriums hervor, das der Nachrichtenagentur Reuters vorliegt. Dies sind knapp 60 Prozent des insgesamt beantragten Kreditvolumens, aber 99 Prozent der Anträge. Bei der KfW lagen Stand gestern 38.048 Kreditanträge im Gesamtvolumen von 34,04 Milliarden Euro vor.

Die Bundesregierung hat Lockerungen bei den Grenzkontrollen beschlossen. Bald soll dann auch die Reisewarnung schrittweise aufgehoben werden, wie Bundesaußenminister Heiko Maas ankündigt. Als erstes soll man dann wieder innerhalb von Europa reisen können.

Bundesinnenminister Horst Seehofer hält nichts davon, die Bürger mit Steuervorteilen oder anderen Vergünstigungen zur Nutzung der geplanten Corona-Warn-App zu bewegen. "Wenn der Bürger den Eindruck hat, da wird mit einem Speck gewedelt, dann werden nicht ausreichend viele mitmachen", sagte der CSU-Politiker. Das habe er auch im Kreise seiner Kabinettskollegen betont. Besser sei es, den Bürgern ganz nüchtern zu erklären, dass ein Teil der Maßnahmen für alle gelockert werden könnte, wenn eine große Anzahl von

	Menschen eine solche App nutzen würde. Der EU-Politiker Axel Voss (CDU) hatte vorgeschlagen, Nutzer der Warn-App sollten mehr Freiheiten bekommen als diejenigen, die sie nicht herunterladen, beispielsweise Reise im grenznahen Bereich oder Restaurantbesuche. *(Das ist ne Erpressung der Bürger)*
Lesotho	1 Infizierte Tote genesen Jetzt hat es ganz Afrika erwischt: Als eins der letzten Länder der Welt hat das von Südafrika umgebene Gebirgskönigreich Lesotho am Mittwoch offiziell eine erste Coronavirus-Infektion bestätigt. Es handelt sich laut Gesundheitsminister Nkaku Kabi um eine Person ohne Symptome, deren Infektion über einen Test entdeckt worden sei. Der kleine südafrikanische Staat galt offiziell als letztes Corona-freies Land in Afrika.
Saudi Arabien	44.830 Infizierte 273 Tote 17.622 genesen Tiefe Ölpreise ziehen Riad mit in den Krisenabgrund. Die saudische Führung muss nicht sparen – sie muss knausern: Die Grundsicherung für sozial Schwache wird gestrichen, der Privatkonsum durch die Verdreifachung der Mehrwertsteuer belastet. Vor allem aber droht die Innovation in der saudischen Wirtschaft zu versiegen. Der Preiskrieg rächt sich. – Für Investoren war die Erklärung des saudischen Finanzministers ein Schock: Die Aktien des staatlichen Ölkonzerns Saudi Aramco brachen an einem Tag um 5,2 Prozent ein, die wichtigsten Banken in Riad verloren 6,7 Prozent ihres Werts, um bis zu 9,5 Prozent verbilligten sich die Wertpapiere Dutzender saudischer Unternehmen. Was war passiert? Nachdem Russland im März ein Ultimatum der Saudis zur Kürzung der Ölfördermengen abgelehnt hatte, versprach Riad, die Märkte mit billigem Rohöl zu fluten, und löste das Versprechen ein: Saudi Aramco senkte die Ölpreise – für die USA auf sieben Dollar je Barrel, für Nordeuropa auf acht Dollar, für Ost- und Südostasien auf sechs Dollar je Fass. Damit nicht genug: Der saudische Ölriese brachte die Förderpumpen auf Hochtouren und steigerte den Ölexport um ein Drittel von 9,7 Millionen auf 12,3 Millionen Barrel pro Tag. Russland – der größte Öl-Konkurrent in Europa – sollte durch das Dumping ruiniert werden. Der Ölpreis fiel von 51 Dollar je Barrel im Februar, dann auf 32 Dollar im März und auf 27 Dollar im April. Anfang April einigten sich die Teilnehmerländer der OPEC+ schließlich doch auf Förderkürzungen, beginnend am 1. Mai. Aber Riad legte in der Dumping-Schlacht nach und bot den Abnehmern in Europa einen Zahlungsaufschub für geliefertes Rohöl von präzedenzlosen 90 Tagen an. Experten warnten mehrfach: Für Saudi-Arabien mit seinem Haushalt, der auf einem Ölpreis von mindestens 80 Dollar aufbaue, komme der Preiskrieg einem wirtschaftlichen Selbstmord gleich. Aber Riad dachte mehr daran, wie Russland für das abgelehnte Ultimatum zu bestrafen wäre. Wohin diese Politik geführt hat, erklärte der saudische Finanzminister Mohammed al-Dschadan letzte Woche: „Wir machen eine schwere Krise durch, wie wir sie in der neueren Geschichte noch nie erlebt haben. Probleme auf dem Ölmarkt haben Einnahmenausfälle und einen solchen Druck auf die Staatsfinanzen

ausgelöst, dass es schwierig wird, damit ohne mittel- und langfristige Nachteile für die Volkswirtschaft fertig zu werden."

Riad gibt im Rekordtempo seine Gold- und Währungsreserven aus, um die nationale Währung – den Riyal – zu stützen. Allein im März schrumpften die Reserven um 27 Milliarden Dollar: Höchstwert, seit die Statistik geführt wird. Gegenwärtig verfügt das Königreich über 464 Milliarden, also über die geringsten Rücklagen seit 2011, wie „Al Jazeera" berichtet. Für den vergangenen Monat rechnen Experten mit einem weiteren Minus-Rekord bei den Staatsreserven.

Man müsse die nicht-ölgebundenen Staatseinnahmen stützen, sagte der Finanzminister – wenn nötig auch mit „schmerzhaften Maßnahmen". Die Staatsausgaben müssten unterdessen „sehr stark" gekürzt werden.

Das saudische Finanzministerium startet am 1. Juni ein Programm zur „Optimierung" der Staatskasse im Umfang von 30 Milliarden Dollar: **Die Grundsicherung für sozial Schwache wird gestrichen, die Mehrwertsteuer wird von fünf auf fünfzehn Prozent mit einem Schlag verdreifacht.**

Die Finanzkrise wird die Ausgabenkürzung mäßigen, sagen Analysten, aber retten lassen sich die Staatsfinanzen dadurch nicht.

„Die Lage ist für Saudi-Arabien kritisch", erklärt Monica Malik, Chefanalystin der Abu Dhabi Commercial Bank. „Der Druck auf den Staatshaushalt setzt sich in der zweiten Jahreshälfte fort, weil zu den niedrigen Ölpreisen die Förderkürzung hinzukommt." Riad wird sich immer mehr verschulden müssen.
In diesem Jahr hat sich Saudi-Arabien schon zwei Mal Geld geliehen, durch die Emission von Staatsanleihen im Wert von 19 Milliarden Dollar. Darunter sind auch Papiere mit 40-jähriger Laufzeit: Kein anderer Staat am Persischen Golf hat jemals länger laufende Anleihen ausgegeben. Auf bis zu 30 Prozent der Wirtschaftsleistung werden Riads Schulden steigen, schätzt die Ratingagentur Moody´s.

Das ist zwar noch kein Limit, sagen Analysten, aber das größte Problem der Golfmonarchie in der jetzigen Krise sind nicht die Finanzen. Der Preiskrieg gegen Russland hat gezeigt, wie stark die saudische Wirtschaft von der Lage auf den Rohstoffmärkten abhängig ist. Mehr noch: Bei rückläufigem Ölexport und schwacher Aussicht auf die Erholung der Ölpreise sind Riads Chancen, aus der Ölabhängigkeit auszusteigen, minimal. Je weniger Petrodollars es gibt, desto geringer werden die Investitionen in die ölunabhängigen Wirtschaftssektoren ausfallen.

Der staatlichen Finanzoptimierung fällt unter anderem das saudische Zukunftsprogramm „Vision 2030" zum Opfer. Teil des Programms ist das Projekt NEOM: Im Nordwesten des Landes sollte für 500 Milliarden Dollar eine Metropole der Zukunft mit smarten Häusern, Flugtaxis und Robotern als Hauspersonal aus dem Boden gestampft werden. 2030 sollten planmäßig eine Million Menschen in diesem Utopia leben, aber die „Vision 2030" platzt.

Dabei hat doch Kronprinz Mohammed bin Salman persönlich den Kurs auf Innovation und Diversifikation für die saudische Wirtschaft vorgegeben. Nun untergräbt die Krise seine politische Stellung. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die wirtschaftliche Notlage soziale Probleme verursachen. Bedenkt man dazu noch die Neigung des Kronprinzen zu Verfolgungswahn, sind Massenverhaftungen in den Kreisen der saudischen Elite nicht ausgeschlossen. Umso fragiler

	erscheint die Lage in Riad.
Sport weltweit	Fußball-Bundesligist Hertha BSC kann auf weiteres Geld von Investor Lars Windhorst hoffen. „Wir sind bereit, nochmals einhundert, einhundertfünfzig Millionen Euro Eigenkapital zu investieren, wenn der Bedarf bestehen sollte“, sagte der Finanzunternehmer der „Süddeutschen Zeitung“ (Donnerstagsausgabe). Die Aufgabe, diesen Bedarf zu identifizieren, obliege der Geschäftsführung von Hertha BSC. „Zu welchen Konditionen“ das Geld dann fließe, „muss man zu gegebener Zeit in Ruhe besprechen“, fügte Windhorst hinzu. Die Suche nach dem „Patienten Null“ der Corona-Pandemie geht weiter. **Kürzlich meldeten europäische Sportler, dass sie sich eventuell schon im Oktober 2019 in Wuhan mit dem Virus angesteckt hätten. Dort fanden die Militärweltspiele statt**. Zur gleichen Zeit gab es Unstimmigkeiten mit den Mobilfunkdaten um das P4-Labor, aus dem möglicherweise das Virus ausgebrochen ist. Gibt es einen Zusammenhang? Kürzlich sagten mehrere europäische Athleten, die im Oktober letzten Jahres an den Militärweltspielen in Wuhan teilnahmen, dass sie sich während des Wettkampfs in der Region mit COVID-19 angesteckt hätten. Das P4-Labor in Wuhan hatte ebenfalls im Oktober möglicherweise ein „gefährliches Ereignis“. – „Radio Free Asia“ zufolge sagte Elodie Clouvel, französische Weltmeisterin im modernen Fünfkampf der Frauen, in einem Interview, dass sie und ihr Freund Valentin Belaud im vergangenen Oktober nach Wuhan reisten, um an den Militärweltspielen teilzunehmen. „Nach diesen militärischen Weltspielen sind wir alle an den gleichen Symptomen erkrankt“, erklärte sie. „Es gibt viele Sportler (...), die sehr krank waren“, sagte sie im Interview. Damals schenkten sie der Krankheit nicht allzu viel Aufmerksamkeit und hielten sie für eine normale Grippe. „Aber wir haben uns kürzlich mit dem Militärarzt in Verbindung gesetzt, der uns sagte: ‚Ich glaube, Sie haben es bekommen, weil viele Leute aus dieser Delegation krank waren‘“, erzählte die Spitzensportlerin in „Lessor“. Das französische Verteidigungsministerium intervenierte jedoch vor Kurzem und erklärte, dass keine der Delegationen vor, während und nach den Spielen oder sogar nach ihrer Rückkehr nach Frankreich Berichte über ähnliche Symptome wie die COVID-19 gemeldet hat. Fecht-Olympiasieger: „Antibiotika halfen nicht“ Auch Italiens ehemaliger Fecht-Olympiasieger Matteo Tagliariol sagte, er habe lange gebraucht, um sich von den Wuhan-Militärspielen zu erholen, und fünf seiner Mitstreiter, die alle ähnliche Symptome wie die der Wuhan-Lungenentzündung entwickelten, ebenso. Er kehrte eine Woche später mit hohem Fieber und Atembeschwerden nach Hause zurück. „Antibiotika halfen nicht“ und es zog sich drei Wochen lang hin, bevor er geheilt war. „Dann ist es an meinem Sohn und meine Freundin übertragen worden“, erzählte Tagliariol. Die schwedische Delegation erhielt auch mehrere Berichte über Krankheiten, darunter vom Schwimmer Raphael Stacchiotti. Nach Ansicht von Epidemiologen der schwedischen Regierung verbreitete er das Virus im vergangenen November in Skandinavien. Der Schwimmer erklärte gegenüber „L’essentiel“: „Ich bin in der Tat krank geworden, aber gleich nach meiner Ankunft in China. Ich hatte keines der bekannten COVID-19-Symptome.“ Nach der Ausbreitung der Epidemie hatten ihn einige seiner Teamkollegen damit aufgezogen,

dass Stacchiotti „Patient Null“ gewesen sei, schreibt „L’essentiel“.

All diese Fälle liegen zwei Monate vor der Bestätigung der ersten infizierten Fälle, welche von der Kommunistischen Partei Chinas an die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 31. Dezember 2019 gemeldet wurden.

Die Militärweltspiele 2019 in Wuhan fanden vom 18. bis 27. Oktober 2019 statt. Es nahmen fast 10.000 Athleten aus 100 Ländern teil.

Im Wuhan-P4-Labor passierte ein „gefährlicher Unfall“ „NBC“ berichtete vor Kurzem, dass eine Analyse der Standortdaten von Mobiltelefonen vom 7. bis zum 24. Oktober 2019 im Hochsicherheitsbereich des P4-Labors in Wuhan keine Mobiltelefonaktivität zeigte. US-amerikanische Geheimdienstquellen vermuten, dass sich zwischen dem 6. und 11. Oktober ein „gefährliches Ereignis“ ereignet haben könnte, was den Ausfall der Daten erklärt.

Die Analyse, deren Autor unbekannt ist, zeigte auch, dass es zwischen dem 14. und 19. Oktober in der Gegend um das Labor in Wuhan keinen Mobilfunkverkehr gab.

Da das Wuhan-Labor eine Hochsicherheitseinrichtung in einer Nation ist, die gefährliche Krankheitserreger untersucht, ist es ein Ziel für mehrere US-Geheimdienste, teilten Beamte „NBC“ mit.

Die Daten wurden zwischen Oktober und November 2019 auf Hinweise untersucht, die auf irgendwelche Anomalien im Labor hindeuteten, sagten Beamte gegenüber „NBC“.

Auch die Geheimdienstausschüsse des US-Kongresses haben das Dokument erhalten und Senator Marco Rubio äußerte sich dazu auf Twitter: „Wenn es einen dramatischen Rückgang der Aktivität im Vergleich zu den vergangenen 18 Monaten zeigt, wäre dies ein starker Hinweis auf einen Vorfall im Labor und darauf, wann er [der Vorfall] geschah“, schrieb der Senator auf Twitter.

Peter Navarro: „Wir wissen, dass ‚Patient Null‘ in Wuhan war“
Das „Wuhan P4 Laboratory“ ist ein chinesisch-französisches Gemeinschaftsprojekt, das im Januar 2015 fertiggestellt und im Januar 2018 eröffnet wurde. Es wird vom „Wuhan Institute of Virus Research“ (Wuhan-Institut für Virusforschung) und vom „Chinese Academy of Sciences“ (Chinesische Akademie der Wissenschaften) geleitet.

Am 11. Mai sagte der Handelsberater des Weißen Hauses der USA, Peter Navarro, in einem Interview mit „Fox News“: „Wir wissen, dass ‚Patient Null‘ in Wuhan war. Es war ungefähr Mitte November“, sagte Navarro. „Wir wissen, dass der ‚Ground Zero‘ das P4-Waffenlabor ist, aus dem das Virus wahrscheinlich stammt“, ergänzte er.

„Wir wissen, dass in den darauffolgenden zwei Monaten China das Virus hinter dem Schutzschild der Weltgesundheitsorganisation verbarg“, ergänzte Navarro in der Sendung von „Fox News“.

Wie der „Spiegel“ berichtet, soll Machthaber Xi Jinping persönlich beim Präsidenten der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Tedros Adhanom, interveniert haben, um eine weltweite Pandemie-Warnung zu verzögern. Demnach soll Xi am 21. Januar den 2017 mit chinesischer Rückendeckung ins Amt gewählten Adhanom telefonisch darum gebeten haben, Informationen über eine Übertragbarkeit des

	neuartigen Coronavirus von Mensch zu Mensch zurückzuhalten – und damit auch eine Pandemie-Warnung zu unterlassen. „Es besteht kein Zweifel, dass Xi Jinping und hochrangige Funktionäre der Kommunistischen Partei Chinas bis Dezember Druck auf die Weltgesundheitsorganisation ausgeübt haben, um das Risiko dieses Virus herunterzuspielen“, sagte US-Senator Tom Cotton gegenüber „Fox News“. Cotton sagte, die WHO müsse der Welt eine echte Antwort darauf geben, warum sie vor der Kommunistischen Partei Chinas Kotau macht. Kürzlich haben US-Präsident Trump und Außenminister Pompeo sowie mehrere Amtsträger eine Untersuchung der Quelle des Virus und des P4-Labors in Wuhan gefordert. Denn jetzt ist auch dort beschlossene Sache, dass der Profifußball den Betrieb wieder aufnehmen soll. Los geht es am 29. Mai mit dem Pokalfinale zwischen Red Bull Salzburg Austria Lustenau. Die Bundesliga soll Anfang Juni nachziehen - natürlich alles ohne Zuschauer.
Türkei	141.475 Infizierte 3.894 Tote 98.889 genesen Spannungen Türkei/Griechenland um Mittelmeer/Zypern/Libyen nehmen zu. Massive Gerüchte über neuen Putsch gegen Erdogan in der Türkei. Tunis/Malta/Algier distanzieren sich von Ankara. Der Sprecher des türkischen Außenministeriums, Hami Aksoy, hat Griechenland, Zypern, Frankreich, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Ägypten das Streben nach der Gründung einer „Allianz des Bösen“ vorgeworfen. Grund dafür ist die jüngste Erklärung dieser Länder, die Ankaras Politik im östlichen Mittelmeer und Libyen verurteilt. – Laut dem Sprecher des türkischen Außenamtes schaffen diese fünf Staaten „regionales Chaos und Instabilität“ im östlichen Mittelmeer und opfern „die Hoffnung der Libyer auf Demokratie“. Er klagte, Zypern und Griechenland würden einen Dialog mit der Türkei vermeiden und Ägypten missachte die Interessen seiner eigenen Bevölkerung. Die Vereinigten Arabischen Emirate sind ihm zufolge feindselig gegenüber der Türkei gestimmt und Frankreich will „Schirmherr“ dieser Allianz sein. „Wir rufen alle diese Staaten dazu auf, im Einklang mit der Vernunft zu agieren“, wird er von der Nachrichtenagentur AP zitiert. „Frieden und Stabilität in der Region können durch ehrlichen und aufrichtigen Dialog erreicht werden, nicht durch Allianzen des Bösen.“ Gemeinsame Erklärung Erdgasstreit zwischen Ankara und Nikosia: Paris zeigt Flagge auf Zypern Die Außenminister der Vereinigten Arabischen Emirate, Griechenlands, Zyperns, Ägyptens und Frankreichs hatten am Montag nach einer Telefonkonferenz das illegale Vorgehen der Türkei in der zyprischen ausschließlichen Wirtschaftszone sowie die Versuche Ankaras verurteilt, in der Meereszone Zyperns nach Erdgas zu bohren. Und anderem verlangten die fünf Staaten, dass die Türkei das UN-Waffenembargo gegen Libyen respektiert und den Zustrom von Kämpfern aus Syrien nach Libyen verhindert.

	Gasstreit zwischen der Türkei und Zypern Zypern ist in den nur von der Türkei anerkannten Norden – die sogenannte Türkische Republik Nordzypern – und in den griechischen Süden geteilt. Die gesamte Insel ist als Republik Zypern international anerkannt und seit 2004 EU-Mitglied. Die Türkei und die Republik Zypern streiten sich um Öl- und Gasvorkommen auf dem Festlandsockel der Insel. Aus EU-Sicht unternimmt die Türkei unbefugte Gaserkundungen und -bohrungen vor Zypern. Yassin Akti, Berater des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan, warnte heute, Mittwoch, die Länder der Golfregion vor ihrer Einmischung in türkische Angelegenheiten und wies darauf hin, dass die Angelegenheit negative Auswirkungen haben werde. – Aktai veröffentlichte in seinem offiziellen Account auf "Twitter" einen Tweet, in dem er sagte: "Das Fortbestehen einiger Golfstaaten in ihrer Aggression und Einmischung in türkische politische Angelegenheiten wird negative Auswirkungen und schlimme Konsequenzen für diese Länder oder Staaten haben."
USA	9.974.322 getestete 1.388.936 Infizierte 83.791 Tote 243.430 genesen US-Präsident Donald Trump, der inmitten der Pandemie die Kritik am chinesischen Regime verschärft hat, hat seit langem angekündigt, die Produktion aus Übersee zurückholen zu wollen. – Die wirtschaftlichen Schäden und die große Zahl der Virustoten treibt die Regierung momentan dazu an, die US-Produktion und die Lieferketten aus China weg zu verlagern und die Abhängigkeit vom Reich der Mitte zu verringern. Und das selbst mit dem Risiko, dass sie nicht in die USA zurückkehren, sondern in andere Nationen gingen. „Wir haben in den letzten Jahren daran gearbeitet, [die Abhängigkeit unserer Lieferketten von China zu verringern,] aber wir geben dieser Initiative jetzt neuen Schwung“, sagte Keith Krach, Unterstaatssekretär für Wirtschaftswachstum, Energie und Umwelt im US-Außenministerium, gegenüber Reuters. Sorgen um Geschäfte mit China „Ich denke, es ist wichtig zu verstehen, wo die kritischen Bereiche liegen und wo es kritische Engpässe gibt“, sagte Krach und fügte hinzu, dass die Angelegenheit für die Sicherheit der USA von zentraler Bedeutung sei und dass die Regierung bald neue Maßnahmen ankündigen könnte. Das US-Handelsministerium, das Außenministerium und andere Behörden suchen nach Möglichkeiten, Unternehmen dazu zu bewegen, sowohl die Beschaffung als auch die Produktion aus China zu verlagern. Steueranreize und mögliche Subventionen für die Rückverlagerung gehören zu den Maßnahmen, die in Betracht gezogen werden, um Veränderungen voranzutreiben, so derzeitige und ehemalige Beamte gegenüber Reuters. „Es gibt eine ganze Reihe von Maßnahmen, die von der Regierung vorangetrieben werden“, sagt ein Beamter. Die Behörden sondierten, welche Produktion als „wesentlich“ eingeschätzt werden sollte und wie diese Waren außerhalb Chinas hergestellt werden könnten.

Trumps Chinapolitik wurde durch hinter den Kulissen stattfindenden Auseinandersetzungen zwischen Beratern des Handels und China-Falken bestimmt. Jetzt sagen Letztere, dass ihre Zeit gekommen sei.

„Dieser Moment ist eine maximale Katastrophe. Die Pandemie hat all die Sorgen, die die Menschen bezüglich Geschäften mit China hatten, bestätigt“, sagte ein anderer hoher US-Beamter. „All das Geld, das zuvor durch Geschäfte mit China verdient worden ist, wurde jetzt von dem wirtschaftlichen Schaden – verursacht durch das Virus – um ein Vielfaches in den Schatten gestellt“, sagte er.

Schaffung eines „Netzwerks für wirtschaftlichen Wohlstand“

Trump hatte wiederholt gesagt, dass er für chinesische Waren im Wert von 370 Milliarden Dollar die derzeit geltenden Zölle von bis zu 25 Prozent erhöhen könnte. Das bedeute aber nicht, dass Trump vor neuen Zöllen zurückschrecken werde, sagen Beamte.

Andere Möglichkeiten, China zu bestrafen, könnten Sanktionen gegen Beamte oder Unternehmen sein sowie engere Beziehungen zu Taiwan, der selbstverwalteten Insel, die Peking als sein Territorium betrachtet.

Laut Quellen sind die Diskussionen über die Bewegung von Lieferketten konkret, robust und multilateral.

Die Vereinigten Staaten drängten darauf, ein Bündnis „vertrauenswürdiger Partner“ unter der Bezeichnung „Netzwerk für wirtschaftlichen Wohlstand“ zu schaffen, sagte ein Beamter. Es werde Unternehmen und zivilgesellschaftliche Gruppen einschließen, die in allen Bereichen – von der digitalen Wirtschaft über Energie und Infrastruktur bis hin zu Forschung, Handel, Bildung und Gewerbe – nach den gleichen Standards arbeiten, sagte er.

Die US-Regierung arbeite mit Australien, Indien, Japan, Neuseeland, Südkorea und Vietnam zusammen, um „die Weltwirtschaft voranzubringen“, sagte Außenminister Mike Pompeo am 29. April. Zu den Diskussionen gehöre auch, „wie wir Lieferketten umstrukturieren (...) um zu verhindern, dass so etwas jemals wieder geschieht.“

Auch Lateinamerika könnte eine Rolle spielen. Der kolumbianische Botschafter Francisco Santos sagte im April, er befinde sich in Gesprächen mit dem Weißen Haus, dem Nationalen Sicherheitsrat der Vereinigten Staaten, dem US-Finanzministerium und der US-Handelskammer zu einem Vorstoß, US-Unternehmen zu ermutigen, einige Lieferketten aus China herauszuholen und näher nach Hause zu verlagern.

Kein Ansturm der Unternehmen
China hat die Vereinigten Staaten 2010 als weltweit führendes Produktionsland überholt und war nach Angaben der Vereinten Nationen im Jahr 2018 für 28 Prozent der globalen Produktion verantwortlich.

Die Pandemie hat die Schlüsselrolle Chinas in der Versorgungskette für Generika, die die Mehrheit der Verschreibungen in den Vereinigten Staaten ausmachen, deutlich gemacht. Sie zeigte auch die Dominanz Chinas bei Produkten wie Wärmebildkameras, die benötigt werden, um Arbeiter auf Fieber zu testen.

Viele US-Unternehmen haben stark in die chinesische Produktion investiert. Ein Großteil ihres Umsatzes ist von den 1,4 Milliarden

	Chinesen abhängig. „Eine Diversifizierung und eine gewisse Redundanz in den Lieferketten ist sinnvoll angesichts des Risikos, das die Pandemie aufgedeckt hat“, sagte Doug Barry, Sprecher des U.S.-China Business Council. Noch finde das bei den Firmen noch nicht so großen Anklang. John Murphy, Senior-Vizepräsident für internationale Politik bei der US-Handelskammer, sagte, dass die US-Hersteller bereits 70 Prozent der derzeitigen pharmazeutischen Nachfrage deckten. Der Bau neuer pharmazeutischer Anlagen in den Vereinigten Staaten könne fünf bis acht Jahre dauern, sagte er. „Wir machen uns Gedanken darüber, dass die Beamten die richtigen Fakten erhalten müssen, bevor sie nach Alternativen suchen“, sagte Murphy. Die US-Bundespolizei FBI sowie die US-Agentur für Cyber- und Infrastruktursicherheit (CISA) haben **China Versuche vorgeworfen, Server von Coronavirus-Forschungseinrichtungen in den Vereinigten Staaten zu knacken**, verlautete am Mittwoch in Washington. – „Das FBI ermittelt zu Cyberattacken von Datenjägern auf Organisationen, die das Virus SARS-CoV-2 unter die Lupe nehmen“, hieß es in einer Mitteilung. USA beschuldigen China: Corona-Informationen wurden für Beschaffung von Medikamenten verheimlicht Alle Corona-Daten urheberrechtlich geschützt „Diese Subjekte wurden bei Versuchen geortet, bei einzelnen Fachleuten und in Netzen von Medizineinrichtungen vom Recht auf geistiges Eigentum geschützte wertvolle Daten zu finden und gesetzwidrig anzueignen, die mit Forschungen von COVID-19 sowie mit dem Gesundheitszustand der (US-)Gesellschaft, mit Impfstoffen, Behandlungs- und Testmethoden zusammenhängen“, betonte das FBI. Die mögliche Entwendung derartiger Informationen gefährde das Konzipieren sicherer, effektiver und wirksamer Methoden zur Behandlung von Coronavirus-Infizierten, hieß es. Zu weiteren Details der Ermittlungen machte das FBI keine Angaben. Our partners at @CISA and @FBI are warning organizations performing research on #COVID19 that they may be the target of malicious cyber actors from the People's Republic of China. Check out their joint PSA here: https://t.co/hG0LxHM4We pic.twitter.com/rC5PAKeg6Z — NSA/CSS (@NSAGov) May 13, 2020 am/mt/jeg
Kalender	**14./15. Mai 2020**
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern	4.387.438 Infizierte 298.392 Tote 1.565.606 genesen **vom 14.5.20** 4.516.360 Infizierte 306.051 Tote 1.622.354 genesen **vom 15.5.20**
"Im Windschatten von Corona	• *Erdogan wird immer unverschämter und treibt den Landraub im Nahen Osten voran. er WILL sein neues OSR haben. Dazu ist ihm jedes Mittel Recht und Tote und Flüchtlinge interessieren ihn nicht. Er hat auf die Öl- und Gasvorkommen in Syrien und in Libyen*

abgesehen.

Mittlerweile merkt aber auch der Westen was da wirklich abläuft und interveniert.

Der König von Jordanien, Abdullah II. bin al-Hussein, hat in einem Interview vor einen massiven Konflikt zwischen dem Königreich Jordanien und Israel gewarnt, sollte der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu an der Ein-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt festhalten.

– Hintergrund ist die aggressive Siedlungspolitik Israels im Westjordanland und eine teilweise Annexion der Westbank, die Netanjahu seit geraumer Zeit anstrebt und schon bald umzusetzen versuchen könnte. Dieses Vorhaben wird vor allem von US-Präsident Donald Trump unterstützt, der Anfang dieses Jahres den lang erwarteten „Jahrhundertdeal" vorgelegt hat. Dieser sieht eine Zwei-Staaten-Lösung für den Nahostkonflikt vor und stellt den Palästinensern einen eigenen Staat in Aussicht, allerdings unter harten Auflagen. Jerusalem soll demnach die ungeteilte Hauptstadt Israels bleiben. Auch das Westjordanland wird Israel zugesprochen.

Darauf angesprochen, machte der König von Jordanien seinen Standpunkt deutlich.

„Führungspersönlichkeiten, die für eine Ein-Staaten-Lösung eintreten, verstehen nicht, was das heißen würde. Was würde geschehen, wenn die palästinensische Autonomiebehörde zusammenbricht? Es gäbe noch mehr Chaos und Extremismus in der Region. Falls Israel im Juli wirklich das Westjordantal annektiert, würde dies zu einem massiven Konflikt mit dem Haschemitischen Königreich Jordanien führen", sagte Abdullah II. gegenüber dem Spiegel.
Die Zwei-Staaten-Lösung sei der einzige Weg, um hier voranzukommen. Er wolle keine Drohungen ausstoßen und eine Atmosphäre des Streits provozieren, aber „wir ziehen sämtliche Optionen in Betracht", so König Abdullah II. Jordanien sei sich mit vielen Ländern in Europa und der internationalen Gemeinschaft einig, dass im Nahen Osten nicht das Recht des Stärkeren gelten sollte.

Die Außenminister der EU-Staaten beraten an diesem Freitag in einer Videokonferenz über die jüngsten Entwicklungen im Nahostkonflikt. Thema bei den Gesprächen sollen dabei vor allem die Absichten von Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu sein, Siedlungen und das Jordantal im Westjordanland zu annektieren.

„Palästinenser haben nichts mehr zu verlieren" - Israelischer Experte zu Annexionsplänen
Israel hat während des Sechstagekrieges 1967 unter anderem das Westjordanland und Ost-Jerusalem erobert und treibt seitdem seine dortigen Siedlungsprojekte voran. Die Palästinenser fordern die Gebiete für einen eigenen Staat – mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt. Die EU vertritt – wie zahlreiche andere internationale Akteure – die Auffassung, dass die Siedlungen nach dem Völkerrecht illegal sind und ein Hindernis für den Frieden darstellen.
Israel sieht in seiner Siedlungspolitik hingegen keinen Rechtsbruch und betrachtet das Westjordanland nicht als besetztes Land. Israel erhebt historische und juristische Ansprüche auf das Land und argumentiert, es habe vor seiner Eroberung keinem Staat gehört. Damit sei es lediglich ein „umstrittenes Gebiet".

Die Zahl der israelischen Siedler ist seit 1967 rasant angestiegen. Heute leben im Westjordanland und in Ost-Jerusalem nach Angaben

	der israelischen Organisation „Peace Now“ deutlich über 600.000 Israelis. Die Zahl der Palästinenser in den Gebieten beträgt nach Angaben des Palästinensischen Statistikamts 3,2 Millionen. mka/gs
Deutschland	175.233 Infizierte 7.897 Tote 151.597 genesen Nach drastischen Umsatzeinbußen droht der Warenhauskette „Galeria Karstadt Kaufhof“ die Schließung von bis zu 80 der gut 170 Filialen. Das geht aus einem ersten Sanierungskonzept hervor, das am Freitag dem Gesamtbetriebsrat und anderen Gremien vorgelegt worden ist. – Die Zahl der bedrohten Filialen könne sich allerdings noch reduzieren, wenn die Vermieter und andere Beteiligte zu Zugeständnissen bereit seien, hieß es unter anderem. Zuvor hatten die „Wirtschaftswoche“ und der „Spiegel“ darüber berichtet. Nach Informationen der Wirtschaftswoche rechnen Insider mit dem Abbau von insgesamt rund 5000 Vollzeitstellen bei dem Unternehmen. Ein Sprecher des Warenhauskonzerns betonte, das Unternehmen wolle Spekulationen nicht kommentieren. Standortschließungen angekündigt Der Handelsriese hatte allerdings bereits zu Wochenbeginn die Mitarbeiter auf Standortschließungen und einen weiteren Stellenabbau im Zuge des Anfang April eingeleiteten Schutzschirmverfahrens vorbereitet. In einem Brief an die Mitarbeiter berichtete die Unternehmensführung am Montag, der gerichtlich bestellte Sachwalter Frank Kebekus und der Generalbevollmächtigte Arndt Geiwitz hätten klargemacht, dass es angesichts der Corona-Krise „leider auch zu Standortschließungen und dementsprechend auch zu einem Arbeitsplatzabbau kommen muss“. Angaben zur Zahl der bedrohten Filialen oder der gefährdeten Arbeitsplätze machte das Unternehmen damals nicht. Der Untergang eines Riesen? Wie schlimm steht es um Karstadt Kaufhof? In dem zweiseitigen Schreiben betonte die Konzernführung, Galeria Karstadt Kaufhof habe während der Zeit der Komplettschließungen mehr als eine halbe Milliarde Euro an Umsatz verloren. Aufgrund der anhaltenden Kaufzurückhaltung werde sich der Umsatzverlust wahrscheinlich sogar noch auf bis zu eine Milliarde Euro erhöhen. Deshalb seien weitere Sanierungsmaßnahmen nötig, um das Unternehmen nachhaltig gesund aufzustellen. Verdi-Vorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger warf dem Konzern vor, einen „Kahlschlag auf Kosten der Beschäftigten“ zu planen. „Es hat den Anschein, dass die Unternehmensleitung und der Eigentümer die Corona-Krise missbrauchen, um ihre ursprünglichen Planungen von Standortschließungen und Entlassungen doch noch umzusetzen“, sagte die Gewerkschafterin. mka/gs/dpa
Nordkorea	Porträts von Kim Jong Un's Großvater Kim Il Sung, dem Gründer Nordkoreas, und dem Vater des Despoten, Kim Jong Il, wurden laut einem Bericht vom Hauptplatz von Pjöngjang entfernt - offenbar im Rahmen einer umfassenden Renovierung. – Die Hauptbeobachtungsplattform, auf der Kim Militärparaden auf dem Kim Il Sung-Platz verfolgte, wurde im Rahmen des Prozesses zerstört, wie jüngste Satellitenbilder und Fotos zeigen, berichteten NK

	News . Das letzte Mal, dass der Porträtbereich auf dem Platz geändert wurde, war 2012, als nach seinem Tod eine lächelnde Darstellung von Kim Jong Il hinzugefügt wurde. Nachdem Kim Jong Un in den letzten zwei Wochen erneut vermisst wurde , gibt es laut einem Bericht neue Gerüchte über den Aufenthaltsort des nordkoreanischen Führers, darunter, dass er aufgrund von Satellitenfotos von Booten vor Ort wieder auf seinem Wonsan-Rückzug ist. – In den letzten Wochen waren mehrere Yachten außerhalb des abgelegenen Despotgeländes gesehen worden - und jetzt ist ein weiteres Luxusschiff in der Nähe der Villa zu sehen, was laut dem britischen Express weitere Spekulationen beflügelt . Laut dem Korea Herald wurde Jang Kil Song als Leiter des Reconnaissance General Bureau (RGB), des militärischen Geheimdienstes des Nordens , unter Berufung auf einen Bericht des südkoreanischen Einigungsministeriums abgesetzt. – Der RGB steht hinter den bekanntesten Angriffen des Einsiedlerkönigreichs sowie Spionagemissionen, einschließlich derer gegen die USA, heißt es in dem Bericht. Seoul macht es für die Torpedierung eines südkoreanischen Marineschiffes , Cheonan, im Jahr 2010 verantwortlich , bei dem 46 Seeleute getötet wurden. Jang soll durch Rim Kwang Il, einen General der Armee, ersetzt worden sein, sagte die Nachrichtenagentur Yonhap unter Berufung auf denselben Jahresbericht: „Informationen zu Schlüsselfiguren in Nordkorea.“ Es wurde kein Grund für den Wechsel angegeben. Nordkorea hat auf mysteriöse Weise eine große Grenzstadt gesperrt, ein Schritt, der angeblich entweder mit dem Coronavirus in Verbindung steht - oder eine geplante Veranstaltung für den wieder vermissten Despoten Kim Jong Un. – Das Einsiedlerkönigreich - eine der wenigen Nationen auf der Erde, die behauptet, frei von Coronaviren zu sein - hat Anfang dieses Monats die Einreise nach Rason, einer Stadt mit 20.000 Einwohnern, die eine wichtige Drehscheibe für den Handel mit Russland und China darstellt, untersagt, teilten Quellen Radio Free Asia Tuesday mit. Die notorisch geheimnisvolle Nation hat sich geweigert, ihren Bürgern zu sagen, warum die Stadt plötzlich geschlossen wurde, sagte RFA. Viele befürchten, dass dies ein Zeichen für einen Ausbruch des Coronavirus sein könnte, da die Grenze zu China nach einem jüngsten Anstieg in einigen Fällen auch die Stadt Jilin und Shulan nahe ihrer gemeinsamen Grenze abschließt. Eine Quelle betonte jedoch gegenüber RFA: "Selbst als das Coronavirus in China am schlimmsten war, wurde der Zugang [zu Rason] nicht vollständig kontrolliert." Andere glauben, es könnte nur eine Sicherheitsmaßnahme für eine besuchende Elite sein - möglicherweise sogar Pläne für Diktator Kim Jong Un, wieder öffentlich aufzutreten, um die anhaltenden Gerüchte über sein Wohlergehen zu beenden.

USA	10.341.775 getestet 1.432.045 Infizierte 86.851 Tote 246.414 genesen **Die US-amerikanische Ölbranche könnte es bald schwer erwischen:** Der große Konzern California Resources hat dieser Tage seine Investoren vor einer möglichen Insolvenz gewarnt. Ähnlich äußerte sich auch Mitbewerber Chesapeake Energy. – Es geht nur abwärts Seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie sind die Ölpreise fast um 50 Prozent geschrumpft, und im April erreichten die Futures-Notierungen wegen mangelnder Nachfrage sogar den Negativbereich. Was Preiskriege kosten: Milliarden-Vision des saudischen Ölprinzen platzt Für die ölfördernden Unternehmen in Texas wurde dieser Schlag unerträglich: Die Firma Parsley Energy musste 150 Bohrlöcher schließen, Continental Resources reduzierte die Förderung um ein Drittel und Texland Petroleum stellte sie sogar vollständig ein. Im April ging eines der größten Schieferölunternehmen pleite: Whiting Petroleum. Ihm folgten die Kollegen von Hornbeck Offshore Services. Branchenkenner sind sich einig: Sollten die Ölpreise in einem Jahr noch unter 30 Dollar pro Barrel liegen, wird kaum ein Unternehmen überleben. Damit die Schieferölförderung rentabel bleibt, müsste der Preis mindestens 50 Dollar betragen. Laut einer Prognose von Pickering Energy Partners werden sich fast 40 Prozent aller Unternehmen in diesem Jahr am Rande der Insolvenz wiederfinden. Am 11. Mai informierte California Resources, einer der Marktführer, seine Investoren, dass möglicherweise ein Insolvenzverfahren in die Wege geleitet werden müsse. Die Aktien des Unternehmens, deren Preis seit Anfang dieses Jahres ohnehin fast drei Viertel ihres Wertes verloren hatten, schrumpften sofort um weitere 32 Prozent. Die Kalifornier informierten die Regelungsbehörden, dass sie die Veröffentlichung ihres Quartalsberichts verschieben müssen. „Falls es uns nicht gelingen sollte, unsere Bilanz umzustrukturieren, ist es fraglich, ob wir unsere Arbeit fortsetzen können“, geht aus der entsprechenden Erklärung hervor, die der US-Börsenaufsichtsbehörde SEC vorliegt. Die Firma räumte ein, dass der „beispiellose Rückgang“ der Ölnachfrage – und der damit verbundene Preisverfall – verheerend sei. Die Verbindlichkeiten von California Resources belaufen sich auf eine Riesensumme von etwa fünf Milliarden Dollar. Die Firma bemühte sich um die Umschuldung, aber der Absturz der Ölpreise behinderte sie dabei. Dabei hat das Unternehmen bereits mehr als 60 Prozent aller Kreditmittel (insgesamt eine Milliarde Dollar) aufgebraucht. Verluste in Milliardenhöhe Mit ähnlichen Problemen hat auch Chesapeake Energy zu kämpfen – der zweitgrößte Gasproduzent in den USA. Sein Finanzbericht zu den Ergebnissen des ersten Vierteljahres war furchterregend für die Investoren: Der reine Verlust ist um das 400-fache gestiegen und erreichte 8,3 Milliarden Dollar (853 Dollar pro Aktie). Zum Vergleich: Vor einem Jahr hatten die Verluste „nur“ 21 Millionen Dollar betragen.

	Dass Chesapeake Energy nahezu pleite ist, war im Prinzip schon lange bekannt. Aktuell liegen die Schulden der Firma bei zehn Milliarden Dollar – und übertreffen ihren Marktwert um das Zehnfache. Der Rückgang der Nachfrage und der Ölpreise lassen dem Unternehmen keine Überlebenschance. Ein Firmensprecher gab zu, dass die Prognose für das kommende Jahr „negativ“ sei. Um zu überleben, erwäge man verschiedene Varianten. Unter anderem könnten der Umfang der Bohrarbeiten und die Erschließung um 30 Prozent reduziert und die Produktions- und sonstige Kosten um 20 Prozent gekürzt werden. Wichtig sei auch, Unternehmensaktiva zu verkaufen, um zusätzliche Mittel zu lukrieren. Allerdings gebe es „keine Garantie dafür, dass die Firma ihre Verbindlichkeiten umschulden, ihre Finanzlage verbessern und diese oder jene strategischen Operationen abschließen kann“, räumte man bei Chesapeake ein. Nur wenige werden überleben Analysten warnen, dass die Insolvenzwelle in der Branche erst beginne. „Die Corona-Pandemie hat die Ölbranche zerstört, indem sie einen rasanten und beispiellosen Rückgang der Benzin-, Petroleum- und Dieselnachfrage auslöste. Hinzu kamen der epische Ölpreiskrieg zwischen Russland und Saudi-Arabien und der riesige Schuldenberg der amerikanischen Ölkonzerne“, geht aus einem Bericht von Bloomberg Intelligence hervor. „Diese Faktoren werden in den nächsten Monaten höchstwahrscheinlich etliche Insolvenzen mit sich bringen. Im Unterschied zur Ölkrise von 2014 bis 2016 werden viele Unternehmen untergehen.“ Laut einer Studie der Federal Reserve Bank von Dallas sind selbst jene Unternehmen, die im relativ „billigen“ Schieferbecken Permian im Westen von Texas aktiv sind, auf einen Ölpreis von durchschnittlich 49 Dollar pro Barrel angewiesen. Sollten die Preise ein Jahr lang bei 40 Dollar liegen, werden nur 15 Prozent der Produzenten den Kopf über Wasser halten können. Dabei ist die entsprechende Prognose des Internationalen Währungsfonds erwähnenswert: 2020 wird ein Barrel Öl dank dem neuen Opec+-Abkommen im Durchschnitt 34,8 Dollar kosten. Im kommenden Jahr dürfte der Preis auf 36,4 Dollar steigen. Angesichts dessen scheint die Insolvenz für viele Firmen der einzige Ausweg zu sein: Denn die meisten Schieferölförderer sind nicht imstande, ihre enorm hohen Schulden zu refinanzieren. Mit neuen Investoren ist jedenfalls nicht mehr zu rechnen. Am Ende des „Schieferöl-Jahrzehnts“ ist der Energiesektor des S&P 500 der Schlimmste. Dieses Geschäft ist und bleibt unrentabel, wobei die Unternehmen ihre Schulden nur mit neuen Krediten begleichen. Seit 2010 haben die 40 Branchenführer fast um 200 Milliarden Dollar mehr ausgegeben als eingenommen. Nur die wenigsten von ihnen konnten beweisen, dass sie imstande sind, Gewinne zu machen. Am Ende hat man an der Wall Street von Ölunternehmen verlangt, sich nach dem Beutel zu richten, weniger Geld zu verschwenden und ihre Schulden zu tilgen. Das hatte zur Folge, dass im vorigen Jahr in die Branche um 50 Prozent weniger Mittel investiert wurden als 2018. Dabei findet sich kaum noch jemand, der bereit wäre, unrentable Unternehmen zu finanzieren. Also werden viele von ihnen den Markt in absehbarer Zeit verlassen müssen.

Die Republikaner lehnten ein mehr als 1.800 Seiten umfassendes Coronavirus-Paket der Sprecherin des Repräsentantenhauses, Nancy Pelosi, rundweg ab und sagten, der 3 Billionen US-Dollar teure HEROES Act sei eine transparent unseriöse Wunschliste.

– Das Gesetz wird voraussichtlich am Freitag verabschiedet, und obwohl die demokratischen Führer darauf bestehen, dass der Mehrheitsführer des Senats, Mitch McConnell (R-Ky.), Eine Abstimmung zulassen muss, einige Demokraten zu, dass die Gesetzesvorlage lediglich eine Eröffnungssalve in Verhandlungen ist.

"Dies ist wirklich eine Übung in Bezug auf die Vergeblichkeit der Gesetzgebung", sagte Rep. Tom Cole (R-Okla.), Der die morgendliche Debatte auf dem Boden des Hauses für Republikaner leitete. "Als Paket geht es nirgendwo hin."

"Aus meiner Sicht wäre es sinnvoller, Madam Speaker, es direkt an den Weihnachtsmann zu senden", witzelte Cole.

Die Republikaner lehnen die Gesetzesvorlage ab, die den Wortlaut des Hyde-Änderungsantrags weglässt, der ihrer Meinung nach die Finanzierung von Abtreibungen durch den Bund ermöglichen könnte. Ein anderer Abschnitt beseitigt die Arbeitsanforderungen für Lebensmittelmarken, während ein anderer Abschnitt den Schutz bestimmter illegaler Einwanderer vor Abschiebung erhöht, sagen Republikaner.

"Jedes Mal, wenn sie versuchen, in einer COVID-19-Antwort Bundesmittel für Abtreibungen bereitzustellen, wissen wir, dass sie nicht ernst gemeint sind", sagte Senator Mike Rounds (R-SD) gegenüber The Post .

In Anbetracht der weitreichenden Prioritäten des Pakets würde der Gesetzentwurf klarstellen, dass Banken mit staatlich legalen Cannabisunternehmen zusammenarbeiten können - eine seit langem festgefahrene Reform, die von Mitgliedern beider Parteien unterstützt wird.

Die Sinnlosigkeit des demokratischen Gesetzes zeigte sich im Desinteresse der Journalisten. Während der Debatte am Freitag saßen kaum jemand über dem Boden des Hauses.

Und während der morgendlichen Debatte sowohl über den Gesetzentwurf als auch über eine andere Resolution, um eine Stimmrechtsvertretung zu ermöglichen, konzentrierten sich die Republikaner größtenteils darauf, den Mitgliedern möglicherweise zu erlauben, während der Pandemie für einander zu stimmen.

Die Republikaner sagten, die Änderung der Stimmrechtsvertretung zentralisiere die Macht der Parteibosse und gebe den falschen Ton an, wenn Arbeiter in den USA zur Arbeit zurückkehren.

"Wir geben ein schreckliches Beispiel", sagte Rep. Debbie Lasko (R-Ariz.).

Lasko äußerte sich auch zur Gesetzgebung für Coronaviren. Sie nannte das 3-Billionen-Dollar-Paket „Keep People Unemployed Act“ und lehnte eine Maßnahme ab, mit der die wöchentliche Erhöhung der Arbeitslosenversicherung um 600 USD bis Januar verlängert werden soll.

	Der Gesetzentwurf enthält fast 1 Billion US-Dollar für die Finanzierung staatlicher und lokaler Regierungen, die Republikaner, einschließlich Präsident Trump, nicht gewähren wollen . Es würde eine weitere Runde direkter Überprüfungen bis zu 1.200 US-Dollar genehmigen, einen „Heldenfonds“ in Höhe von 200 Milliarden US-Dollar einrichten, der Medizinern eine Gefahrenzahlung gewährt, 175 Milliarden US-Dollar für Miete und Hypothekenhilfe bereitstellen und 75 Milliarden US-Dollar für Virentests und Kontaktverfolgung ausgeben. Der Abgeordnete Jim McGovern (D-Mass.) Sagte, er sei verwirrt von Republikanern, die die Bremsen betätigen. „Es ist, als ob wir in der Twilight Zone leben. Wir sind am Anfang dieser Pandemie, Frau Sprecherin, nicht am Ende “, sagte er. Nur ein Republikaner - Rep. Peter King aus New York - hat angekündigt, den HEROES Act zu unterstützen. Gemäßigte und linke Demokraten können ebenfalls revoltieren. Der Progressive Caucus des Kongresses, dessen Mitglieder eine größere Gesetzesvorlage wollten, flehte Pelosi erfolglos an, die Abstimmung zu verschieben. Die Abgeordnete Kendra Horn (D-Okla.), Mitglied der zentristischen Blue Dog Coalition, sagte, sie werde mit „Nein“ stimmen. McConnell sagte unterdessen, Demokraten verlangsamen den Verhandlungsprozess über ein fünftes großes Gesetz über Coronaviren. Die Verhandlungen über eine frühere Gesetzesvorlage, das 2-Billionen-Dollar-CARES-Gesetz, seien im März gescheitert, erinnerte sich Pelosi, nachdem Pelosi eine Gesetzesvorlage vorgeschlagen hatte , die laut Republikanern mit fremden Bestimmungen gefüllt war. "Während wir das CARES-Gesetz fertiggestellt haben, hat sich das Haus mit verschiedenen liberalen Forderungen befasst, die in keinerlei Zusammenhang mit COVID-19 stehen - Steuergutschriften für Solarenergie, Zulassungen von Fluggesellschaften", sagte McConnell.
Kalender	**16. Mai 2020**
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern	4.59.930 Infizierte 308.038 Tote 1.646.444 genesen Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat China als „systemischen Rivalen“ bezeichnet und die Europäische Union zur Geschlossenheit gegenüber Peking aufgefordert. Für die EU sei es „nie leicht, einen gemeinsamen Umgang mit einer Supermacht zu finden“, schrieb Borrell in einem Gastbeitrag in mehreren europäischen Zeitungen. China sei da keine Ausnahme. Und China versuche, die Verschiedenheiten der EU-Länder gegeneinander auszuspielen. – „Es ist an uns Europäern, die notwendige gemeinsame Disziplin aufzubringen“, schrieb Borrell. China teile Europas Respekt für die Menschenrechte, Cybersicherheit oder Seerechte nicht. Er verwies auf ein EU-Strategiepapier vom vergangenen Jahr, in dem China als „systemischer Rivale“ beschrieben wurde, der „andere Führungsmodelle“ fördere, sowie als „wirtschaftlicher Wettbewerber“, aber auch als „Partner, mit dem die EU eng verbundene Ziele“ teile. EU-Länder im Umgang mit China uneins Während einige EU-Staaten eine harte Linie gegenüber Peking fordern, mahnen andere zur Vorsicht. China selbst nutzt Investitionen für sein gigantisches Infrastrukturprojekt Neue Seidenstraße, um vor

	allem in Osteuropa zu punkten. Borrells Kritik erfolgt nach schwierigen Wochen in den Beziehungen zwischen der EU und China, in denen Brüssel zwei Mal vorgeworfen wurde, sich Druck aus Peking gebeugt zu haben. In der frühen Phase der Corona-Pandemie schickte Europa ohne großes Aufsehen Hilfe nach China, wo die Pandemie ihren Ursprung nahm. Als sich der Fokus der Krise nach Europa verlagerte, zeigte sich die EU überrascht über Chinas öffentliche Zurschaustellung von Hilfslieferungen bei medizinischem Material. Brüssel wurde zugleich vorgeworfen, den Europäern selbst nicht genug zu helfen. Chinas Selbstinszenierung – Wachsamkeit der EU-Staaten gefragt In einer Krise müsse eine „Politisierung medizinischer Nothilfe“ vermieden werden, schrieb Borrell in einem Seitenhieb gegen China. Die EU-Staaten forderte er auf, nicht naiv zu sein. „Wir sollten auf Basis einer realistischen Einschätzung von Chinas strategischen Zielen und der gemeinsamen europäischen Interessen gemeinsam vorangehen“, forderte der EU-Außenbeauftragte. Zuvor hatte der EU-Botschafter in Peking sich Druck aus Peking gebeugt, als ein Gastbeitrag in chinesischen Medien zensiert wurde. In dem in der Zeitung „China Daily“ veröffentlichten Beitrag wurde ein Hinweis gestrichen, dass das Virus in Wuhan seinen Ursprung nahm. Kurz zuvor war der EU vorgeworfen worden, einen Bericht über durch China betriebene Desinformationen über das Virus geglättet und weniger China-kritisch gemacht zu haben. Brüssel wies das zurück. (afp/rm)
"Corona	Die Weltgesundheitsorganisation untersucht einen möglichen Zusammenhang zwischen einer seltenen entzündlichen Erkrankung bei Kindern und der aus China stammenden Lungenseuche. Gesundheitsexperten in den USA haben vor einer seltenen Blutgefäßerkrankung bei Kindern im Zusammenhang mit dem neuartigen Coronavirus gewarnt. Krankenhäuser, in denen Minderjährige mit Symptomen des multi-entzündlichen Syndroms bei Kindern (MIS-C) behandelt würden, müssten diese Fälle an die zuständigen Gesundheitsbehörden melden, forderten die US-Zentren für Prävention und Krankheitskontrolle (CDC) am Donnerstag. Die Weltgesundheitsorganisation untersucht einen möglichen Zusammenhang zwischen COVID-19 und der seltenen entzündlichen Erkrankung bei Kindern. – Es gebe erste Berichte darüber, dass jüngste Fälle der Kinderkrankheit mit dem Virus in Verbindung stünden, sagte WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus am Freitag. Er forderte Mediziner in aller Welt dazu auf, mit der WHO und den nationalen Gesundheitsbehörden zusammenzuarbeiten um das Syndrom „besser zu verstehen“. Erstmals hatten Ärzte in Großbritannien im April auf das multi-entzündliche Syndrom bei Kindern (MIS-C) hingewiesen, das Ähnlichkeiten mit dem seltenen Kawasaki-Syndrom aufweist. Inzwischen wurde es auch bei mehr als hundert Kindern in New York nachgewiesen, drei von ihnen starben. Erster Todesfall in Frankreich gemeldet Am Freitag meldete ein Krankenhaus im französischen Marseille den ersten Todesfall durch das Syndrom in Frankreich. Ein Neunjähriger sei infolge „neurologischer Schäden im Zusammenhang mit einem

	Herzstillstand“ gestorben, sagte der zuständige Arzt Fabrice Michel der Nachrichtenagentur AFP. Insgesamt wurden aus Frankreich seit Anfang März 135 Fälle des Syndroms gemeldet. Die Patienten waren zwischen einem und 14 Jahre alt. WHO-Chef Ghebreyesus betonte, es sei von höchster Wichtigkeit, das Syndrom genau zu beschreiben, die Auslöser der Krankheit zu ergründen und Behandlungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die CDC-Experten forderten Ärzte neben einer Meldung der Erkrankungen dazu auf, bei Todesfällen von mit SARS-CoV-2 inifzierten Kindern eine MIS-C-Erkrankung zu erwägen. Es sei bislang aber nicht gesichert, dass das Syndrom nur bei Kindern auftreten könne. Symptome sind Fieber und Entzündungen an Organen Zu den bekannten Symptomen von MIS-C zählen Fieber, Entzündungen an mehreren Organen sowie eine bestätigte Corona-Infektion. Einige Ärzte verglichen das Krankheitsbild mit dem Kawasaki-Syndrom, das Entzündungen der Blutgefäße hervorruft und zu extrem schmerzhaften Schwellungen am ganzen Körper führt. Der Kinderarzt Sunil Sood an der Cohen-Kinderklinik in New York sagte der Nachrichtenagentur AFP, rund die Hälfte der jungen Patienten mit MIS-C in seiner Klinik hätten wegen Herzmuskelentzündungen auf die Intensivstation verlegt werden müssen. Bei anderen Kindern habe die Krankheit dagegen einen milden Verlauf genommen. In den meisten Fällen sei das Syndrom vier bis sechs Wochen nach einer Corona-Infektion aufgetreten. In der Regel hatten die Kinder demnach bereits Antikörper gegen den Erreger Sars-CoV-2 entwickelt. Sood sprach von einer „verspäteten und übersteigerten Immunabwehrreaktion“ des Körpers. Bislang wurden Fälle des mysteriösen Syndroms nur aus Europa und Nordamerika gemeldet. In Asien wurden dagegen bislang keine MIS-C-Fälle registriert. Einige Mediziner verträten die These, dass manche Bevölkerungsgruppen genetisch anfälliger für das Syndrom seien als andere, sagte Sood. Wissenschaftlich belegt sei diese Theorie jedoch nicht. (afp/nh)
"Im Windschatten von Corona	Russlands Reaktion auf Berichte über die Vorbereitung von bilateralen Verträgen zum Bergbau auf dem Mond hat die US-Raumfahrtbehörde Nasa enttäuscht, wie der stellvertretende Chef des Nasa-Büros für internationale und behördenübergreifende Beziehungen, Mike Gold, erklärte. Trotzdem hoffe die Nasa auf Russlands Unterstützung und Teilnahme. – Die US-Seite habe weiterhin die Hoffnung, dass Russland das Projekt doch unterstützen werde, sagte Gold bei einer Videokonferenz, bei der die Nasa ihr Konzept der Grundsätze zur internationalen Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Mondprograms präsentierte. USA entwerfen bilaterale Verträge über Mond-Bergbau Am 5. Mai hatte die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf ihre Quellen berichtet, die Administration Trump bereite einen Entwurf für neue internationale Verträge namens Artemis Accords (Artemis-Vereinbarungen) über den Bergbau auf dem Mond vor. Washington plane, Raumfahrtpartner wie Kanada, Japan, die Europäische Union und die Vereinigten Arabischen Emirate einzubeziehen, während Russland nicht zu den frühen Partnern gehören solle, hieß es.

Die Berichte lösten heftige Kritik von Seiten Moskaus aus: Der Chef der russischen Raumfahrtbehörde Roskosmos, Dmitri Rogosin, verglich die US-Pläne mit den Invasionen im Irak und in Afghanistan.

Artemis-Programm
Zuvor hatte die Trump-Administration die Wiederaufnahme des Mondprogramms angekündigt. Das sogenannte Artemis-Programm sieht die Rückkehr und ständige Anwesenheit des Menschen auf dem Mond vor. Das Mondprogramm soll zu einem Schritt in Richtung bemannter Missionen zum Mars werden.

Im Rahmen des neuen Mondprogramms soll die Raumstation Gateway geschaffen werden, die den Mond umkreisen und als Zwischenstation für spätere Marsmissionen dienen soll.

Der Journalist Tomasz Sekielski zeigte seine Dokumentation "Versteckspiel" live bei YouTube und erreichte damit knapp 80.000 Zuschauer. Auch seine vor einem Jahr veröffentlichte Dokumentation "Sag es nur keinem" wurde auf YouTube von mehr als 23 Millionen Menschen gesehen.

- Kurz vor den Feierlichkeiten zum 100. Geburtstag des früheren polnischen Papstes Johannes Paul II. ist am Wochenende eine Dokumentation über Missbrauch in der katholischen Kirche in Polen veröffentlicht worden. In der zweiten Dokumentation dieser Art des Journalisten Tomasz Sekielski wird die Leidensgeschichte zweier Brüder erzählt, die neben anderen Opfern von einem Priester sexuell missbraucht worden sein sollen.

  Der Priester soll von Edward Janiak gedeckt worden sein, der heute Bischof im zentralpolnischen Kalisz ist. Der Primas der katholischen Kirche in Polen, Erzbischof Wojciech Polak, forderte den Vatikan auf, die in der Dokumentation genannten Fälle zu prüfen und eine Untersuchung einzuleiten.

  Sekielski zeigte seine Dokumentation „Versteckspiel“ live bei YouTube; knapp 80.000 Menschen schauten die Übertragung. Der Journalist hatte bereits vor einem Jahr die Dokumentation „Sag es nur keinem“ veröffentlicht, die bei YouTube von knapp 23,5 Millionen Menschen gesehen wurde.

  Die Doku hatte zunächst für großes Aufsehen und Reaktionen von höchsten kirchlichen Stellen und der Regierung in Warschau gesorgt. Später fand das Thema jedoch keine große Beachtung mehr.

  Beide Filme stellen die Frage nach der Verantwortung innerhalb der katholischen Hierarchie. Sekielski kündigte bereits eine weitere Dokumentation über die „Rolle von Johannes Paul II. bei der Vertuschung von Verbrechen durch Priester“ an.

  Der 2005 gestorbene Johannes Paul II. wurde am 18. Mai 1920 als Karol Jozef Wojtyla im polnischen Wadowice geboren. In Polen wird der frühere Papst bis heute verehrt. Zum 100. Jahrestag seiner Geburt sind in Polen zahlreiche Veranstaltungen geplant, die im Internet übertragen werden sollen.

Martin Pall, Professor für Biochemie und Grundlagenforschung in der Medizin, warnt vor Auswirkungen von 5G: Übermäßige Aktivierung der spannungsabhängigen Calciumkanäle der menschlichen Zellen führt zu Herzrhythmusstörungen, oxidativen Stress, vermehrtem Zelltod, Migräne, neurologischen Effekten bis hin zur Unfruchtbarkeit. Die bisher durchgeführten Sicherheitstests in Bezug auf die elektromagnetische Strahlung

	von 5G würden diese Aspekte, laut dem Forscher, bisher nicht berücksichtigen. – In einer kürzlich veröffentlichten Stellungnahme erklärt der emeritierte Professor für Biochemie und Grundlagenforschung in der Medizin Martin Pall die Zusammenhänge zwischen körpereigenen Calciumkanälen und Gesundheitsrisiken durch die elektromagnetische Strahlung des 5G-Netzwerkes. Dabei beeinflussen vor allem die stark gepulsten Frequenzen von 5G die spannungsabhängigen Calciumkanäle der menschlichen Zellen. Calciumkanäle kommen vorwiegend bei Muskel- oder Nervenzellen vor. Werden Calciumkanäle übermäßig aktiviert, erhöht sich die Konzentration der Calcium-Ionen in den Zellen. Erhöhte Mengen an Calcium-Ionen führen zu vermehrtem Zelltod, oxidativem Stress, Herzrhythmusstörungen, neurologischer und neuropsychiatrischer Folgen sowie hormonellen Störungen. Laut Professor Pall seien diese Aspekte in den geltenden Sicherheitsrichtlinien und Untersuchungen nicht berücksichtigt. Die aktuellen Sicherheitsprüfungen, die hauptsächlich die Auswirkung der thermischen Strahlung untersuchen, seien laut dem Wissenschaftler mangelhaft. Spannungsabhängige Calciumkanäle und Auswirkungen auf die Gesundheit Spannungsabhängige Calciumkanäle befinden sich auf den Zelloberflächen von Muskelzellen, Nervenzellen sowie endokrinen Zellen, wozu die Hormondrüsen zählen. Die Kanäle kontrollieren die Konzentration von Calcium-Ionen in der Zelle. Über diese Calcium-Konzentration werden verschiedene Mechanismen im Körper gesteuert. Dazu gehören die Muskelkontraktion sowie die Produktion von Neurotransmittern und Hormonen. Bei übermäßiger Aktivierung dieser Kanäle gelangt zu viel Calcium in die Zellen. Dies führt zu negativen Folgen für die Gesundheit und löst Herzrhythmusstörungen, Bluthochdruck, vermehrten Zelltod durch oxidativen Stress, herabgesetzte Fruchtbarkeit bei Männern und Frauen, Migräne sowie neurologische Effekte, wie Depressionen aus. Eine gezielte Blockade von Calciumkanälen wird bei Medikamenten für Bluthochdruck und Herzrhythmusstörungen genutzt. Jedoch führen die sogenannten Calciumkanalblocker ebenfalls zu einer Reihe von Nebenwirkungen, wie Kopfschmerzen, Schwindel oder Ödemen. Beeinflussung der Calciumkanäle durch elektromagnetische Strahlung Laut Professor Pall reagieren Calciumkanäle besonders sensibel auf gepulste, elektromagnetische Felder. Das 5G-Netzwerk verwendet Millimeterwellen und ist darauf ausgelegt, große Datenmengen pro Sekunde zu übertragen, und ist daher sehr hoch gepulst. Angesichts der hohen Rate an gepulsten Wellen der 5G-Strahlung können selbst kurzzeitige Belastungen durchaus schwerwiegende biologische Folgen nach sich ziehen“, schreibt Professor Pall. Obwohl die 5G-Strahlung nur wenige Millimeter tief in die Haut eindringt, kann sie laut dem Wissenschaftler Effekte an den Calciumkanälen auslösen. „Die magnetischen Anteile der kohärenten EMF (Anmerkung der Red.: Elektromagnetischen Felder) sind stark durchdringend. Sie übertragen ihre Energie auf gelöste Ionen in den wässrigen Teilen unserer Zellen [...] und leiten deren elektrischen Anteile mit derselben Frequenz und denselben Pulsationen weiter, nur mit viel geringerer Intensität. Diese kann jedoch den Spannungssensor der spannungsabhängigen Calciumkanäle [...] aktivieren“, so Professor Pall.

	Auswirkungen auf Calciumkanäle bei Sicherheitsprüfungen nicht berücksichtigt Bisherige Studien und Sicherheitsprüfungen stellten hauptsächlich eine thermische Wirkung von elektromagnetischen Feldern fest. Die thermische, also wärmende Wirkung, hat bisher keine nennenswerten gesundheitlichen Auswirkungen gezeigt. Für die Einflüsse auf Calciumkanäle der menschlichen Zellen hat es bisher noch keine Sicherheitsüberprüfungen gegeben. Die 5G-Frequenzen sollen anfangs bei 3,7 Gigahertz liegen. Damit sind sie in einem Frequenzbereich, den man vom bisherigem Mobilfunk kennt. Laut BfS-Sprecherin Nicole Meßmer will man zukünftig auch wesentlich höhere Frequenzen bis zu 26 Gigahertz nutzen. Diese sind zum jetzigen Zeitpunkt jedoch noch wenig erforscht. Zudem verwendet man 5G zuerst in Kombination mit dem bisherigen 4G-Netzwerk. Dies führt zu einer verstärkten Pulsung der Frequenz. „Die enorm starke Pulsung und deren Komplexität könnten über die Aktivierung der spannungsgesteuerten Calciumkanäle auch für viel größeren biologischen Schaden sorgen“, sagt Professor Pall. Er hält Tests zur biologischen Verträglichkeit und zur Auswirkung auf die spannungsabhängigen Calciumkanäle für dringend notwendig. Dafür schlägt er vorerst Zellstudien mit elektromagnetischer Strahlung von 5G vor. Dabei misst man die Veränderung der Calciumkonzentration in den Zellen oder eine infolge gebildete Substanz wie Stickstoffmonoxid. Auch den Punkt in Zusammenhang mit dem Virus spricht Professor Pall in seiner Stellungnahme an. Während er klar sagt, dass elektromagnetische Strahlung keinen Virus auslösen könne, beeinflusst die Calciumkonzentration in den Zellen jedoch die Virusvermehrung. Dabei verweist er auf eine Studie, die im Labortest zeigt, dass sich Viren bei erhöhter Konzentration von Calcium-Ionen in Zellen schneller vermehren. Weiter begünstigt oxidativer Stress sowie vermehrte Zellapoptose die Virusverbreitung. Dies sind Symptome, die durch übermäßige Aktivierung der Calciumkanäle im Körper ausgelöst werden. Wuhan, das Epizentrum des neuartigen Coronavirus, ist die erste große Stadt in China, in der man großflächig das 5G-Netz etablierte. Die möglichen Zusammenhänge zwischen der raschen Virusverbreitung und den Einfluss der elektromagnetischen Strahlung auf die Calcium-Konzentration in menschlichen Zellen sollte laut Professor Pall ebenfalls in gezielten Studien untersucht werden. (cs)
Deutschland	175.752 Infizierte 7.938 Tote 152.600 genesen Die radikalen Einschnitte beim Warenhausriesen Galeria Karstadt Kaufhof betreffen einem Bericht zufolge auch die Karstadt-Sport-Filialen und die Reisebüros des Konzerns. Wie der „Kölner Stadt-Anzeiger“ am Samstag unter Berufung auf Unternehmenskreise berichtete, stehen rund 20 der 30 Filialen von Karstadt-Sport vor dem Aus, betroffen wären rund tausend Mitarbeiter. Bei der neu gegründeten Konzerntochter Atrys, welche die Reisebüros von Galeria betreibt, sollen demnach 100 der 130 Reisebüros schließen. – Außerdem soll dem Bericht zufolge allein in der Essener Zentrale von

	Galeria eine dreistellige Zahl an Jobs wegfallen, dort arbeiten derzeit 1600 Menschen. Am Freitag hatten verschiedene Medien berichtet, dass Galeria Karstadt Kaufhof bis zu 80 seiner 175 Filialen schließen und Personal entlassen will. Der Infrastruktur-Experte des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, Norbert Portz, sagte der Zeitung „Welt“ vom Samstag zu den möglichen Schließungen: „Das wäre ein harter Schlag, zumal wir befürchten, dass es vor allem strukturschwache Kommunen trifft.“ Er fügte hinzu: „Wir müssen retten, was zu retten ist.“ Portz appellierte an die Eigentümer der Immobilien, dem angeschlagenen Handelskonzern bei den Mieten entgegenzukommen. (afp/rm) Die Corona-Krise hat auf eine wenig angenehme Weise darauf hingewiesen, wie stark Deutschland von China als Partner in Produktion und Lieferkette abhängig ist. Eine Rückverlagerung der Produktion wäre in vielen Fällen extrem teuer. Alternativen gäbe es dennoch. – In einer ausführlichen Analyse für die „Welt“ zeigen Benedikt Fuest und Tobias Kaiser anhand von Berechnungsbeispielen für vier Alltagsprodukte auf, wie stark sich Deutschland – ähnlich wie eine Reihe weiterer europäischer Länder – von Produkten abhängig gemacht hat, die in China hergestellt werden. Deutschland hatte infolge der Aufnahme der Kommunistischen Partei Chinas in die Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 vor allem davon profitiert, dass sein Maschinenbau die Industrie ausstatten konnte, die das Regime kontrolliert entstehen ließ und für die wirtschaftliche Komponente seiner Expansionspolitik nutzbar machte. Textilindustrie schwört auf „Professionalität und Effizienz“ Auch der Verbraucher hatte etwas von der Zusammenarbeit. Wer eine Damen-Strickstrumpfhose des Allgäuer Unternehmens Wilox erwirbt, die 50 Millionen Strümpfe und Strumpfhosen im Jahr herstellt, bezahlt dafür als Endkunde zehn Euro – inklusive Handelsmarge und Mehrwertsteuer. Würde das gleiche Produkt ausschließlich in der EU hergestellt, würde der Endpreis 23,78 Euro betragen. Verantwortlich dafür sind deutliche Unterschiede bei den Materialkosten in der Herstellung und deutlich geringere Produktionskosten. Zwar werde ein Teil der Produkte auch in der Türkei oder Bulgarien hergestellt, so Wilox-Chef Malte Daun, und dort könne man sogar noch billiger produzieren – die „Professionalität und Effizienz“ der Maschinen und Fabrikationshallen spräche jedoch für China. Bei einem Stofftier des Herstellers Heunec wird der Unterschied noch deutlicher spürbar: Dort betragen bereits die Materialkosten in China knapp die Hälfte dessen, was in Deutschland anfallen würde, die Produktionskosten wären mehr als das Dreifache – statt bei 11,95 Euro läge bei einer heimischen Herstellung der Endkundenpreis bei 34,95. Kopfhörer wäre dreimal so teuer Dem Deutschen Verband der Spielwarenindustrie zufolge werden drei von vier vermeintlich deutschen Spielzeugen in China produziert – auch solche von Markenanbietern wie Steiff oder Playmobil. Potenziell gesundheitsgefährdende Weichmacher, Gifte und Kleinteile, wie sie in Spielwaren Made in China immer wieder festgestellt werden, haben bis dato wenig an der Begeisterung für die Fertigung im totalitären KP-Staat ändern können. Die Herstellung des Qualitäts-Kopfhörers von Sennheiser HD 599 in Deutschland würde bezüglich der Materialkosten bei 24 bis 30

	Bauteilen mit 100 Euro mehr als das Vierfache als in China betragen und bei den Produktionskosten sogar fast das Zehnfache. Das Endprodukt wäre mit 600 Euro mehr als drei Mal so teuer wie das für 199 Euro angebotene, das in China gefertigt wurde. Zwar steigen auch in China mittlerweile die Löhne, was eine kostenbedingte Produktionsverlagerung etwa nach Vietnam oder Bangladesch als attraktiver erscheinen ließe. Dass die Unternehmen dennoch in China bleiben, dafür sorgt das Regime mit Deregulierungen, zinsfreien Darlehen, Subventionen, Steuervergünstigungen oder – in Deutschland undenkbar – niedrigen Energiepreisen. Im Fall der deutschen „Energiewende“ waren die Bedingungen für viele Solarunternehmen so attraktiv, dass sie, nachdem sie über mehrere Jahre in Deutschland Subventionen abgegriffen hatten, nicht nur ihre Produktion, sondern auch ihre Firmensitze nach China verlegten. Hoffnungen auf Öffnung Chinas nicht erfüllt Das McKinsey Global Institute hat berechnet, dass die Weltwirtschaft vor der Corona-Krise dreimal abhängiger von China war als im Jahr 2000 – und mehr als ein Drittel aller Industrieprodukte weltweit in dortigen Fabriken produziert werden. Nun beginnen nicht nur in den USA Politiker, den Nutzen der Verflechtungen mit dem totalitären Großreich infrage zu stellen. Die in liberalen wie konservativen Think-Tanks geäußerte Hoffnung, die Öffnung Chinas, die Aufnahme in die WTO oder der größere Wohlstand würden auch politische Reformen im Land nach sich ziehen, hat sich nicht bewahrheitet. Im Gegenteil: Das KP-Regime in China hat seine Macht innen- wie außenpolitisch ausgebaut und nutzt die Wirtschaft, um seine Doktrin zu exportieren und den Westen in die Enge zu treiben. Beispiele dafür sind die Expansionsstrategie von Huawei oder der Export von Technologie zur Überwachung von Regimegegnern in Länder wie Usbekistan, wo man ebenso wie in China Religionen verfolgt. Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire will die Abhängigkeit vom kommunistischen Riesenreich vermindern. Deutschland müsse seine Konzerne besser vor zweifelhaften Investoren aus dem Ausland schützen, meint Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier. Mittlerweile müssen sich auch in Deutschland Unternehmen kritischen Fragen stellen – etwa VW, das eine Fabrik in der Provinz Xinjiang gebaut hat, wo mehr als eine Million Muslime vom Regime in Umerziehungslager gesperrt wurden und Folter ebenso wie willkürliche Verhaftungen an der Tagesordnung sind. Elektrogeräte aus freien Ländern teurer, aber langlebiger Die Unterbrechung der Lieferketten infolge der Corona-Krise und die Vertuschungspolitik des Regimes wird auch in europäischen Staaten für einige Entscheidungsträger zum Anlass, nach möglichen Alternativen Ausschau zu halten. Vorhanden wären sie je nach Branche – von Bangladesch über Indien oder Taiwan und Japan bis hin zu Bulgarien, der Türkei oder Israel, vor allem im Bereich der Pharmaprodukte oder auch der Technologielösungen. Zudem bleibt auch Qualität und Haltbarkeit der Produkte ein Thema, das bei der Frage eine Rolle spielt, ob man aus China importieren sollte. Ein US-amerikanisches oder südkoreanisches Werkzeug oder Elektronikgerät mag in der Herstellung wie im Verkaufspreis deutlich teurer sein als ein chinesisches – in den meisten Fällen ist die

	Haltbarkeit jedoch deutlich länger und das Geld, das investiert wird, kommt der Freiheit zugute und nicht dem Kommunismus. Gerade im lebenswichtigen Bereich der Antibiotika ist etwa beim Präparat Gentamicin der Endkundenpreis des in Deutschland hergestellten Produkts gerade einmal fünf Euro höher als der des in China gefertigten. Dies liegt vor allem daran, dass weder beim Wirkstoff, der auch aus Slowenien erlangt werden könnte, noch in der Produktion noch gravierende Unterschiede in den Kosten bestehen. Nicht mehr von China abhängige Antibiotika-Herstellung würde 55 Millionen Euro jährlich kosten Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie erklärt, dass allein in der Corona-Ursprungsprovinz Hubei die Wirkstoffhersteller für 136 verschiedene Arzneimittel ihren Sitz haben. Auch in Indien wird eine Vielzahl an Präparaten hergestellt. Der Wechsel eines Wirkstoffherstellers zieht allerdings eine Reihe von Folgekosten nach sich – und vor allem gibt es nur wenige Antibiotika, die zumindest teilweise noch in Europa hergestellt werden. Ein ausschließlich in Europa produziertes Antibiotikum würde dem Wirtschaftsberatung Roland Berger zufolge die Hersteller und das deutsche Gesundheitswesen mindestens 55 Millionen Euro im Jahr kosten. Eine Investition, bezüglich derer man eine Entscheidung treffen müsste, ob die Beseitigung der Abhängigkeit von einem totalitären KP-Regime gerade in einem elementaren Krisenfall die Mehrkosten nicht aufwiegen würde. Zumal es weltweit noch eine Vielzahl ausreichend technologisierter freier Staatswesen gäbe, in denen sich ein Teil der Produktion auch kostengünstig bewerkstelligen ließe. Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) zeigt sich zuversichtlich, dass weitere Lockerungen in der Coronakrise möglich sind, da die Zahl der Neuinfektionen weiter sinke. „Es zeigt, dass der größte Teil der Bevölkerung diszipliniert mit den Kontaktbeschränkungen umgeht. Daher bin ich zuversichtlich, dass wir unser Wirtschafts- und Sozialleben noch viel stärker normalisieren können, ohne die Überlastung unseres Gesundheitssystems zu riskieren“, sagte Braun den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstagsausgaben). – Deutschland sei – zum jetzigen Zeitpunkt– „sehr erfolgreich“, so der CDU-Politiker weiter. „Aus medizinischer Sicht ist bei mir bei dem Punkt Reisen und Geselligkeit etwas mulmig. Da dürfen wir nicht zu forsch sein.“ Die bisherige Erfahrung habe gezeigt, dass Reisen für die Ausbreitung des Virus „eine große Rolle“ spiele, sagte Braun, der selbst Mediziner ist. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Braun wollen eine Überlastung des Gesundheitssystems vermeiden. Damit begründen sie die schrittweisen Lockerungen der Maßnahmen. Braun mache sich mit Blick auf die unterschiedliche Einschätzung der Gefährlichkeit des Virus große Sorgen. Es gebe eine „bedenkliche Diskussion“, die versuchen würden, das Virus zu verharmlosen. Nach seiner Ansicht sei SARS-CoV-2 ansteckender und eine Erkrankung verlaufe schwerer als die Grippe. Keine Immunität und kein Impfstoff „Wir haben bislang kein Medikament, keine Impfung und keine Immunität. Hätten wir die Infektionsdynamik von Anfang März in Deutschland einfach weitergerechnet und nichts unternommen, dann gäbe es heute vielleicht neun Millionen Kranke – das kann kein Land

schultern. Die vielen Toten sind ja keine hypothetische Zahl“, sagte Braun den Zeitungen der Funke-Mediengruppe und nimmt damit Bezug auf die wissenschaftlichen Erkenntnisse, nach denen nicht geklärt ist, ob eine mit SARS-CoV-2 infizierte Person als immun gegen zukünftige Ansteckungen gilt. Auch die Dauer einer eventuellen Immunität stellen die Wissenschaftler infrage.

Eine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2 soll es in Deutschland nach dem Willen des Kanzleramtes nicht geben. Vielmehr solle eine mögliche Impfung freiwillig sein, sagte Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Samstagsausgaben). Es wäre natürlich gut, „wenn sich viele impfen lassen – aber das entscheidet jeder selbst“.

„Wenn es den Impfstoff hoffentlich schnell gibt, kann jeder sich impfen lassen, wenn er das möchte“, sagte Braun. Wer das nicht wolle, müsse das „Risiko einer Infektion“ selbst tragen.

Der Kanzleramtschef äußerte die Hoffnung, dass es zwischen Anfang und Mitte nächsten Jahres einen Impfstoff für die breite Bevölkerung geben wird. Dann sei auch das Ende der Pandemie erreicht: „Wenn Impfstoff verfügbar ist, dann wird es keine Beschränkungen mehr geben, und wir kehren endlich zum normalen Leben zurück“, sagte Braun. (dts/afp/sua)

Nachdem sein Vorhaben gescheitert war, bereits im Pandemiegesetz, das der Bundestag am Donnerstag verabschiedet hatte, den Immunitätsausweis zu verankern, will Bundesgesundheitsminister Jens Spahn nun eine breite Debatte. Diese soll im Ethikrat stattfinden.

– Mit seinem ursprünglichen Vorstoß zur Einführung eines Immunitätsausweises ist Bundesgesundheitsminister Jens Spahn am Widerstand im Kabinett gescheitert. Gänzlich will er von der Idee jedoch nicht lassen, berichtet die „Tagesschau“. Er hält nunmehr jedoch eine vorherige Erörterung einer solchen Maßnahme im Ethikrat für erforderlich.

Wieder Heinsberg: Mindestens 42 Mitarbeiter der insgesamt 400 Mitarbeiter des Paketzustellers DPD haben sich mit dem Coronavirus infiziert. Am Samstag lagen allerdings nur die Testergebnisse von 167 Angestellten vor, die restlichen sollten am Montag folgen.

– Der Paketdienst DPD hat sein Paketdepot in Hückelhoven im Kreis Heinsberg in Nordrhein-Westfalen wegen zahlreicher Corona-Infektionen von Mitarbeitern vorübergehend geschlossen. Im Einvernehmen mit dem Gesundheitsamt des Kreises seien alle Beschäftigten vorsorglich in Quarantäne geschickt worden, teilte DPD am Samstag mit.

Nach WDR-Informationen wurden bisher 42 der insgesamt 400 Mitarbeiter positiv auf das Virus getestet. Wie der WDR weiter berichtete, lagen am Samstag allerdings nur die Testergebnisse von 167 Angestellten vor, die restlichen sollten am Montag folgen.

DPD teilte weiter mit, das Gesundheitsamt Heinsberg habe unmittelbar nach Bekanntwerden erster Infektionen alle auf dem Gelände Beschäftigten in einer mobilen Teststation vor Ort auf das Virus getestet. Da die vorliegenden Zwischenergebnisse auf eine deutlich erhöhte Fallzahl am Standort hinwiesen, sei beschlossen worden, vorsorglich den Betrieb des Depots Hückelhoven auszusetzen. Die Quarantäne beziehe sich auf alle dort tätigen Arbeitskräfte, auch Zusteller und Mitarbeiter des Hallenunternehmers.

	Der Standort werde in der zweiwöchigen Quarantänezeit umfassend gereinigt und desinfiziert. Die Zustellung und Abholung von Paketen im Zustellgebiet von Hückelhoven werde von benachbarten DPD-Standorten übernommen. Im Kreis Heinsberg waren zur Karnevalszeit die ersten Corona-Infektionen in Nordrhein-Westfalen aufgetreten. Der Kreis gilt mit dem größten Cluster an Infizierten als „Epizentrum“ der Corona-Pandemie in Deutschland. (afp/rm) Die Lockerung der Maßnahmen mit Blick auf die elektiven Eingriffe hätte man sehr viel zügiger und beherzter angehen können, weil die Krankenhäuser unter Beweis gestellt haben, wie schnell sie Kapazitäten aufbauen können", sagte Sturm der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (Samstagsausgabe). – Der Vorstandsvorsitzende des Medizintechnik- und Gesundheitskonzerns Fresenius, Stephan Sturm, sieht die von der Bundesregierung durchgesetzten Corona-Maßnahmen in deutschen Krankenhäusern kritisch. „Die Lockerung der Maßnahmen mit Blick auf die elektiven Eingriffe hätte man sehr viel zügiger und beherzter angehen können, weil die Krankenhäuser unter Beweis gestellt haben, wie schnell sie Kapazitäten aufbauen können“, sagte Sturm der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (Samstagsausgabe) mit Blick auf sogenannte Elektiv-Patienten, also keine Notfallbehandlungen. In der Konsequenz seien viele Patienten aus Furcht vor einer Ansteckung mit dem Virus nicht ins Krankenhaus gekommen. „Wir haben Herzinfarkte, Schlaganfälle, Blinddärme zu spät gesehen. Wir haben in Deutschland einen großen Kollateralschaden erzeugt“, so der Fresenius-Chef weiter. Finanzielle Einbußen durch leerstehende Betten Trotz der finanziellen Ausgleichszahlungen für leer stehende Betten durch die Bundesregierung werde Fresenius mit der Krankenhaus-Sparte Helios Einbußen verkraften müssen. Für das eigene Geschäft in den vier Sparten sieht der Manager im zweiten Quartal stärkere Effekte als noch zum Jahresauftakt. „Insgesamt bleibe ich dabei: Die eine oder andere Schramme werden wir noch abbekommen. Größere finanzielle Einbußen sollten uns aber erspart bleiben“, sagte Sturm. Man werde diese Krise gut meistern. In China sieht er mittlerweile eine weitgehende Normalisierung: „In unseren Werken produzieren wir wieder voll. Auch die Logistik innerhalb des Landes hat sehr zügig Fortschritte gemacht“, so der Fresenius-Chef. In den USA, wo Fresenius mit der ebenfalls börsennotierten Tochtergesellschaft Fresenius Medical Care stark vertreten ist, sieht er positive Anzeichen. „Inzwischen ist meine Wahrnehmung, dass wir auch in den USA den Scheitelpunkt überschritten haben und darauf hoffen können, dass wir graduell hin zu einer Normalisierung kommen“, sagte Sturm der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. (dts)
Italien	Infizierte Tote genesen Der italienische Abgeordnete ist nicht der erste, der Gates beschuldigt, nicht in

der Lage zu sein, die Weltgesundheitspolitik zu diktieren.

- Laut Robert F. Kennedy Jr. hat Bill Gates „ die Aufgabe übernommen, die Weltgesundheitspolitik ohne Wahlen, ohne Ernennung, ohne Aufsicht und ohne Rechenschaftspflicht zu diktieren“, und er möchte wissen, wie und warum dies geschehen ist, und fügt hinzu: „ Tut jemand anderes finde das gruselig? „

  Im vergangenen Monat Robert F. Kennedy Jr. schlug Bill Gates und seine „ messianische Überzeugung , dass er zum Priester geweiht wird , um die Welt mit Technologie zu retten .“

  „ Impfstoffe sind für Bill Gates eine strategische Philanthropie, die seine zahlreichen Impfstoffgeschäfte (einschließlich des Ehrgeizes von Microsoft, ein globales Vac-ID-Unternehmen zu kontrollieren) nährt und ihm diktatorische Kontrolle über die globale Gesundheitspolitik gibt - die Speerspitze des Unternehmens-Neoimperialismus . Kennedy Jr. schrieb.

  " Gates 'Besessenheit mit Impfstoffen scheint von einer messianischen Überzeugung angetrieben zu werden, dass er dazu bestimmt ist, die Welt mit Technologie und einer gottähnlichen Bereitschaft zu retten, mit dem Leben kleinerer Menschen zu experimentieren ."

Italien plant für Anfang kommenden Monats einen weiteren großen Schritt zur Wiederöffnung des von der Corona-Pandemie stark getroffenen Landes. Ab dem 3. Juni sollen alle Reisebeschränkungen aufgehoben werden. Das sieht eine Anordnung vor, die am Samstag von der Regierung in Rom gebilligt wurde.

- Damit sind Inlands- und Auslandsreisen ebenso wieder erlaubt wie Einreisen nach Italien, teilte die Agentur Reuters mit. Die Verbote gelten damit allerdings noch über das lange Wochenende bis zum Nationalfeiertag am 2. Juni, hieß es.

  Bisher ist eine Einreise nur in Ausnahmefällen möglich, darunter zum Beispiel für Italiener im Ausland, die in ihre Heimat zurück wollen oder Ausländer, die ihren Wohnsitz in Italien haben. Für Menschen aus dem übrigen Ausland sollen die Grenzen aber vorerst weiter dicht sein. In der Nacht zum Samstag kam der Ministerrat zusammen, um über ein Paket von Lockerungsmaßnahmen zu beraten, berichtet die DPA.

  Italien ist zwar von der Covid-19-Lungenkrankheit so stark wie wenig andere Länder in der EU betroffen, bisher starben fast 32.000 Menschen. Insgesamt haben sich nach Angaben des Zivilschutzes mehr als 223.000 Menschen mit dem Virus angesteckt. Die Infektionszahlen gehen aber seit längerer Zeit zurück.

  Eine Grenzöffnung zur Sommersaison wäre vor allem für die Tourismusbranche wichtig, die einer der wichtigsten Wirtschaftszweige Italiens ist.

  Schon ab diesem Montag sind weitere Lockerungen vorgesehen: So dürfen Friseure, Kosmetikstudios, Einzelhandel, Bars und Restaurants wieder öffnen. Allerdings nur mit strengen Abstandsregeln. Auch dürfen sich die Menschen dann ohne eine Selbstauskunft bewegen, aber nur innerhalb ihrer Region. Museen und Bibliotheken können öffnen - und auch an den Strand und Freunde treffen darf man wieder. Bisher durfte man sich nur mit Verwandten treffen.

Russland	272.043 Infizierte 2.537 Tote 63.166 genesen An einem Tag sind in Russland laut offiziellen Angaben 10.598 neue Corona-Fälle (Stand: 15.05.2020, 10:35 Uhr, Ortszeit) registriert worden. Die Gesamtzahl der Erkrankten liegt somit bei 262.843. Die meisten wurden in Moskau (135.464) gemeldet. Das bedeutet ein Plus von 4748 Fällen im Vergleich zum Vortag. – Innerhalb von 24 Stunden kamen in Russland 113 Patienten ums Leben. Die Gesamtzahl der Todesopfer beläuft sich derzeit auf 2418. An einem Tag sind 4696 Corona-Kranke genesen. Insgesamt gelten 58.226 Personen als geheilt. In Russland wurden bisher mehr als 6,4 Millionen Testungen durchgeführt.
Schweiz	30.572 Infizierte 1.879 Tote 27.400 genesen **Die Schweiz hat die Coronabedingten Einschränkungen beim Grenzverkehr mit Österreich und Deutschland gelockert. Laut einer Mitteilung auf der Webseite des Schweizerischen Bundesrats sind die Lockerungen in der Nacht auf Samstag in Kraft getreten.** Demnach wird die gegenseitige Einreise zwischen der Schweiz, Deutschland und Österreich wieder erlaubt für Personen, die ihre Lebenspartnerinnen und Lebenspartner oder ihre Verwandten besuchen oder an wichtigen Familienanlässen teilnehmen wollen. Dank der positiven Entwicklung der pandemischen Situation im Zusammenhang mit dem Coronavirus und der stark zurückgegangenen Ansteckungszahlen werden die aktuell geltenden Einreisebeschränkungen für unverheiratete Personen gelockert, die in einer grenzüberschreitenden Beziehung leben. Die Lockerungen gelten auch für Personen, die Verwandte besuchen oder an einem wichtigen familiären Anlass teilnehmen wollen sowie für Personen, die eine Liegenschaft, einen Schrebergarten oder eine Landwirtschafts-, Jagd- oder Forstfläche im Nachbarland unterhalten, pflegen oder nutzen oder Tiere versorgen müssen. Die Einreise nach Österreich für Pflege, Unterhalt oder Nutzung von Liegenschaften setzt bis auf weiteres einen Haupt- oder Nebenwohnsitz in Österreich voraus. Liegenschaftsbesitzer und -Besitzerinnen müssen bei der Einreise nach Österreich nach wie vor ein ärztliches Zeugnis mit einem negativen SARS-CoV-2 Test, der nicht älter als vier Tage ist, mitführen. Um den Fluss des Waren- und Personenverkehrs, insbesondere der Grenzgänger, weiter zu verbessern, haben die drei Staaten auch vereinbart, wo immer möglich geschlossene Grenzübergänge wieder zu öffnen und die Kontrollen an diesen eng abzustimmen. Die Eidgenössische Zollverwaltung hatte seit Anfang April 2020 bereits über 20 Grenzübergänge wieder geöffnet. Sofern es die pandemische Entwicklung zulässt, sollen zudem sämtliche Reisebeschränkungen zwischen der Schweiz, Deutschland, Österreich und Frankreich gemäß einer Absprache zwischen den zuständigen Ministerien der vier Länder am 15. Juni 2020 aufgehoben werden. An der Grenze zu Italien bleiben alle Einreisebeschränkungen bis auf Weiteres in Kraft.
Slowenien	1.465 Infizierte

	103 Tote 272 genesen Nach einem bedeutenden Rückgang der Infektionszahlen hat die **Regierung Sloweniens die Corona-Epidemie für beendet erklärt**. Damit sollen das öffentliche und wirtschaftliche Leben in dem EU-Land wieder hochgefahren und die Grenzen zu Nachbarstaaten geöffnet werden. – „Die Regierung hat in ihrer Videositzung am Donnerstag beschlossen, die am 12. März 2020 ausgerufene SARS-CoV-2-Epidemie (Covid-19) zu beenden“, teilte die Regierung in Ljubljana mit. Das Nationale Institut für Gesundheitsforschung NIJZ habe festgestellt, dass das Coronavirus in der Bevölkerung rückläufig sei, hieß es zur Begründung. Laut NIJZ-Informationen wurden in Slowenien seit Beginn der Pandemie mehr als 66.000 Testungen durchgeführt und 1465 Infektionen nachgewiesen, 103 Infizierte starben. In den vergangenen 24 Stunden wurde lediglich eine Neuansteckung verzeichnet. Damit wird wieder möglich, nach Slowenien aus Österreich, Italien und Ungarn einzureisen. Über die Öffnung der Grenzübergänge soll jedoch das Innenministerium individuell entscheiden. Auch Flughäfen dürfen den Betrieb wiederaufnehmen, allerdings unter Einhaltung von Sicherheitsvorkehrungen. Einreisende EU-Bürger sollen an der Grenze entsprechende Hygiene-Anweisungen erhalten. Für Nicht-EU-Bürger bleibt bei der Einreise die 14-tägige Quarantänepflicht bestehen. Ab Montag sollen Einkaufszentren, Cafés, Restaurants und Hotels wieder öffnen.
Spanien	230.698 Infizierte 27.563 Tote 146.446 genesen In Spanien haben sich einer Studie zufolge bisher wahrscheinlich **fünf Prozent der Bevölkerung oder 2,3 Millionen Menschen mit dem neuen Coronavirus infiziert**. Dies ergab die erste Runde einer Ende April gestarteten Testreihe auf Antikörper in 36.000 Haushalten mit rund 90.000 Bewohnern, wie das Gesundheitsministerium in Madrid am Mittwochabend mitteilte. Die Tests sollen helfen, das wahre Ausmaß des Corona-Ausbruchs im Land einzuschätzen. – Offiziell lag die Zahl der mit dem Virus infizierten Spanier am Mittwoch bei knapp 229.000. Jedoch gilt die Zahl nicht als repräsentativ, weil die Tests größtenteils bei Erkrankten mit starken Symptomen oder Mitarbeitern des Gesundheitssektors durchgeführt wurden.
Ungarn	3.473 Infizierte 448 Tote 1.371 genesen **Die ungarischen Anti-Corona-Maßnahmen werden ab Montag auch in der Hauptstadt Budapest gelockert**. „Die Epidemie ist auch dort besiegt worden“, schrieb Ministerpräsident Viktor Orban am Samstag im Onlinedienst Facebook. Zwei Wochen zuvor hatte Ungarn bereits die Öffnung von Geschäften, Freilichtmuseen, Stränden und Schwimmbädern außerhalb Budapests erlaubt. Auch Restaurants und Hotels durften in ihren Außenbereichen wieder Gäste empfangen.

	– Diese Lockerungen gelten ab Montag dann auch für Budapest. In Ungarn wurden bis Samstag fast 3500 Infektionen mit dem neuartigen Coronavirus registriert; 448 Menschen starben. Die Ausgangsbeschränkungen in dem EU-Mitgliedstaat mit knapp zehn Millionen Einwohnern waren Ende März verhängt worden. Ungarns Schulen sollen noch den ganzen Mai über geschlossen bleiben. Auch Veranstaltungen mit mehr als 500 Teilnehmern bleiben bis mindestens 15. August verboten. Im öffentlichen Nahverkehr und in Geschäften gilt eine Maskenpflicht. Älteren Menschen wird zudem empfohlen, weiterhin zu Hause zu bleiben.
USA	10.720.185 getestet 1.456.841 Infizierte 88.230 Tote 250.747 genesen Zwei Monate lang verheimlichte die Kommunistische Partei Chinas den Virus-Ausbruch in Wuhan. Währenddessen ließ sie Menschen aus China weiterhin in den Rest der Welt reisen, was zur globalen Pandemie führte und in sehr kurzer Zeit Volkswirtschaften auf der ganzen Welt verwüstete. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) habe aufgrund ihres Umgangs mit dem Ausbruch des KPCh-Virus die Wirtschaft der Vereinigten Staaten in nur 60 Tagen ruiniert. Das sagte der Handelsberater des Weißen Hauses Peter Navarro vergangene Woche. – In einem Gespräch mit Maria Bartiromo, der Moderatorin von „Fox News“, erklärte Navarro am Sonntag, wie die KPCh den Ausbruch des Virus vertuscht hat und seine Ausbreitung zuließ, indem sie Menschen aus China weiterhin in andere Teile der Welt reisen ließ. Wir wissen, dass der erste Infizierte in China etwa Mitte November auftauchte. Es war in Wuhan. Wir wissen, dass der ursprüngliche Ausbreitungsort das P4-Waffenlabor ist, aus dem der Virus wahrscheinlich stammt“, sagte Navarro. „Wir wissen, dass China den Virus in den darauffolgenden zwei Monaten hinter dem Schutzschild der Weltgesundheitsorganisation vor der Welt verbarg“, so Navarro. „Und während sie [die KPCh-Funktionäre] das taten, schickte sie glänzende Passagierflieger aus China, nicht von Wuhan aus in das übrige China, sondern an Orte wie New York und Mailand, und setzte das in die Welt, was zu einer Pandemie werden würde“, erklärte der Wirtschaftswissenschaftler und Autor. KPCh kaufte Schutzausrüstung der Welt auf Laut Navarro zeigen die Zolldaten, dass die KPCh auch „praktisch die gesamte persönliche Schutzausrüstung der Welt, einschließlich über 2 Milliarden Masken, abgesaugt hatte“, und dass China „auf diesem Lagerbestand von dem, was wir PSA nennen, sitzt“ und „es zu gewinnbringenden Preisen an einige [Länder] verkauft“. Gleichzeitig übt die Partei Druck auf einige Länder aus, „damit sie leugnen, dass der Virus aus China kam, oder dass sie über Taiwan sprechen oder andere Dinge tun“. „Das ist es also im Wesentlichen“, so Navarro. „Und was das für uns hier bedeutet, ist, dass die Amerikaner heute Morgen [am Sonntag] wegen des China-Virus nicht in die Kirche gehen werden. Söhne und Töchter Amerikas werden nicht mit ihren Müttern brunchen.“ „33 Millionen Amerikaner werden morgen nicht zur Arbeit gehen, und Millionen amerikanische Kinder werden zu Hause sein und die Wände

hochklettern, anstatt Lesen, Schreiben und Rechnen zu lernen“, sagte Navarro weiter.

Präsident Trump hat in drei Jahren die mächtigste und schönste Wirtschaft der Welt aufgebaut. Die Kommunistische Partei Chinas hat sie in 60 Tagen ruiniert“, schloss der Handelsberater des Weißen Hauses ab.

KPCh wusste im November vom Ausbruch – verheimlichte ihn vor der Welt
Wie die Epoch Times bereits früher berichtete, wussten KPCh-Funktionäre im November oder Anfang Dezember, dass COVID-19, die vom KPCh-Virus verursachte Krankheit, in Wuhan aufgetaucht war. Sie beschlossen aber, diese wichtige Information nicht mit dem Rest der Welt zu teilen.

Chinesische Beamte verhafteten stattdessen diejenigen, die versuchten, vor der Gefahr zu warnen, dazu gehörten Ärzte und medizinische Experten. Zudem nutzten sie die strenge Zensur des Regimes, um die Berichterstattung in den Medien zu verhindern und jegliche Erwähnung des Virus aus den sozialen Medien zu löschen.

Als Folge der KPCh-Maßnahmen hat das Virus eine globale Pandemie ausgelöst, die mehr als 280.000 Menschen tötete und Volkswirtschaften auf der ganzen Welt, einschließlich der Vereinigten Staaten, verwüstete.

Trump: KPCh war durch Ausbruch „beschämt“
US-Präsident Donald Trump versprach am 3. Mai die Veröffentlichung eines neuen „sehr aussagekräftigen“ Berichts, der enthüllen werde, was wirklich in China geschah, um die globale Pandemie auszulösen.

Die KPCh sei durch den Ausbruch „beschämt“ gewesen und habe versucht, dies zu vertuschen, so Trump. Währenddessen habe sie den Rest der Welt „schlecht behandelt“, indem sie den Menschen erlaubte, von Wuhan aus in andere Teile der Welt zu fliegen, was den Virus ausbreitete, fügte er hinzu.

Trump sagte auch, er glaube, dass der US-Wirtschaft, die sich in den letzten Wochen teilweise wiedereröffnet habe, ein „unglaubliches Jahr“ bevorstehe und sie sich „im dritten Quartal verändern werde und Dinge passieren werden, die gut aussehen“.

Die Warenhäuser von J.C. Penney waren einst das Stammgeschäft der amerikanischen Mittelschicht. Doch der Online-Handel und neue Discounter-Konkurrenz machten der Firma schon lange schwer zu schaffen. In der Corona-Krise blieb nur die Insolvenz.
Die Corona-Krise hat die traditionsreiche US-Warenhauskette J.C. Penney nach einem jahrelangen Niedergang schließlich in die Knie gezwungen.

– Das 118 Jahre alte Unternehmen meldete Insolvenz an und will sich mit der Aufgabe von Läden neu aufstellen sowie nach einem Käufer suchen. Nach den Insolvenzanträgen der Ladenketten Neiman Marcus und J. Crew ist J.C. Penney das bisher größte Corona-Opfer im US-Einzelhandel. Für die Firma arbeiten rund 85.000 Menschen. Es blieb zunächst offen, wie viele Läden J.C. Penney dauerhaft dichtmachen wird.

Die Gläubiger geben J.C. Penney eine Finanzierungszusage in Höhe von 900 Millionen Dollar, um das Überleben in der Corona-Krise mit ihren vorübergehenden Ladenschließungen zu sichern. Das Unternehmen hat noch rund 500 Millionen Dollar (462 Mio Euro) an

Barbeständen. Man gehe davon aus, dass Finanzierungszusagen und laufende Umsätze ausreichten, um den Betrieb aufrechtzuerhalten und Umstrukturierungen zu ermöglichen, teilte J.C. Penney in der Nacht zum Samstag mit. Ein Deal mit den Geldgebern soll die Schuldenlast um mehrere Milliarden Dollar reduzieren. J.C. Penney ließ seit April zwei Termine zur Schuldentilgung ausfallen und nahm damit bereits Kurs auf ein Insolvenzverfahren.

J.C.Penney hat noch über 800 Läden, von denen viele das Herzstück amerikanischer Einkaufszentren sind. In seiner langen Geschichte profilierte sich die Warenhauskette erst als Stammgeschäft der US-Mittelschicht. Mit dem Boom des Online-Handels und der Dominanz von Amazon wurden die Läden von J.C. Penney dann stärker zur Anlaufstelle von Schnäppchenjägern mit Discount-Coupons. Doch auch bei dieser Käuferschicht machen dem Dino Rivalen wie TJ Maxx – die amerikanische Variante von TK Maxx – zu schaffen. Seit rund einem Jahrzehnt steckt J.C. Penney in den roten Zahlen fest.

2011 wollte J.C. Penney die Abwärtsspirale mit einem Neuanfang durchbrechen. Der als Visionär geholte Apple-Manager Ron Johnson, der einst unter Regie von Steve Jobs das Netz der Apple Stores aufgebaut hatte, setzte auf durchgängig niedrigere Preise statt Rabattcoupons und musterte Eigenmarken aus. Das kam bei den Stammkunden von J.C. Penney schlecht an – der Umsatz brach binnen eines Jahres um ein Viertel auf rund 13 Milliarden Dollar ein.

Johnson musste nach eineinhalb Jahren gehen. Sein zwischenzeitlicher Nachfolger, der von der Baumarkt-Kette Home Depot kam, brachte die in den 1980er Jahren aufgegebene Kategorie der Hausgeräte zurück in die Läden. Das Geschäft schrumpfte weiter: Im vergangenen Geschäftsjahr kam J.C. Penney noch auf einen Umsatz von 10,7 Milliarden Dollar und verbuchte rote Zahlen von 268 Millionen Dollar. Unterdessen hatte J.C. Penney der US-Börsenaufsicht SEC erst am Sonntag mitgeteilt, dass die aktuelle Firmenchefin Jill Soltau einen Bonus von 4,5 Millionen Dollar erhalte. Mehrere andere Führungskräfte sollten demnach Boni in Höhe von einer Million Dollar bekommen. (dpa)

Die US-Regierung will Huawei noch mehr in die Enge treiben. Für den chinesischen Konzern soll es nach verschärften Sanktionen schwieriger werden, eigene Chips zu entwerfen und Fertiger dafür zu finden.

– Die USA verschärfen nach einem Jahr ihre Sanktionen gegen den chinesischen Huawei-Konzern. Die neuen Maßnahmen sollen dem Smartphone-Anbieter und Netzwerk-Ausrüster speziell den Zugang zu amerikanischer Halbleiter-Technologie abschneiden.

Es gehe dabei sowohl um die Entwicklung als auch um die Produktion der Chips, sagte ein ranghoher Beamter des US-Handelsministeriums am Freitag.

Huawei setze seit der im Mai 2019 eingeführten Blockade zwar verstärkt auf eigene Prozessoren, greife dafür aber weiterhin auch auf US-Technologien zurück, begründete das Handelsministerium die Verschärfung. Eine spezielle Lizenz sei künftig sowohl für US-Software notwendig, die in den Chips verwendet wird, als auch für den Einsatz von Produktionstechnik, die amerikanische Technologie enthält, sagte der Mitarbeiter der Behörde. Zugleich wurde die neue Regelung zunächst für 120 Tage ausgesetzt, um den Unternehmen Zeit für Anpassungen zu geben.

Durch die Verschärfung könnte Huaweis Chiptochter HiSilicon den

	taiwanischen Fertiger TSMC als Produktionspartner verlieren. Zugleich könnte der chinesische Konzern über Mittelsmänner an die Technik kommen. Die Regel gelte nur, wenn „der Chip für Huawei bestimmt ist und der Lieferant weiß, dass er an Huawei geht“, schränkte der Beamte des Ministeriums ein. Spionagevorwurf gegen Huawei Huawei ist der führende Ausrüster von Mobilfunk-Netzen und der zweitgrößte Smartphone-Anbieter der Welt. Die USA werfen dem Konzern Spionage und die Verletzung von Sanktionen unter anderem gegen den Iran vor. Huawei kam deswegen auf eine schwarze Liste von Unternehmen. US-Hersteller benötigen aus diesem Grund seit vergangenem Jahr eine spezielle Genehmigung, um Produkte an Huawei und 114 weitere Tochterunternehmen zu exportieren. Daraufhin hat Huawei die benötigten Teile jedoch in Drittstaaten bestellt, in denen US-Technologie eingesetzt werde, und habe so die Beschränkungen umgangen. Huawei kann keine neuen Smartphone-Modelle mit vorinstallierten Google-Diensten verkaufen, was den Absatz der Geräte außerhalb des chinesischen Heimatmarktes bremst. Der Konzern weist die US-Vorwürfe zurück. Die Ausnahmen unter anderem für amerikanische Mobilfunk-Betreiber von den vor einem Jahr verhängten Sanktionen wurden am Freitag für weitere drei Monate verlängert – zum letzten Mal, wie es hieß. Chipfabrik in USA geplant Kurz vor Bekanntgabe der neuen Regelung des Handelsministeriums kündigte TSMC den Bau einer Chipfabrik in den USA an. Der Chipfertiger, der unter anderem Prozessoren für Apples iPhones produziert, will im kommenden Jahr mit den Bauarbeiten beginnen. Das Werk im Bundesstaat Arizona soll den Betrieb im Jahr 2024 aufnehmen. Dort sollen Chips im 5-Nanometer-Verfahren hergestellt werden – damit werden aktuell zum Beispiel Smartphone-Prozessoren produziert. Unklar ist allerdings, wie zeitgemäß die Technologie in vier Jahren noch sein wird. In dem Werk sollen mehr als 1600 Arbeitsplätze entstehen und TSMC will bis zum Jahr 2029 insgesamt rund zwölf Milliarden US-Dollar investieren. Die Ankündigung ist ein Erfolg für US-Präsident Donald Trump, der schon seit längerer Zeit Druck macht, mehr Chipproduktion aus Asien nach Amerika zu holen, um die Abhängigkeit vom Ausland zu verringern. Ein Problem dabei ist, dass in den USA die Zulieferer-Infrastruktur, auf die die Fertiger angewiesen sind, weitgehend fehlt. Das dürfte unter anderem für höhere Kosten sorgen. TSMC ist ein Auftragsfertiger, der Chips nach Bauplänen seiner Kunden herstellt. Die US-Regierung machte laut einem Bericht der „Financial Times“ bereits im vergangenen Jahr Druck auf TSMC, Huawei als Auftraggeber fallenzulassen. Huawei ist einer der weltweit größten Telekommunikationsausrüster und führend etwa bei der 5G-Technologie. Der chinesische Konzern steht aber schon seit längerem in der Kritik. Insbesondere die USA werfen Huawei eine zu große Nähe zu den chinesischen Behörden vor und sehen den Konzern als Gefahr für ihre Cybersicherheit. (dpa/afp/yh/sua)

Kalender	19. Mai 2020	
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern	4.805.544 Infizierte 318.554 Tote 1.787.595 genesen **Die Zahlen stammen vom 19.5.20 um 16 Uhr** insgesamt sind 188 Länder betroffen auf dieses Phänomen stoße ich immer wieder !!!!	**4.624.817** Infizierte 320.335 Tote 1.811.990 genesen **Diese Zahlen stammen vom 19.5.20 um 17:32 Uhr** **Beide JHU**
	Die Virus-Krise wird nach Einschätzung der Vereinten Nationen (UN) zum Anstieg der **bittersten Armut in der Welt beitragen. Etwa 34,3 Millionen** Menschen würden wegen der Virus-Folgen in diesem **Jahr wohl zusätzlich unter die Grenze für „extreme Armut" fallen,** heißt es in Bericht der UN-Abteilung für Wirtschaft und Soziales. Besonders stark (56 Prozent) werde dies Menschen in Afrika treffen. „Extreme Armut" hängt laut UN-Definition nicht nur am Einkommen, sondern auch am Zugang zu Nahrung, sauberem Trinkwasser, Sanitäranlagen, einem Dach über dem Kopf und Dienstleistungen zu Gesundheit und Bildung. Deutschland und Frankreich wollen die **Rezession in der EU mit einem Wiederaufbaufonds von 500 Milliarden Euro bekämpfen.** Er solle „die am stärksten getroffenen Sektoren und Regionen" über Mittel aus dem EU-Haushalt stützen, heißt es in einem gemeinsamen Papier der deutschen und französischen Regierung vom Montag. Dazu solle es der EU-Kommission erlaubt werden, auf den Finanzmärkten Kredite im Namen der EU aufzunehmen. – Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte nach Beratungen mit dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, dass eine „außergewöhnliche, einmalige Kraftanstrengung", nötig sei . Dazu seien Deutschland und Frankreich bereit. Einmaliger Fonds mit politischen Zielsetzungen verknüpft Der Fonds solle „ehrgeizig, vorübergehend und gezielt" im Rahmen des mehrjährigen EU-Finanzrahmens die wirtschaftlichen Folgen der Krise bekämpfen, heißt es in dem Papier. Dabei sollten insbesondere Investitionen in den Bereichen des ökologischen und digitalen Wandels gefördert werden. Der Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs hatte der EU-Kommission Ende April den Auftrag gegeben, einen „Wiederaufbauplan" auszuarbeiten. Ziel ist es, Europas Wirtschaft schnell wieder aus der Rezession zu holen. Im Gespräch waren zunächst Volumen von ein bis zwei Billionen Euro. Große EU-Schuldenstaaten wollen sich über Fonds refinanzieren Tatsächlich herrscht keine Einigkeit über Finanzierung und Auszahlungsmodalitäten des Wiederaufbauplans. Nördliche EU-Länder lehnten es bisher ab, dass dafür von der EU-Kommission Schulden aufgenommen werden, die dann als nicht rückzahlbare Finanzhilfen an betroffene Staaten weitergereicht werden. Länder wie Frankreich, Italien und Spanien bestanden dagegen auf solche Transferzahlungen, um ihre ohnehin schon große Verschuldung nicht noch weiter zu erhöhen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen musste wegen der Differenzen die Vorstellung ihres Vorschlags mehrfach verschieben. Sie will den Plan nun am 27. Mai vorlegen. Eine Einigung von	

	Deutschland und Frankreich könnte einen Kompromiss auf EU-Ebene erleichtern. (afp/al) Doch gegen den deutsch-französischen Plan regt sich bereits Widerstand. Österreich, die Niederlande, Dänemark und Schweden pochen darauf, dass die EU nur rückzahlbare Kredite und keine Zuschüsse ausgibt. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz sagte am Abend, er habe sich mit den Regierungschefs der Niederlande, Dänemarks und Schwedens ausgetauscht. „Unsere Position bleibt unverändert“, schrieb Kurz auf Twitter. Für Merkel und Macron ist das ein Problem, denn: Der Plan muss von allen 27 EU-Staaten einstimmig beschlossen werden. An diesem Dienstag will Merkel in einer Videokonferenz mit den Regierungschefs von Polen, Ungarn, Tschechien und der Slowakei für die Hilfspläne werben. Worum es genau geht: GEMEINSAM IN DIE ROTEN ZAHLEN: Der Wiederaufbau soll über Kredite finanziert werden, die die EU-Kommission als Schulden am Kapitalmarkt aufnimmt. Die EU-Staaten müssten dafür in der nächsten mehrjährigen gemeinsamen Finanzplanung Garantien geben. Denn wenn die Länder gemeinsam geradestehen, können sie zu günstigeren Konditionen Geld leihen, als das vielen Regierungen im Alleingang möglich wäre. FINANZSPRITZEN FÜR KRISENSTAATEN: Besonders betroffene Branchen und Regionen sollen Zuwendungen aus dem Fonds erhalten – keine Kredite. Die Empfängerstaaten müssen das Geld also nicht wieder zurücküberweisen. Indirekt werden sie allerdings doch mit zur Kasse gebeten, denn sie zahlen weiterhin in den EU-Haushalt ein, aus dem die Schulden über einen Zeitraum von etwa 20 Jahren wieder abgestottert werden. Wie viel ein Land hier zahlt, hängt von der Wirtschaftskraft ab. Deutschland ist mit einem Anteil von ungefähr 27 Prozent der größte Netto-Beitragszahler. Finanzschwächere Staaten profitieren also unter dem Strich besonders. ZIELE: Das Geld soll verhindern, dass Regionen in der Corona-Krise völlig abgehängt werden. Es soll insbesondere den Wandel zu einer digitaleren und umweltverträglicheren Wirtschaft fördern sowie Forschung und Innovation. HAUSHALTSREGELN: Deutschland hat sich lange gegen solche gemeinsamen Schulden über den EU-Haushalt gewehrt. Gemeinsame Anleihen („Corona-Bonds“) lehnte die Bundesregierung ab. Die Finanzierung über den EU-Haushalt bedeutet nun, dass die üblichen EU-Haushaltsregeln gelten, nur Projekte finanziert werden und nicht etwa der Staatshaushalt einzelner Mitgliedsstaaten. Der Unterschied zu Corona-Bonds ist auch, dass die gemeinsame Haftung für die Schulden begrenzt ist auf den Umfang der Garantien im Haushalt. BISHERIGE HILFEN: Ein erstes Paket mit Kredithilfen von bis zu 540 Milliarden Euro war von den EU-Staaten bereits Anfang April vereinbart worden. Beim geplanten Fonds geht es um längerfristige Unterstützung beim Wiederaufbau. FREUNDE DES PLANS: Zumindest aus Brüssel kam prompter Beifall. „Dies geht in die Richtung des Vorschlags, an dem die Kommission arbeitet“, erklärte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Die EU-Staaten hatten sie im April beauftragt, ein Modell für den Wiederaufbauplan zu erarbeiten. Der Vorschlag soll am Mittwoch

kommender Woche vorgestellt werden. EU-Ratspräsident Charles Michel sprach von einem Schritt in die richtige Richtung und forderte Kompromisswillen von allen 27 EU-Staaten.

Italien und Spanien sehen die Initiative von Merkel und Macron positiv. Es gebe aber noch Verbesserungspotenzial, hieß es in Regierungskreisen in Rom. Der spanische Ministerpräsident Pedro Sánchez schrieb auf Twitter von einer „Initiative, die auf einer Linie mit unseren Forderungen ist und bei der wir weiter vorwärtskommen müssen".

GEGNER DES PLANS: Einige EU-Länder, darunter die Niederlande und Österreich, haben weiter Vorbehalte dagegen, gemeinsame Schulden aufzunehmen und dieses Geld als Zuwendung an Krisenregionen zu geben. Die als Kredit aufgenommenen Mittel dürften auch nur als Kredit weitergereicht werden, hieß es zum Beispiel am Montag von Seiten der österreichischen Regierung. Hier ist noch Überzeugungsarbeit nötig. Denn der Plan muss von allen 27 Staaten einstimmig beschlossen werden, weil er mit dem siebenjährigen EU-Haushaltsrahmen verknüpft ist. Die Erhöhung der Eigenmittelobergrenze muss zudem in allen 27 Staaten ratifiziert werden, in Deutschland vom Bundestag.

WAS SAGEN DIE OSTEUROPÄER: Merkels osteuropäischen Gesprächspartner aus Polen, Ungarn, der Slowakei und Tschechien nähme der deutsch-französische Plan zumindest eine Hauptsorge: Die Planung der Mittel im nächsten mehrjährigen EU-Haushalt, der dieses Jahr aufgestellt werden muss, soll nicht berührt sein. Das ist gerade für die osteuropäischen Staaten als Empfänger umfangreicher Strukturhilfen bedeutsam. (dpa)

Österreich und Ungarn haben einen gemeinsamen Aufruf der EU-Länder an die neue Regierung Israels zum Abrücken von Annexions-Plänen im Westjordanland verhindert. „Ich freue mich, dass 25 EU-Mitgliedsstaaten diese Erklärung unterstützt haben", sagte Luxemburgs Außenminister Jean Asselborn am Dienstag der Nachrichtenagentur AFP mit Blick auf eine entsprechende Erklärung des EU-Außenbeauftragen Josep Borrell. Leider hätten Ungarn und Österreich den Text nicht mittragen wollen.

– Borrell hatte die am Wochenende vereidigte israelische Regierung am Montagabend dazu aufgerufen, Pläne zur Annexion der jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland fallen zu lassen. Derartige „einseitige Entscheidungen" verstießen gegen das Völkerrecht, erklärte der Spanier.

Asselborn zufolge erfolgte die Erklärung nicht im Namen aller 27 EU-Länder, weil die Regierungen in Wien und Budapest dies beim Außenministertreffen vergangenen Freitag abgelehnt hatten. Es sei „zutiefst" bedauerlich, dass es „bei einem für die Glaubwürdigkeit ihrer Außenpolitik so entscheidenden Thema" keine Einigkeit unter den EU-MItgliedsstaaten gegeben habe, sagte der Luxemburger.

Nach Angaben eines Sprechers von Borrell unterstreicht die Erklärung „die Position der EU bezüglich der Notwendigkeit, das Völkerrecht zu respektieren und die Zweistaatenlösung mit Jerusalem als künftiger Hauptstadt beider Staaten zu unterstützen". Diesen Standpunkt hätten alle Mitgliedstaaten gemeinsam vereinbart. In jedem Fall werde die EU mit der neuen israelischen Regierung „konstruktiv zusammenzuarbeiten".

	Das Parlament in Jerusalem hatte am Sonntag die Bildung einer Einheitsregierung unter Führung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seinem früheren Rivalen Benny Gantz gebilligt. Kurz vor dem Votum hatte Netanjahu erklärt, die neue Regierung solle die Annexion palästinensischer Gebiete vorantreiben. Der Plan betrifft 130 jüdischen Siedlungen im besetzten Westjordanland und im Jordantal. (afp)
"Außerhalb von Corona - weltweit -	**US-Justizminister Bill Barr hat Forderungen von US-Präsident Donald Trump nach Ermittlungen gegen seinen Vorgänger Barack Obama und dessen früheren Stellvertreter Joe Biden zurückgewiesen. Er sehe keinen Anlass für strafrechtliche Untersuchungen gegen die beiden Politiker im Zusammenhang mit der Russland-Affäre, sagte Barr am Montag in Washington.** *(Die Großen lässt man laufen, die Kleinen hängt man auf?* *Es dürfte aber auch einen besseren Eindruck machen, wenn Trump dies nach seiner Wiederwahl erst machen würde.Ansonsten hat er das nächste Impeachment am Hals weil die DEMs behaupten das er ihnen damit den Sieg geklaut hätte.)* – Die im März 2019 abgeschlossenen Ermittlungen zu illegalen Absprachen zwischen dem Trump-Team und Moskau im Präsidentschaftswahlkampf 2016 bezeichnete Barr als „große Ungerechtigkeit“. Er lehnte es aber ab, nun Obamas und Bidens Rolle bei den Ermittlungen zu untersuchen. Die US-Justiz dürfe nicht dazu missbraucht werden, um politischen Gegnern zu schaden, betonte der Minister. Vor allem vor der Präsidentschaftswahl im November, bei der Biden voraussichtlich gegen Amtsinhaber Trump antritt, dürfe die Justiz nicht zu politischen Zwecken eingespannt werden. Barr war in der Vergangenheit immer wieder von den oppositionellen Demokraten beschuldigt worden, sich in seinem Umgang mit der Russland-Affäre willfährig gegenüber Trump zu verhalten und die Unabhängigkeit seiner Behörde als oberste Ermittlungsbehörde des Landes nicht zu schützen. Trump hatte zuletzt wegen angeblicher krimineller Aktivitäten der Vorgängerregierung immer wieder Ermittlungen gegen Obama verlangt. Der US-Präsident sprach von einem „Obamagate“-Komplott, der zu den Ermittlungen in der Russland-Affäre geführt habe. Trump zeigte sich am Montag überrascht von Barrs Aussagen. „Ich denke, Obama und Biden wussten davon“, sagte er mit Blick auf die von ihm als Hetzjagd verurteilten Russland-Ermittlungen. „Viele schlechte Leute waren beteiligt und sie sollten einen sehr hohen Preis zahlen.“ Russland-Sonderermittler Robert Mueller hatte in seinen fast zweijährigen Ermittlungen zur Russland-Affäre keine hinreichenden Belege für illegale Absprachen zwischen dem Trump-Team und Moskau gefunden. (afp/so) Bangladeschs Behörden fürchten, dass "Amphan" der schlimmste Zyklon seit "Sidr" 2007 wird - damals starben rund 3500 Menschen. Die internationale Kinderhilfsorganisation World Vision hat sich angesichts des herannahenden Zyklons „Amphan“ besorgt über die Lage in Bangladesch und Indien gezeigt. – Der Wirbelsturm, der am Mittwoch auf Land treffen soll, bedrohe

	unter anderem das Rohingya-Flüchtlingslager Cox's Bazar in Bangladesch. Millionen Menschen sollen aus den betroffenen Gebieten in Sicherheit gebracht werden. Im Flüchtlingslager in Cox's Bazar besteht nach Angaben von Worldvision die „große Gefahr, dass durch Wind und heftige Regenfälle und dadurch ausgelöste Schlammlawinen die Unterkünfte weggeschwemmt werden". Dort lebten etwa 850.000 Menschen, die Hälfte davon Kinder. Voraussichtlich schlimmster Zyklon seit „Sidr" In Bangladesch fürchten die Behörden, dass „Amphan" der schlimmste Zyklon seit „Sidr" 2007 wird – damals starben rund 3500 Menschen. Mehrere tausend Menschen seien bereits evakuiert worden, sagte ein Vertreter des Katatrophenschutzministeriums in Dhaka. Geplant seien bis zu 2,2 Millionen. Wegen der Corona-Pandemie sei die Zahl der Schulen als Notunterkünfte verdoppelt worden, alle Menschen müssten einen Mund-Nase-Schutz tragen. Zudem gebe es Isolationsräume für Infizierte. Im indischen Bundesstaat Westbengalen wurden nach Angaben der Behörden bereits mehr als 200.000 Menschen aus Küstengebieten in Sicherheit gebracht. Auch hier wurden die Menschen angewiesen, auf die Hygienevorschriften wegen der Pandemie zu achten. Auch im Bundesstaat Odisha gab es Evakuierungen. Bangladesch und der Osten Indiens werden regelmäßig von Wirbelstürmen heimgesucht. 1999 starben in Odisha fast 10.000 Menschen durch einen Zyklon. 1991 wurden in Bangladesch fast 140.000 Menschen durch von einem Zyklon ausgelöste Stürme und Überschwemmungen getötet. (afp) **Durch den Shutdown in der Corona-Krise sind die CO2-Konzentrationen in den oberen Atmosphäreschichten offenbar nur unbedeutend gesunken.** – Darauf deuten erste Ergebnisse von Messungen des Forschungszentrums (FZ) Jülich hin, wie die Forschungseinrichtung am Dienstag mitteilte. Den Auswertungen zufolge führe der Shutdown nicht dazu, „dass die CO2-Konzentrationen in der Atmosphäre deutlich geringer werden", erklärte Johannes Laube vom FZ-Institut für Stratosphäre. Die Wissenschaftler untersuchen derzeit mit Wetterballons die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Qualität der Luft in höheren Schichten der Atmosphäre. Dazu ließen sie zwei Ballons mit Messinstrumenten in eine Höhe von etwa 29 Kilometer aufsteigen. Ein weiterer Doppelstart ist für Ende Mai geplant. Erwartet werden Erkenntnisse auf die Auswirkungen des wegen der Corona-Krise ungewöhnlich geringen Flugverkehrs und über den ungewöhnlich starken Ozonabbau über der Arktis, den die Wissenschaftler im vergangenen Winter maßen. (afp) *(Das dürfte Greta & FfF aber so gar nicht freuen, zumal es auch Berichte gibt, wonach die CO^2 Konzentration während des Lockdown sogar gestiegen ist. Dies könnte mit dem im Boden befindlichen CO^2 zusammenhängen)*
"Corona	China will Gileads experimentelles Coronavirus-Medikament patentieren lassen

	Bloomberg Nachrichten 5. Februar 2020, 06:00 MEZ Aktualisiert am 5. Februar 2020, 12:47 MEZ Das Virologie-Institut von Wuhan hat das Patent von remdesivir angemeldet Gilead sagte, dass in China Versuche mit Menschen mit dem Medikament begonnen haben – Chinesische Forscher haben ein nationales Patent für ein experimentelles Medikament von Gilead Sciences Inc. angemeldet , von dem sie glauben, dass es das neuartige Coronavirus bekämpfen könnte . Das Wuhan-Institut für Virologie - mit Sitz in der chinesischen Stadt im Zentrum der Epidemie - hat in China ein Patent für die Verwendung des als Remdesivir bekannten antiviralen Arzneimittels zur Behandlung der Krankheit angemeldet. Der Antrag wurde am 21. Januar zusammen mit einer Militärakademie gestellt, wie aus einer Erklärung vom 4. Februar auf der Website des Instituts hervorgeht. Große Teile Chinas sind durch das Coronavirus gelähmt, und der Schritt signalisiert den Wunsch, die Entwicklung einer der vielversprechendsten potenziellen Behandlungen zu beschleunigen. Peking ist aggressiv vorgegangen , um die Infektion einzudämmen, bei der fast 500 Menschen getötet und fast 25.000 erkrankt sind. Wenn die Anmeldung erfolgreich ist, müsste Gilead chinesische Patentinhaber für den Verkauf des Arzneimittels zur Behandlung von Coronavirus-Infektionen außerhalb Chinas gewinnen. "Das Gute an einem Patent ist, dass es zu Cross-Licensing-Situationen führen würde, die China mehr Verhandlungschips bei der Aushandlung der Lizenzgebühr mit Gilead verschaffen", sagte Wang Yanyu, Senior Partner bei AllBright Law Offices in Peking. IP-Bedenken Der Schritt könnte die langjährigen Bedenken hinsichtlich der Achtung der Rechte des geistigen Eigentums durch China wieder aufleben lassen. Das Land hat in den letzten Jahren Fortschritte im Pharmabereich gemacht , um eine auf innovativen Arzneimitteln basierende heimische Industrie zu fördern. Es ist nicht klar, ob oder wann Chinas Behörden für geistiges Eigentum den Antrag des Instituts genehmigen werden. Die Patentanmeldung muss nachweisen, dass das Medikament auf diesen Coronavirus-Stamm 2019-nCoV in einer Weise wirkt, die sich von seiner Wirkung auf andere Viren derselben Kategorie unterscheidet. Die Einreichung der Patentanmeldung durch einen Stakeholder in China ist laut Wang jedoch sinnvoll. "Die meisten Patienten sind hier und nicht in den USA, was es unwahrscheinlich macht, dass Gilead all diese Tests durchführen wird", sagte er. Im Kot lauerndes Coronavirus kann das versteckte Risiko einer Ausbreitung aufdecken Während Gileads experimentelles Medikament nirgendwo auf der Welt zugelassen oder zugelassen ist, wird es in China in Studien mit Coronavirus-Patienten getestet, nachdem erste Anzeichen für eine hohe Wirksamkeit gezeigt wurden. Es könnte bereits nächste Woche in China in klinische Studien bei Patienten mit mittelschweren und schweren Symptomen des Erregers gehen, sagte Merdad Parsey, Chief Medical Officer von Gilead. Chinesische Wissenschaftler haben Gileads Remdesivir und

Chloroquin, ein 80 Jahre altes Malariamedikament, in Laborstudien zur Verhinderung des Coronavirus als „hochwirksam“ befunden, teilten sie am Dienstag in einem Artikel in der Zeitschrift Cell Research mit. Die Wirksamkeit der beiden Medikamente beim Menschen erforderte weitere klinische Tests, so das Institut in seiner Stellungnahme.

China ist in der Lage, Chloroquin herzustellen und will nun Zugang zu Remedesivir haben.

Die Entscheidung, ein Patent anzustreben, anstatt sich auf die schwerfällige Option der "Zwangslizenz" zu berufen, die es Nationen erlaubt, in nationalen Notfällen Arzneimittelpatente außer Kraft zu setzen, unterstreicht jedoch den heiklen Balanceakt vor China, da sie neben der Eindämmung des Virusausbruchs auch ein Bekenntnis zu geistigen Eigentumsrechten signalisiert.

"Die Tatsache, dass sie ein Patent beantragt haben, bedeutet, dass das Bewusstsein darüber im Land wächst", sagte Wang. "Die Regierung ist gezwungen, die Nutzung der Zwangslizenz zu vermeiden, weil sie sich bemüht hat, China zu zeigen, dass es die Rechte an geistigem Eigentum respektiert, und der Missbrauch der Zwangslizenz wird internationale Kritik auf sich ziehen".

Nationales Interesse
Gilead behält die weltweiten Rechte zur Vermarktung des antiviralen Medikaments, sobald es zugelassen ist, zur Behandlung von Krankheiten wie Ebola und SARS, für die das Medikament ursprünglich vorgesehen war.

Das Wuhan-Institut sagte in seiner Erklärung, dass es den Patentantrag aus nationalem Interesse gestellt habe und seine Patentrechte nicht ausüben werde, wenn ausländische Pharmafirmen mit China zusammenarbeiten, um die Ansteckung einzudämmen.

Am Ende liefert Gilead genug Dosen, um 500 Patienten zu behandeln, und erhöht das Angebot, falls die klinischen Studien funktionieren.

Während die Herstellung des Arzneimittels schwierig ist, arbeitet Gilead laut Parsey so schnell wie möglich daran, mehr zu produzieren. "Es war auf unserer Seite sehr uneingeschränkt", sagte er.

- Mit Unterstützung von Dong Lyu, Haze Fan, Jason Gale und Robert Langreth

Forscher, die untersuchen, was bestimmen könnte, ob sich ein neuartiger Coronavirus- Impfstoffkandidat als erfolgreich erweist, haben Hinweise gefunden, die darauf hindeuten, dass eine frühere Exposition gegenüber einem Coronavirus, wie einem, der Erkältungen verursacht, möglicherweise eine Form der Schutzimmunität gegen COVID-19 bieten könnte.

– Das Team am La Jolla Institute of Immunology untersuchte eine Gruppe von 20 Erwachsenen, die sich erfolgreich von COVID-19 erholt hatten, und stellte fest, dass das körpereigene Immunsystem SARS-CoV-2 laut ihrer Forschung „auf viele Arten“ erkennen kann , die in der Zeitschrift Cell veröffentlicht wurde.

"Wenn wir nur marginale Immunantworten gesehen hätten, wären wir besorgt gewesen", sagte Dr. Alessandro Sette, einer der Hauptautoren, in einer Pressemitteilung. „Wir sehen jedoch eine sehr robuste T-Zell-Reaktion gegen das Spike-Protein, das das Ziel der meisten laufenden COVID-19-Bemühungen ist, sowie gegen andere lebenswichtige

Proteine. Diese Ergebnisse sind wirklich gute Nachrichten für die Impfstoffentwicklung. “

Das Team testete, ob die T-Zellen, die bei Patienten isoliert wurden, die sich ohne größere Komplikationen erholt hatten, Proteinfragmente aus dem Virus erkennen konnten. Sie fanden heraus, dass fast alle Patienten eine T-Zell-Antwort entwickelt hatten, die die Antikörperproduktion unterstützt.

COVID-19-Patienten dürfen nach dem Testen des Positiven ein zweites Mal nicht infektiös sein, sagen Experten

"Wir haben uns speziell dafür entschieden, Menschen zu untersuchen, die einen normalen Krankheitsverlauf hatten und keinen Krankenhausaufenthalt benötigten, um einen soliden Maßstab dafür zu liefern, wie eine normale Immunantwort aussieht, da das Virus einige sehr ungewöhnliche Dinge bei Menschen bewirken kann", sagte Sette in der Pressemitteilung.

Laut Sette bieten die Ergebnisse Forschern eine Grundlage, um die Reaktionen des Immunsystems bei Menschen mit schwerwiegenden Folgen mit denen zu vergleichen, die asymptomatisch sind oder sich zu Hause erholen können. Laut Sette bietet es ihnen auch eine Grundlage für die Bestimmung, ob die Immunantwort bei Menschen, die einen Impfstoff erhalten, derjenigen ähnelt, die Sie bei einer Reaktion des schützenden Immunsystems auf COVID-19 sehen würden.

Sie schrieben außerdem, dass sie die T-Zell-Reaktion in Blutproben untersuchten, die zwischen 2015 und 2018 entnommen wurden, bevor SARS-CoV-2 entdeckt wurde, und dass viele auch eine signifikante Reaktivität gegen das Virus aufwiesen, obwohl dies nicht der Fall war vorherige Belichtung. Die Forscher sagen, dass dies durch die Exposition gegenüber einem der anderen Coronaviren verursacht werden kann, wie denjenigen, die Erkältungen verursachen.

„Angesichts der Schwere der anhaltenden COVID-19-Pandemie könnte jeder Grad der kreuzreaktiven Coronavirus-Immunität einen erheblichen Einfluss auf den Gesamtverlauf der Pandemie haben und ist ein wichtiges Detail, das Epidemiologen berücksichtigen sollten, wenn sie versuchen, herauszufinden, wie schwer sie sind COVID-19 wird in den kommenden Monaten Auswirkungen auf die Gemeinden haben “, sagte Dr. Shane Crotty, ein weiterer Studienautor, in der Pressemitteilung.

Die Autoren räumten ein, dass ein Mangel an detaillierten Informationen zur Erkältungsanamnese oder zu übereinstimmenden Blutproben vor der Exposition gegenüber SARS-CoV-2 „Rückschlüsse auf die Häufigkeit kreuzreaktiver Coronavirus-T-Zellen vor der Exposition gegenüber SARS-CoV-2 und ein mögliches Potenzial verhindert Schutzwirkung solcher Zellen.“

Die höheren Temperaturen im Sommer werden die Corona-Pandemie einer Studie zufolge kaum bremsen. Statistische Auswertungen deuteten daraufhin, dass heißeres Wetter und eine höhere Luftfeuchtigkeit die Ausbreitung des Virus nur in geringem Maß beeinflussen, hieß es in einer Studie der US-Universität Princeton, die am Montag im Fachmagazin "Science" veröffentlicht wurde.

– Der Einfluss der klimatischen Bedingungen auf den neuartigen Erreger seien "gering". Zwar beeinflusse eine höhere Luftfeuchtigkeit die Ausbreitung anderer Coronaviren und der Grippe, im Fall des

neuen Erregers Sars-CoV-2 sei aber das Fehlen einer "weitverbreiteten Immunität" entscheidend, schrieben die Forscher. Daher werde sich das Virus unabhängig von den klimatischen Bedingungen schnell ausbreiten. Auch das Pandemie-Geschehen in warmen Ländern wie Brasilien, Ecuador und Australien liefere Hinweise für diese These.

Ein internationales Forscherteam hat mittels einer rückwärts-genetischen Methode das Pathogen Sars-CoV-2, das für die Pandemie 2020 verantwortlich ist, künstlich erzeugt. Laut einer im Fachjournal „Cell“ veröffentlichten Studie stellt das „zusammengebaute“ Virus eine vollständige Kopie seines natürlichen Vorbildes dar.

– Die Forscher der von Vineet D. Menachery geleiteten Gruppe sind der Meinung, dass das Retorten-Virus zu einem wichtigen Instrument bei der Bekämpfung der Infektion werden und unter anderem zur Entwicklung von Mausmodellen für die Erprobung hocheffektiver Medikamente gegen Covid-19 beitragen kann.

  Als Vorbild diente laut der Studie der Virusstamm, der aus einer Abstrichprobe des ersten registrierten Covid-19-Patienten in den USA extrahiert worden war.

  Mit Hilfe des künstlich erzeugten Virus, das gleiche Eigenschaften wie Sars-CoV-2 aufweist, kann dessen Vermehrungs- und Ansteckungsfähigkeit erforscht werden.
  Die Leiterin des Labors für Genomanalyse am russischen Institut für Allgemeine Genetik „Wawilow“, Swetlana Borinskaja, wies gegenüber der Zeitung „Iswestija“ die Meinung zurück, dass Sars-CoV-2 künstlich erzeugt worden sein könnte. Wissenschaftler könnten in der gegenwärtigen Entwicklungsetappe der Wissenschaft nicht die Eigenschaften eines nicht existierenden Pathogens voraussagen. „Ein Virus kann künstlich gebaut werden, aber nur nach dem Rezept, dass die Natur erfunden hat“, so die Forscherin.

  Wie der Leiter des Labors für Genom-Ingenieurie am Moskauer Institut für Physik und Technologie (MFTI), Pawel Woltschkow, gegenüber der Zeitung „Iswestija“ sagte, versucht man derzeit in vielen Labors weltweit, künftige Eigenschaften des künstlich erzeugten Pathogens, in dem die eine oder andere Aminosäure ausgewechselt worden war, vorauszusagen.

  „Dank der Methoden der Rückwärts-Genetik kann man den Zusammenbau eines Virus recht schnell untersuchen und klären, woraus es sich zusammensetzt und welche seiner Teile für was verantwortlich sind. (...) Geningenieure haben es schon gelernt, ‘Instruktionen zu erstellen’, das heißt die Eigenschaften des einen oder anderen Wechselteils vorauszusagen. Aber nicht in dem Maße, dass man bei Null beginnen und Sars-CoV-2 schaffen könnte.“
  Laut Konstantin Krutovsky, Professor an der Universität Göttingen (Deutschland), hat die Gruppe von Menachery gezeigt, dass ein beliebiges Virus künstlich hergestellt werden könnte, wenn es eine „Instruktion“ dazu gebe. Wenn es jedoch keine gebe, könnte diese auch von Wissenschaftlern selbst verfasst werden, so der Wissenschaftler.

Das amerikanische Biotechnologieunternehmen Moderna hat bekanntgegeben, dass es die erste Phase der klinischen Prüfungen des Impfstoffes gegen Coronavirus erfolgreich abgeschlossen habe.

– Das Unternehmen begann demnach schon im April, den neuen Impfstoff an Freiwilligen zu testen. Moderna teilte mit, dass nach der Einnahme des Impfstoffes unter Kennzeichnung „mRNA-1273“ die

	Anzahl der Antikörper im Blut der Freiwilligen entweder höher als bei den von Coronavirus genesenen Menschen oder auf dem gleichen Niveau gewesen sei. Dem Unternehmen zufolge erwies sich der Impfstoff als sicher – bei den Beteiligten wurden keine Komplikationen nach der Einnahme des Medikaments nachgewiesen. Moderna plant, dass die letzte Phase für die Fertigstellung des Protokolls der klinischen Prüfungen im Juli beginnen werde. Zudem stellte die Nachrichtenagentur Reuters fest, dass der Aktienkurs von Moderna nach der Veröffentlichung der Mitteilung über den Corona-Impfstoff um 25 Prozent gestiegen sei. Anfang Mai hatte der amerikanische Fernsehsender NBC-News unter Berufung auf eine Quelle in der Administration von US-Präsident Donald Trump mitgeteilt, dass sich in den USA mindestens 14 Impfstoff-Arten gegen das Coronavirus im Rahmen des Programms „Operation Warp-Geschwindigkeit“ in Entwicklung befänden. Ziel des Programms sei es, drei bis vier Impfstoff-Arten zu schaffen, die schon im nächsten Jahr verwendet werden könnten. ac/mt/sna Die EU-Arzneimittelbehörde EMA will offenbar in Kürze das antivirale Medikament Remdesivir zur Behandlung von Coronavirus-Patienten in Europa vorläufig zulassen. „Es könnte sein, dass eine bedingte Marktzulassung in den kommenden Tagen erteilt werden kann“, sagte EMA-Leiter Guido Rasi am Montag bei einer Anhörung im Europaparlament. Vorläufige Studien haben gezeigt, dass das ursprünglich gegen Ebola entwickelte Medikament des US-Konzerns Gilead die Genesungsdauer von Corona-Patienten verkürzen kann. – Die bedingte Marktzulassung hänge davon ab, ob die Experten die bisher vorliegenden Studiendaten zu dem Medikament als „robust genug“ einstuften, sagte EMA-Chef Rasi im Gesundheitsausschuss des EU-Parlaments. Sie könne aber „sehr bald“ kommen. Remdesivir blockiert Vermehrung von Viren Remdesivir dringt in Viren ein und verhindert damit ihre Vermehrung. Die US-Arzneimittelbehörde FDA hatte Anfang Mai eine Notfall-Genehmigung für den Einsatz des Wirkstoffs gegen die Lungenkrankheit Covid-19 erteilt. Zu den mit der vorläufigen Marktzulassung verknüpften Bedingungen wollte sich EMA-Direktor Rasi nicht äußern. Die Behörde könnte dabei etwa die Anwendung auf bestimmte Patientengruppen nach Alter oder mit Blick auf Vorerkrankungen beschränken. Dies muss aber nicht der Fall sein. Der deutsche EU-Abgeordnete Peter Liese begrüßte die EMA-Ankündigung. „Es ist eine gute Nachricht für viele Patienten, die schwer an Covid-19 erkrankt sind und um ihr Leben fürchten“, erklärte der gesundheitspolitische Sprechers der konservativen EVP-Fraktion. „Die bisherigen Untersuchungen haben offensichtlich gezeigt, dass Remdesivir den Krankheitsverlauf abmildert, vielleicht sogar die Todesrate absenken kann und dass die Nebenwirkungen vertretbar sind.“ Beobachtung erforderlich Auch nach einer bedingten Zulassung müssten allerdings Wirkung und mögliche Nebenwirkungen weiter genau beobachtet werden, sagte Liese der Nachrichtenagentur AFP. „Aber wenn sich die Daten

bestätigten, ist das schon ein extrem hilfreiches Medikament."

Vorteil der bedingten Marktzulassung sei, dass zumindest in Deutschland dann die Krankenkassen für das Medikament zahlen würden, sagte Liese weiter. Im Rahmen von klinischen Tests müsse dies sonst normalerweise die Herstellerfirma selbst tun, oder es müssten erst andere Finanzierungswege gesucht werden.

Verfügbarkeit könnte zum Problem werden
Problem könne allerdings sein, dass das Medikament anfangs gar nicht verfügbar sei, sagte der CDU-Abgeordnete. Der US-Konzern Gilead baue die Produktionskapazitäten erst auf, habe ihm aber versichert, das Medikament auch nach Europa liefern zu wollen, wenn es zu einer bedingten Marktzulassung komme.

EMA-Chef Rasi sah unterdessen einen möglichen Impfstoff gegen Covid-19 noch in weiter Ferne. Diesen werde es „bestenfalls in einem Jahr geben", sagte er. Sollte er verfügbar sein, müsse aus seiner Sicht zunächst „das Gesundheitspersonal überall in Europa" geimpft werden, bevor etwa die ganze Bevölkerung bestimmter Länder den Schutz erhalte. Dies wäre bei der Bekämpfung der Krankheit jedenfalls „die produktivste Herangehensweise". (afp/al)

COVID-19 ist keine reine Lungenerkrankung, sondern ein komplexes Krankheitsbild: Mediziner aus Italien, Frankreich, Spanien und den USA berichten von auffälligen Hautveränderungen bei COVID-19-Patienten. Diese hängen mit dem Schweregrad der Infektion zusammen und zeigen sich bei Kindern und Jugendlichen oftmals als einziges Symptom. Ärzte aus Italien, Spanien und den USA weisen vermehrt auf Hautveränderungen in Zusammenhang mit Sars-CoV-2 hin. Die derzeit größte Studie zu diesem Thema stammt aus Spanien und umfasst 375 Fälle. Dabei untersuchten die Dermatologen der Universitätsklinik in Madrid und vom Hospital Plató in Barcelona unerklärliche Hautveränderungen in Zusammenhang mit dem neuartigen Virus. Die Studie berichtet von Pseudo-Frostbeulen, Bläschen, Quaddeln, Nekrosen, die teilweise mit Altersgruppen sowie dem Schweregrad der Viruserkrankung in Verbindung gebracht wurden.

– Patienten, bei denen eine andere Ursache für die Hautveränderung diagnostiziert wurde, wie Herpes, Psoriasis oder Hautläsionen wurden aus der Studie ausgeschlossen.

Pseudo-Frostbeulen besonders häufig bei Kindern und Jugendlichen
In 19 Prozent der Fälle zeigten sich Pusteln und Bläschen mit rötlich bis violetter Färbung an Händen und Füßen. Die optisch an Frostbeulen erinnernden Schwellungen beschrieben die Patienten als schmerzhaft oder juckend. Diese Hautreaktion trat im Krankheitsverlauf relativ spät auf.

Auffallend, war dass vor allem Kinder und junge Erwachsene an dieser von den Forschern als „Pseudo-Frostbeulen" bezeichneten Hautveränderung litten. Oftmals hatten die betroffenen Jugendlichen ansonsten kaum oder nur milde Symptome.

Von ähnlichen Hautveränderungen hatten auch schon italienische Ärzte und amerikanische Dermatologen berichtet. Die Frostbeulen ließen sich mit steroidhaltigen Salben behandeln, heilten aber auch von selbst nach 12 bis 20 Tagen ab.

Windpocken-ähnliche Bläschen häufig bei mittelschweren Verläufen
Kleine, mit Blut gefüllte Bläschen, oder in der Fachsprache vesikuläre Eruptionen, kamen bei neun Prozent der Untersuchten vor. Diese juckenden Hautveränderungen betrafen meist Patienten mittleren

Alters und sie traten relativ am Anfang der Viruserkrankung auf. Bei einigen Patienten sogar vor anderen typischen COVID-19-Symptomen.

Die Bläschen, die optisch an Windpocken erinnern, breiteten sich im Laufe der Virusinfektion über Rumpf und Gliedmaßen aus. Dabei traten meist andere Symptome wie Fieber und Husten auf und wurden daher von den Forschern mit mittelschweren Corona-Verläufen in Verbindung gebracht.

Quaddeln, Schuppung und Rötungen bei schweren Verläufen
Sogenannte urtikarielle Läsionen, oder Quaddeln, zeigten sich bei 19 Prozent der Patienten. Sie traten meist mit Juckreiz verbunden an Rumpf und Handinnenseite auf. Zudem gab es auch unterschiedlich ausgeprägte Schuppungen der Haut, sowie punktförmige und teilweise großflächige Rötungen. Diese Hautveränderungen traten im Vergleich zu den Pseudo-Frostbeulen oder Bläschen nur kurzfristig auf, hingen aber meist mit schweren Verläufen der COVID-19-Infektion zusammen.

Allerdings geben die Studienautoren zu bedenken, dass die Patienten aufgrund der schweren Verläufe verschiedene Medikamente erhielten. Daher könnten diese Hautveränderungen auch Nebenwirkungen der Medikation sein.

Nekrosen bei sehr schweren Verläufen
Bei sehr schweren Infektionsverläufen, die zu einer Mortalitätsrate von 10 Prozent führten, hatten sechs Prozent der Patienten Hautnekrosen. Dies sind schwere Hautschäden durch mangelnde Blutversorgung, die in der Regel nicht rückgängig gemacht werden können. Sie traten hauptsächlich an Rumpf, Finger und Zehen auf, kamen aber auch an Nase, Kinn und Ohr vor. Großteils waren ältere Patienten davon betroffen.

Welche Mechanismen hinter den beobachteten Hautveränderungen liegen, ist bisher unklar. Laut den Forschern könne das Virus die Veränderungen direkt auslösen, sie könnten aber auch von einer durch das Virus begünstigten Co-Infektion stammen. Fest steht, dass es sich bei COVID-19 um ein komplexes Krankheitsbild handelt.

Laut Dr. Kischner vom Berufsverband der Deutschen Dermatologen gebe es in Deutschland bisher keine gehäuften Meldungen über Hautveränderungen in Zusammenhang mit COVID-19. Allerdings rät er: „Immer, wenn zu solchen Hautveränderungen schwere Begleiterscheinungen, wie Fieber, allgemeine körperliche Schwäche etc., auftreten“, solle man einen Arzt aufsuchen. Beispielsweise könne auch eine Meningokokken-Sepsis ähnliche Hautsymptome auslösen, was, laut Dr. Kischner Notfälle sind, die man unbedingt ärztlich abklären solle.

Bis zu welchem Grad Abstandsregeln und Händehygiene wirklich vor Virusübertragung schützen, wird nach Ansteckungsserien in Washington und Berlin hinterfragt. In beiden Fällen gab es bei Chorproben, die unter Einhalten der Abstandsregelung und Hygienemaßnahmen abgehalten wurden, viele Ansteckungen.

- **In Washington steckten sich vermutlich 53 der 61 Anwesenden bei einem einzelnen infizierten Chor-Mitglied an, das selbst keine Symptome bemerkte. Bei 33 Personen gab es ein positives Testergebnis, 20 weitere zeigten Symptome. Zwei Chormitglieder sind infolge der COVID-19-Infektion verstorben**. Auch in der Berliner Domkantorei infizierten sich laut „Spiegel“ über 30 von 80 Chorsängern, obwohl die

	Vorsichtsmaßnahmen eingehalten wurden. **Experten vermuten Ansteckungen über Aerosole, fein verteilte Flüssigkeitströpfchen in der Luft.** Tröpfchen mit Viren werden nicht nur bei Husten oder Niesen freigesetzt**, sondern laut einer kürzlichen Studie auch beim normalen Sprechen.** Die Studie von Forschern der University of Pennsylvania untersuchte Aerosole beim Sprechen. Fazit der Studie ist, dass die „Möglichkeit bestehe, dass bereits Aerosole, die beim normalen Sprechen ausgestoßen werden, in geschlossenen Räumen zu einer Ansteckung führen können." Pro Minute mehr als 1000 virusbeladene Tröpfchen freigesetzt Für die Studie wiederholten Probanden in einem geschlossenen Raum für 25 Sekunden lang den Satz „Stay healthy"- also „Bleib gesund". Dabei zeigte sich, dass beim Sprechen hochgerechnet auf eine Minute mehr als 1000 virusbeladene Tröpchen freigesetzt werden. Diese konnten sich zwischen acht bis vierzehn Minuten in der Luft halten. Ebenfalls erkannten die Forscher einen Unterschied, ob laut oder normal gesprochen wurde. Obwohl bei einer normalen Lautstärke weniger Tröpfchen in die Luft gelangen, weisen die Ergebnisse auf „einen begründeten Verdacht hin, dass eine Virusübertragung bereits beim normalen Sprechen stattfindet." Der Aerobiologe für Infektionskrankheiten, Donald Milton, geht noch einen Schritt weiter: In einer Studie aus dem Jahr 2018 zeigten er und sein Team der University of Maryland School of Public Health, dass sogar einfaches Atmen genüge, um Aerosole in der Luft zu verteilen. Im Rahmen der Untersuchungen mit Influenzaviren, atmeten die Probanden für 30 Minuten in einem geschlossenen Raum ohne zu Sprechen. Allerdings ist bisher noch nicht klar, wie lange die Viren selbst in den Tröpfchen überleben oder wie infektiös sie in diesem Zustand bleiben. Virologe Drosten rät: **„Fenster aufreißen"** Auch der Virologe Christian Drosten sagte nach den kürzlichen Beobachtungen und einer Studie aus Hongkong von Ende April: „Ich denke, man muss davon ausgehen, dass Aerosolübertragung stattfindet". Für Innenräume gelte daher laut Drosten: „Fenster aufreißen". Masken oder Schals, die den Mund bedecken, können laut aktuellen Erkenntnissen das Freisetzen von Aerosolen beim Sprechen oder Husten reduzieren. Nach den bisherigen Erkenntnissen hält Professor Drosten es für „total übertrieben", wie sehr Händewaschen und das Desinfizieren von Oberflächen in den Fokus rücken. Nach seiner Einschätzung machen Schmierinfektionen, also eine Ansteckung über kontaminierte Oberflächen, gegenüber Tröpfcheninfektionen nur einen geringen Prozentsatz der Ansteckungen aus.
Brasilien	257.396 Infizierte 16.941 Tote 100.459 genesen *In Brasilien braut sich ein Drama zusammen, da der Präsident immer noch*

	nicht das Virus ernst nimmt und seine Bevölkerung schützen will. Spez. die Favelas dort haben kaum Wasser und Strom, sondern auch keinen Schutz in Form von Masken oder Desinfektionsmitteln.
China	84.063 Infizierte 4.638 Tote 79.310 genesen *(Stimmen diese Berichte, dann sieht es ganz danach aus, das China die Welt ein 2. Mal belügt und wissentlich Toten in Kauf nimmt, nur um sein Gesicht zu wahren)* **Aufgrund eines neuen Ausbruchs des Coronavirus sind laut Bloomberg mehr als 108 Millionen Chinesen in Selbstisolation geraten. Dies meldet die Agentur unter Berufung auf Quellen.** – Nach Angaben der Agentur sollen die Behörden im Nordosten des Landes strenge Quarantänemaßnahmen verhängt haben. In der Provinz Jilin wurden der Bus- und Schienenverkehr eingestellt, die Schulen geschlossen und die Bürger isoliert. „Diese strengen Einschränkungen alarmierten viele Einheimische, die glaubten, dass der schlimmste Teil der Epidemie im Lande vorbei ist“, heißt es in dem Beitrag. Neue Fälle Nach Bloombergs Angaben seien in der Provinz 34 neue Fälle von Covid-19 verzeichnet worden, und neue Beschränkungen deuten auf eine Angst der chinesischen Behörden vor der Möglichkeit einer zweiten Epidemiewelle hin. „Dies ist auch ein Zeichen dafür, wie fragil der Prozess der Rückkehr zum normalen Leben in China und anderen Ländern sein wird, da selbst der geringste Hinweis auf einen neuen Infektionsausbruch zur Rückkehr einer strengen Isolation bewegen kann“, heißt es in dem Artikel. In einer Stadt der Provinz Jilin beschlossen die Behörden, alle Wohnkomplexe zu schließen, in denen es neue Fälle von Coronavirus gibt. In diesem Fall darf nur ein Familienmitglied einkaufen gehen - alle zwei Tage für zwei Stunden, schreibt die Agentur. Darüber hinaus wurden die meisten Lieferservices in der Region geschlossen, und Apotheken stellten den Verkauf von Anti-TB-Medikamenten ein, damit die Menschen ihre Symptome nicht verbergen und sich nicht selbst behandeln könnten. Corona-Ausbruch in Wuhan Das Coronavirus SARS-CoV-2 (Erreger von Covid-19) wurde erstmals Ende Dezember in Wuhan, China, identifiziert. Anfang März hat die Weltgesundheitsorganisation ihren Ausbruch als Pandemie eingestuft. Laut der Johns Hopkins University sind über 4,7 Millionen Menschen infiziert, mehr als 315.000 sind gestorben. Während der Epidemie in China wurden über 84.000 Fälle von Coronavirus-Infektionen festgestellt, von denen mehr als 4.600 Menschen starben. ek/mt/sna Nachdem bereits im Zuge der zweiten Welle der Wuhan-Lungenseuche COVID-19 von Virusausbrüchen in den nordostchinesischen Provinzen

	Heilongjiang, Innere Mongolei und Liaoning sowie in der Provinz Guangdong in Südchina berichtet wurde, scheint sich nun auch in der nordostchinesischen Provinz Jilin die Situation zuzuspitzen. – Im März gaben die chinesischen Behörden an, dass es keine bis kaum noch Neuinfektionen gebe. Doch ab April mehrten sich Hinweise und Berichte, dass die zweite Welle des Ausbruchs begonnen hatte. Neuinfektionen in Shulan, Fengman und Chuanying Offenbar stehen die seit dem 12. Mai durch die Nationale Gesundheitskommission in China veröffentlichten Neuinfektionen alle im Zusammenhang mit den Infektionen in Shulan und Jilin. Am vergangenen Wochenende wurden fünf neue Fälle bestätigt. Sie stammen aus Shulan, sowie den ebenfalls zu Jilin gehörenden Bezirken Fengman und Chuanying, berichtet die „Epoch Times“ USA. Aufgrund der Versäumnisse um die Eindämmung der Ausbrüche wurden vom Parteikomitee der Provinz Jilin mehrere lokale Beamte der Kommunistischen Partei Chinas ihrer Posten enthoben, wie etwa der stellvertretende Direktor der Gesundheitskommission der Stadt Jilin, Liu Shijun, die Direktorin des Gesundheitsbüros von Shulan, Yue Xiaoyan, sowie der Direktor des Zentrums für Krankheitskontrolle und Prävention (CDC) von Shulan, Liu Hanyin und der Direktor des CDC im Jiliner Bezirk Fengman, Xu Zibiao. Auch der stellvertretende Parteichef des Polizeibüros der Stadt Shulan, Geng Jianjun, musste gehen. Zuvor hatte das Provinz-Parteikomitee bereits den Parteichef von Shulan, Li Pengfei, seines Postens enthoben. Der Kader wurde am späten Abend des 16. Mai gefeuert und durch einen anderen, den bisherigen stellvertretenden Bürgermeister der Stadt Jilin, Zhang Jinghui, ersetzt. Der in den USA lebende China-Kommentator Li Linyi meinte dazu, dass diese Ernennung für die KPCh eher untypisch sei. Normalerweise wird der nächst niedrigere Beamte befördert. In diesem Fall wäre das der Bürgermeister von Shulan. Doch man holte sich einen Beamten aus der Jilin-Führung und ernannte ihn zum Parteichef der Stadt Shulan. „Das zeigt, dass die Vorgesetzten der KPCh nicht darauf vertrauen, dass die Parteiführung in Shulan den Ausbruch kontrollieren kann“, sagte dazu Li Linyi, ein in den USA lebender China-Kommentator. Patient „Null“ in Shulan Die Provinz Jilin liegt im Nordosten Chinas und hat im Osten eine gemeinsame Grenze mit Russland, sowie im Südosten mit Nordkorea. Die Stadt Shulan mit ihren 660.000 Einwohnern gehört zum Verwaltungsbereich der bezirksfreien Stadt Jilin, die östlich der Provinzhauptstadt Changchun liegt. Am 7. Mai wurde der Patient „Null“ des Ausbruchs in Shulan festgestellt, eine 45-jährige Frau, die in der lokalen Polizeistation des Büros für öffentliche Sicherheit als Wäschereiarbeiterin arbeitet. Laut China News Net hatte sie keinerlei Kontakte nach Übersee oder in andere Provinzen. Sie ging lediglich arbeiten, einkaufen, Medikamente kaufen und besuchte ihre Mutter in ihrer Wohnanlage. Am 6. Mai entwickelte sie Symptome und ging zur Untersuchung ins Krankenhaus, wo sie am nächsten Tag die Diagnose gestellt bekam. Sie infizierte einem Bericht der staatlichen „Beijing News“ zufolge weitere Personen, die am 9. Mai positiv auf das Virus getestet wurden: ihren

	Ehemann, drei Schwestern, einen Schwager, eine Frau aus der Wohnanlage ihrer Mutter und vier Männer, die enge Kontakte zu ihr oder zu ihrer Familie hatten. Am 10. Mai schloss die Stadtregierung alle Wohnanlagen und die im April erst wieder geöffneten Schulen. Doch die weitere Verbreitung des Virus vollzog sich bald schon nicht nur innerhalb der eigentlichen Stadt Shulan, sondern auch in den Bezirken von Jilin, sowie in der Hauptstadt der Nachbarprovinz Liaoning, Shenyang. Shulan-Polizeistation geschlossen Nach Angaben der chinesischsprachigen „Epoch Times“ wurde infolge des Ausbruchs auch das Büro für öffentliche Sicherheit in Shulan geschlossen. Vier Mitarbeiter sollen dort bestätigt infiziert gewesen sein. Die Ehefrau eines der Polizeibeamten sagte, dass alle im Polizeibüro diagnostizierten Personen milde Symptome gezeigt hätten, aber wir sind in Panik, weil sich das Virus so schnell verbreitet.“ Es wurde ebenfalls berichtet, dass sich ein Mitarbeiter der Stadtregierung infiziert habe, sowie eine Empfangsdame im Shulan-Volkskrankenhaus und ein Lehrer der Oberschule. Bezüglich des Ausbruchs in Shulan schrieb die staatliche „Beijing News“ auf ihrem öffentlichen Weibo-Kanal am 15. Mai, dass mehr als 8.000 Personen im Zusammenhang mit „Patient Null“ unter Quarantäne gestellt wurden. Der staatliche Sender „China Radio International“ berichtete am Vortag, am 14. Mai, dass die chinesische Zentralregierung in Shulan ein provisorisches Zelt als Testzentrum eingerichtet habe, das ab dem 15. Mai Nukleinsäuretests durchführen werde. Jilin-City schließt Privatkliniken Am Nachmittag des 16. Mai kündigte die Stadtregierung von Jilin die Schließung aller privater Kliniken und Ambulanzen der Stadt mit Beginn des 17. Mai, 0 Uhr, an. Die Bürger wurden angewiesen, sich bei medizinischen Problemen in den staatlichen Krankenhäusern registrieren zu lassen. Damit wurden auch jene Menschen mit COVID-19-Symptomen in die staatlichen Kliniken gelenkt. Eine der nachfolgenden Infizierten war eine 45-jährige Putzfrau aus Jilin, die beruflich Privathäuser und Firmen reinigt. Diese arbeitete seit dem 2. Mai laut einem weiteren Sina-Bericht Hotels in Jilin-Fengman, in einem Flusskrebsrestaurant in Jilin-Changyi und in fünf Wohnanlagen in diesen beiden Stadtbezirken sowie im Bezirk Chuanying. Laut „Epoch Times“ (USA) nahm sie ihre Mahlzeiten in kleinen Restaurants in der Nähe ihrer Arbeitsorte ein. Alle zwei bis drei Tage ging sie auf verschiedenen Märkten einkaufen. Nachdem man am 12. Mai bei einem ihrer engen Kontakte im Bezirk Fengman eine Infektion diagnostiziert hatte, wurde auch die 45-Jährige in einer Quarantänestation isoliert. Sie selbst wurde am 14. Mai positiv diagnostiziert. Die Stadtverwaltung von Jilin begann mit der Suche nach weiteren zu isolierenden Kontaktpersonen der Fälle, die durch ihre regen gesellschaftlichen Kontakte in Supermärkten, Krankenhäusern, Friseurläden, Märkten und Restaurants vermuten lassen, dass dann eine große Zahl von Menschen unter Quarantäne gestellt werden muss. Das Virus reist nach Shenyang Herr Li, Bewohner der Wohnanlage Sihe Tianyuan im Jiliner Bezirk Fengman schilderte, dass mehrere Bewohner auf das Virus diagnostiziert worden waren. Einer davon, Herr Hao, ein Fahrer und

	Hilfspolizist des Büros für öffentliche Sicherheit in Shulan und einer der zuvor erwähnten Infektionsfälle, steckte nach seiner Heimkehr seine Frau an, sowie weitere Verwandte, als man gemeinsam zu Abend aß und Mahjongg spielte. Mindestens neun Personen wurden durch den Fahrer und seine Verwandten im Bezirk Fengman infiziert, eine Person zudem im Bezirk Chuanying. Auch sein 23-jähriger Cousin wurde infiziert. Der Cousin wiederum arbeite in einer Wartungsabteilung eines Werkes für Hochgeschwindigkeitszüge in Shenyang, der Hauptstadt der Nachbarprovinz Liaoning. Dort habe der Cousin nach seiner Rückkehr das Virus weiter verbreitet. In Shenyang ist die Stimmung unter den Einheimischen nicht gut. Sie beschweren sich über die hohen Quarantäne-Gebühren, die die Behörden erheben, wenn man zur Selbstquarantäne in ein zum Quarantänezentrum umfunktioniertes Hotel muss. Die Kosten für die 14 Tage sollen sich auf 6.860 bis 8.286 Yuan (890 bis 1.075 Euro) belaufen. Cluster-Ausbruch in von Luftwaffe betriebenem Krankenhaus Ein weiterer Herr Li, Einwohner von Shenyang, erzählte dem „ET"-Reporter, dass das von der Luftwaffe betriebene Shenyang 463 Hospital wegen eines Cluster-Ausbruchs geschlossen worden sei: Das gesamte Krankenhaus ist geschlossen. Sowohl Personen als auch Fahrzeuge dürfen das Krankenhaus weder betreten noch verlassen." Die Behörden hätten gesagt, dass es Infektionen im Krankenhaus gibt, „aber man kennt die wirkliche Situation nicht. Sie wissen nicht, wie viele Menschen bereits an dem Virus gestorben sind."
Deutschland	177.298 Infizierte 8.067 Tote 155.681 genesen Wie auch die Deutsche Post hat der Paket-Zusteller Hermes während der Hochphase der Corona-Pandemie deutlich mehr Pakete zugestellt als sonst. **Nach anfänglichen Rückgängen seien die Sendungsmengen im April um rund 40 Prozent im Vergleich zur ursprünglichen Erwartung gestiegen**, teilte das Unternehmen vor der Veröffentlichung seiner Geschäftszahlen am Mittwoch der Deutschen Presse-Agentur mit. Trotz dieser rasanten Entwicklung würden bundesweit mehr als 90 Prozent aller Sendungen durchgängig am nächsten Tag zugestellt, hieß es. Auch die Busbranche in Deutschland kann in der Coronakrise auf staatliche Hilfen hoffen. Er habe dem Bundesfinanzministerium ein Konzept **mit 170 Millionen Euro vorgelegt**, sagte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) am Mittwoch Reuters TV. Jetzt müsse die Schüler-Beförderung wieder hochgefahren werden. „Das machen teilweise auch mittelständische Betriebe, die Hilfe brauchen." – Zudem sei er mit den Bundesländern in Kontakt angesichts der Probleme im Nahverkehr insgesamt. Dort hätten die Länder Ausfälle in der Coronakrise von fünf Milliarden Euro ausgemacht. Hier würden Gespräche geführt, wie man diese Ausfälle auffangen könnte. **Vier medizinische Fachgesellschaften haben dazu aufgerufen, Kindergärten und Schulen trotz der Corona-Pandemie umgehend und vollständig zu öffnen.**

	– In einem gemeinsamen Papier, über das die „Neue Osnabrücker Zeitung" am Dienstag berichtet, heißt es: „Insbesondere bei Kindern unter 10 Jahren sprechen die aktuellen Daten sowohl für eine geringere Infektions- als auch für eine deutlich geringere Ansteckungsrate." Im Gegensatz dazu seien die sozialen und gesundheitlichen Folgen der Schließung gravierend. Im ganzen Land waren Schulen und Kitas wegen der Corona-Pandemie wochenlang geschlossen, ehe der Unterricht und die Betreuung unter Beachtung von Hygiene- und Abstandsregeln schrittweise wieder anlief. **Die drei Kinder und drei Erzieher, die direkten Kontakt mit einem** mit Corona infizierten Kind in der evangelischen Kita am Hasten in Remscheid hatten, haben sich nicht mit dem Virus angesteckt. Das zeigen Testergebnisse, die das Labor gestern an das Gesundheitsamt übermittelte. **Mitarbeiter von Krankenhäusern sowie Alten- und Pflegeheimen in Deutschland sind einem Medienbericht zufolge überdurchschnittlich häufig von einer Infektion mit dem neuartigen Coronavirus betroffen.** – Wie aus Recherchen der „Süddeutschen Zeitung" am Dienstag hervorgeht, haben sich seit Mitte April durchschnittlich täglich mehr als 230 Ärzte, Pfleger und andere Mitarbeiter in Gesundheitsberufen mit Sars-CoV-2 angesteckt. Insgesamt hätten sich bisher rund 20.000 Mitarbeiter aus diesen Bereichen eine Infektion mit dem Virus zugezogen, berichtet die Zeitung unter Berufung auf Angaben des Robert-Koch-Instituts. Das entspreche etwa elf Prozent aller Infizierten. Mindestens 894 Menschen aus dem Gesundheitssektor mussten demnach stationär behandelt werden, mindestens 60 seien infolge der Lungenkrankheit Covid-19 gestorben. Auf das Virus getestet werde das Personal aber nur punktuell, hieß es weiter. Das RKI habe auf Anfrage der Zeitung eingeräumt, es sei dem Institut nicht bekannt, wie umfassend in den Einrichtungen getestet werde. Bislang kannte man den Grünen Punkt nur von der Mülltrennung. Nun zieht ein grüner Punkt in Corona-Zeiten auch in Schulen ein und sorgt damit für Schlagzeilen. *(Eine ähnliche Kennzeichnung hatten wir in D. schon einmal. Es ist ein Unding, was hier den Kindern zugemutet wird)* – Das rot-weiße Absperrband teilt den Schulhof in unterschiedliche Bereiche. Schüler mit Gesichtsmasken treten nach und nach mit gebührendem Abstand in das Schulgebäude ein. Die Bilder des Carolinum Gymnasiums zeugen davon, dass das neuartige Virus deutliche Spuren in der Bildung hinterlassen hat. Schulleiter Henry Tesch lobt die Schüler für ihr „großartiges Verhalten". Er hofft, schnell wieder zurück zur Normalität zu kehren. Dafür greift das Neustrelitzer Gymnasium in Mecklenburg-Vorpommern zu ungewöhnlichen Maßnahmen. In gemeinsamer Kooperation mit dem Rostocker Biotech-Unternehmen Centogene werden Schüler zweimal pro Woche auf das aus China stammende SARS-CoV-2 getestet – freiwillig, wenn sie denn wollen. Die Kosten übernimmt das Unternehmen.

Informiert werden die Eltern durch einen Brief der Schule. Darin heißt es: „Die Schulleitung des Carolinum wird alles dafür tun, um das beste Maß an Sicherheit zu bieten, die Rückkehr in den Alltag zu ebnen. Daher bieten wir euch die kostenfreie Testung auf das Vorliegen einer SARS-CoV-2 Infektion ab Montag, 27.04.2020.“

Dafür seine eine Registrierung bei der Firma Centogene notwendig, um eine Personen-ID zu erstellen. Das Prozedere der Probenabnahme mittels Abstrich wird genau erklärt, auch mit Hinweis darauf, dass es aufgrund des tiefen Rachenabstrichs zu „Würgegefühl“ kommen wird. Mit dieser Maßnahme hoffe die Schule, den „ersten Schritt in Richtung Normalität“ gemacht zu haben.

Testen als ultimative Lösung?
„Testen ist einfach, billig, schnell“, sagte Arndt Rolfs, Professor für Neurologie und Psychiatrie an der Rostocker Universität. Gleichzeitig ist er Vorstand des Unternehmens Centogene. Der Schaden durch Schließungen und Intensivmedizin für Infizierte sei viel höher.

Laut „FAZ“ haben sich 95 Prozent der elften Klasse freiwillig testen lassen, bei den zwölften Klassen waren es 85 Prozent.

Wer sich immer wieder testen lässt, trägt einen grünen Punkt auf seinem kleinen Namensschild, das Lehrer und Schüler am Hals tragen. Das sichere die freie Beweglichkeit im Gymnasium, heißt es in der FAZ.

„Ein Persilschein ist das aber nicht“, erklärte der Neustrelitzer Schulleiter. Denn die Abstandsregeln bestünden weiter. Und auch nur, wer sich den anstehenden Test wöchentlich montags und freitags unterziehe, behalte den grünen Punkt. Dafür müssen die Schüler dann nicht anstehen, um in die Schule eingelassen zu werden. Sie dürfen die „Fast lane“ benutzen.

Nach Berechnungen des Unternehmens Centogene würden die Kosten regelmäßiger PCR-Tests, die eine Infektion mit SARS-CoV-2 im Abstrichverfahren anzeigen und in allen Schulen durchgeführt werden, mindestens 25 bis 26 Milliarden Euro jährlich betragen, wahrscheinlich darüber hinausgehen. Ein Schaden, der durch eine Infektion entstehen könnte, sei jedoch größer.

Sonderbehandlung – mit Freiwilligkeit hätte es nicht viel zu tun
Der Berliner Psychologe Thilo Hartmann sieht diese Maßnahme kritisch. „Mit den Punkten werden zwei für alle sichtbar nicht gleichberechtigte Gruppen von Schülern aufgemacht.“

Durch die Sonderbehandlung der grün-markierten Schüler, etwa beim Einlass oder in ihrer Bewegungsfreiheit, würde das Selbstwertgefühl der Schüler ohne grünen Punkt infrage gestellt. Das könnte auch die Rivalität zwischen den Gruppen provozieren.

Er warnt: Das könne auch dazu führen, „dass ich mich Regeln unkritisch unterwerfe, nur um zu der Gruppe zu gehören, die mir attraktiver erscheint.“ Mit Freiwilligkeit hätte das nicht viel zu tun. Im Gegenteil: „Das psychologische Risiko überwiegt den praktischen Nutzen deutlich.“

Nach wie vor sind die Schutzmasken in Deutschland Mangelware.
Trotz inzwischen gelieferter Schutzausrüstung ist von einer Entspannung in Krankenhäusern, Altenheimen und Pflegediensten keine Spur.

- Maskenwechsel erst, nachdem nachgewiesen ein Infizierter behandelt wurde
  Einem Bericht der „Süddeutschen“ zufolge, sorgen sich viele Ärzte um ihre Gesundheit. Ein Anästhesist erklärte, dass er pro Tag lediglich einen Mund-Nasen-Schutz erhalte. Das gelte auch für FFP2-Masken, die für die Betreuung von Patienten auf der Intensivstation benötigt werden. Vor allem beim Legen des Beatmungsschlauchs sei die Gefahr einer SARS-CoV-2-Infektion groß. Bevor die Viren in die Lungen wandern, halten sie sich in großer Zahl im Rachenraum auf.

  Ich bin angehalten, diese eine Maske den ganzen Tag zu tragen“, sagt der Anästhesist.

  Wohl fühle er sich dabei nicht. Nach Angaben des Arztes, der anonym bleiben will, ist ein Maskenwechsel erst angezeigt, wenn nachweislich ein COVID-19-Patient behandelt wird. Diese Richtlinie führt zu folgendem Grundsatz:

  Solange wir nicht wissen, ob der Patient infiziert ist, tun wir so, als wäre er es nicht.“

  Im Merkblatt der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vom 4. Mai zum Thema Mund-Nasen-Bedeckung heißt es:

  > Es ist nach wie vor wichtig, dass Ärzten und Pflegekräften ausreichend OP- sowie FFP-Masken zur Verfügung stehen, die COVID-19 Betroffene behandeln oder betreuen. Handelsübliche Schutzmasken sollten daher dem Fachpersonal vorbehalten bleiben – zum eigenen und zum Schutz anderer.

  Mitteilung Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung vom 4. Mai 2020, Quelle.Foto: Screenshot

  Darüber hinaus weist die Behörde darauf hin: „Wechseln Sie die Mund-Nasen-Bedeckung spätestens dann, wenn sie durch die Atemluft durchfeuchtet ist. Denn dann können sich zusätzliche Keime ansiedeln.“

  Von 11.859 Fällen sei bekannt, dass sie in einer medizinischen Einrichtung tätig waren, beispielsweise in Krankenhäusern, ärztlichen Praxen, Dialyseeinrichtungen und Rettungsdiensten. 19 dieser Gemeldeten seien verstorben.

Wer in der Pflege den Mindestlohn bekommt, müsste bei einer 35-Stunden-Woche 53 Jahre arbeiten, um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erhalten. Das geht aus einer Antwort des Bundesarbeitsministeriums auf eine Anfrage der Linken-Fraktion im Bundestag hervor, wie die Zeitungen des Redaktionsnetzwerks Deutschland (RND) vom Dienstag berichteten.

- **Die Grundsicherung liegt derzeit bei 814 Euro**. Bei einer 30-Stunden-Woche müssten Pflegekräfte sogar 62 Jahre arbeiten, um auf diese Höhe zu kommen. Basis der Berechnungen ist der ab Juli gültige Mindestlohn für ungelernte Pflegekräfte von 11,60 Euro im Westen. Bei Einführung der geplanten Grundrente würde sich den Berechnungen zufolge die Dauer von 62 auf 36 Jahre beziehungsweise von 53 auf 35 Jahre reduzieren.

  Die Linken-Pflegeexpertin Pia Zimmermann sagte dem RND, in der Pflege würden in den kommenden Jahren hunderttausende Beschäftigte zusätzlich gebraucht. Deshalb seien gute und auskömmliche Löhne erforderlich. „Nötig sind allgemeinverbindliche

	Tarifverträge, aber auch Mindestlöhne, die vor Armut im Alter und vor Armut trotz Arbeit sogar in Vollzeit schützen“, forderte sie. „Andernfalls steuern wir in der Altenpflege in eine Katastrophe“, warnte die Linken-Politikerin. (afp) *(Es ist natürlich praktisch das jetzt auf das Pflegepersonal zu beschränken, aber ein Mindeslohn von dem man leben kann, trifft auf viele Berufe zu. Zur Grundsicherung der Rente reicht ein Betrag von 814 € auch nicht aus.)* In Deutschland stehen in der Coronavirus-Pandemie nach Einschätzung der hiesigen Biotechbranche genügend Antikörper-Tests zur Verfügung. Die Testkapazitäten könnten sogar noch weiter erhöht werden, teilte der Verband BIO Deutschland am Dienstag mit. "Jetzt braucht die Branche Klarheit, wie breit diese Tests eingesetzt und auch vergütet werden sollen", forderte Bio-Deutschland-Chef Oliver Schacht. Es sei zudem ein "schlüssiges Konzept" nötig, welche Menschen in Deutschland getestet werden und wie häufig getestet wird, damit die Industrie bedarfsgerecht produzieren könne. Was passiert eigentlich mit den ganzen gebrauchten Einwegmasken? Sie landen im Müll. Der vom Wirtschaftsministerium errechnete Bedarf von bis zu zwölf Milliarden Atemschutzmasken pro Jahr sowie der hohe Verbrauch an Einmalhandschuhen und anderer Schutzkleidung werde für ein Abfallaufkommen von etwa 1,1 Millionen Tonnen pro Jahr sorgen. Das wären etwa sieben Prozent der gesamten Hausmüllmenge Deutschlands, die zusätzlich entstehen würden. – Das Hamburger Umweltinstitut sieht darin ein großes Problem und fordert nun, dass an Atemschutzmasken entsprechende Umweltauflagen gestellt werden, sagte Institutsleiter Michael Braungart am Dienstag in Hamburg. „Es kann nicht sein, dass die Atemschutzmasken jetzt ein gigantisches Müllproblem verursachen, wo es doch möglich ist, perfekt biologisch abbaubare Materialien zu verwenden.“ Abbaubare Masken könnten nach ihrer Nutzung sogar nützlich für die Umwelt sein, ohne dabei an Schutzwirkung einzubüßen, sagte Braungart. So könnte etwa nach entsprechender Aufbereitung Pflanzvlies entstehen, das den Pestizid- und Bewässerungseinsatz senkt.
Frankreich	180.051 Infizierte 28.242 Tote 61.843 genesen **Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat seine absolute Mehrheit im Parlament eingebüßt**: Macron-kritische Abgeordnete seiner Partei La République en Marche (LREM), Umweltschützer und andere gründeten am Dienstag eine neue Fraktion in der Nationalversammlung. „Nach Covid-19 darf nichts mehr so sein wie zuvor“, erklärten sie und forderten Investitionen in das angeschlagene Gesundheitssystem. Knapp zwei Jahre vor der nächsten Präsidentschaftswahl ist die Neugründung ein Dämpfer für den Staatschef. – Der neuen Fraktion Ecologie Démocratie Solidarité (Ökologie Demokratie Solidarität) gehören 17 Abgeordnete an, darunter mehrere aktuelle und ehemalige Mitglieder der Präsidentenpartei LREM (Die Republik in Bewegung). Mit der Neugründung verliert Macrons Fraktion sieben Mitglieder. Sie hat jetzt nur noch 288 Mandate – die absolute Mehrheit in der Nationalversammlung liegt bei 289. Macrons politische Projekte sind dadurch vorerst nicht gefährdet: Seine Partei kann bei Abstimmungen weiter auf die Unterstützung der verbündeten Parteien MoDem (Liberale) sowie Agir (gemäßigte Konservative) setzen. Die Abspaltung sei keine „Naturkatastrophe“,

	hieß es von LREM. Sie hat aber dennoch hohen Symbolwert: Denn unter den Abweichlern sind Abgeordnete, die noch vor gut drei Jahren begeistert mit Macron für dessen neue Bewegung gekämpft hatten und nun ernüchtert sind. Dazu zählt der preisgekrönte Mathematiker Cédric Villani, der mit Macron brach, nachdem dieser ihm die Spitzenkandidatur bei der Pariser Bürgermeisterwahl verbaut hatte. Zu der neuen Fraktion zählen auch andere frühere Macron-Mitstreiter wie Matthieu Orphelin. Der neue Ko-Vorsitzende der Fraktion steht dem früheren Umweltminister Nicolas Hulot nahe, der im Streit um Macrons Klimapolitik aus dem Amt schied. Außerdem gehört der Gruppe die einzige Deutsche in der Nationalversammlung an: Die in Remscheid geborene Unternehmerin Sabine Thillaye, die den Vorsitz des Europa-Ausschusses in der Nationalversammlung abgeben musste und daraufhin im Februar Macrons Fraktion verließ. Die neue Fraktion bezeichnet sich selbst als unabhängig und fühlt sich weder der Opposition noch der Regierungsmehrheit zugehörig. Sie will sich nach eigenen Angaben vor allem für einen „gesellschaftlichen und ökologischen Wandel“ einsetzen. Beide Themen hat Macron aus Sicht von Kritikern in den ersten drei Jahren seiner Amtszeit vernachlässigt. Soziale und zum Teil auch ökologische Themen trieben ab dem Herbst 2018 zunächst die Protestbewegung der „Gelbwesten“ an. Sie hat zwar an Zulauf verloren, fordert aber weiter den Rücktritt des Staatschefs, den sie als „Präsident der Reichen“ sieht. Ab dem vergangenen Herbst folgten dann Massenproteste gegen Macrons Rentenreform-Pläne. Seine Reformvorhaben hat der Präsident wegen der Corona-Krise stillschweigend auf Eis gelegt, Priorität hat das Corona-Krisenmanagement. Auch an diesem wurde in der Pandemie aber massive Kritik laut. Die Krankenhäuser, denen Macron Einsparungen verordnet hatte, brachen unter der Last der Infektionsfälle schnell zusammen. Mit mehr als 28.000 Corona-Todesopfern ist Frankreich eines der am stärksten betroffenen Länder in Europa. Die neue Fraktion fordert deshalb unter anderem Investitionen in das öffentliche Gesundheitssystem. Macrons Partei LREM hat seit der Parlamentswahl 2017 einen steten Aderlass zu beklagen: Gestartet war sie mit 314 Abgeordneten und dem Versprechen, ein neues sozialliberales Bündnis jenseits der alten Lager von „Rechts“ und „Links“ zu bilden. Seitdem sind 26 Parlamentarier ausgeschieden. (afp)
Griechenland	2.836 Infizierte 165 Tote 1.374 genesen **Die Akropolis von Athen ist nach zwei Monaten Quarantäne wieder für Besucher eröffnet**. Sie bleibt aber trotz kostenfreiem Eintritt fast leer.
Israel	16.650 Infizierte 277 Tote 1.299 genesen **Die israelische Regierung hat die im Zuge der Corona-Pandemie verhängte Maskenpflicht vorübergehend gelockert**. Grund ist eine

	Hitzewelle in dem Land mit Temperaturen von bis zu 40 Grad Celsius. – Bis zum Wochenende sei es Schülern gestattet, ihre Masken in Klassenräumen abzusetzen, teilte der neue Gesundheitsminister Juli Edelstein am späten Montagabend mit. Auch auf öffentlichen Plätzen sei die Maskenpflicht vorerst ausgesetzt, ausgenommen bei Versammlungen. Der Kampf gegen das Coronavirus sei wichtig, sagte Edelstein, aber auch die Hitzewelle könne gefährlich sein. In Israel werden noch bis einschließlich Donnerstag Temperaturen von knapp 40 Grad Celsius erwartet, anschließend sollen sie unter 30 Grad fallen. Israel kam bisher vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie.
Österreich	16.329 Infizierte 632 Tote 14.678 genesen Laut Angaben des österreichischen Nachrichtenportals „oe24" sind im Land seit Sonntag **nur 27 Neuinfektionen mit Covid-19 registriert worden**. Es habe in diesem Zeitraum keine Todesfälle gegeben, hieß es. – Insgesamt wurden in Österreich über 16.000 Ansteckungsfälle verzeichnet, aktuell bleiben über 1000 Menschen erkrankt. **Das letzte in Westeuropa verbliebene Antibiotika-Werk mit mehr als 4.000 Mitarbeitern bleibt nun doch erhalten**. Es befindet sich im österreichischen Tirol in den Ortschaften Kundl und Schaftenau. Der Schweizer Pharmariese Novartis-Sandoz hat hier seine weltweit größten Produktionsstandorte. Das Tiroler Werk allein deckt beim Penicillin in Tablettenform 75 Prozent der Weltproduktion ab. – Vor einiger Zeit kursierte das Gerücht, der Pharmahersteller könnte seine Wirkstoffproduktion einstellen und nach China verlegen. Dort betragen die Produktionskosten einen Bruchteil im Vergleich zur Produktion in Österreich. Auf mehrfache Interviewanfragen des ORF zu den zukünftigen Plänen ging das Unternehmen nicht ein. Auf eine Anfrage damals hieß es unter anderem: „Konkrete Entscheidungen werden jeweils zu gegebener Zeit bekannt gegeben". Christoph Baumgärtel vom österreichischen Bundesamt für Sicherheit im Gesundheitswesen teilte jetzt mit, dass laut Firmenangaben der Produzent nun in Österreich bleiben könne, schreibt „meinbezirk.at". Verlagerung der Kapazitäten Derzeit werden in China und Indien ein Großteil von Wirkstoffen und Arzneimitteln für die ganze Welt hergestellt. Die Pharmazieprofessorin Dr. Ulrike Holzgrabe von der Uni Würzburg drückte es Anfang März gegenüber dem ZDF-Magazin „Zoom" so aus: Die Chinesen brauchen gar keine Atombombe. Sie liefern einfach keine Antibiotika [...], dann erledigt sich Europa von ganz allein". Auch seitens der Bundesregierung sind mittlerweile vermehrt Bedenken zur Versorgungssicherheit von Arzneimitteln und Wirkstoffen zu hören: „Wir sollten als Europäische Union nicht in diesem Umfang wirtschaftlich und in unseren Lieferketten abhängig sein von China", äußerte vor geraumer Zeit Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU).

	Neben der Verlagerung von Produktionskapazitäten nach Asien und damit verbundene Produktions- und Lieferschwierigkeiten nach Europa haben auch „Hamsterkäufe“ die Situation in Deutschland verschärft, erklärte das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM). Dies hätte in direkter Folge zu einer Ungleichverteilung geführt, so die Bundesbehörde. Um dem entgegenzuwirken fordert sie bereits seit Ende März die pharmazeutischen Unternehmer und den pharmazeutischen Großhandel auf, Arzneimittel nicht über den normalen Bedarf hinaus auszuliefern. Aufgrund der aktuellen Situation haben einzelne Kliniken zur Überbrückung von Lieferengpässen die Eigenherstellung von verschiedener Arzneistoffe (Clonidin, Midazolam, Fentanyl und Sufentanil) aufgenommen. 400 Engpassmeldungen für Humanarzneimittel Insgesamt liegen der Arzneimittelbehörde noch rund 400 Lieferengpassmeldungen für Humanarzneimittel (ohne Impfstoffe) vor. Die Lieferketten bauen sich derzeit wieder auf. Auch die Ausgangsstoffe zur Arzneimittelherstellung aus Indien können grundsätzlich wieder exportiert werden. Dies hat die Lage in Deutschland etwas entspannt, teilt die Bundesbehörde mit. Dazu beigetragen hat auch die sinkende Anzahl zu behandelnder COVID-19-Patienten. Hinzu kommt die Normalisierung der innereuropäischen Transportsituation. Dadurch kann der Großhandel wieder kontinuierlich beliefert werden, was die Versorgungslage der Apotheken verbessert hat. Dennoch gibt es auch weiterhin versorgungsrelevante Lieferengpässe von Arzneimitteln, die man insbesondere für die Behandlung von COVID-19-Patienten benötigt. In den Kliniken nimmt der Operationsbetrieb wieder zu, damit wird auch der Arzneimittelverbrauch wieder ansteigen. Am Beispiel von Valsartan zeigte sich bereits Anfang Juli 2018, wie fatal es sich auswirken kann, wenn 50 Prozent eines Wirkstoffs auf dem Weltmarkt von nur einer Fabrik in China produziert wird. Damals wurden europaweit alle valsartanhaltigen Arzneimittel zurückgerufen, deren Wirkstoff von dem chinesischen Hersteller Zhejiang Huahai Pharmaceutical produziert wurde. Hintergrund war eine produktionsbedingte Verunreinigung dieses Wirkstoffs mit N-Nitrosodimethylamin. Dieser Stoff ist von der Internationalen Agentur für Krebsforschung der WHO und der EU als wahrscheinlich krebserregend beim Menschen eingestuft. Da zahlreiche namhafte Pharmahersteller ihren Wirkstoff von diesem Unternehmen bezogen, waren etliche Medikamente betroffen. In kurzer Zeit musste beispielsweise in Österreich die Hälfte aller Valsartan-Präparate vom Markt genommen werden. Die Auswirkungen sind bis heute spürbar. Nur sechs von 87 der wichtigsten Arzneimittel produziert Deutschland selbst Derzeit werden in Deutschland von 50 pharmazeutischen Unternehmen 68 Arzneimittel mit versorgungsrelevanten Wirkstoffen (die unter besonderer behördlicher Überwachung stehen) in den Verkehr gebracht. Allerdings werden lediglich sechs von den beim

	Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte aktuell gelisteten 87 Medikamenten mit erhöhtem Versorgungsrisiko in Deutschland produziert. In ganz Europa gibt es 54 Pharmaunternehmen, die die Wirkstoffe für 68 versorgungsrelevante Arzneimittel herstellen. Insgesamt sind in Deutschland 103.000 Arzneimittel zugelassen. Versorgungsrelevant bedeutet, das Arzneimittel ist verschreibungspflichtig und der Wirkstoff ist für die Gesamtbevölkerung von Bedeutung. Unter „besonderer behördlicher Überwachung“ meint, dass für den betreffenden Wirkstoff entweder nur ein Zulassungsinhaber oder nur ein endfreigebender Hersteller oder nur ein Wirkstoffhersteller verfügbar ist. Auf die Frage, wo sich die meisten Hersteller von Wirkstoffen befinden, die als versorgungsrelevant und unter besonderer behördlicher Überwachung eingestuft sind, nannte die Bundesregierung Indien, China und Italien. Bundesbehörde hat nun mehr Steuerungsmöglichkeiten Das Bundesgesundheitsministerium und das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medikamente änderten im Laufe der Corona-Pandemie den § 52b Abs. 3d im deutschen Arzneimittelgesetz. Seit März kann das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medikamente daher leichter Maßnahmen zur „Abwendung oder Abmilderung des Lieferengpasses“ ergreifen. So kann angeordnet werden, dass pharmazeutische Unternehmer und Arzneimittelgroßhandlungen bestimmte Maßnahmen ergreifen, um eine angemessene und kontinuierliche Bereitstellung von Arzneimitteln sicherzustellen. Dazu gehört auch eine Begrenzung und Einteilung von Arzneimitteln für Kliniken, Arztpraxen und Apotheken. Deutschland will Ratspräsidentschaft nutzen, um Produktion zurückzuholen Gesundheitsminister Spahn kündigte kürzlich an, dass er die Produktion von Wirkstoffen in Europa zu einem Schwerpunkt der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr machen will. „Wir wollen neue Lieferketten aufbauen, wir brauchen mehr Transparenz über Lieferengpässe und mehr Qualitätskontrollen“, erklärte er. „Und wir wollen finanzielle Anreize setzen, um die Produktion wichtiger Wirkstoffe wieder nach Europa zu verlagern“, zitiert ihn das „Ärzteblatt“. Pharmaexperten schätzen, dass die Umsetzung mindestens noch zehn Jahre dauert.
Polen	19.080 Infizierte 941 Tote 7.903 genesen **Die polnische Regierung stellt in Aussicht, die Grenzen am 15. Juni wieder zu öffnen**. Sie sehe eine Chance dafür, sagt die stellvertretende Ministerpräsidentin Jadwiga Emilewicz der Tageszeitung "Puls Biznesu". Am 1. Juli könnten dann womöglich alle übrigen Coronavirus-Beschränkungen aufgehoben werden. Bundesaußenminister Heiko Maas hatte erst kürzlich an Polen appelliert, bald die Grenzen wieder vollständig zu öffnen. Die Bundesregierung peilt an, dass ab dem 15. Juni die Reisefreiheit im gesamten Schengenraum wieder hergestellt ist.
Russland	290.678 Infizierte 2.837 Tote 76.130 genesen **In Russland hat sich die bislang rasante Ausbreitung des KPCh-Virus nach offiziellen Angaben leicht verlangsamt**. Zum ersten Mal seit

	Monatsbeginn gebe es weniger als 9000 neue Corona-Infektionen an einem Tag, teilten die Behörden mit. – Insgesamt haben sich demnach rund 290.700 Menschen in Russland angesteckt, 2722 sind bislang nach offizieller Darstellung gestorben. Die Lage habe sich in den vergangenen Tagen im ganzen Land stabilisiert, hatte Russlands oberste Amtsärztin, Anna Popowa, im Staatsfernsehen bereits am Wochenende erklärt. Zuletzt gab es Berichte ausländischer Medien, dass die offiziellen Zahlen geschönt seien und viele Todesfälle in Zusammenhang mit dem Virus nicht in der Statistik auftauchten. Russlands Staatsführung dementierte das vehement und geht nun gegen solche Berichte vor. Für das Land gelten seit mehreren Wochen strenge Ausgangsbeschränkungen, die aber kein rigides Kontaktverbot bedeuten. Nach mehrwöchigem Zwangsurlaub in einigen Bereichen wie der Baubranche läuft nun das Arbeitsleben langsam wieder an. Der größte russische Autobauer Avtovaz nahm am Montag wieder seinen Betrieb auf.
Türkei	150.539 Infizierte 4.171 Tote 111.577 genesen **Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan hat wegen der Corona-Krise eine viertägige Ausgangssperre über die Feiertage am Ende des Fastenmonats Ramadan angekündigt.** Sie beginne am Vorabend des sogenannten Zuckerfests in der Nacht zum 23. Mai und ende am 26. Mai, sagte Erdogan am Montag nach einer online abgehaltenen Kabinettssitzung in Istanbul. Die Maßnahme gelte für das ganze Land. – Erdogan appellierte an die Bevölkerung, ihre Gewohnheiten gemäß der „neuen Ordnung“ umzugestalten, die er als „kontrolliertes soziales Leben“ bezeichnete. Die Regierung werde erneut härtere Maßnahmen ergreifen, falls die Situation sich wieder verschlechtern sollte, warnte der Staatschef. **Ab dem 29. Mai sollen in der Türkei Moscheen wieder geöffnet werden, eine Öffnung von Schulen vor Ende des Schuljahres schloss Erdogan jedoch aus. Stattdessen sollen die Schüler erst wieder im September in die Schulen zurückkehren.**
United Kingdom	247.709 Infizierte 34.876 Tote 1.090 genesen Der britische Thronfolger Prinz Charles (71) hat seine Landsleute dazu aufgerufen, den Bauern in der Corona-Krise bei der Ernte zu helfen. **„Das Essen entsteht nicht durch Zauberei“,** sagte der Prinz, der Ökobauer ist, in einem am Dienstag veröffentlichen Video. Es entstand in seinem Gemüsegarten auf seinem schottischen Landsitz. – Charles unterstützt damit eine Initiative der Regierung und der Agrarwirtschaft: Sie fürchten, dass Obst und Gemüse auf vielen Feldern in Großbritannien verrotten könnten, da ausländische Arbeitskräfte wegen der Pandemie fehlen. Sie wollen in den kommenden Monaten nun zum Beispiel Studenten als Erntehelfer einsetzen. AP/Jacob King
USA	11.834.508 getestet

1.510.988 Infizierte
90.432 Tote
283.178 genesen

In einem Brief an WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus hat US-Präsident Donald Trump die Weltgesundheitsorganisation aufgefordert, innerhalb von 30 Tagen Reformen durchzuführen und ihre Unabhängigkeit von China zu beweisen. Im Gegenfall drohte der amerikanische Staatschef mit einem endgültigen Zahlungsstopp.

– Trump zufolge hat die zuvor im April initiierte Überprüfung der WHO-Reaktion auf den Covid-19-Ausbruch viele seiner Bedenken bestätigt. Dabei handle es sich insbesondere um den „alarmierenden Mangel“ an Unabhängigkeit von China.

  „Es ist klar, dass die wiederholten Fehltritte, die Sie und Ihre Organisation sich bei der Reaktion auf die Pandemie geleistet haben, die Welt extrem teuer zu stehen gekommen sind“, so Trump.

  Die WHO müsse Unabhängigkeit von China zeigen. Laut Trump hat die Regierung in Washington bereits Gespräche über eine Reform der Organisation gestartet. „Aber es muss schnell gehandelt werden. Wir haben keine Zeit zu verlieren“, erläuterte der US-Präsident.
  „Ich kann nicht zulassen, dass die Dollar der amerikanischen Steuerzahler einer Organisation zugutekommen, die nicht amerikanischen Interessen dient.“
  Unter anderem macht Trump die Organisation für die Vielzahl an Todesopfern in der Krise mitverantwortlich. Durch das Missmanagement der WHO und deren Vertrauen auf Angaben aus China habe sich die Epidemie dramatisch verschlimmert und global ausgebreitet.

  Abschließend heißt es in dem Brief von Trump: Sollte sich die WHO innerhalb der kommenden 30 Tage nicht zu „wesentlichen Verbesserungen“ verpflichten, werde er die Mitgliedschaft der USA in der Organisation überdenken und die Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation dauerhaft einstellen.

  Das Budget der WHO besteht nach eigenen Angaben zu weniger als einem Viertel aus den verpflichtenden Beiträgen der Mitgliedsstaaten. Die USA sind der größte Zahler: Für die Jahre 2020 und 2021 sind jeweils knapp 116 Millionen US-Dollar fällig. Chinas Beitrag liegt für diese beiden Jahre bei jeweils etwa 57 Millionen US-Dollar. Chinas Beiträge sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: 2018 und 2019 lagen sie noch bei je 37,9 Millionen US-Dollar, während sie bei den USA fast gleich blieben. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge hängt laut WHO von der Bevölkerungsgröße und dem Wohlstand des Landes ab.

  Hinzu kommen freiwillige Beiträge, die sich im Falle der USA laut WHO in den Jahren 2018 und 2019 auf insgesamt mehr als 656 Millionen Dollar beliefen. China kam auf mehr als zehn Millionen US-Dollar. Trump führt immer wieder an, dass die USA zwischen 400 und 500 Millionen US-Dollar pro Jahr an die WHO zahlten, China dagegen nur circa 40 Millionen US-Dollar.

  Am 14. April hatte der US-Präsident einen Stopp der Beitragszahlungen für die Weltgesundheitsorganisation (WHO) veranlasst. Trump warf der WHO schwere Fehler in ihrer Reaktion auf die Ausbreitung des neuartigen Virus vor und machte die Organisation für die Vielzahl an Corona-Toten mitverantwortlich.
  ak/sb/dpa/sna

	Zwei Monate nach der Schließung wegen der Corona-Pandemie haben Autobauer in den USA die Arbeit in den Fabriken unter strengen Sicherheitsvorkehrungen wieder aufgenommen. Die Hersteller General Motors (GM), Ford und Fiat Chrysler begannen am Montag damit, ihre Produktion schrittweise hochzufahren. GM kündigte in einem Schreiben an die Mitarbeiter an, die Entwicklung in den Fabriken genau zu überwachen und die Schutzmaßnahmen gegebenenfalls anzupassen. – Desinfektion und Masken Um eine Verbreitung des Coronavirus in den Fabriken zu verhindern, desinfizierten die Autobauer nach eigenen Angaben die Arbeitsplätze, entzerrten die Arbeitszeiten und verteilten Reinigungsmittel. GM-Mitarbeitern in Detroit wurde vor dem Betreten der Produktionsstätten Fieber gemessen, zudem erhielten sie Schutzmasken. US-Präsident Donald Trump plant am Donnerstag einen Besuch in einem Ford-Werk nahe Detroit im Bundesstaat Michigan. In der Fabrik werden mittlerweile Beatmungsgeräte hergestellt. Die Werke von GM, Ford und Fiat Chrysler waren Mitte März geschlossen worden. Trump spricht sich für ein rasches Ende der Corona-Einschränkungen für die schwer getroffene Wirtschaft des Landes aus. (afp/al) Die Witwe von Astronaut John Glenn, der 1962 als erster US-Amerikaner die Erde in einem Raumschiff umkreist hatte, ist mit 100 Jahren nach einer Infektion mit dem neuartigen Coronavirus gestorben. Annie Glenn sei am Dienstag in einem Pflegeheim im US-Bundesstaat Minnesota gestorben, berichteten US-Medien.
Kalender	**20. Mai 2020**
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern	**4.931.057** Infizierte 324.240 Tote **1.710.337** genesen **Zahlen vom 20.05.20 um 17:32 Uhr**
	4.805.544 Infizierte 318.554 Tote **1.787.595** genesen **Die Zahlen stammen vom 19.5.20 um 16 Uhr** insgesamt sind 188 Länder betroffen **4.624.817** Infizierte 320.335 Tote **1.811.990** genesen **Diese Zahlen stammen vom 19.5.20 um 17:32 Uhr** **Alle Zahlenblöcke stammen von der JHU**
	auf dieses Phänomen stoße ich immer wieder !!!! *Welche der obigen Zahlen soll man nun glauben? Da stimmt hinten und vorne was nicht. Die einzigen Zahlen die einigermaßen glaubhaft sind, sind die Zahlen der Toten.* *Alle anderen schwanken in einer Breite, die so nie stimmen kann!!! Die Infizierten schwanen innerhalb einer Stunde um **200.000 ca. rückläufig***

*und die genesenen von gestern auf heute ebenfalls um **100.000 ca. rückläufig**.*

Hinzu kommt, dass demnach auch die Zahlen der einzelnen Länder nicht stimmen. Siehe unten Spanien!

Fast alle Länder haben ihre Gesundheitssysteme auf die laut Weltgesundheitsorganisation WHO durch das Virus Sars-Cov 2 ausgelöste Krankheit Covid-19 ausgerichtet. Das führt wetlweit zu Millionen verschobener Behandlungen und Operationen bei anderen Erkrankungen, wie eine internationale Studie zeigt. Das betrifft auch die Bundesrepublik.

- Weltweit wurden 28 Millionen Operationen, darunter zahlreiche Krebsoperationen, wegen der von der Weltgesundheitsorganisation WHO am 11. März ausgerufenen Covid-19-Pandemie verschoben. Das hat das Fachmagazin „Das Ärzteblatt“ in seiner Online-Ausgabe gemeldet. Es berief sich dabei auf eine im Fachmagazin „British Journal of Surgery“ veröffentlichte globale Datenerhebung von Wissenschaftlern einer Abteilung des National Institute for Health Research (NIHR) der Universität Birmingham in England.

  Es werde viele Monate, wenn nicht gar Jahre dauern, bis die dadurch entstandene Bugwelle wieder abgearbeitet sein werde, heißt es. Die Wissenschaftler gingen laut „Ärzteblatt“ von einem durchschnittlichen Zeitraum von 12 Wochen aus. Für diesen Zeitraum hätten sie eine Zahl von insgesamt 28 Millionen erst einmal verschobener Operationen errechnet. Sie haben dem Magazin zufolge außerdem berechnet, dass jede zusätzliche Woche der Corona-Krise „weltweit etwa mit 2,4 Millionen weiteren Aufschüben chirurgischer Eingriffe einhergeht“. Die Berechnungen basieren dem Bericht zufolge auf den detaillierten Angaben von 359 Kliniken aus 71 Ländern. Diese seien dann für 190 Länder hochgerechnet und in einer ausführlichen Exceltabelle für jedes Land im Anhang der Publikation nachzulesen. Ein vergleichbarer Datensatz sei bislang noch nicht erhoben oder publiziert.

  Etwa eine Million Operationen in Deutschland verschoben
  Laut Ärzteblatt hat sich dafür die „CovidSurg Collaborative Gruppe“ zusammengefunden, ein internationaler Zusammenschluss von mehr als 5.000 Chirurgen aus mehr als 120 Ländern. Ihr Ziel sei es, angesichts der von der WHO wegen des Virus Sars-Cov 2 ausgerufenen Pandemie kurzfristig Daten zu erheben und auszuwerten, „damit diese zukünftig als Orientierungshilfe für eine verbesserte Patientenversorgung dienen können“. Daran nehmen dem Magazin zufolge deutsche Mediziner teil, die Daten einer Umfrage aus 34 deutschen Kliniken einbrachten.

  Für die Bundesrepublik ergebe sich eine Zahl von 908.759 aufgeschobenen Operationen, darunter rund 850.000 elektive (oder gutartig genannte) Eingriffe. Elektive Behandlungen sind bewusst ausgewählte Behandlungen nach eine Diagnose, also keine Notfallbehandlungen oder -operationen.
  Außerdem wurden laut „Ärzteblatt“ 52.000 Krebsoperationen aufgeschoben, fast ein Viertel aller Eingriffe bei Krebs-Erkrankungen. Das Fachmagazin meint, es handele sich um substanzielle und sicher Angaben. Die aktuell global erhobenen Daten würden als valide gelten, was auch ihre Vergleichbarkeit mit anderen Ländern belege.

  Eine Studie der Rheinischen Fachhochschule hatte für den Zeitraum zwischen dem 16. März und dem 4. Mai verschobene Operationen von rund 1,6 Millionen Patienten wegen der Corona-Pandemie ergeben.

	Das beruhte auf Berechnungen auf Grundlage der rund 8,5 Millionen durchgeführten planbaren Operationen im Jahr 2018. „Das entspreche bei 251 Arbeitstagen im Jahr einer durchschnittlichen Zahl von 33.865 elektiven Operation pro Tag“, so das „Ärzteblatt“ am 29. April dazu. Das Magazin zitierte Rainer Riedel, Vizepräsident des Fachbereichs „Medizinökonomie und Gesundheit“ und Leiter des Instituts für Medizinökonomie und Medizinische Versorgungsforschung der Fachhochschule, der von einer „Bugwelle von planbaren Operationen“ im bundesdeutschen Gesundheitswesen sprach. Globales Gefälle zwischen Reich und Arm In Frankreich sind der internationalen Studie zufolge rund 700.000 Operationen und in den USA 3,8 Millionen Eingriffe verschoben worden. In beiden Ländern seien knapp ein drittel der Krebs-Operationen verschoben worden. Das bedeute aber nicht in jedem Fall eine verschlechterte Prognose, heißt es. „Die deutschen Kapazitäten werden allgemein so eingeschätzt, dass keine dringende Krebsoperation hinausgezögert werden muss“ betonte laut „Ärzteblatt“ Markus Albertsmeier, Chirurg am Münchner LMU-Klinikum. Es gebe ein globales Gefälle, das mit dem Reichtum eines Landes verbunden sei: „Je ärmer das Land, desto häufiger sind es keineswegs nur mehr die elektiv genannten Operationen wie etwa Gelenktotalendoprothesen, die nicht mehr zeitnah vorgenommen werden können.“ So würden in Norwegen ähnlich wie hierzulande nur 23 Prozent der Krebsoperationen erst einmal verschoben, in Brasilien dagegen 44 Prozent, in Vietnam 56 Prozent und im Sudan „wie im Durchschnitt vieler armer Länder“ 72 Prozent. Bei den elektiven Eingriffen mussten den Angaben nach die Orthopäden die meisten Patienten informieren, dass ihre Operation verschoben wird: weltweit laut „Ärzteblatt“ 6,3 Operationen. Dem Magazin zufolge vermuten die Studienautoren, dass im Zuge der Corona-Krise Betten für Covid-19-Kranke freigehalten werden. Auch hier gelte, dass die ärmeren Länder dafür weniger Reserven hätten als die reicheren Länder wie zum Beispiel Deutschland. tg
"Corona	**Nach den vorläufigen Ergebnissen einer Studie der Universität von Helsinki können Hunde dank ihrem entwickelten Geruchssinn in der Zukunft bei der Erkennung einer Coronavirus-Infektion hilfreich sein**. – Im Laufe einer Pilotstudie, geleitet von Anna Hielm-Björkman von der Universität Helsinki, wurden einige als medizinische Diagnosehelfer ausgebildete Hunde darauf trainiert, Duftstoffe im Urin von Covd-19-Patienten zu erkennen. Dabei schnüffelten die Hunde an Urinproben von gesunden und infizierten Personen und erhielten eine Belohnung, wenn sie die Proben von Infizierten wählten. „Wir haben schon viel Erfahrung im Training von Hunden für die Erkennung von Krankheiten. Aber es war fantastisch zu sehen, wie schnell die Hunde den neuen Geruch erkennen lernten“, sagte Hielm-Björkman. Den Hunden gelang es, schon nach einem relativ kurzen Training zuverlässig die Urinproben der mit Coronavirus infizierten Menschen zu erkennen. Die Rate der korrekt als positiv erkannten Proben sei dabei kaum niedriger gewesen als bei einem gewöhnlichen PCR-Test. Die Wissenschaftler geben zu, dass ausgebildete Hunde bei der Erkennung anderer Krankheiten schon längst erfolgreich gewesen

seien.

„Ausgebildete Hunde können selbst niedrigste Konzentrationen von flüchtigen organischen Verbindungen, sogenannten VOCs, erkennen. Solche VOCs sind beispielsweise mit verschiedenen Krankheiten wie Krebs, bakteriellen Infektionen oder Nasentumoren assoziiert“, sagte Cynthia Otto von der University of Pennsylvania in Philadelphia
Die Forscher aus Finnland setzen nun auf die erste größere Studie mit ihren vierbeinigen Covid-Schnüfflern.

„Es gibt noch einige Dinge, die wir wieder und wieder überprüfen müssen, bevor wir diesen Dufttest in die klinische Praxis übernehmen. Deshalb wollen wir die Hunde nun in einer randomisierten, doppelblinden Studie testen, bei der eine größere Zahl von Patientenproben zu beschnüffeln ist“, betonte Anu Kantele von der Universität Helsinki.
Zuvor hatten die Wissenschaftler festgestellt, dass das neuartige Coronavirus mehrere Veränderungen im menschlichen Körper verursacht, deswegen wird nun eine Vermutung geäußert, dass sich bei einer Covid-19-Infektion auch die Zusammensetzung der Duftstoffe im Urin der Patienten ändert. Damit könnte erklärt werden, warum Hunde die Infektion am Urin der Patienten erkennen.
ac/mt

Bundeskanzlerin Angela Merkel fordert, dass ein Corona-Impfstoff und Medikamente „als gemeinschaftliche globale Güter zu verstehen“ seien. „Sie müssen allen zur Verfügung gestellt werden“, sagt Merkel nach einem Gespräch mit den Präsidenten mehrerer multilateraler Organisationen.
(Anmerkung von mir: Schon klar, ansonsten kann man auch nicht 7,5 MRD Menschen impfen!)

Das SARS-Coronavirus-2 verändert den Zuckerstoffwechsel der Zellen und kurbelt die Produktion von RNA an. Das konnten Frankfurter Forscher in der Zellkultur zeigen, dabei sind sie auch auf zwei versprechende Wirkstoffkandidaten gestoßen. Sputnik hat mit einem der Forscher, dem Biochemiker Christian Münch, über diese Arbeit gesprochen.

– Bei der Behandlung schwerer Covid-19-Fälle lief es bislang in den Krankenhäusern eher nach dem Schema „Versuch und Irrtum“. Wirkstoff-Kandidaten wurden ausgewählt, weil sie gegen andere Viren gut ankommen oder weil Berichte aus Kliniken ihnen Erfolg nachsagten. Aber die Prozesse in der befallenen Wirtszelle standen bei diesen Entscheidungen nicht im Hintergrund, denn am Anfang war schlichtweg zu wenig das SARS-Coronavirus-2 bekannt.

  Nun haben zwei Forschungsgruppen aus der Virologie und Biochemie am Universitätsklinikum Frankfurt am Main diesen Rückstand aufgeholt und den Virusbefall in der Zellkultur sowie die Veränderungen, die er in der Zelle bewirkt, näher untersucht. Auf dieser Grundlage sind sie auf zwei Wirkstoff-Kandidaten gestoßen und haben ganz grundsätzlich eine Grundlage geschaffen, um nach versprechenden Wirkstoffen in der immensen Menge möglicher Wirkstoffe zu suchen. Sputnik hat mit einem der Forscher, Christian Münch, über die Untersuchungen gesprochen. Münch ist Leiter der Biochemie-Forschungsgruppe an der Goethe-Universität Frankfurt am Main.
  - Herr Münch, Sie haben am Frankfurter Universitätsklinikum das SARS-Coronavirus-2 in Zellkultur untersucht und dabei die Veränderungen, die in der Zelle stattfinden, genauer angeschaut. Wie und welche Prozesse ändert das SARS-Coronavirus-2 denn in der Zelle?

- Das sind verschiedene. Wir haben hier besonders fünf Schnittstellen entdeckt in der Zelle, die sich verändern. Aus medizinischer Sicht im Sinne einer Therapie sind zwei am interessantesten: Zum einen sind es Veränderungen im Zuckermetabolismus (Anm. d. Red.: Zuckerstoffwechsel der Zelle), zum anderen in Prozessen, die notwendig sind, um das Erbgut des Virus zu replizieren (Anm. d. Red.: massenhafte Produktion von viraler RNA).

- Nun haben Sie ja für die Beobachtung dieser Prozesse eine ganz spezielle Methode eingesetzt. Wie funktioniert diese Methode und was lässt sich mit ihr am Zellgeschehen ablesen? Wie lässt sich der Zellstoffwechsel überhaupt so detailliert anschauen?

- Die Methode nennt sich Massenspektrometrie und damit kann man Veränderungen in der Menge von Proteinen feststellen. Ganz besonders haben wir hier eine Methode namens „mePROD“ entwickelt, mit der wir die Synthese, die Herstellung von Proteinen untersuchen können, um da wirklich ganz Zeit-genau feststellen zu können, wo Veränderungen stattfinden.

- Können Sie für den Laien einmal erklären, wie dieses Verfahren funktioniert? Werden hier Zellen in verschiedenen Stadien des Befalls genommen, aufgelöst und dann analysiert? Oder bleiben die Zellen dabei am Leben?

- Wir nehmen eine Zellkultur, eine Kultur in der Petrischale, und infizieren die dann mit SARS-CoV-2. Zu den Zeitpunkten, die uns interessieren, kann man dann die Zellen nehmen, aufbrechen, die Proteine heraus reinigen und dann analysieren.

- Diese Beobachtung hat ja einen direkten praktischen Nutzen. Sie konnten im Zusammenhang mit den zwei besonders betroffenen und interessanten Abläufen in der Zelle Wirkstoffkandidaten eingrenzen. Was sind das für Wirkstoffe, die sie ausgemacht haben, wo setzen diese an und was bedeutet das ganz allgemein für die gegenwärtige Wirkstoffsuche?

- Ganz allgemein haben wir versucht, Daten zu ermitteln, aufgrund derer wir Ansatzpunkte finden können für eine Therapie. Was wir da gefunden haben ist vor allem Ribavirin, welches die Vermehrung des Erbguts in der Zelle verhindert und welches jetzt auch schon in klinischen Studien angewendet wird in Kanada. Ein zweiter Wirkstoff, der interessant ist, spielt in den Zuckermetabolismus hinein und er verhindert, dass Zellen Zucker verwenden können, um Energie herzustellen und natürlich ist diese Energie nötig für das Virus, damit es sich ausbreiten kann in der Zelle. Das wurde jetzt aufgegriffen von einer anderen Firma, die da schon Studien und Tests in Richtung Krebs hatten und das jetzt testen wollen für Covid-19.

- Wofür wurde Ribavirin entwickelt?

- Ribavirin wurde entwickelt als Virostatikum, ist auch schon in der Anwendung zur Behandlung von Viren, vor allem chronischer Hepatitis-C. Das andere ist ein Stoff, der nennt sich 2-Deoxy-Glucose und der ist da, um die Zuckerverstoffwechslung zu verhindern. Der wurde angewendet in der Krebstherapie. Momentan werden Vorstoffe davon, die etwas stabiler und leichter anzuwenden sind, getestet.

- Wie sind die Nebenwirkungsprofile dieser beiden Wirkstoffe untersucht?

	- Ribavirin ist zugelassen, wird im Moment schon verwendet. Hat im Prinzip dann im gleichen Maße die angegebenen Nebenwirkungen. Was interessant ist: Es kommt vor allem in der Anwendung gegen chronische Hepatits-C zum Einsatz, es handelt sich also um eine längere Anwendungsdauer. Bei Covid-19 würde es sich eher um hochakute Patienten handeln, die sehr symptomatisch sind, vielleicht gerade im Krankenhaus angekommen – dass also da therapeutische Möglichkeiten da sind, die dann auch wahrscheinlich deutlich kürzer sind, als das, was bei Hepatitis-C teilweise notwendig ist. - Eine Frage zum Zelltypus. Sie haben ja Darmzellen verwendet. Spielt eine entscheidende Rolle, welchen Zelltypus man nimmt oder sind die Untersuchungen für jede Zelle im Körper repräsentativ? - Die Antwort hier ist Jein: Es wird sicherlich Unterschiede geben. Am Anfang war es erst mal wichtig, überhaupt Zellen zu finden, die man gut infizieren kann. Mit den meisten ist es tatsächlich nicht möglich. Wir haben versucht, ein Schnell-Modell aufzusetzen. Wir haben jetzt auch schon andere Zelltypen verwendet und versuchen das zu validieren. Das klappt sehr gut, aber es wird natürlich – und das ergibt Sinn – im Körper Unterschiede geben wird, je nachdem, ob die Lunge infiziert ist oder der Darm, die Niere, das Herz oder ein anderes Organ. - Eine Frage noch zum Virustypus. Sie haben ja von Wuhan-Rückkehrern Viren eingesetzt. Es ist bekannt, dass das SARS-Coronavirus-2 sich mittlerweile in einige Stämme aufgespalten hat, die vermutlich nicht so wesentlich unterschiedlich auf Zellprozesse wirken. Muss man dennoch in Zellkulturen mit den verschiedenen Stämmen experimentieren oder lassen sich die Ergebnisse auf diese übertragen? - Das sind ganz genau die Studien, die wir im Moment machen wollen. Da gibt es einfach noch nicht so viele Daten dazu, um dann tatsächlich verschiedene Stämme miteinander zu vergleichen. Es gibt ja leider sehr viele infizierte Leute, das heißt es gibt sehr viele Proben, die theoretisch zumindest verfügbar sind. Aber da brauchen wir noch ein bisschen, um die Forschung hier durchzuführen. - Was bedeutet dieses Ergebnis mit Blick auf die gegenwärtige Wirkstoffsuche, die wirkt ja selbst ein bisschen zufällig. Man schaut, was man probieren kann oder was sich irgendwo auf der Welt als wirksam gezeigt haben soll. - Ich bin Grundlagenforscher und Biologe und für uns ist es wirklich sehr wichtig, dass wir Daten kreieren. Dass wir ein Testmodell haben, mit dem wir herausfinden können: Was sind die Ansatzpunkte? Dass wir dann darin testen und das weiterbringen, bevor man das letztendlich versucht oder hofft in die Klinik zu bringen. Ich denke, das ist ein besserer Ansatzpunkt, als einfach zu probieren. Allerdings muss man auch sagen: Auf dem Höhepunkt der Krise gab es diese Daten noch nicht und dann musste man im Endeffekt probieren, um überhaupt Möglichkeiten zu haben. Aber das kann natürlich für den Patienten durchaus negativ sein, weil er eine Behandlung bekommt, die nicht funktioniert oder im schlimmsten Fall vielleicht noch Nebenwirkungen mitbringt. - Sie haben mit Ihrem Forschungsergebnis auch schon klinische Studien angestoßen. Möchten Sie dazu noch etwas bemerken? - Wir haben es in Zellen getestet. Daraus lässt sich noch nicht erschließen, ob es ein wirklich auch ein sinnvoller Ansatzpunkt für den Patienten ist. Das muss in klinischen Studien gemacht werden und wir

sind einfach sehr glücklich, dass das aufgegriffen wurde, jetzt getestet wird und sind auch sehr optimistisch und hoffnungsvoll, dass es da positive Ergebnisse geben wird.

Wissenschaftler haben herausgefunden: Bei Patienten mit Covid-19 in der akuten Phase der Krankheit könnten sich Verworrenheit und Delirium entwickeln. Zudem laufen sie Gefahr, auf langfristige Sicht Depression, Angststörung und posttraumatische Belastungsstörung zu erwerben. Die Ergebnisse der Studie veröffentlichte das Fachblatt „Lancet".

– „Die früheren Grippe-Pandemien waren mit langfristigen neuropsychiatrischen Folgen verbunden, und es ist daher möglich, dass die anderen Virus-Infektionen im größeren Umfang zu anhaltenden psychischen Erkrankungen führen können", vermuten die Autoren der Studie.

  Das Ziel der Untersuchung lag demnach darin, die zwei letzten Coronavirus-Epidemien, Sars-CoV-2 und Mers-CoV, zu erforschen, um potenzielle psychiatrische und neuropsychiatrische Folgen der aktuellen Pandemie zu identifizieren, so die Wissenschaftler. ao/mt

Eine Koalition von 122 Staaten unterstützt die Initiative Australiens und der Europäischen Union für eine unabhängige Untersuchung des Coronavirus-Ausbruchs. Obwohl China dabei nicht direkt erwähnt wird, stößt die Idee auf eine kritische Reaktion aus Peking.
Die Initiative ruft zu einer "unparteiischen, unabhängigen und umfassenden Einschätzung der von der WHO koordinierten Reaktion auf den COVID-19-Ausbruch" auf. Inzwischen wird der Vorschlag von 122 Staaten unterstützt, darunter die EU-Länder, die Mitglieder der Gruppe der afrikanischen Staaten sowie Russland, Kanada, Großbritannien, Australien und Neuseeland.

– Die Initiative beinhaltet keine direkten Hinweise auf China oder auf die Stadt Wuhan, wo der Coronavirus-Ausbruch begonnen haben soll. Trotzdem beschuldigte Peking die Regierung in Canberra, einen politischen Angriff auf China gestartet zu haben.

  Weder China noch die USA haben die Initiative unterstützt. Die Diplomaten der EU und Australiens versuchten bis Sonntag, beide Staaten zu einer Beteiligung zu bewegen. Die außenpolitische Sprecherin der EU Virginie Battu-Henriksson sagte, die Organisation konzentriere sich darauf, einen Konsens für eine Untersuchung zu erreichen. "Natürlich brauchen wir die Unterstützung aller Hauptakteure, und China ist einer von ihnen", sagte sie.

Das Army Research Laboratory (ARL) verfolgt energisch technische Innovationen, die darauf abzielen, neue Antikörper zu „entdecken" und zu entwickeln, die an das Coronavirus binden und dieses zerstören können , und so den schwer von einer Infektion Betroffenen zu helfen, so Servicewissenschaftler gegenüber Warrior.

– Die ARL-Arbeit, die in Zusammenarbeit mit der University of Texas in Austin durchgeführt wird, stützt sich auf mehrere ausgefeilte neue Techniken, mit denen potenziell „neutralisierende" Antikörper identifiziert werden können, die Patienten helfen oder sogar retten können, die an COVID-19 schwer erkrankt sind.

  Obwohl noch keine offiziell „neutralisierenden" Antikörper entdeckt wurden, gibt es eine Reihe vielversprechender Möglichkeiten. Die Arbeit hat das Auge und die Aufmerksamkeit hochrangiger Armeeführer geweckt, die die wissenschaftliche Forschung der Dienste

überwachen, einschließlich des Kommandanten des Army Futures Command, General John Murray.

Die laufenden Arbeiten, die letztendlich zur Produktion von COVID-19-Antikörpern führen sollen, "haben" 18 potenzielle therapeutische / neutralisierende monoklonale Antikörper identifiziert ", sagte Murray in einem Interview mit Warrior.

Ärzte und Wissenschaftler entnehmen COVID-19-infizierten Patienten Blut in der Hoffnung, neue Antikörperkonfigurationen zu „entwickeln“, die das Coronavirus zerstören können.

„Wir suchen nach Sequenzen, die an COVID-19 binden. Dann schicken wir sie los, um ihre Fähigkeit zur Neutralisierung zu testen. Ein neutralisierender Antikörper verhindert, dass sich ein Krankheitserreger vermehren kann. Wir stellen Antikörper zusammen und wählen Gewinner aus “, sagte Dr. Jimmy Gollihar, Wissenschaftler für synthetische Biologie, US Army Capabilities Development Command, Army Research Laboratory-South, Warrior in einem Interview über den Prozess.

Gollihar erklärte, das Ziel sei es, therapeutische Antikörper zu regenerieren und schwerkranken Menschen Dosen zu verabreichen, damit sie sich schneller erholen können. Die Arbeit soll keine langfristige Lösung oder Heilung bewirken, sondern vielmehr eine „Brücke zu einem Impfstoff“ schlagen, sagte er.

Die Antikörper werden aus den von Gollihar als Antikörper produzierenden "B-Zellen" bezeichneten "B-Zellen" extrahiert, die aus dem Blut infizierter Patienten entnommen wurden.

Gollihar, der auch Chief Technology Officer des Bioindustrial Manufacturing Innovation Institute ist, sagte, dass „Antikörpersequenzen nur von kurzer Dauer sind“ und keine dauerhafte Immunität bieten. Antikörper haben "unterschiedliche Halbwertszeiten in einem Serum", fügte er hinzu. "Ein Serum wird über eine Säule mit immobilisierten Antigenen aus dem Virus geleitet. Die Antikörper wurden dann fragmentiert, so dass wir eine Bibliothek von B-Zellen hatten und korrelieren konnten, welche Antikörper banden."

„In Zusammenarbeit mit UT in Austin haben wir an Methoden gearbeitet, um Sequenzen schwerer und leichter Ketten von Antikörpern zu identifizieren, die für Covid-19 spezifisch sind. Die Menschen, denen wir Blut abgenommen haben, wurden kürzlich infiziert. Sie reichen von einer bis zwei Wochen nach Auftreten der Symptome. Sobald wir ihr Blut abgenommen haben, haben wir ihre B-Zellen getrennt “, sagte Gollihar.

In Bezug auf den Prozess erklärte Murray weiter, dass die ARL dem Nationalen Institut für Innovation in der Herstellung von Biopharmazeutika - Manufacturing Innovation Institute einen Vorschlag unterbreitet habe.

„Die Blutabnahmen erfolgten unter UT-Aufsicht. Wenn wir alle V-Zellen ziehen, ziehen wir ihr gesamtes Repertoire, alles, was sie haben. Die Herausforderung besteht darin, Antikörper zu finden, die an COVID-19 binden. Sobald wir sie gefunden haben, produzieren wir sie und schicken sie ins Labor “, sagte Gollihar.

Antikörper, die als Blutproteine bezeichnet werden, bestehen aus Aminosäuren, aus denen Proteine bestehen. Gollihar beschrieb

	Proteine als „dreidimensionale Strukturen, die aus einer linearen Kette von Aminosäuren bestehen, den Bausteinen von Proteinen. Aminosäuren sind eine Zusammensetzung von Molekülen oder Chemikalien. “ ARL und die Wissenschaftler der University of Texas planen, die Antikörper in einer kleinen Gruppe infizierter Personen zu testen. **Der Vorsitzende des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery, hat sich für eine Impfpflicht gegen das Coronavirus ausgesprochen**. – „Ich war für die Impflicht bei Masern. Ich bin auch hier für eine Impfpflicht”, sagte Montgomery den Zeitungen der Funke-Mediengruppe am Mittwoch. Montgomery forderte, die deutsche Regierung müsse mit gesetzlichen Maßnahmen dafür sorgen, „dass nicht derjenige als Erster geimpft wird, der am meisten dafür zahlt”. „Als Erstes müssen die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen und die Mitarbeiter in den Kliniken geimpft werden. Ich fürchte aber, dass auch hierzulande ein Schwarzmarkt entstehen wird.” Dazu komme ein anderes Problem, sagte Montgomery – nämlich Menschen, die sich nicht impfen lassen wollen: „Infizieren sie sich, sind sie eine Gefahr für Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können. Wir müssen deshalb möglichst viele Menschen impfen.” Versagen bei Altenpflege Beim Schutz älterer Menschen sieht Montgomery indes Nachholbedarf. „In der Altenpflege haben die Schutzkonzepte komplett versagt. Sowohl beim Personal als auch bei den Besuchern”, sagte der Chef des Weltärztebundes den Zeitungen. Das müsse sich künftig bessern. „Die Politik hat lange Zeit nur daran gedacht, dass wir Masken und Kittel für die Krankenhäuser brauchen. Kein Mensch hat an die Altenpflege gedacht”, kritisierte er. Die Hauptlast sieht er nun bei den Gesundheitsämtern, die neue Fälle registrieren, Kontakte nachverfolgen und Quarantänemaßnahmen verhängen müssten. Die Bundesregierung hatte am Montag erneut betont, dass sie eine künftige Corona-Schutzimpfung nicht zur Pflicht machen will: „Es wird keine Impfpflicht gegen das Coronavirus geben”, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer. Noch existiert kein solcher Impfstoff. Weltweit gibt es laut dem Verband forschender Pharma-Unternehmen (vfa) aber mehr als 120 Impfstoffprojekte. Ob ein Impfstoff noch in diesem Jahr auf den Markt gebracht werden kann, gilt als fraglich. msch/dpa
"Außerhalb Corona - weltweit -	Der belgische Geheimdienst beobachtet schon seit Längerem mit Sorge, **dass China ein Gebäude in Brüssel dazu nutzt, die Institutionen der Europäischen Union abzuhören.** Dies hat die französische Zeitung „Le Monde“ Mitte Mai veröffentlicht. – Das besagte Gebäude namens „Dar Malta“ beherbergt zurzeit die Botschaft von Malta und auch die Vertretung Maltas in der EU. „Es genießt also diplomatische Immunität“, schreibt die belgische „HLN“. Es befindet sich in der Archimedes-Straße (Rue Archimede) 25 in Brüssel – und damit direkt gegenüber dem Hauptsitz der EU-Kommission.

	„Dar Malta“ wurde 2007 von China renoviert Malta trat 2004 in die EU ein und kaufte wenig später das Gebäude in der Archimedes-Straße. „HLN“ zufolge wurde es 2007 auf Kosten von China und durch China renoviert. „Alles außer dem Betonskelett wurde ersetzt. An einigen Stellen gibt es gepanzerte Wände und kugelsicheres Glas“, schreibt die belgische Zeitung. Das Gebäude soll mit Kameras, Bewegungssensoren und anderen Geräten ausgestattet sein. Laut Quellen von „Le Monde“ ist es bemerkenswert, dass ein so kleines Land ein Gebäude für seine Vertretung in Brüssel kaufte – statt es zu mieten. Noch dazu an einem so zentralen und teuren Ort. Viele größere Länder haben ihren Sitz etwas weiter von den EU-Institutionen entfernt in viel günstigeren Gebäuden, schreibt „Le Monde“. Der belgische Geheimdienst hat eine andere Erklärung für den ungewöhnlichen Umgang mit „Dar Malta“. Seit Anfang 2010 wirft die belgische Staatssicherheit der Botschaft von Malta vor, technische Mittel zu beherbergen, welche von den chinesischen Geheimdiensten installiert wurden. „Le Monde“ schreibt, der Grund für die hochmodernen Gerätschaften sei das Ausspionieren der EU-Institute. Die Information wurde damals von Belgiens Geheimdienstchef, Alain Winants, dem belgischen Außenministerium übermittelt. Auf Anfrage von „Le Monde“ beschränkte sich der Sprecher des Außenministeriums darauf, zu erklären, dass er „an die strengste Vertraulichkeit über den Inhalt dieser Notizen und die daraus resultierenden Handlungen gebunden“ sei – ohne die Informationen zu leugnen. Hochrangige Regierungsquellen in Malta bestreiten die Behauptungen Laut „Malta Today“ bestreiten verschiedene hochrangige Regierungsquellen die Behauptungen. Der Bericht von „Le Monde“ könne eine Art „Vergeltung für den Rückzug Maltas aus der EU-Marine-Operation Irini“ sein. Der ehemalige Ständige Vertreter bei der EU, Richard Cachia Caruana, der den Erwerb des neunstöckigen Gebäudes in der Rue Archimede beaufsichtigte, wies die Behauptungen zurück. „Das Gebäude war nach den höchsten Sicherheitsstandards ausgestattet und wurde regelmäßig vom maltesischen Sicherheitsdienst zertifiziert“, erklärte er „Malta Today“. Der amtierende Vertreter von Malta, Daniel Azzopardi sagte, dass das Gebäude aufgrund vertraulicher EU-Dokumente vom Europäischen Rat gemäß EU-Recht streng geprüft wurde. „Wir hatten auch zwei interne Sicherheitsprüfungen, die erste gab dem Gebäude Entwarnung mit einer Reihe von Empfehlungen, die zweite Prüfung bestätigte, dass wir die Empfehlungen umgesetzt hatten“, sagte er gegenüber „Malta Today“. „Malta Today“ zufolge bestehe Marlene Bonnici, eine ehemalige Vertreterin von Malta, darauf, dass „Dar Malta“ bereits 2014 geprüft und von Abhörgeräten befreit wurde. Ein anderer ehemaliger Beamter, der 2007 über die Arbeiten an der Botschaft auf dem Laufenden war, teilte „Malta Today“ mit, dass Malta tatsächlich bestimmte Ausrüstungsgegenstände von der chinesischen Regierung bekommen hatte. Die Geräte „wurden in Malta vom maltesischen Sicherheitsdienst überprüft, dann wieder mit neuer

Ausrüstung in Brüssel. Und dann gab es einen zweiwöchigen Zeitraum, in dem der Ort auf mögliche Abhörmaßnahmen überprüft wurde“, sagte er auf Anfrage von „Malta Today“.

Am Bau beteiligtes belgisches Bauunternehmen mit engen Beziehungen zu Chinas Regierung
„Le Monde“ zufolge gab es schon 2007 ähnliche Unterstellungen wegen Spionage. Dabei ging es um die Firma, welche die Renovierung an dem Gebäude vornahm, CIT Blaton. Laut der französischen Zeitung stehe CIT Blaton in enger Beziehung mit der chinesischen Regierung. Die gleiche Firma baute auch ein chinesisch-belgisches Technologiezentrum für 100 Millionen US-Dollar.

Heute verfügt das verkleidete Gebäude über zahlreiche Überwachungskameras und elektronische Ausweislesegeräte, wobei überall, auch in Aufzügen und Parkhäusern, Detektoren für menschliche Anwesenheit installiert sind, schreibt „Malta Today“. Die Leitung des CIT Blaton wies Fragen von „Le Monde“ zu der angeblichen Spionageausrüstung mit der Begründung zurück, dass sie sich damals nur um den Rohbau von „Dar Malta“ gekümmert hätten.

„Le Monde“ schrieb, dass die Belgier auch vom britischen Geheimdienst über die Präsenz der chinesischen Geheimdienste hinter den Botschaftsarbeiten alarmiert worden seien.

Maltas Regierung bestreitet die Behauptungen von „Le Monde“
In einer Erklärung beklagte die Regierung Maltas, dass „Le Monde“ in dem Artikel eine Reihe von falschen Behauptungen aufgestellt habe. Das „Dar Malta“ wurde durch verschiedene Prüfungen „aufgeräumt“, die Sicherheitssysteme haben sich in den letzten Jahren verbessert, steht in der Erklärung laut „Malta Today“.

„Die Regierung stellt klar, dass die Renovierungsarbeiten, die 2007 unter einer anderen Verwaltung am Standort der Ständigen Vertretung durchgeführt wurden, vor dreizehn Jahren auf Kosten der Regierung von Malta durchgeführt wurden. Es waren nur Möbel, die von der Regierung der Volksrepublik China gespendet wurden, um sie im Einklang mit den einschlägigen Sicherheitsverfahren in der Ständigen Vertretung zu installieren, wofür die Regierung weiterhin dankbar ist“, stellt die Regierung Maltas klar in der Erklärung.

„In dem Artikel werden verschiedene unzutreffende Behauptungen aufgestellt, dass diese Ausrüstung für illegale Zwecke verwendet wird. Die Regierung bestätigt, dass das Gebäude, in dem die Ständige Vertretung untergebracht ist, Gegenstand interner und externer Prüfungen war und dass das Gebäude für unbedenklich befunden wurde.“ Weiterhin weist die Regierung darauf hin, dass „80 Prozent der in dem Artikel erwähnten Möbel in den letzten zwei Jahren entsorgt und durch neue, aus Malta beschaffte Möbel ersetzt worden waren“.

„Es ist auch wichtig, klarzustellen, dass das Sicherheitssystem der Ständigen Vertretung in den letzten zwei Jahren überholt und verbessert wurde“, zitiert „Malta Today“ die Erklärung der Regierung Maltas.

Die Bundesregierung lässt weiterhin Waffen im Wert von über 330 Millionen Euro in Länder liefern, die in den Krieg in Libyen verwickelt sind, obwohl Deutschland offiziell ein Embargo unterstützt. Das brachte eine parlamentarische Anfrage der Linken-Politikerin Sevim Dağdelen ans Licht.

– Die Bundesregierung hat seit dem Libyen-Gipfel vor vier Monaten

	Rüstungsexporte für 331 Millionen Euro an Staaten genehmigt, denen eine Unterstützung von Kriegsparteien in dem nordafrikanischen Land vorgeworfen wird. Zwischen dem 20. Januar und dem 3. Mai wurde allein für Ägypten der Export von Kriegswaffen und anderen Rüstungsgütern im Umfang von 308,2 Millionen Euro genehmigt. Außerdem erlaubte die Regierung Rüstungslieferungen für 15,1 Millionen Euro an die Türkei sowie für 7,7 Millionen Euro an die Vereinigten Arabischen Emirate. Das geht aus einer Antwort des Wirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Außenpolitikerin Sevim Dağdelen von der Fraktion Die Linke hervor, die der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vorliegen soll. In dem ölreichen und bevölkerungsarmen Land kämpfen mehrere Konfliktparteien um Macht und Einfluss, oftmals mit ausländischer Unterstützung. Die Bundesregierung hatte am 19. Januar die Staats- und Regierungschefs der Länder nach Berlin eingeladen, die von außen Einfluss auf diesen Krieg nehmen – etwa mit Waffenlieferungen oder der Entsendung von Söldnern. In einer Abschlusserklärung verpflichteten sich 16 Staaten und internationale Organisationen unter anderem dazu, das seit neun Jahren geltende Waffenembargo für Libyen umzusetzen. Mit dabei waren Ägypten, die Türkei, die Vereinigten Arabischen Emirate und Russland. Diesen vier Ländern warf UN-Generalsekretär António Guterres später vor, das Waffenembargo weiter zu verletzen und sich damit nicht an die Berliner Vereinbarung zu halten. Die amtierende UN-Sonderbeauftragte für Libyen, Stephanie Williams, sagte kürzlich in einem Interview mit der dpa, die primären "regionalen Brandstifter" seien die Türkei und die Emirate. "Jeden Tag sehen wir Waffen in das Land kommen." Die Emirate stehen auf der Seite des Generals Chalifa Haftar, der seine Machtbasis in Ostlibyen hat und seit mehr als einem Jahr versucht, mit seinen Truppen die Hauptstadt Tripolis einzunehmen. Die dort amtierende international anerkannte Einheitsregierung wird von der Türkei wiederum auch mit Waffen unterstützt. Angesichts zunehmender Kämpfe in Libyen hatte sich Bundesaußenminister Heiko Maas am Donnerstag zusammen mit seinen Kollegen aus Italien, Frankreich sowie dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell erneut besorgt über die Lage gezeigt. "Statt endlich eine Waffenruhe einzuhalten, erliegen die Konfliktparteien noch immer dem Irrtum, der Konflikt sei militärisch zu gewinnen", sagte Maas. Dies werde noch durch weitere fortlaufende Verletzungen des Waffenembargos durch "internationale Unterstützer" gefördert. Die EU will versuchen, mit der neuen EU-Militärmission Irini die Waffenlieferungen einzudämmen. Sanktionen gegen die Lieferanten sind wie schon bisher aber nicht geplant. Die Linken-Politikerin Dağdelen forderte die Bundesregierung auf, die Rüstungsexporte an die in den Libyen-Krieg involvierten Staaten sofort zu stoppen. Es sei "mindestens widersprüchlich", wenn die Regierung sich besorgt über die Eskalation der Kämpfe in Libyen äußere, während sie gleichzeitig "die Brandstifter [...] weiter massiv mit Waffen beliefert". Der selbsternannte "Präsident" Venezuelas, **Juan Guaidó, ist offenbar direkt an dem gescheiterten Überfall auf sein eigenes Land beteiligt gewesen**. Der CEO des angeheuerten Unternehmens ″Silvercorps“ gab an, einen entsprechenden Vertrag mit Guaidó abgeschlossen zu haben. – Dokumente, die mittels "Freedom of Information Act" freigegeben

werden mussten, belegen, dass das britische Außenministerium über eine geheimgehaltene Einheit verfügt. Ziel: Unterstützung des Regime Change in Venezuela und im Gegenzug "Garantien" für die britische Wirtschaft.

Im Januar 2020 reiste der selbsternannte venezolanische "Interimspräsident" Juan Guaidó nach London, um sich mit britischen Regierungsvertretern zu treffen und Unterstützung für seine bisher erfolglosen Bemühungen zum Sturz der venezolanischen Regierung zu gewinnen. Regierungsdokumente, die im Rahmen des "Gesetzes zur Informationsfreiheit" (Freedom of Information Act) freigegeben werden mussten, enthalten Einzelheiten über Guaidós Besuch und geben Aufschluss über die Existenz einer geheimgehaltenen Spezialeinheit innerhalb des britischen Außenministeriums, die sich dem "Wiederaufbau" Venezuelas widmet.

FCO Officials in meetings with Juan Guaido:

Foreign Secretary:	Rt Hon Dominic Raab MP
Minister for the Americas:	Rt Hon Christopher Pincher MP
APS/Min Pincher:	[redacted]
Director Americas:	Hugo Shorter (SMS)
Head Latin America Dept:	James Dauris (SMS)
Head Andean Team:	[redacted]
Head Venezuela Reconstruction Unit:	John Saville
Venezuela Desk Officer:	[redacted]

Die Existenz dieser Einheit war bisher nicht bekannt. Weder in den Organigrammen auf der Website des britischen Außenministeriums noch in den biographischen Angaben zu Saville, welcher von 2014 bis 2017 als britischer Botschafter in Caracas agierte, wird die Existenz dieser Einheit erwähnt.

Einer der beiden US-amerikanischen Ex-Elitesoldaten bei der Verhaftung am 4. Mai in Venezuela, nachdem sie an der
Mehr lesen:Schweinebucht 2.0 in Venezuela und die Rolle von US-Söldnern: "Sie spielten Rambo"
Auf die Frage britischer Medien, welchem Zweck die "Wiederaufbaueinheit" dient und warum deren Existenz bisher nicht enthüllt worden sei, erklärte ein Sprecher des Außenministeriums ausweichend:

Das Vereinigte Königreich ist entschlossen, mit internationalen Partnern zusammenzuarbeiten, um die schreckliche Krise in Venezuela zu beenden. Die Abteilung für den Wiederaufbau Venezuelas wurde im Herbst 2019 eingerichtet, um einen britischen Ansatz für die internationalen Bemühungen zur Bewältigung der katastrophalen wirtschaftlichen und humanitären Lage in Venezuela zu koordinieren.

Saville, britischer Topdiplomat und ehemaliger Botschafter in Venezuela, war die zentrale Figur bei der Organisation des Besuchs von Guaidó in Großbritannien und anderen europäischen Ländern im Januar 2020. Zu diesem Zeitpunkt liefen die Planungen für einen gewaltsamen Einmarsch US-amerikanischer und venezolanischer Söldner in Venezuela auf Hochtouren. Dieser Plan wurde nach Angaben des zuständigen Organisators der Invasion, des US-Söldners und Leiters der US-Sicherheitsfirma Silvercorp USA, von Guaidó höchstpersönlich unterzeichnet. In dem der Washington Post zugespielten und von dieser auch verifizierten Vertrag wird Guaidó als "Oberbefehlshaber" der gesamten Operation genannt und auch bei dieser Vertragsversion erscheint dessen Unterschrift:

GENERAL SERVICES AGREEMENT
Entered Into This: 16th day of October 2019

This GENERAL SERVICES AGREEMENT (hereinafter "Agreement") is made this 16th day of October, 2019, by and between LA REPUBLICA BOLIVARIANA DE VENEZUELA (hereinafter "Administration") Juan Gerardo Guiado, acting President, and any successor administration(s) or duly elected Venezuelan government(s) and SILVERCORP USA, Inc. (EIN 30-1039889) of Melbourne, Florida (hereinafter "Service Provider").

I. BACKGROUND & CIRCUMSTANCES of AGREEMENT:

The Administration, by the authority set forth in The Resolution of the National Assembly of Venezuela (23 January 2019) considering articles 233, 333, and 350 of the Bolivarian Republic Constitution, engages the Service Provider for the services set forth in this Agreement. The Administration is of the opinion that the Service Provider has the necessary qualifications, experience and abilities to provide services to the Administration. The Service Provider is capable to provide and execute the services, and agreeable to provide services to the Administration on the terms and conditions set out in this Agreement. All Attachments in this agreement are reserved.

II. SERVICES TO PROVIDE

The Administration hereby agrees to engage the Service Provider to provide the Administration with services (hereinafter "Services") consisting of, but not limited to: strategic planning/advising; project leadership; equipment procurement; hiring of personnel; logistics consultation; project execution advisement.

The Services will also include any other tasks that the parties may agree on during the term of the Agreement. The Service Provider hereby agrees to provide those other tasks to the Administration during the term of this Agreement. Such Services, and other tasks, shall be set forth in Attachments to be mutually agreed to by the parties and incorporated by the parties into this Agreement. The attachments are considered part of

General Services Agreement
Page 1 of 8

Scanned with CamScanner

the General Services Agreement and are legally bound to this agreement. The P
agree to do everything necessary to ensure that the terms of this Agreement take e

III. TERM OF AGREEMENT & FEES

The term of this Agreement (the "Term") will begin on the date this Agreem
executed by the parties and will remain in full force and effect indefinitely
terminated as provided for in this Agreement. Service Provider and Administration
the minimum duration of this agreement is 495 days. See Attachment A- Timin
Length of Agreement. Except as otherwise provided for in this Agreemen
obligations of the Administration and Service Provider will end upon the terminat
this Agreement. Administration agrees to pay Service Provider the minimum amo
money required to fulfill this agreement which is $212,900,000.00 USD over the c
of the Term. The amount of money needed to fulfill the first part of Service Pr
services is $50,000,000.00 USD. All money will be backed/secured with Venez
barrels of oil. All monies in this agreement are in USD. Administration agrees to p
loan within 1 year. Service Provider will secure a loan for at least first part of servic

IV. CONFIDENTIALITY

The parties enter this Agreement and anticipate that disclosure of
information by the Administration to the Service Provider will be central
relationship. The parties desire to maintain the confidentiality of such information
information (hereinafter referred to as "Confidential Information") may include, bu
limited to any data or information relating to the Administration which would reas
be considered to be proprietary to the Administration including, government infor
and records where the release of that Confidential Information could reasona
expected to cause harm to the Administration or citizens of Venezuela.

The Service Provider agrees that they will not disclose, divulge, reveal, re
use, for any purpose, any Confidential Information which the Service Provid
obtained, except as authorized by the Administration. This obligation will
indefinitely upon termination of this Agreement. All written and oral informati
material disclosed or provided by the Administration to the Service Provider un

General Services Agreement
Page 2 of 8

Scanned with

agree to this Agreement and attachments. This Agreement has been signed on the 16th day of October, 2019, in two original copies in both the Spanish and English languages. The English version is superior in legal procedures.

By signing this General Service Agreement, Juan Gerardo Guaido, as president of the Bolivarian Republic of Venezuela, accepts, agrees and approves the terms and conditions described hereafter as well as the attachments of this General Service Agreement. The attachments will be signed by the designated Commissioners Sergio Vergara and Juan José Rendón.

IN WITNESS WHEREOF the Parties duly affix their signatures under hand and seal on this 16th day of October, 2019.

SIGNED, SEALED, AND DELIVERED in the presence of or by video conference:

LA REPUBLICA BOLIVARIANA DE VENEZUELA (Administration)

By:
Juan Gerardo Guaido
President of Venezuela

By:
Sergio Vergara, Comisionado
High Presidential Commissioner for Crisis Management

By:
Juan Jose Rendon, Comisionado
High Presidential Commissioner General Strategy and Crisis Management

SILVERCORP USA, Inc.
(Service Provider)

By:
Jordan Goudreau,
CEO Silvercorp USA

Manuel J. Retureta
Witness

General Services Agreement
Page 7 of 8

Scanned with CamScanner

Die Existenz dieser britischen Einheit wirft auch eine grundlegendere Frage auf: Was hat die britische Regierung mit dem "Wiederaufbau" einer souveränen Nation zu tun? Die bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen mit britischen Vorstellungen von "Wiederaufbau" im Irak, in Afghanistan, Libyen und Syrien lassen diesbezüglich nichts Gutes erwarten.

Eine weitere Anfrage im Rahmen des "Freedom of Information Act" legt die sehr aufschlussreichen Gespräche zwischen der Vertreterin von Juan Guaidó in Großbritannien, Vanessa Neumann, mit britischen Regierungsbeamten offen.

So schrieb Neumann beispielsweise am 30. Mai 2019 an Beamte des britischen Außenministeriums:

Ich habe mich bereits an Rory Stewart beim DFID [Department for International Development] bezüglich eines Treffens gewandt, welches auch hilfreich sein wird für die britischen Geschäfte beim Wiederaufbau Venezuelas.

From: Dr. Vanessa Neumann [redacted]
Sent: Thursday, May 30, 2019 2:12 pm
To: Hugo Shorter (Sensitive); Nigel Baker * (Sensitive)
Cc: JGH
Subject: thank you for the meeting yesterday

Dear Hugo and Nigel,

Thank you kindly for the meeting yesterday. I greatly appreciated the brief on Venezuela, and the extra time you took to discuss our policy priorities in the UK. It is a pleasure to be working with you.

I have already reached out to Rory Stewart at DFID for a meeting that will also sustain British business in Venezuela's reconstruction. I look forward to meeting him, as I have been hearing about him for years, through several mutual friends from his Afghan days.

Dies deutet auf das eigentliche Wesen des britischen "Wiederaufbaus" von Venezuelas hin: Die Schaffung günstiger Bedingungen für britische Unternehmen. Und es liegt wohl ziemlich auf der Hand, wie die Interessen der "britischen Wirtschaft" in einem Land aussehen, das über die mutmaßlich größten nachgewiesenen Ölreserven der Welt verfügt.

Doch es geht nicht nur um Öl. Im September 2019 wurde ein vertrauliche Sprachnachricht der Guaidó-Vertreterin mit Guaidós "Koordinator für Internationale Angelegenheiten", Manuel Avendaño, veröffentlicht. Neumann erklärt darin, dass ihr britische Regierungsbeamte sehr deutlich zu verstehen gegeben haben, dass es keine vollumfängliche politische Unterstützung durch Großbritannien für Guaidó und dessen Umsturzpläne geben wird, solange nicht der bisher offiziell formulierte Anspruch auf die umstrittene Region Essequibo aufgeben wird. Neumann empfiehlt, dem britischen Wunsch Folge zu leisten, und den territorialen Anspruch im Austauch für politische Unterstützung aufzugeben. Dieses Vorgehen würde in wohl fast allen Ländern der Welt den Tatbestand des Landesverrats erfüllen.

Bei der Region Essequibo handelt es sich um einen 160.000 Quadratkilometer großen Landstreifen an der Grenze zwischen Venezuela und Guyana. Dieses Gebiet wurde im Jahr 1889 vom damaligen britischen Kolonialregime durch ein umstrittenes Schiedsabkommen, bei dem keine venezolanischen Unterhändler anwesend waren, Venezuela weggenommen. Das Urteil wurde später durch das von der UN vermittelte "Genfer Abkommen", das 1966 von allen Parteien unterzeichnet wurde, aufgehoben. Völkerrechtlich gehört die Region damit nicht nur nach venezolanischer Einschätzung zu Venezuela.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die Existenz der geheimgehaltenen "Wiederaufbaueinheit" innerhalb des britischen Außenministeriums in Verbindung mit den dargelegten Gesprächen aufzeigen, in welchem Ausmaß die britische Regierung sich proaktiv für den Sturz der venezolanischen Regierung unter Nicolás Maduro einsetzt.

Die veröffentlichten Dokumente zeigen zudem auf, dass die "Regime-Change-Pläne" in Venezuela einem erprobten Muster folgen: Die Länder, die diesbezüglich den "größten Beitrag" leisten, können damit

rechnen, dass ihnen in der "Wiederaufbauphase" die größten Filetstücke der finanzielle Beute zugeschoben werden. Nach allem was man weiß, will auch Deutschland da nicht zu kurz kommen.

Das Weiße Haus unter Ex-Präsident Barack Obama hielt explosive Informationen vor drei Schlüsselbeamten bis nach den US-Präsidentschaftswahlen im November 2016 geheim. Dabei ging es um russische Geheimdienstinformationen, die der damalige CIA-Direktor John Brennan bereits Anfang August 2016 an Obama weitergeleitet hatte.

– Die drei Spitzenbeamten im Nationalen Sicherheitsrat der USA waren für die Bereiche Russland, Cybersicherheit und Geheimdienstprogramme zuständig. Der Ausschluss der Beamten von einem wichtigen Informationsfluss wird wahrscheinlich neue Fragen über die Beteiligung der Obama-Regierung an den Ursprüngen der Untersuchung des Wahlkampfteams von Donald Trump aufwerfen – die sich zu der Untersuchung durch Sonderberater Robert Mueller entwickelt hatte. Trump wurde im Wahlkampf 2016 vorgeworfen, mit den Russen zu kollaborieren. Das Ziel: Die Wahl zu seinen Gunsten zu manipulieren.

  Als Reaktion auf Brennans Geheimdienstinformationen organisierte die Obama-Administration eine Reihe sogenannter „Kleingruppensitzungen“. Die drei Beamten, die normalerweise an hochrangigen Arbeiten zu solchen Themen beteiligt waren, wurden jedoch ausgeschlossen. Bei den Beamten handelte es sich um den Cybersicherheitskoordinator des Weißen Hauses, Michael Daniel, die leitende Direktorin für Russland und Eurasien, Celeste Wallander, und den leitenden Direktor für Geheimdienstprogramme, Brett Holmgren.

  Der Ausschluss der Beamten wurde erstmals im dritten Band (pdf) des Russlandberichts des Senatsausschusses für Nachrichtendienste dokumentiert. Darin wurde festgestellt: „Mehrere NSC-Beamte, die normalerweise in wichtige Diskussionen einbezogen werden, (...) wurden bis nach der Wahl weder in die Diskussionen einbezogen noch bekamen sie wichtige Geheimdienstinformationen zu sehen.“

  Brett Holmgren, der leitende Direktor für Geheimdienstprogramme, sagte dem Geheimdienstausschuss des US-Senats: Er sei „wegen der Sensibilität der Geheimdienstberichte“ ausgeschlossen worden. Er sagte auch, dass „die Berichte mündlich gebrieft wurden, oft direkt von Direktor Brennan. Daher erhielt [er] erst im November oder Dezember Zugang zu vielen dieser Berichte“.

  Dem Bericht des Geheimdienstausschusses des Senats zufolge war die Obama-Regierung nicht an einer Einmischung in die Präsidentschaftswahlen 2016 interessiert. Als CIA-Chef Brennan eine Reihe von geheimen Briefings gab, änderte sich die Lage jedoch. Die von Brennan weitergegebenen Informationen dienten demnach als „Weckruf“ und lösten eine Reihe hochrangiger Treffen aus, um eine Reaktion auf die Informationen zu koordinieren.

  Über den Inhalt von Brennans Briefings ist nur wenig bekannt. In einer öffentlichen Zeugenaussage sagte er, der Inhalt der Gespräche ähnele den Ergebnissen des Intelligence Community Assessment, das am 5. Januar 2017 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

  „Der Inhalt dieser Briefings entsprach voll und ganz den wichtigsten Urteilen, die in den geheimen und nicht geheimen Einschätzungen vom Januar enthalten waren. Dabei ging es darum, dass Russlands Ziele darin bestanden, das Vertrauen der Öffentlichkeit in den

demokratischen Prozess der USA zu untergraben. Zudem sollte Staatssekretärin Clinton verunglimpft und ihre Wählbarkeit, und ihrer potenziellen Präsidentschaft, Schaden zugefügt und Präsident Trumps Wahlchancen verbessert werden“, sagte Brennan am 23. Mai 2017 vor dem Ständigen Geheimdienstausschuss des Repräsentantenhauses.

Nach den Besprechungen im Weißen Haus informierte Brennan die Mitglieder der „Gang of Eight“ des US-Kongresses in einer Reihe von Einzelgesprächen über die Geheimdienstinformationen. Brennan informierte drei der Demokraten, bevor er einen der Republikaner informierte. Die Abfolge und das Format der Briefings wichen von den typischen Vorgehensweisen der „Gang of Eight“ ab, in denen die Geheimdienstinformationen allen acht Kongress-Mitgliedern auf einmal mitgeteilt werden.

Der Öffentlichkeit sind nur Medienberichte mit anonymen Quellen bekannt, in denen behauptet wird, dass die Informationen aus einer hochrangigen CIA-Quelle innerhalb des Kremls stammen würden. In einem Medienartikel heißt es, die Glaubwürdigkeit der CIA-Quelle werde in Frage gestellt und der Verdacht geäußert, es handle sich um einen Doppelagenten für Russland.

VW-Vorstandschef Herbert Diess und der Vorsitzende des Volkswagen-Aufsichtsrats, Hans Dieter Pötsch, müssen sich im Zusammenhang mit dem Dieselskandal nicht wegen mutmaßlicher Marktmanipulation vor Gericht verantworten. Der Konzern bestätigte am Dienstagabend einen Bericht des „manager magazin“, wonach das Verfahren gegen eine Zahlung von jeweils 4,5 Millionen Euro eingestellt wird. Die beiden Manager hatten den Vorwurf der Staatsanwaltschaft stets zurückgewiesen.

- Die Einigung erfolgte laut „manager magazin“ zwischen dem Landgericht und der Staatsanwaltschaft Braunschweig sowie den Angeschuldigten. Der VW-Aufsichtsrat begrüßte die Einstellung des Verfahrens. Pötsch und Diess hätten „die Möglichkeit, das Unternehmen angesichts der aktuellen Herausforderungen zu entlasten, durch ihre Zustimmung zur Einstellung wahrgenommen“. **Der VW-Konzern werde die Zahlung von je 4,5 Millionen Euro übernehmen**.

In einer neuen Studie haben Forscher der Universität Kopenhagen nachgewiesen, dass Pinguine in der Antarktis über ihren Kot große Mengen Lachgas abgeben. So viel, dass die Forscher „verrückt“ wurden, weil sie von Pinguin-Guano umgeben waren.

- Mehr als 1600 Kilometer östlich der Drake-Passage zwischen Südamerika und der Antarktis liegt die Atlantikinsel Südgeorgien. Hier leben Königspinguine in riesigen Kolonien. Ihre Tage verbringen sie damit, Krill, Tintenfisch und Fisch zu fressen, ihre Küken zu füttern und „Guano“ zu produzieren.

  Forscher der Universität Kopenhagen fanden heraus, dass Pinguin-Guano riesige Mengen Distickstoffmonoxid – besser bekannt als Lachgas – freisetzt. Die Ergebnisse ihrer jüngsten Antarktis-Expedition veröffentlichten die Forscher in der wissenschaftlichen Zeitschrift „Science of the Total Environment“.

  Forscher: Wir „sind dieser hohen Dosis nicht gewachsen“

„Pinguin-Guano produziert signifikant hohe Mengen an Distickstoffmonoxid um ihre Kolonien herum. Die maximalen Emissionen sind etwa 100 Mal höher als auf einem kürzlich gedüngten dänischen Feld. Es ist wirklich intensiv“, sagt Professor Bo Elberling vom Fachbereich für Geowissenschaften und Management natürlicher Ressourcen der Universität Kopenhagen.

Abgesehen davon, dass Distickstoffmonoxid ein Treibhausgas ist, hat es eine ähnliche Wirkung wie das beruhigende Lachgas, das in der Zahnarztpraxis verwendet wird. Weiter erklärt Elberling:

Nachdem man mehrere Stunden an Guano herumgeschnüffelt hat, wird man völlig verrückt. [...] Die kleinen Lachgasflaschen, die man in Kopenhagen [...] sieht, sind dieser hohen Dosis, die durch eine Kombination von Lachgas mit Schwefelwasserstoff und anderen Gasen entsteht, nicht gewachsen.“

Wie sich Pinguin-Kot in Lachgas verwandelt – und was Bauern daraus lernen können
Die Hauptnahrung der Pinguine sind Fisch und Krill. Beide enthalten große Mengen an Stickstoff, die über das Phytoplankton des Ozeans aufgenommen wurden. Dieser Stickstoff wird aus ihren Exkrementen an den Boden abgegeben. Bodenbakterien wandeln die Substanz dann in Distickstoffmonoxid beziehungsweise Lachgas um.

„Es ist uns klar, dass der Gehalt an Lachgas dort, wo es Pinguine – und damit Guano – gibt, sehr hoch ist. Umgekehrt, dort, wo es keine gibt, ist er niedriger“, erklärt Bo Elberling.

Obwohl die Lachgasemissionen in diesem Fall nicht ausreichen, um den Gesamtenergiehaushalt der Erde zu beeinflussen, tragen die Erkenntnisse zu neuem Wissen darüber bei, wie Pinguinkolonien die Umwelt um sie herum beeinflussen. Dies ist besonders interessant, da sich die Kolonien im Allgemeinen immer weiter ausbreiten, sagte Eberling.

Er schließt mit der Feststellung, dass „wir daraus in Bezug auf die dänische Landwirtschaft lernen sollten, wo große Mengen Distickstoffoxid durch Stickstoffdünger auf den Feldern freigesetzt werden. Eines der Dinge, die wir lernen können, ist zum Beispiel, wie und wann man düngt im Hinblick auf die optimalen Bedingungen für Bodenbakterien zur Produktion von Distickstoffoxid.“ (Mit Material der Universität Kopenhagen)

Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu muss zum Auftakt des Korruptionsprozesses gegen ihn vor Gericht erscheinen. Ein Jerusalemer Gericht wies am Mittwoch den Antrag seiner Anwälte ab, auf das Erscheinen Netanjahus zu verzichten. Das Gericht verwies auf das israelische Strafrecht, wonach der Angeklagte persönlich vor Gericht erscheinen muss. Die erste Anhörung ist für Sonntag angesetzt.

– Netanjahus Anwälte hatten den Antrag gestellt, nachdem das Justizministerium Netanjahus Erscheinen angeordnet hatte. Sie argumentierten, er müsse von fünf Leibwächtern begleitet werden, womit die vom Gesundheitsministerium erlassenen Beschränkungen angesichts der Coronavirus-Pandemie nicht eingehalten werden könnten.

Zudem sei das Erscheinen Netanjahus nicht erforderlich, da es sich lediglich um eine „technische“ Anhörung handele, erklärten die Anwälte. Ziel der Staatsanwaltschaft sei eine „Medienkampagne“, die Netanjahu auf der Anklagebank zeige. Der langjährige

Ministerpräsident weist alle Vorwürfe gegen ihn zurück und sieht sich als Opfer einer „Hexenjagd“ durch Staatsanwaltschaft und Medien.

Netanjahu ist der erste amtierende Ministerpräsident Israels, der sich wegen Korruption vor Gericht verantworten muss. Der 70-Jährige steht seit November wegen Bestechlichkeit, Betrugs und Untreue unter Anklage.

Nach einer Einigung mit seinem Ex-Rivalen Benny Gantz auf eine Einheitsregierung wurde Netanjahu am Wochenende erneut als Ministerpräsident vereidigt. Der Chef der rechtsgerichteten Likud-Partei ist seit 2009 ununterbrochen im Amt. Der Prozess gegen ihn dürfte inklusive Berufungen mehrere Jahre dauern. (afp/rm)

Forscher haben bei einem Stern in 520 Lichtjahren Entfernung deutliche Hinweise auf die Geburt eines Planeten entdeckt. In einer dichten Scheibe aus Staub und Gas fanden die Astronomen eine markante Spiralstruktur mit einem „Knick“, wie die Europäische Südsternwarte (ESO) am Mittwoch in Garching mitteilte. Dieser „Knick“ markiert demnach den Ort, an dem sich möglicherweise ein Planet bildet.

– Damit könnte der „Knick“ den ersten direkten Beweis für die Entstehung eines Babyplaneten liefern. Den Wissenschaftlern gelang die Beobachtung mit dem Very Large Telescope (VLT) der ESO in Chile. Die neuen Erkenntnissen über ein entstehendes Planetensystem beim jungen Stern AB Aurigae wurden jetzt in der Fachzeitschrift „Astronomy & Astrophysics“ veröffentlicht.

„Tausende von Exoplaneten wurden bisher identifiziert, aber es ist wenig darüber bekannt, wie sie sich bilden“, erklärte Anthony Boccaletti, der die Studie des Observatoire de Paris leitete. Astronomen wissen, dass Planeten in staubigen Scheiben um junge Sterne geboren werden, wenn kaltes Gas und Staub zusammenklumpen – so wie AB Aurigae. Die neuen Beobachtungen könnten nun helfen, diesen Prozess besser zu verstehen.

„Wir müssen sehr junge Systeme beobachten, um den Moment zu erfassen, in dem sich Planeten bilden“, erläuterte Boccaletti. Doch bisher waren die Astronomen laut ESO nicht in der Lage, ausreichend scharfe und tiefe Bilder dieser jungen Scheiben aufzunehmen.

Die neuen Bilder zeigen nun eine beeindruckende Spirale aus Staub und Gas um den Stern AB Aurigae im Sternbild Fuhrmann. Spiralen dieser Art signalisieren die Existenz von Babyplaneten, die das Gas „anschubsen“ und dabei „Störungen in der Scheibe in Form einer Welle erzeugen, ähnlich dem Kielwasser eines Boots auf einem See“, erklärte Emmanuel Di Folco vom Astrophysiklaboratorium Bordeaux (LAB) in Frankreich.

Während sich der Planet um den Zentralstern dreht, wird diese Welle der ESO zufolge zu einem Spiralarm geformt. Die nun beobachtete sehr helle, gelbe „Knickzone“ könnte einer dieser Störherde sein, an denen nach Ansicht des Forscherteams ein Planet entsteht.

„Dieser Vorgang wird von einigen theoretischen Modellen zur Planetenentstehung erwartet“, erklärte die Koautorin Anne Dutrey, die ebenfalls am LAB tätig ist. „Er stellt die Verbindung zweier Spiralen dar.“

Dutrey zufolge windet sich eine Spirale von der Umlaufbahn des Planeten nach innen, die andere dehnt sich nach außen aus und

	verbindet sich am Ort des entstehenden Planeten. Auf diese Weise sammelten sich Gas und Staub von der Scheibe auf dem sich bildenden Babyplaneten an und ließen ihn in der Folge wachsen. (afp/rm)
Brasilien	275.087 Infizierte 18.121 Tote 106.794 genesen Zwei Monate nach dem ersten registrierten Todesfall sind in Brasilien mehr als 16.000 Patienten im Zusammenhang mit dem Coronavirus gestorben. **Das Land verzeichnet nunmehr die vierthöchste Infektionszahl weltweit.** Die Pandemie bedroht zunehmend indigene Völker. – In Brasilien breitet sich das Coronavirus rasant aus. Das südamerikanische Land verzeichnet nunmehr die vierthöchste Infektionszahl weltweit und hat damit mehr bestätigte Infektionen als Spanien und Italien. So wurden bisher 241.080 Menschen positiv auf das Virus getestet. Nach offiziellen Angaben starben bislang 16.118 Patienten im Zusammenhang mit dem Coronavirus. Dies geht aus den Daten des Gesundheitsministeriums in Brasília vom Sonntag hervor. Nach den Daten der in den USA beheimateten Johns-Hopkins-Universität liegt das Land mit kontinentalen Ausmaßen damit bei der Zahl der Todesopfer weiter auf Platz sechs, bei der Zahl der Infizierten ebenfalls auf Platz vier der am schwersten betroffenen Länder vor Italien und Spanien. Pandemie bedroht zunehmend auch Brasiliens Ureinwohner Die Pandemie bedroht zunehmend auch Brasiliens Ureinwohner. 38 indigene Völker des Landes seien betroffen, meldete die Vereinigung der Ureinwohner Apib. Das Virus erreiche mit "beängstigender Geschwindigkeit" alle Gebiete der Indigenen. Diese seien schon in der Vergangenheit durch eingeschleppte Krankheiten schwer getroffen worden. Laut Apib haben sich mehr als 440 Ureinwohner mit dem Virus angesteckt, 92 seien bereits an den Folgen gestorben. Die gesamte Entwicklung dürfte den Druck auf Präsident Jair Bolsonaro weiter erhöhen. Immer wieder protestieren zahlreiche Menschen gegen den Kurs des weit rechts stehenden Politikers im Kampf gegen das Virus. Dessen Gefahr hat Bolsonaro lange geleugnet, er sprach von einer "kleinen Grippe". Der Präsident kritisiert die Beschränkungen des öffentlichen Lebens durch die Gouverneure scharf. Er argumentiert, die Schließung von Geschäften, Restaurants und Schulen sowie Quarantänevorschriften und Kontaktbeschränkungen seien für die Wirtschaft des Landes nicht tragbar. Im Streit über den Kampf gegen die Ausbreitung des Coronavirus hat Bolsonaro erst am Freitag den zweiten Gesundheitsminister innerhalb eines Monats verloren. Nelson Teich trat zurück. Mitte April war sein Vorgänger Luiz Henrique Mandetta wegen Meinungsverschiedenheiten entlassen worden. "Brasilien hätte eine der besten Antworten auf diese Pandemie haben können", sagte die Brasilianerin Marcia Castro, Gesundheitswissenschaftlerin an der Harvard University, der New York Times. Brasilien war bei Gesundheitskrisen wie Aids oder Zika ein Vorreiter unter den Schwellenländern. "Aber jetzt ist alles unorganisiert, niemand arbeitet an gemeinsamen Lösungen." **Auch in anderen Ländern Lateinamerikas steigen die**

	Infektionszahlen mit dem Coronavirus und auch die Zahlen der Todesopfer deutlich. Besonders viele Ansteckungen verzeichnet die Johns-Hopkins-Universität für zwei andere Länder in Lateinamerika. So wurden bisher in Chile 43.781 bestätigte Corona-Fälle registriert, 450 Menschen starben im Zusammenhang mit dem Coronavirus. In Peru gab es bisher 92.273 bestätigte Infektionen, die Zahl der Todesfälle beträgt bisweil 2.648.
Chile	53.617 Infizierte 544 Tote 22.504 genesen **Nach Plünderungen und gewaltsamen Protesten ist Chiles Armee in ein Armenviertel der Hauptstadt eingerückt**. Soldaten mit Maschinengewehren patrouillierten in El Bosque, wo es bei Protesten gegen die Corona-Ausgangsspere zu Zusammenstößen gekommen war. – Nach Plünderungen und gewaltsamen Protesten ist Chiles Armee in ein Armenviertel der Hauptstadt Santiago de Chile eingerückt. Soldaten patrouillierten am Dienstag im Stadtteil El Bosque, wo es bei Protesten gegen die Corona-Ausgangssperre zu Zusammenstößen mit der Polizei gekommen war. In Santiago gilt seit Freitag eine strikte Ausgangssperre, um die rasante Ausbreitung von SARS-Cov-2 einzudämmen. Dagegen gibt es zunehmend Proteste: In Mittelklasse- und Arbeitervierteln, wo viele Menschen ihre Arbeit verloren haben, gab es am Montag lautstarke Kundgebungen. Die Demonstranten riefen „Wir haben Hunger“ oder „Wir müssen arbeiten“. In El Bosque lieferten sich mit Stöcken und Steinen bewaffnete Demonstranten Auseinandersetzungen mit der Polizei, es kam auch zu Plünderungen. Um die Polizei zu unterstützen, wurde am Dienstag die Armee in den Vorort geschickt. In Chile gelten 11,7 Prozent der fast 18 Millionen Einwohner als arm. Die wegen der Corona-Pandemie verhängten Beschränkungen verschärfen die sozialen Probleme zusätzlich. (afp/rm)
China	84.063 Infizierte 4.638 Tote 79.310 genesen **Am Sonntag ist der Botschafter Chinas in Israel in seiner Residenz tot aufgefunden worden.** Das israelische Außenministerium bestätigte den Vorfall. Die Polizei leitete Ermittlung ein. Medien spekulierten über ein Herzversagen als Todesursache des Spitzendiplomaten. – Wie das israelische Außenministerium mittelte, ist der 57-jährige Du Wei in seiner Residenz in Herzlia bei Tel Aviv tot aufgefunden worden. Der Familienvater war erst Mitte Februar nach Israel gekommen, um dort seinen Posten anzutreten. Danach habe Du Wei wegen der Corona-Krise eine zweiwöchige Quarantäne eingehalten. Vor seinem Antritt als Botschafter in Israel war er der Vertreter Chinas in der Ukraine. Die Polizei leitete eine Untersuchung ein, um den Tod des Diplomaten aufzuklären. Die Times of Israelberichtet unter Berufung auf Sanitäter, die Todesursache sei vermutlich ein Herzversagen. Er hinterlässt seine Ehefrau und einen Sohn.

	In der chinesischen Stadt Wuhan (Provinz Hubei) ist es ab Mittwoch völlig untersagt, auf wilde Tiere Jagd zu machen, sie illegal zu züchten oder damit zu handeln. Dies gab die Regierung der Stadt bekannt. – Das Verbot gilt demnach fünf Jahre und betrifft alle Landtiere, unter anderem auch Vertreter wilder Tierarten, die in Gefangenschaft gezüchtet worden seien. Für eine Jagd mit dem Ziel einer Regulation der Populationsdichte oder Erforschung – darunter auch zur Feststellung der Quelle einer Epidemie – sei nun eine spezielle Lizenz erforderlich. Um wilde Tiere zu züchten, mit dem Ziel, die Art vor dem Aussterben zu schützen, bräuchte man eine Erlaubnis der zuständigen Behörden. Dies gelte auch, wenn man die Tiere erforschen oder sie bei Tiermessen präsentieren wolle. Werbungsverbot Die Regierung Wuhans verbot natürlichen Personen und Firmen darüber hinaus, für Verzehr von wilden Tieren oder für einen Handel damit zu werben. Es dürften keine entsprechenden Plakate oder Menüs erstellt werden. Alle bereits ausgestellten Lizenzen für die Jagd auf wilde Tiere, deren Zucht, Verkauf oder Ankauf – auch im Internet – mit dem Ziel, ihr Fleisch zu essen, sollen sofort annuliert werden. Der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses (de facto das Parlament Chinas) hatte am 24. Februar entschieden, dass die Gewohnheit der Bevölkerung, das Fleisch wilder Tiere zu essen, durchbrochen werden sollte. Diese Entscheidung wurde im Zusammenhang mit der Coronavirus-Pandemie getroffen, die sich von Wuhan aus verbreitet haben soll. Coronavirus Die Weltgesundheitsorganisation hatte am 11. März den Ausbruch des neuen Covid-19-Erregers als Pandemie eingestuft. Weltweit wurden laut der Johns-Hopkins-Universität (JHU) bereits mehr als 4,9 Millionen Menschen mit dem Virus SARS-CoV-2 infiziert. Bisher wurden demnach 324.776 Todesopfer registriert. Nach der im Forscherkreis gängigen Version soll das neuartige Coronavirus Ende letzten Jahres seinen Ursprung bei Fledermäusen in China genommen haben. Möglicherweise könne der Corona-Erreger auf dem Fleischmarkt in Wuhan von Tieren auf Menschen übertragen worden sein. mo/mt/sna **Der Kommunistischen Partei Chinas und ihren Beteuerungen zu vertrauen, ist in diesen Tagen nicht nur ein moralisches Problem, sondern zudem eine Frage von Leben und Tod. „Foreign Policy“ deckte nun ein weiteres Puzzle-Teilchen der Corona-Pandemie auf.** – Nach Angaben des kommunistischen Regimes in Peking soll es seit Beginn der Corona-Pandemie Ende 2019 in China „nur“ 4.638 Todesfälle und 84.063 bestätigte Infektionen mit SARS-CoV-2 (Stand: 19. Mai 2020) gegeben haben. Als Quelle der auf der Webseite der Johns Hopkins University veröffentlichten Daten für China dient DXY, eine chinesische Healthcare Plattform. Auf Basis dieser veröffentlichten Zahlen versucht die in China

	herrschende kommunistische Partei, nicht nur das Ausmaß der Seuche im Land herunterzuspielen, sondern sich selbst auch angesichts der verheerenden Pandemiezahlen der westlichen Welt als effektives Staatsmodell zu propagieren – inklusive seiner bizarren Kontroll- und Absperrmaßnahmen. Dabei wird allerdings der Aspekt völlig außer Acht gelassen, dass gerade durch die Angst vor Kontrollverlust und die damit verbundenen Vertuschungs- und Informationsunterdrückungsmaßnahmen die Pandemie erst entstehen konnte. Nun berichtete die renommierte US-amerikanische Zeitschrift für internationale Politik, „Foreign Policy“, von einer geleakten Datenbank. Als Quelle wurde die National University of Defense Technology in der zentralchinesischen Stadt Changsha, Hauptstadt der Provinz Hunan, angegeben. Diese soll eigenen Angaben zufolge „unter direkter Führung der Zentralen Militärkommission“ Chinas stehen. Die Daten bestärken den weit verbreiteten Verdacht, dass die Kommunistische Partei Chinas dem Rest der Welt manipulierte Zahlen zum Ausmaß der Wuhan-Lungenseuche vorlegt. Geleakter Datentracker Ein Datentracker der vom Militär verwalteten Universität wird dem Bericht nach von den Beamten der KPCh genutzt und stellt Daten dar, die im Zusammenhang mit der Seuche über die chinesische Bevölkerung gesammelt wurden und werden. „Foreign Policy“ betont, dass die „Quelle des Lecks“ darum gebeten habe, „wegen der Sensibilität der Weitergabe chinesischer Militärdaten anonym zu bleiben“. Die durchgesickerten Informationen decken sich mit einer allgemeinen, online verfügbaren Corona-Fallkarte der Militär-Universität, sollen aber wesentlich detaillierter sein als die Onlineversion. Diese gibt als Quellen das chinesische Gesundheitsministerium, die Nationale Gesundheitskommission, Medienberichte und andere öffentliche Quellen an. Um auf die Datatracker-Webseite der Militär-Uni und ihre Online-Karte zugreifen zu können, mussten die Autoren über ein VPN in Uruguay surfen. 230 Städte, 640.000 Aktualisierungen „Foreign Policy“ geht davon aus, dass auch dieser Datensatz möglicherweise nicht umfassend genug ist – jedoch den bisher umfangreichsten bekannten Datensatz zu Corona-Fällen in China darstellt und dass Peking diesen Datensatz „mit ziemlicher Sicherheit nicht mit US-Beamten oder Ärzten geteilt hat“. Doch selbst die möglicherweise begrenzten Fallzahlen sprechen eine deutliche Sprache: „Es gibt mehr als 640.000 Aktualisierungen von Informationen, die mindestens 230 Städte abdecken, d.h. 640.000 Zeilen, die angeblich die Anzahl der Fälle an einem bestimmten Ort zum Zeitpunkt der Datenerhebung zeigen.“ Dabei seien die Aktualisierungen jeweils mit Längen- und Breitengraden der Orte sowie der „bestätigten“ Anzahl der Fälle für den Zeitraum Anfang Februar bis Ende April 2020 versehen. Im Umfeld des Seuchenherdes Wuhan wurden weitere Daten in Form von Todes- und Erholungsfällen angegeben.

	Datenbeispiele „Foreign Policy“ überprüfte die Daten hinsichtlich der umfassend angegebenen Krankenhausstandorte, Ortsnamen, Wohnanlagen, Hotels, Supermärkte, Bahnhöfe, Restaurants und Schulen. Als Beispiele wurden drei Fälle genannt, einer am 14. März in einem KFC in der Millionenmetropole Zhenjiang (Provinz Jiangsu, Ostchina) und zwei am 17. März in einer Kirche in Harbin, Hauptstadt der Provinz Heilongjiang in Nordostchina. Die Namen der Personen seien in den Daten nicht angegeben, auch nicht, ob es Todesfälle gab. Eine unabhängige Verifizierung der Fälle konnte durch „Foreign Policy“ nicht erfolgen. **China drängt seine Unternehmen dazu, eine Börsenzulassung in London in Betracht zu ziehen**. Das Land versucht nach der Corona-Krise, Geschäfte im Rahmen eines Aktienbeteiligungsprogramms wiederzubeleben und die Verbindungen nach Übersee zu stärken. – Das Shanghai-Londoner Aktienbeteiligungsprogramm, das im vergangenen Jahr in Betrieb genommen wurde, soll Verbindungen zwischen Großbritannien und China aufbauen. Gleichzeitig soll es auch chinesischen Unternehmen helfen, ihre Anlegerbasis zu erweitern und ihnen Zugang zu Unternehmen verschaffen, welche in Großbritannien gelistet sind. Im Rahmen des Aktienprogramms, das erstmals 2018 angekündigt wurde, dürfen chinesische Unternehmen eine Zweitnotierung zu dem Zertifikat in Großbritannien hinzufügen, welches mit den Aktien in Shanghai verbrieft ist. Ursprünglich war geplant, dass sich in den ersten Jahren mehrere Unternehmen an dem Programm beteiligen. Doch bisher hat nur ein Unternehmen die Reise von Shanghai nach London unternommen, die Huatai Securities (HTSCq.L). Nun haben die chinesischen Behörden grünes Licht für die Firmen China Pacific Insurance und SDIC Power gegeben, ihre Pläne für die Londoner Börsennotierung voranzutreiben, erklärte „Reuters“ unter Berufung auf Insider. Die Behörden stimmten auch zu, dass die Firma China Yangtze Power mit den Vorbereitungen für eine Zweitnotierung an der Londoner Börse beginnen darf, sagten die Insider, die nur unter der Bedingung der Anonymität mit „Reuters“ sprachen, da die Angelegenheiten vertraulich sind. Die Shanghaier Börse fördert das Aktienprogramm mit London Nach der Veröffentlichung des Berichts sagte die Shanghaier Börse (Shanghai Stock Exchange), sie habe das Shanghai-London Aktienprogramm, von dem sowohl Unternehmen als auch Investoren profitieren, kontinuierlich gefördert. Die China Securities Regulatory Commission und China Pacific Insurance haben nicht auf die Aufforderung von Reuters zur Stellungnahme reagiert. Auch die anderen Firmen, SDIC Power und China Yangtze Power, lehnten eine Stellungnahme ab. Laut „Reuters“ weigerte sich auch die Londoner Börse, einen Kommentar zu dem Thema abzugeben. Die Absicht des Programms ist es laut den Insidern, Chinas Beziehungen zur Außenwelt zu verbessern und bei der Finanzierung aus der Krise nachzuhelfen. Die Anti-China-Stimmung in den

	Vereinigten Staaten könnte den Weg nach New York erschwert haben, daher dränge China auf dieses Börsen-Programm mit London. „In der zweiten Hälfte dieses Jahres könnten wir in London ein oder vielleicht zwei chinesische Unternehmen auf die Liste setzen“, sagte eine der Insider, die eng in den Prozess eingebunden ist. Die Listungen werden im gegenwärtigen Umfeld nicht unbedingt ein einfacher Verkauf sein, sagte ein weiterer in London ansässiger Banker, der an einigen dieser Transaktionen beteiligt ist. Der Börsenmarkt wird länger unsicher bleiben „Der Börseneinführungsmarkt wird wahrscheinlich noch eine ganze Weile unsicher bleiben, und das sind keine ‚notwendigen‘ Vermögenswerte. Die Investoren werden bereits damit beschäftigt sein, die Unternehmen in ihrem Bestand zu unterstützen, und werden wahrscheinlich selektiv vorgehen“, sagte er. Der Markt für Börsengänge ist seit dem Ausbruch des Virus so gut wie geschlossen. Die Krise hat das weltweite Wirtschaftswachstum beeinträchtigt, Aktien vernichtet und die Marktvolatilität auf den höchsten Stand seit Jahren getrieben, schreibt „Reuters“. Viele Unternehmen mussten auf den Sekundärmärkten Mittel beschaffen, um die Geschäfte auch in der Krise aufrecht zu erhalten. Im ersten Quartal 2020 wurden nur acht neue Börsengänge verzeichnet, die niedrigste Zahl seit 2009, wie die Refinanzierungsdaten zeigen. (Mit Material von Reuters) (*Das kann man glauben oder lassen, was China da mit dem Impfstoff vorhat, ein Bericht vom Vortag lässt anderes vermuten. Stichwort: "an chinafreundliche Länder")* *Während westliche Firmen sich von einem Corona-Impfstoff eine goldene Nase versprechen, hat Chinas Präsident Xi Jinping versprochen, den Impfstoff als globales öffentliches Gut zur Verfügung zu stellen. Er rief die Staaten auf, sich gegen die Pandemie zusammenzuschließen.* – *Der chinesische Präsident Xi Jinping hat am Montag konkrete Maßnahmen zur Verstärkung des weltweiten Kampfes gegen die Corona-Epidemie angekündigt, darunter die Bereitstellung internationaler Hilfe sowie die Bereitstellung eines zukünftigen Corona-Impfstoffes als "öffentliches Gut", sobald er verfügbar ist. Xi Jinping machte diese Ankündigung während einer Ansprache per Videolink auf der 73. Versammlung der Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation (WHO), wie die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua berichtete.* *China wird über einen Zeitraum von zwei Jahren zwei Milliarden US-Dollar bereitstellen, um die Reaktion auf COVID-19 sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den betroffenen Ländern, insbesondere in den Entwicklungsländern, zu unterstützen", sagte Xi.* *China wird mit den Vereinten Nationen zusammenarbeiten, um eine globale humanitäre Reserve von Hilfsgütern und ein Drehkreuz in dem Land einzurichten, um den Betrieb von Lieferketten trotz der Pandemie zu gewährleisten und "grüne Korridore" für Schnelltransporte und Zollabfertigung zu fördern, sagte er.* *Darüber hinaus wird es einen Kooperationsmechanismus für seine Krankenhäuser einrichten, um sich mit 30 afrikanischen*

	Krankenhäusern zusammenzuschließen, und weitere Maßnahmen ergreifen, um dem Kontinent zu helfen, seine Kapazitäten zur Krankheitsvorbeugung und -kontrolle zu erhöhen, sagte Xi. *Die Entwicklung und der Einsatz von Corona-Impfstoffen in China wird, sofern verfügbar, zu einem globalen öffentlichen Gut gemacht werden", sagte Chinas Präsident. "Dies wird Chinas Beitrag zur Gewährleistung der Zugänglichkeit und Erschwinglichkeit von Impfstoffen in Entwicklungsländern sein", fügte er hinzu.* *Darüber hinaus werde das Land mit anderen G20-Mitgliedern zusammenarbeiten, um die Initiative zur Aussetzung des Schuldendienstes für die ärmsten Länder umzusetzen, sagte Xi und fügte hinzu, dass China zudem bereit sei, mit der internationalen Gemeinschaft zusammenzuarbeiten, um die am stärksten von Schulden belasteten Länder noch besser zu unterstützen, damit sie die derzeitigen Schwierigkeiten überwinden können.* *China steht für die Vision des Aufbaus einer Gemeinschaft mit einer gemeinsamen Zukunft für die Menschheit", sagte Xi. Weiter sagte er, dass China es als seine Verantwortung ansieht, nicht nur das Leben und die Gesundheit seiner eigenen Bürger, sondern auch die globale öffentliche Gesundheit sicherzustellen.* *China habe die ganze Zeit über mit Offenheit, Transparenz und Verantwortung im Kampf gegen COVID-19 gehandelt, sagte Xi. Das Land habe "alles in unserer Macht Stehende getan, um bedürftige Länder zu unterstützen und ihnen zu helfen".* *Mit der Feststellung, dass "nichts auf der Welt wertvoller ist als das Leben von Menschen", forderte Xi alle Länder auf, die Menschen an die erste Stelle zu setzen und alles Erdenkliche für die Kontrolle und Behandlung von COVID-19 zu tun.* *Er brachte Chinas entschlossene Unterstützung für die Weltgesundheitsorganisation zum Ausdruck und forderte die internationale Gemeinschaft auf, die politische und finanzielle Unterstützung der WHO zu verstärken, um weltweit Ressourcen zur Bekämpfung des Virus zu mobilisieren.* *In dieser entscheidenden Phase bedeutet die Unterstützung der WHO, auch die internationale Zusammenarbeit und den Kampf um die Rettung von Leben zu unterstützen", sagte Xi.* *Er rief die Welt dazu auf, den afrikanischen Ländern mehr materielle, technologische und personelle Unterstützung zukommen zu lassen.* *China unterstützt die Idee einer umfassenden Überprüfung der globalen Reaktion auf COVID-19, nachdem diese unter Kontrolle gebracht wurde, um die Erfahrungen zu beurteilen und Mängel zu beheben", sagte Xi. "Diese Arbeit sollte auf Wissenschaft und Professionalität basieren, von der WHO geleitet und objektiv und unparteiisch durchgeführt werden", fügte er hinzu.* *Er schlug auch vor, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung wiederherzustellen und die internationale Zusammenarbeit zu stärken.* *Xi stellte fest, dass die Menschheit mit dem schwersten globalen Notstand im Gesundheitswesen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges konfrontiert ist, und sagte:*

	Solidarität und Zusammenarbeit sind ein sicherer Weg, durch den wir, die Völker der Welt, dieses neuartige Coronavirus besiegen können. *Er rief die internationale Gemeinschaft dazu auf, als Einheit zu arbeiten und konzertierte Anstrengungen zu unternehmen, um das Leben und die Gesundheit der Menschen in allen Ländern zu schützen, den Planeten Erde zu sichern und eine globale Gesundheitsgemeinschaft für alle aufzubauen.* **Zur Unterstützung in der Coronavirus-Pandemie stellt China zwei Milliarden US-Dollar über zwei Jahre an ärmere Länder zur Verfügung**. Dies kündigte Präsident Xi Jinping zum Auftakt der Jahrestagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) am Montag an. – Mit den Geldern soll der Kampf gegen die Pandemie in betroffenen Ländern – und vor allem in den Entwicklungsländern – mitfinanziert sowie deren sozialwirtschaftliche Entwicklung angekurbelt werden, zitiert RIA Nowosti Xi. Er sagte ferner: Solidarität und Zusammenarbeit sind die stärksten Waffen, um das Virus zu besiegen. Der chinesische Staatschef rief auch zu mehr finanzieller Unterstützung der WHO auf. Bei der WHO-Konferenz am Montag kam nicht zuletzt auch die Forderung zur Sprache, in einer internationalen Untersuchung zu klären, wie es zu dem Ausbruch des Virus kommen konnte und wie die WHO reagiert hat. Xi begrüßte eine Untersuchung mit wissenschaftlichen Ansätzen, die objektiv und fair bleibe. Dies sei ihm zufolge aber erst möglich, wenn die Welt die Pandemie im Griff habe. Das chinesische Staatsoberhaupt unterstrich zudem, dass China alle nötigen Informationen, etwa das Genom des Virus, schnell und transparent zur Verfügung gestellt habe. Auch UN-Generalsekretär António Guterres meinte, dass dies bei der aktuellen Lage nicht der richtige Zeitpunkt für eine Untersuchung sei. WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus kündigte indessen eine eigene Untersuchung "zum frühestmöglichen Zeitpunkt" an.
Deutschland	178.150 Infizierte 8.138 Tote 156.966 genesen Der Berliner Flughafen Tegel kann am 15. Juni vorübergehend außer Betrieb gehen. Das haben der Bund und die Länder Berlin und Brandenburg am Mittwoch in einer Gesellschafterversammlung beschlossen, wie eine Sprecherin der Berliner Senatsverwaltung für Finanzen sagte. – Der entsprechende Antrag bei der Luftfahrtbehörde ist schon gestellt. Erholen sich die Passagierzahlen in den nächsten Wochen nicht deutlich, geht der Flughafen in eine zweimonatige Betriebspause. Nach ähnlichem Muster hatte Paris am 1. April seine Flughafen Orly geschlossen und die Flüge zum Flughafen Charles de Gaulle verlegt. Die Flughafengesellschaft Berlin Brandenburg hat durch die Krise mit Einnahmeausfällen in dreistelliger Millionenhöhe zu kämpfen. Der innenstadtnahe Berliner Flughafen Tegel war mit mehr als 24 Millionen Fluggästen im vergangenen Jahr unter den deutschen Standorten die Nummer vier nach Frankfurt, München und Düsseldorf. Schönefeld an der südöstlichen Stadtgrenze in

Brandenburg ist kleiner, dort waren es gut elf Millionen Passagiere.

Zuletzt flogen an den Berliner Flughäfen Tegel und Schönefeld nur etwa 2000 Passagiere pro Tag. Das Hauptabfertigungsgebäude in Tegel ist schon seit Mitte März geschlossen, Passagiere checken nur noch im Nebenterminal C ein. Ähnlich ist es in Schönefeld.

Die Zahl der Anzeigen auf Kurzarbeit ist nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit (BA) **seit Anfang des Jahres bis Mitte Mai auf 840.000 gestiegen**. **Im Januar und Februar meldeten nur rund 3700 Unternehmen konjunkturelle Kurzarbeit an. Im März waren es mit Beginn der Corona-Krise bereits 163.500, im April dann rund 587.000, wie eine Sprecherin der BA am Dienstag sagte.**

– Von Ende März bis zum 17. Mai kamen einer Sonderauswertung der BA zufolge weitere rund 85.000 Kurzarbeitsanzeigen hinzu. Die Sprecherin betonte, es handle sich um statistisch noch nicht validierte Daten. Unter den Anzeigen könnten etwa solche sein, die doppelt per Brief und online gestellt wurden. Die aktuelle Statistik stellt die BA Anfang Juni mit Veröffentlichung der Arbeitsmarktzahlen für Mai vor.

  BA-Vorstand Daniel Terzenbach warnte in der Wochenzeitung „Die Zeit“ vor Missbrauch. „Ein typischer Fall: Jemand stellt noch schnell Familienangehörige ein, und das auch noch zu unüblichen und unglaublich hohen Löhnen, um dann für sie Kurzarbeitergeld zu kassieren.“ In anderen Fällen arbeiteten Kurzarbeiter mehr Stunden als offiziell gemeldet. Das seien „bekannte Muster“, sagte Terzenbach.

  Derzeit entschieden die Arbeitsagenturen zwar schneller als gewöhnlich über Anträge – aber am Ende der Krise werde sorgfältig geprüft: „Wenn in einem Betrieb die Kurzarbeit endet, machen wir die Schlussabrechnung. Da schauen wir dann sehr genau hin.“ Die Arbeitsagenturen ließen sich die Stundenzettel einzelner Mitarbeiter vorlegen, prüften Urlaubslisten und Lohnabrechnungen. „Das machen wir stichprobenartig und bei Verdachtsfällen.“

  Die Bundesagentur sei „nicht naiv“, versicherte Terzenbach, „und wir haben einen langen Atem“. Zur Zahl an Betrugsversuchen beim Kurzarbeitergeld lägen aktuell noch keine Daten vor. Es gebe aber Erfahrungswerte aus den Jahren 2009 und 2010 während der Finanz- und Wirtschaftskrise: Damals habe die Bundesagentur in 1,4 Prozent aller Kurzarbeits-Fälle die Staatsanwaltschaft und den Zoll eingeschaltet. (afp)

Nachdem sich vier Schüler und zwei Lehrer einer Hauptschule in Münster mit dem Coronavirus infiziert haben, fällt der Unterricht dort vermutlich vorerst aus. Die Schule teilt sich zudem den Schulhof mit einem Gymnasium.

In mehreren Bundesländern sind in den vergangenen Tagen keine neuen Corona-Infektionen innerhalb von 24 Stunden bekannt geworden. So registrierte die Gesundheitsbehörde in Hamburg erstmals seit dem 8. März an einem Tag keine Neuinfektion. Auch Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt meldeten zuletzt keine neuen Fälle. In Schleswig-Holstein wurde am Montag nur ein neuer Corona-Fall bekannt.nDamit setzt sich ein bundesweiter Positivtrend fort. In allen Ländern nehmen die Fallzahlen seit Wochen ab.

Vor wenigen Tagen hat der Bundestag mit den Stimmen von Union und SPD ein neues Infektionsschutzgesetz beschlossen. Zuvor hieß es von Kritikern, die Änderung führe zu weitreichender Macht des Gesundheitsministers. Auch war von einer möglichen Impfpflicht und dem Einsatz der Bundeswehr im Inland

zu hören. Sputnik fasst das Gesetz für Sie zusammen.

Am 14. Mai hat der Bundestag über den Entwurf des sogenannten "Zweiten Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite" beraten. Mit den Stimmen der großen Koalition wurde das Papier schließlich verabschiedet. In dem knapp 90 Seiten umfassenden Dokument gibt es zahlreiche Änderungen mit teils kleinen, teils aber auch weitreichenden Konsequenzen. Hier die wichtigsten Punkte für Sie im Überblick:

– Die Kosten steigen ...
Bereits zu Beginn des Gesetzes sind diverse Mehrausgaben aufgezeigt. So unter anderem rund 15 Millionen Euro durch die Kostenübernahme bei deutschen Corona-Patienten im Ausland. Auch soll das Robert Koch-Institut eine noch nicht bezifferte Geldsumme zur Einrichtung von 40 zusätzlichen Personalstellen bekommen. Der wohl größte Anteil dürfte aber die Kostenübernahme von Corona-Tests sein: Bei 60 Euro pro Test und dem Ziel von zusätzlich einer Million Tests dürften die Kosten hierfür bei über 60 Millionen Euro liegen.

Insgesamt geht die Bundesregierung jedoch davon aus, dass die Maßnahmen mit 12 bis 18 Milliarden Euro zu Buche schlagen könnten. Ein exorbitanter Betrag, der aus den Rücklagen der Krankenkassen gespeist werden soll. Doch durch Kurzarbeit und Jobverluste sinken die Einnahmen der Kassen unaufhörlich. Es ist also nur eine Frage der Zeit, bis das Geld aufgebraucht ist. Bundesfinanzminister Scholz will deshalb in der zweiten Jahreshälfte 2020 überprüfen, in welcher Höhe die Kassen aus Bundesmitteln bezuschusst werden müssen. Auch ist eine Erhöhung der Krankenkassenbeiträge immer wahrscheinlicher.

Impfpflicht durch die Hintertür?
In der ursprünglichen Fassung des Gesetzes plädierte Bundesgesundheitsminister Jens Spahn noch für einen freiwilligen Immunitätsausweis für bereits wieder genesene Covid-19-Patienten und – bei einem möglichen Impfstoff – für gegen Corona geimpfte Menschen. Dieser Vorschlag ist nach massiver Kritik innerhalb Opposition und Bevölkerung gestrichen worden. Weder eine verpflichtende Impfung noch ein freiwilliger Immunitätsausweis sind Teil des aktuellen Gesetzes.

Zumal noch immer nicht anschließend untersucht ist, wie und in welcher Form eine Immunität gegen Covid-19 hergestellt wird. Es ist beispielsweise noch völlig unklar, ob bereits genesene Corona-Patienten eine 100-prozentige Immunität gegen eine erneute Erkrankung aufgebaut haben und wenn ja, wie lange diese anhält. Gleiches gilt für einen Impfstoff, sollte dieser zur Verfügung stehen. Ein Immunitätsnachweis wäre demnach in gleich mehrfacher Hinsicht sinnlos.

Militär zu Friedenszeiten
Mit Sorge wurde im Vorfeld des Gesetzes auch beobachtet, ob die Bundeswehr zur Eindämmung der Corona-Pandemie weitere Befugnisse zum Einsatz im Inland erhalten wird – etwa um die Hygieneverordnungen durchzusetzen. In §54a des neuen Infektionsschutzgesetzes geht es zwar um die Bundeswehr, tatsächlich aber nur um organisatorische und interne Fragen. Geregelt wird dort etwa, dass Bundeswehrsoldaten und neuerdings auch zivile Mitarbeiter der Truppe bei Covid-19 im Zuständigkeitsbereich der Bundeswehr verbleiben und von den dortigen Ärzten behandelt werden können.

Das schließt generell keinen Einsatz von deutschen Militärkräften im Inland aus. So hat die Bundeswehr beispielsweise mit medizinischem Gerät in Heinsberg ausgeholfen: Dazu übergaben Soldaten den dortigen Hilfskräften 3.000 Atemschutzmasken, 15.000 Mund- und Nasenschutzmasken sowie 8.000 Kittel. Zusätzlich stellte die Bundeswehr zwei Beatmungsgeräte für Intensivstationen zur Verfügung. Derzeit helfen Bundeswehr-Sanitäter im Thüringischen Greiz, damit örtliche Altenheime wegen Personalmangel nicht schließen müssen. Die Hoheit bei solchen Einsätzen obliegt aber nicht der Bundeswehr, sondern den Ländern und Kommunen.

Ein finanzieller Bonus ...
Mitarbeiter in Altenpflegeeinrichtungen sollen laut Gesetz einen finanziellen Bonus bekommen, sollten sie mindestens drei Monate während der Corona-Pandemie im Einsatz gewesen sein. Das gilt für die ausgebildeten Pflegekräfte in den Einrichtungen wie auch für Auszubildende. Bis zu 1.000 Euro sollen dafür pro Person ausgezahlt werden. Das Geld stammt jedoch nicht aus Bundesmitteln, sondern wiederum von den Kassen. Darum wird befürchtet, dass im Umkehrschluss die Beiträge zur Pflegeversicherung steigen werden, um die Mehrausgaben zu decken.

Eigentlich sollte es sogar 1.500 Euro pro Altenpfleger geben, die zusätzlichen 500 Euro sollen nach dem Willen der Bundesregierung vom Arbeitgeber gezahlt werden. Private Träger von Pflegeheimen gaben dem bereits eine Absage, gemeinnützigen Trägern fehlen hingegen die finanziellen Mittel dafür. Nun könnte es sein, dass die Bundesländer einspringen und den Bonus aus Ländermitteln aufstocken.

Die Kritik ist groß
Aus der Opposition und auch seitens der Bevölkerung gibt es weiterhin Kritik an dem Gesetz. Einer der Hauptpunkte:
Bundesgesundheitsminister Jens Spahn und sein Ministerium hätten durch die Neuerung weitere Kompetenzen erhalten. Diese könnten es sogar ermöglichen, Verordnungen eigenständig anzupassen – ohne vorherige Debatte im Bundestag und möglicherweise auch ohne Abstimmung im Bundesrat.

So könnte etwa das Ministerium in Eigenregie festlegen, wann und wieviel in Deutschland auf Corona-Erkrankungen getestet wird und welche Kriterien für die Bevölkerung gelten, damit ein Test durchgeführt werden kann. Das ist bislang aber eine theoretische Gefahr, die Praxis bleibt abzuwarten. Auf den letzten Seiten des Gesetzespapiers heißt es übrigens zur Begründung des neuen Infektionsschutzgesetzes unter Punkt III – „Alternativen: Keine“. Diese Alternativlosigkeit der Maßnahmen dürfte zumindest innerhalb der Opposition sicher auf Gegenstimmen treffen.

Zu dem weiter oben stehenden Artikel hier noch ein Nachtrag:

Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery fordert eine Impfpflicht gegen Sars-Cov-2 und fordert zudem eine internationale Regelung bei der Verteilung des Impfstoffs. **Kanzleramtschef Helge Braun plädiert bei der Corona-Impfung jedoch auf Freiwilligkeit.**

- Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery hat eine allgemeine Impfpflicht zum Schutz gegen das neuartige Coronavirus gefordert. Wenn künftig ein Serum gegen das Virus zur Verfügung stehe und sich manche Bürger dann der Impfung verweigerten, stellten sie ein hohes Risiko für ihre Mitbürger dar, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden könnten, warnte Montgomery in den Zeitungen der

Funke Mediengruppe (Mittwochsausgaben).

„Wir müssen deshalb möglichst viele Menschen impfen“, sagte der Präsident des Weltärztebundes. Auch im Fall der Masern hatte sich Montgomery für die Impfpflicht eingesetzt, die seit März gilt. Die Bundesregierung strebt allerdings keine Impfpflicht im Kampf gegen das Coronavirus an.

Regierung gegen Impfpflicht
Die Impfung solle freiwillig sein, hatte Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) den Funke-Blättern in einem am Wochenende veröffentlichten Interview gesagt. Wer die Impfung nicht wolle, „muss das Risiko einer Infektion selbst tragen“.

Montgomery warnte nun auch davor, die weltweite Verteilung des Impfstoffes dem freien Markt zu überlassen. Um die Weltbevölkerung zu schützen, würden sieben Milliarden Impfdosen benötigt: „Das darf nicht der freie Markt regeln. Dazu brauchen wir eine internationale Regelung.“

In Deutschland müsse die Regierung mit gesetzlichen Maßnahmen dafür sorgen, dass nicht derjenige als erster geimpft werde, der am meisten dafür zahle, forderte der Weltärztepräsident. Als erstes müssten die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen sowie die Mitarbeiter in den Kliniken geimpft werden. (afp)

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) will angesichts der Corona-Krise den Erwerb deutscher Firmen aus dem Gesundheitssektor durch Investoren außerhalb der Europäischen Union (EU) erschweren. Dafür soll die Außenwirtschaftsverordnung verschärft werden.

– Das Kabinett soll am Mittwoch dem Entwurf zustimmen, welcher der Deutschen Presse-Agentur (dpa) vorliegt. Dabei geht es um Unternehmen, die Impfstoffe, Arzneimittel oder Corona-Schutzausrüstung entwickeln oder herstellen.

Konkret soll künftig eine Meldepflicht greifen, wenn Firmen außerhalb der Europäischen Union - also zum Beispiel aus den USA oder China - Anteile von mehr als 10 Prozent an deutschen Unternehmen erwerben wollen. Dies gilt für Firmen, die Impfstoffe, Arzneimittel und Mund-Nase-Masken entwickeln oder fertigen sowie Medizingüter zur Behandlung hochansteckender Krankheiten, unter anderem Beatmungsgeräte. Die Verordnung werde nach der Verkündung im Bundesanzeiger wirksam, dies werde in den kommenden Wochen erwartet.

Laut Entwurf soll die Verordnung einen Beitrag leisten, um ein funktionierendes Gesundheitssystem dauerhaft aufrechtzuerhalten. Die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöste Entwicklung mache deutlich, dass der Kreis der bei der Prüfung von Firmenerwerben bislang besonders berücksichtigten Unternehmen unzureichend sei. Daher sollen nun auch etwa Hersteller und Entwickler von Arzneimitteln und Impfstoffen zu den Firmen zählen, bei deren Übernahme eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung oder Sicherheit vorliegen könne.
Altmaier hatte in der Corona-Krise bereits vor einem „Ausverkauf“ deutscher Wirtschaftsinteressen gewarnt.

Wettlauf um Corona-Impfstoff
Rund um den Globus ist ein Wettlauf ausgebrochen, wer den ersten Impfstoff gegen das Coronavirus entwickelt. Für Aufregung hatten

	Berichte gesorgt, wonach die USA exklusiv die Rechte an einem Impfstoff gegen das Coronavirus vom Biotech-Unternehmen CureVac erwerben wollten. Die Firma hatte aber klargestellt, dies komme nicht in Frage. Auch eine Übernahme durch ein amerikanisches Unternehmen stehe nicht im Raum. Die Bundesregierung hatte mit Anreizen für Firmen angesichts von weltweiten Lieferproblemen bereits die heimische Produktion etwa von Corona-Schutzmasken gestärkt. Kritik von Wirtschaftsverbänden Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) kritisierte die geplanten Änderungen der Außenwirtschaftsverordnung wie zuvor andere Verbände scharf. „Deutschland und seine Industrie sind auf ein weltweites Klima der Offenheit angewiesen“, sagte Stefan Mair, Mitglied der Hauptgeschäftsführung, der dpa. „Die Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft schützen wir weder durch die Aufweichung von Privateigentum und Vertragsfreiheit noch dadurch, dass wir Unternehmen von Investoren abschirmen und sie unter Denkmalschutz stellen.“ Die Liste der meldepflichtigen Sektoren müsse nicht auf die Gesundheitswirtschaft erweitert werden, schon heute könnten Übernahmen in diesem Sektor verboten werden. Aus Regierungskreisen hieß es zur Kritik, Deutschland sei und bleibe ein offener Investitionsstandort. Es gehe nicht um eine Einschränkung von unternehmerischer Freiheit, sondern um vertiefte Prüfungen. Novelle über „kritische Technologien“ geplant In einem weiteren Schritt sei eine erneute Novelle der Außenwirtschaftsverordnung geplant. Konkret geht es darum, „kritische Technologien“ näher zu definieren, bei denen vertieft geprüft werden solle. Dazu gehören etwa Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz, Robotik oder Biotechnologie. Mit der Außenwirtschaftsverordnung wird das Außenwirtschaftsgesetz konkret ausgeführt. Änderungen des Gesetzes sind im parlamentarischen Verfahren, der Bundestag soll diese in der kommenden Woche beschließen. Hintergrund sind auch EU-Vorgaben. Die Kontrolle von Investitionen aus Nicht-EU-Staaten soll verschärft werden. So soll künftig ein frühzeitiger Abfluss von Fachwissen unterbunden werden. Erwerbe sollen künftig „schwebend unwirksam“ sein, bis das Geschäft als unbedenklich abgesegnet ist - dies ist geplant dann auch bei Firmen aus dem Gesundheitssektor. pd/ mt/dpa
Dänemark	11.315 Infizierte 554 Tote 9.734 genesen **Die dänische Polizei lässt keine deutschen Urlauber mehr zu Transitzwecken über die Grenze**. Betroffen davon sind Syltgäste, die mit der Sylt-Fähre fahren wollen. Die Einreise nach Dänemark ist derzeit wegen der Corona-Pandemie nur in begründeten Ausnahmen erlaubt. Transitfahrten, um auf die Insel Sylt zu reisen oder wieder zurück, zählen nach Angaben der dänischen Polizei aber nicht dazu. Es gebe auf deutscher Seite einen Autozug nach Sylt.
Frankreich	180.934 Infizierte 28.025 Tote 62.681 genesen

	Air France fährt wieder hoch: Von Paris aus sollen auch Ziele in Deutschland angeflogen werden, unter anderem Berlin, Düsseldorf und Hamburg. Insgesamt entspricht der Plan nur 15 Prozent der zu dieser Jahreszeit üblicherweise eingesetzten Kapazitäten. Am 14.05.20 gingen Angestellte des Robert-Debré-Krankenhauses in Paris auf die Straße. **Sie fordern eine gerechtere Bezahlung und mehr Mittel für die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen. Mit Prämien und Medaillen wollen sie sich nicht abspeisen lassen.** – Vor dem Krankenhaus in Paris erklärte eine der Organisatorinnen, die Ärztin Dr. Cherine Benzouid: "Wir wollen ihre Medaille nicht. Wir sind keine Helden. Wir sind Arbeitnehmer, und wir müssen unsere Arbeit unter guten Bedingungen verrichten können, ob es nun um mehr Betten oder um mehr Lohn geht." Die Medizinerin wies darauf hin, dass immer mehr Mitarbeiter die öffentlichen Gesundheitseinrichtungen verlassen würden, da sie unter schlechten Bedingungen arbeiten müssten und unterbezahlt seien. Die Kundgebung erfolgte nur einen Tag später, nachdem die französische Regierung angekündigt hatte, eine Prämie für das Krankenhauspersonal in 40 Regionen, darunter auch acht in der Region Île-de-France, zu der auch Paris zählt, auszuzahlen. Es handelt sich bei der Prämie um eine einmalige Zahlung in Höhe von maximal 1.500 Euro. Der "Bonus" für medizinisches und nichtmedizinisches Personal werde als Anerkennung der Leistungen während der Corona-Pandemie gezahlt, so die Regierung. Zudem sollen neben der Parade zum Nationalfeiertag am 14. Juli auch Medaillen überreicht werden, um das Engagement einzelner oder mehrerer Menschen im Kampf gegen die Pandemie auszuzeichnen. Die Geldprämie werde "in den nächsten Wochen" ausgezahlt, wahrscheinlich "auf der Gehaltsliste für Mai oder Juni", erklärte die Regierungssprecherin Sibeth Ndiaye. Kein "Zurück zur Normalität" Doch das genügt vielen der Angestellten nicht. Ihre Wut wächst. Schon vor der Pandemie hatte es Proteste des medizinischen Personals in Frankreich gegeben, auf welche die Regierung mit zum Teil drastischen Polizeimaßnahmen reagierte. Es sind Bilder, die man sich heute, nach dem herausragenden Einsatz der Pflegekräfte während der Corona-Krise kaum noch vorstellen kann. Viele Angestellte im öffentlichen Gesundheitswesen befürchten zudem, dass es nach der Pandemie ein "Zurück zur Normalität" geben könnte. Das würde für sie bedeuten, dass trotz der Erfahrungen während dieser schweren Zeit, Mittel für den öffentlichen Gesundheitssektor weiter zusammengestrichen werden könnten. Die Angestellten verlangen deswegen nicht nur eine gerechtere Entlohnung, sondern auch massive Neueinstellungen, mehr Betten und eine stärkere Einbindung in die Entscheidungsprozesse innerhalb der Krankenhäuser. Solange die Forderungen nicht erfüllt seien, werde es weitere sogenannte "wütende Donnerstage" geben, an denen das Personal auf die Straßen geht.

	Zudem rufen die Organisatoren der Bewegung dazu auf, schnellstmöglich eine zentrale nationale Initiative der großen Gewerkschaften, Verbände und Parteien zu gründen. Nach Angaben des französischen TV-Senders BFMTV haben Kinder während der Corona-Quarantäne im Haus ihres Großvaters in der französischen Region Centre/Loire-Tal zwei Kilo Goldbarren im Wert von etwa 100.000 Euro entdeckt. – Die 10-jährigen Kinder wollten während der Corona-Quarantäne Spaß haben und so begannen sie, aus alten Bettlaken ein kleines Haus zu bauen. Dem BFMTV-Sender zufolge nahmen sie das alte Bettzeug ihrer Großmutter, das sich in einem unbenutzten Raum befand. Als sie mit dem Bauen angefangen hatten, entdeckten sie zwei Goldbarren zwischen den Laken. Da die Kinder zuerst kein Interesse für ihren Fund zeigten, erfuhr die Familie erst einige Stunden später davon. Nach der Aufhebung der Quarantäne in Frankreich ging die Familie zu einem Experten, der bestätigte, dass die Barren echt seien. Es stellte sich dabei heraus, dass die Goldbarren bereits 1967 gekauft worden waren. Derzeit bereitet sich die Familie auf eine Auktion vor, bei der sie den Fund zu verkaufen hofft. Diese werde nach Angaben der französischen Medien am 16. Juni stattfinden. Momentan beträgt der Preis für ein Kilo Gold 52.000 Euro. Allerdings erwarten die Experten, dass der Preis bis Juni auf etwa 54.000 Euro steigen werde. ac/mt
Italien	226.699 Infizierte 32.330 Tote 132.282 genesen **Über hundert Vertreter der italienischen Mafiaorganisation „Ndrangheta“ haben rechtswidrig staatliche Subventionen für sozial schwächere Bevölkerungsteile, „Bürgereinkommen“, beansprucht**. Dies geht aus einer auf der Webseite der italienischen Finanzpolizei, der Guardia di Finanza, am Mittwoch veröffentlichten Mitteilung hervor. – Demnach stellte die Behörde fest, dass 101 prominente Mitglieder der in der Provinz Reggio Calabria tätigen „Ndrangheta“-Gruppe die Zahlungen erhielten, deren Höchstbetrag 780 Euro pro Monat erreichen kann. Unter ihnen seien auch die Kinder des italienischen „Pablo Escobar“ (Kolumbiens Drogenboss und Terrorist — Anm. d. Red.), Roberto Pannunzi. Einer von ihnen sei wie auch sein Vater wegen Kokainschmuggels verurteilt worden, hieß es. Die Mafiosi hätten das Bürgergeld ungeachtet „des gemeinsamen Bewusstseins beantragt, dass die begrenzten öffentlichen Mittel zur Unterstützung der schwächeren Teile der Bevölkerung diejenigen unbedingt erreichen sollen, die es am dringendsten benötigen“. Im Rahmen ihrer Operation habe die Finanzwache die Rückzahlung eines Gesamtbetrags in Höhe von 516.000 Euro gefordert. Durch die Einstellung der künftigen Zahlungen konnte der Staat weitere 470.000 Euro sparen, hieß es. Die von der Behörde durchgeführten Ermittlungen betrafen zunächst

	über 500 Personen, die wegen unterschiedlicher Verbrechen, die teilweise in Verbindung mit der Mafia standen, verurteilt waren. Anschließend seien 101 Menschen als diejenigen identifiziert worden, die Staatsgelder erhalten haben. Die Bedeutung der Ermittlungen sei besonders groß angesichts der gestiegenen Nachfrage nach staatlicher Unterstützung vor dem Hintergrund der Notlage der Bevölkerung während der Coronavirus-Pandemie, so die Finanzpolizei. Die Guardia di Finanza (dt.: Finanzpolizei) ist eine spezialisierte italienische Polizeitruppe, die dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen in Rom untersteht. Sie ist vor allem für die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität zuständig. pd/mt **Nach Angaben des italienischen Verbands der Handelsbetriebe Confcommercio sind im Lande nach den Lockerungen der Corona-Einschränkungen rund 90 Prozent aller Geschäfte und 70 Prozent aller Restaurants geöffnet worden.** – Am Montag traten die Lockerungen der Einschränkungen in Kraft, die Mitte März von der italienischen Regierung zur Eindämmung des Coronavirus getroffen worden waren. Dank diesen Lockerungen wurden insbesondere Einzelhandelsgeschäfte, Restaurants, Bars und Friseursalons geöffnet. Allerdings halten sich die Geschäfte immer noch an Sicherheitsmaßnahmen, die die Ansteckungsgefahr bei ihren Kunden mindern können. Diese werden direkt beim Eingang aufgefordert, Schutzhandschuhe anzuziehen. Außerdem wird die Kleidung von den Mitarbeitern nach dem Anprobieren mithilfe eines Dampfreinigers desinfiziert. Was die Gastronomiebranche betrifft, so wurden nach Angaben des italienischen Gastronomieverbands FIPE rund 70 Prozent aller Restaurants und Bars in der letzten Phase der Lockerungen geöffnet. Dabei müssen die Restaurants einen Mindestabstand der Tische sicherstellen und ihren Besuchern Mittel zur Händedesinfektion anbieten. Wie einige Vertreter der Gastronomiebranche aus Rom mitteilten, habe sich die Anzahl der Sitze aufgrund der neuen Regeln halbiert. Der Verband Confcommercio stellte fest, dass in der neuen Phase der Lockerungen insgesamt mehr als 800.000 Gastronomiebetriebe und Geschäfte öffneten. Coronavirus-Pandemie Das Virus Sars-CoV-2 wurde erstmals Ende Dezember in China entdeckt und breitete sich innerhalb von wenigen Monaten über den Globus aus. Am 11. März stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch der Infektion als Pandemie ein. Nach jüngsten Angaben der Johns-Hopkins-Universität sind weltweit mehr als 4,6 Millionen Ansteckungsfälle registriert worden. Dabei beträgt die Zahl der Todesopfer 297.380 Menschen. ac/mt
Kuba	1.900 Infizierte 79 Tote 1.573 genesen Seit vielen Jahren unterstützen kubanische Ärzte die ärmsten Länder im

	Kampf gegen Krankheiten. Während der Corona-Krise sind kubanische Gesundheitsexperten weltweit gefragt. Initiativen setzen sich nun für die Nominierung der kubanischen Mediziner für den Friedensnobelpreis ein. Wie bereits seit Jahrzehnten waren es auch während der Corona-Krise kubanische Ärzte, die weltweit aushalfen, um die schlimmste Not zu lindern. Dennoch, auch hierzulande hat Kuba im politischen und medialen Diskurs einen schweren Stand. Vermeintlich läge demnach die relative Armut der Karibikinsel im sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem begründet. Auch der Kampfbegriff "Diktatur" wird immer wieder bemüht, um die Gesellschaft Kubas zu charakterisieren und dadurch zu diskreditieren. – Kubanische Mediziner bei ihrer Ankunft in Italien im März 2020 Mehr lesen:Im Kampf gegen COVID-19: Mehr als 200 kubanische Mediziner helfen Südafrika **Um so bemerkenswerter ist es, dass die schnelle medizinische Eingreiftruppe Kubas in Anerkennung ihrer Bemühungen nun für den diesjährigen Friedensnobelpreis vorgeschlagen wurde.** Unterstützt wird die Kampagne von Organisationen, die sich für Völkerverständigung und Frieden engagieren, wie etwa die französische Solidaritätsorganisation "Cuba Linda". Sie setzt sich dafür ein, den Preis an die kubanische Henry-Reeve-Brigade zu verleihen, die auch im Zuge der Corona-Krise aktuell Zehntausende medizinische Fachleute in mehr als 60 Ländern unterhält. Seien es indigene Gemeinschaften im Amazonas, Slumbewohner auf dem afrikanischen Kontinent oder die Opfer des Erdbebens im Jahr 2010 in Haiti, überall sind die Kubaner vor Ort, um ihre Expertise zur Verfügung zu stellen. Und dies, obwohl die Karibikinsel seit knapp sechs Jahrzehnten unter drakonischen US-Sanktionen leidet. Die internationale Gemeinschaft ist Zeuge der Solidarität von Angehörigen der Gesundheitsberufe, die ihr eigenes Land verlassen, um in anderen Teilen der Welt Dienstleistungen zu erbringen und Erfahrungen auszutauschen, die im Falle der durch das neue Coronavirus verursachten Pandemie sogar das Herz Europas erreichen", heißt es nun in einer Erklärung der französischen Organisation. Die kubanische Ärztebrigade ist nach dem in den USA geborenen kubanischen Freiheitskämpfer Henry Reeve benannt, der als Brigadegeneral sieben Jahre lang in der kubanischen Befreiungsarmee kämpfte und im zehnjährigen Unabhängigkeitskrieg demnach an mehr als 400 Kämpfen gegen die spanische Armee teilnahm.
Niederlande	44.647 Infizierte 5.767 Tote 167 genesen In den Niederlanden sollen **in rund zwei Wochen wieder einige Einrichtungen, Institutionen sowie die Gastronomie schrittweise geöffnet** werden. Alle Schulen und eingeschränkt auch Museen, Theater, Kinos, Restaurants und Cafés sollen ab 1. Juni wieder geöffnet werden, wie Ministerpräsident Mark Rutte mitteilte. Gaststätten, Theater und Kinos dürften aber vorerst nur jeweils 30 Personen empfangen und überall müsse ein Sicherheitsabstand von eineinhalb Metern eingehalten werden. Im öffentlichen Nahverkehr müssen Reisende ab dem 1. Juni einen Mundschutz tragen.
Schweden	31.523 Infizierte 3.831 Tote

4.971 genesen

Eine Risikoanalyse aus 2010 könnte die Erklärung für Schwedens Sonderweg in der Corona-Krise sein. Auch politisch kultivierte Mentalitäten sollen eine Rolle gespielt haben. So wollte man etwa Schulschließungen aus Angst vor „starken psychologischen Folgen“ vermeiden.

– Die Antwort auf die Frage, ob Schweden, das in der Corona-Krise anders als alle anderen europäischen Staaten keinen Lockdown verfügt hatte, mit seinem Sonderweg erfolgreicher war als andere, hängt von der Perspektive ab.

Die Frage, warum Schweden an seinem Weg festgehalten hatte, obwohl Länder wie Großbritannien oder die Niederlande von ihrer anfänglichen Strategie der Herdenimmunisierung abgerückt waren, scheint jedoch beantwortet zu sein: Die Vorgehensweise wurde anhand einer Simulation eingeübt.

Sonderweg beruht auf Modellrechnungen
Wie unter anderem die Zeitung „Sydsvenskan“ und der „Focus“ berichten, hatten Sicherheitsexperten, Risikoanalytiker und Wissenschaftler bereits im Jahr 2010 in der südwestschwedischen Großregion Malmö eine Grippe-Epidemie mit 740.000 Einwohnern simuliert. Beteiligt an dem Feldversuch war unter anderem der Epidemiologe Anders Tegnell, der heute im Namen der Nationalen Gesundheitsbehörde die Regierung in Sachen Corona berät.

Die aus der Simulation gewonnenen Daten wurden in den darauffolgenden Jahren ausgewertet. Dass die Erhebung damals stattfand, war dem Umstand geschuldet, dass sich im Jahr zuvor die Schweinegrippe über mehrere Teile der Welt verbreitet hatte.

Im Zuge der Simulation wurden Berechnungen angestellt, wie sich eine Grippe-Epidemie in der betroffenen Region auswirken könnte und wie sich allfällige Schutzmaßnahmen auswirken könnten. Auch Optionen wie Schulschließungen oder Ausgangsbeschränkungen wurden durchgespielt.

Eltern durch Schulschließungen überfordert?
Die zu erwartenden Ansteckungszahlen waren dabei nur einer von vielen Faktoren, die in Betracht gezogen wurden. Auch die möglichen Auswirkungen auf das soziale Gefüge des Landes wurden untersucht. Als besonders problematisch, so erklärt die ebenfalls an der Auswertung beteiligte Leiterin der Analyseabteilung im Volksgesundheitsamt, Lisa Brouwers, wurde die Option der Schulschließungen bewertet.

Dabei befürchtete man offenbar, dass ein solcher Schritt im gesellschaftspolitisch stark etatistisch und linksideologisch ausgerichteten Schweden und in Anbetracht einer davon geprägten Mentalität unkalkulierbare Auswirkungen haben könnte. Dass Elternteile von einem Tag auf den anderen vor der Herausforderung stehen könnten, ihre kleineren Kinder wieder selbst zu betreuen, hätte, so Brouwers, „starke psychologische Folgen“ befürchten lassen.

Diese betrachtete man als schwerwiegender als den Nutzen bei der Seucheneindämmung, den eine Kita- oder Schulschließung zur Folge gehabt hätte, obwohl Kinder eine bedeutende Rolle als Überträger spielen konnten. Tatsächlich wurden in Schweden im Zuge der Corona-Krise lediglich Gymnasien und Universitäten geschlossen.

Appelle statt Verordnungen

	Statt mit Verordnungen operierten Schwedens Behörden in der Corona-Krise mit Appellen und Mahnungen. So ersuchten sie die Bürger, zueinander Abstand zu halten, und bei Krankheitssymptomen zu Hause zu bleiben. Gerade diesen Rat kritisierte die Stockholmer Virologin Lena Einhorn im Sender SVT als potenziell gefährlich – insbesondere für ältere Menschen. Immerhin, so Einhorn, verliere man damit einen großen Anteil der Infizierten aus dem Blick. Inwieweit sich der Sonderweg in Schweden als Erfolg erweisen wird, könne man, so der Konsens unter den Wissenschaftlern, frühestens in einem Jahr seriös beurteilen. Einige Tendenzen lassen sich jedoch auch jetzt schon ausmachen. Geringe Bevölkerungsdichte in Schweden als natürliche Form sozialer Distanzierung? Die unter anderem von Lockdown-Befürwortern in Deutschland geäußerte Befürchtung, dass ein weitgehender Verzicht auf Lockdown-Maßnahmen zu einer hohen fünfstelligen oder gar sechsstelligen Zahl an Toten führen würde, lässt sich anhand der Entwicklung in Schweden nicht verifizieren. Dass Schweden in weiten Landesteilen dünn besiedelt ist, könnte eine Art „natürlicher“ sozialer Distanzierung begünstigen. Auch ist es nicht zu einer unkontrollierten Ausbreitung der Seuche gekommen. Der Verzicht auf einen Lockdown wird voraussichtlich auch einen wirtschaftlichen Einbruch abfedern. Andererseits ist die Zahl der toten Infizierten pro eine Million Einwohner in Schweden überdurchschnittlich hoch – und die Zahl der aktiven Fälle ist weiter im Steigen begriffen. Derzeit sind laut offiziellen Angaben 31.523 Personen in Schweden mit COVID-19 infiziert. Aktiv sind dabei 22.721 Fälle, in kritischem Zustand befinden sich 287 der Betroffenen. Bislang sind 4.971 Infizierte genesen, 3.831 verstorben. Deutlich bessere Corona-Zahlen in Österreich – aber wirtschaftliche Einbußen höher Mit 3.124 Infizierten pro eine Million Einwohner liegt Schweden leicht unterhalb des Vereinigten Königreichs (3.667) und Italiens (3.749). Mit 380 Toten auf eine Million liegt Schweden jedoch deutlich über den USA (283), Deutschland (98) und erst dem einwohnermäßig ähnlichen großen Österreich, das nur 70 Todesfälle auf eine Million aufweist. Österreich hat zudem mit 16.353 nur wenig mehr als die Hälfte der Zahl an Infizierten. Schweden hat zudem auf eine Million Einwohner auch nur 20.799 Tests durchgeführt – im Vergleich zu 38.234 in den USA und 42.175 in Österreich. In Österreich und den USA ist infolge des Lockdowns allerdings auch von einem wirtschaftlichen Schaden auszugehen. (Mit Material der dpa)
Spanien	232.555 Infizierte 27.888 Tote 0 genesen **????????? am 16.5.20 waren noch 146.446 genesen !!!!** **Spanien hat eine Gesichtsmaskenpflicht für alle öffentlichen Räume verhängt. Sie gilt nach Behördenangaben auch im Freien, wenn ein Abstand von zwei Metern zu anderen Personen nicht eingehalten werden kann.** Gesundheitsminister Salvador Illa sagte, die Entscheidung erweitere Empfehlungen vom März, die das Tragen einer Mund-

	Nasen-Bedeckung nur in Krankenhäusern und Pflegeheimen vorsah. Damals waren kaum Masken erhältlich. Im April wurde dann eine Maskenpflicht in öffentlichen Verkehrsmitteln eingeführt.
United Kingdom	250.141 Infizierte 35.422 Tote 1.101 genesen Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien ist wegen der Corona-Krise auf ein Rekordhoch gestiegen. **Im März meldeten sich 856.000 Menschen arbeitslos, im April bereits 2,1 Millionen, wie das Statistikamt am Dienstag mitteilte. Mehr als acht Millionen Arbeitnehmer sind zudem seit Beginn des Lockdowns in Großbritannien in Kurzarbeit**, wie das Finanzministerium erklärte. Die Nachfrage nach Arbeitskräften brach gleichzeitig ein. – Großbritannien hatte Beschränkungen zur Eindämmung der Pandemie erst relativ spät verhängt, am 23. März. Im ersten Quartal zeigen sich dementsprechend kaum Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote stieg im Vergleich zum Vorjahresquartal lediglich um 0,1 Prozentpunkte auf 3,9 Prozent, das ist eine der niedrigsten Raten der vergangenen 40 Jahre. Der Lockdown hatte „schwere Auswirkungen“ für den Arbeitsmarkt, wie Jonathan Athow von der Statistikbehörde sagte. Bereits Ende März fiel demnach die Zahl der Arbeitsstunden drastisch, vor allem im Gastgewerbe und auf dem Bau. Die Zahl der Beschäftigten fiel von März auf April einer ersten Schätzung zufolge um 1,6 Prozent. Die Aussichten sind zudem schlecht: Die Zahl neuer Stellen ging von Februar bis April um 21 Prozent im Vergleich zu den drei vorangegangenen Monaten zurück, von Mitte März bis Anfang Mai betrug das Minus sogar 59 Prozent. Laut Schätzung des Office for Budget Responsibility wird das britische Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 13 Prozent schrumpfen; die Arbeitslosenquote wird demnach im zweiten Quartal auf zehn Prozent steigen, und bis Ende 2021 dann wieder unter sechs Prozent liegen. In Großbritannien können Unternehmen zur Sicherung der Arbeitsplätze wie in Deutschland Kurzarbeitergeld beantragen. Die Arbeitnehmer bekommen 80 Prozent ihres Monatslohns, die Obergrenze liegt aber bei 2500 Pfund (2800 Euro). Finanzminister Rishi Sunak hatte erst vergangenen Woche angekündigt, die Regelung werde bis Ende Oktober verlängert. (afp)
USA	12.233.987 getestete 1.532.974 Infizierte 92.149 Tote 289.392 genesen **US-Präsident Donald Trump hat die chinesische Regierung erneut heftig wegen ihres Umgangs mit der Corona-Pandemie angegriffen**. „Irgendein Spinner in China hat gerade eine Erklärung veröffentlicht, in der alle außer China für das Virus verantwortlich gemacht werden, das inzwischen hunderttausende Menschen getötet hat. Bitte erklären Sie diesem Trottel, dass es die ‚Inkompetenz Chinas‘ war und nichts anderes, das dieses weltweite Massensterben verursacht hat“, schrieb Trump am Mittwoch im Online-Dienst Twitter. – Donald J. Trump @realDonaldTrump *Some wacko in China just released a statement blaming everybody other than China for the Virus which has now killed hundreds of*

thousands of people. Please explain to this dope that it was the "incompetence of China", and nothing else, that did this mass Worldwide killing!

Seit Wochen liefert sich der US-Präsident heftige diplomatische Auseinandersetzungen mit Peking wegen Chinas Umgangs mit der Corona-Krise, die das Verhältnis beider Staaten stark belastet haben. Zuletzt drohte Trump der chinesischen Regierung mit einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen und verkündete, er sei nicht bereit zu bilateralen Gesprächen.

Er wolle „im Augenblick" nicht mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping sprechen, sagte Trump dem Sender Fox Business am vergangenen Donnerstag. Er sei „sehr enttäuscht" über die Haltung Pekings in der Corona-Pandemie. Zwar habe er ein „sehr gutes Verhältnis" zu Xi, wolle aber derzeit nicht mit ihm reden, fügte Trump hinzu.

Der US-Präsident wirft Peking unter anderem vor, das wahre Ausmaß der Epidemie zu Beginn vertuscht und so die weltweite Ausbreitung der Krankheit, an der bislang mehr als 320.000 Menschen starben, ermöglicht zu haben. Das neuartige Virus hatte Ende 2019 seinen Ursprung in der zentralchinesischen Metropole Wuhan. (afp/rm)

Hier der vollständige Brief von Trump an die WHO:

Seine Exzellenz
Dr. Tedros Adhanom Ghebreyesus
Generaldirektor der Weltgesundheitsorganisation
Genf, Schweiz
18. Mai 2020

Sehr geehrter Herr Dr. Tedros:

Am 14. April 2020 setzte ich die Beiträge der Vereinigten Staaten an die Weltgesundheitsorganisation aus, bis meine Regierung eine Untersuchung der gescheiterten Reaktion der Organisation auf den Ausbruch von COVID-19 durchgeführt hat. Diese Überprüfung hat viele der ernsten Bedenken bestätigt, die ich im vergangenen Monat geäußert hatte, und andere aufgezeigt, auf die die Weltgesundheitsorganisation hätte eingehen sollen, insbesondere die alarmierende mangelnde Unabhängigkeit der Weltgesundheitsorganisation von der Volksrepublik China. Auf der Grundlage dieser Überprüfung wissen wir Folgendes:

1. Die Weltgesundheitsorganisation ignorierte fortwährend glaubwürdige Berichte über die Verbreitung des Virus in Wuhan Anfang Dezember 2019 oder sogar noch früher, darunter auch Berichte aus der medizinischen Fachzeitschrift Lancet. Die Weltgesundheitsorganisation hat es versäumt, glaubwürdige Berichte, die in direktem Widerspruch zu den offiziellen Berichten der chinesischen Regierung standen, unabhängig zu untersuchen, auch solche, die aus Quellen in Wuhan selbst stammten.

2. Spätestens am 30. Dezember 2019 wusste das Weltgesundheitsorganisations-Büro in Peking, dass in Wuhan eine „große Sorge um die öffentliche Gesundheit" bestand. Zwischen dem 26. und 30. Dezember verwiesen die chinesischen Medien auf Beweise für ein neues Virus aus Wuhan, die auf Patientendaten basierten, die an mehrere chinesische Genomik-Firmen geschickt worden waren. Darüber hinaus teilte in dieser Zeit Dr. Zhang Jixian, ein Arzt des Hubei Provincial Hospital of Integrated Chinese and Western Medicine, den chinesischen Gesundheitsbehörden mit, dass ein neues

	Coronavirus eine neue Krankheit verursache, an der zu diesem Zeitpunkt etwa 180 Patienten erkrankten. 3. Am nächsten Tag hatten die taiwanischen Behörden der Weltgesundheitsorganisation Informationen übermittelt, die auf eine Übertragung des neuen Virus von Mensch zu Mensch hindeuteten. Die Weltgesundheitsorganisation beschloss jedoch, diese kritischen Informationen nicht an den Rest der Welt weiterzugeben, wahrscheinlich aus politischen Gründen. 4. Die Internationalen Gesundheitsvorschriften verlangen von den Ländern, das Risiko eines gesundheitlichen Notfalls innerhalb von 24 Stunden zu melden. Aber China hat die Weltgesundheitsorganisation erst am 31. Dezember 2019 über mehrere Fälle von Lungenentzündung unbekannter Ursache in Wuhan informiert, obwohl es wahrscheinlich schon Tage oder Wochen zuvor Kenntnis von diesen Fällen hatte. 5. Nach Angaben von Zhang Yongzhen vom Shanghai Public Health Clinic Center teilte er den chinesischen Behörden am 5. Januar 2020 mit, dass er das Genom des Virus sequenziert habe. Diese Information wurde erst sechs Tage später, am 11. Januar 2020, veröffentlicht, als Dr. Zhang sie selbst online stellte. Am nächsten Tag schlossen die chinesischen Behörden sein Labor wegen „Berichtigung“. Wie sogar die Weltgesundheitsorganisation anerkannte, war Dr. Zhangs Veröffentlichung ein großer Akt der „Transparenz“. Doch die Weltgesundheitsorganisation hat sich auffallend still verhalten, sowohl in Bezug auf die Schließung von Dr. Zhangs Labor als auch in Bezug auf seine Behauptung, er habe die chinesischen Behörden sechs Tage zuvor über seinen Durchbruch informiert. 6. Die Weltgesundheitsorganisation hat wiederholt Behauptungen über das Coronavirus aufgestellt, die entweder grob ungenau oder irreführend waren. 7. Am 14. Januar 2020 bestätigte die Weltgesundheitsorganisation die inzwischen widerlegte Behauptung Chinas grundlos, dass das Coronavirus nicht zwischen Menschen übertragen werden könne, und stellte fest „Vorläufige Untersuchungen der chinesischen Behörden haben keine eindeutigen Beweise für eine Übertragung des in Wuhan (China) identifizierten neuartigen Coronavirus (2019-nCov) von Mensch zu Mensch gefunden“. Diese Behauptung stand in direktem Widerspruch zu zensierten Berichten aus Wuhan. 8. Am 21. Januar 2020 soll der chinesische Präsident Xi Jinping Sie unter Druck gesetzt haben, den Ausbruch des Coronavirus nicht zum Notfall zu erklären. Am nächsten Tag gaben Sie diesem Druck nach und sagten der Welt, dass das Coronavirus keinen gesundheitlichen Notstand von internationaler Tragweite darstelle. Etwas mehr als eine Woche später, im Januar 2020, zwangen Sie überwältigende Beweise für das Gegenteil dazu, den Kurs umzukehren. 9. Am 28. Januar 2020 lobten Sie nach einem Treffen mit Präsident Xi in Peking die chinesische Regierung für ihre „Transparenz“ in Bezug auf das Coronavirus und kündigten an, dass China einen „neuen Standard für die Kontrolle von Ausbrüchen“ gesetzt und „der Welt Zeit erkauft“ habe. Sie erwähnten nicht, dass China bis dahin mehrere Ärzte zum Schweigen gebracht oder bestraft hatte, weil sie sich über das Virus geäußert hatten, und schränkten die Veröffentlichung von Informationen über das Virus durch chinesische Institutionen ein. 10. Selbst nachdem Sie am 30. Januar 2020 verspätet den Ausbruch des

	internationalen Notstands im Bereich der öffentlichen Gesundheit erklärt hatten, versäumten Sie es, China zur rechtzeitigen Aufnahme eines Weltgesundheitsorganisations-Teams internationaler medizinischer Experten zu bewegen. Infolgedessen traf dieses kritische Team erst zwei Wochen später, am 16. Februar 2020, in China ein. Und selbst dann durfte das Team erst in den letzten Tagen seines Besuchs nach Wuhan reisen. Erstaunlicherweise schwieg die Weltgesundheitsorganisation, als China den beiden amerikanischen Mitgliedern des Teams den Zugang nach Wuhan vollständig verweigerte. 11. Sie lobten auch nachdrücklich Chinas strenge Reisebeschränkungen im Inland, sprachen sich aber unerklärlicherweise gegen die Schließung der Grenze zu den Vereinigten Staaten oder das Verbot in Bezug auf Menschen aus China aus. Ich habe das Verbot ungeachtet Ihrer Wünsche erlassen. Ihre politische Spielerei in dieser Frage war tödlich, da andere Regierungen, die sich auf Ihre Stellungnahmen verließen, die Verhängung lebensrettender Beschränkungen für Reisen nach und aus China verzögerten. Unglaublicherweise bestätigten Sie am 3. Februar 2020 Ihre Position und meinten, dass die Reisebeschränkungen „mehr Schaden als Nutzen“ anrichteten, weil China so großartige Arbeit leiste, um die Welt vor dem Virus zu schützen. Doch zu diesem Zeitpunkt wusste die Welt bereits, dass die chinesischen Behörden vor der Abriegelung Wuhans mehr als fünf Millionen Menschen erlaubt hatten, die Stadt zu verlassen, und dass viele dieser Menschen auf dem Weg zu internationalen Zielen in der ganzen Welt waren. 12. Seit dem 3. Februar 2020 übt China starken Druck auf die Länder aus, Reisebeschränkungen aufzuheben oder zu verhindern. Diese Druckkampagne wurde durch Ihre falschen Äußerungen an diesem Tag unterstützt, in denen Sie der Welt mitteilten, dass die Ausbreitung des Virus außerhalb Chinas „minimal und langsam“ sei und dass „die Chancen, dass das Virus auch außerhalb Chinas verbreitet wird, sehr gering [sind]“. 13. Am 3. März 2020 zitierte die Weltgesundheitsorganisation offizielle chinesische Daten, um die sehr ernste Gefahr einer Ausbreitung ohne Symptome herunterzuspielen, indem sie der Welt mitteilte, dass „COVID-19 nicht so effizient wie die Grippe übertragen wird“ und dass diese Krankheit im Gegensatz zur Grippe nicht in erster Linie von „Menschen, die infiziert, aber noch nicht krank sind“ verbreitet wurde. Chinas Beweise, so die Weltgesundheitsorganisation gegenüber der Welt, „zeigten, dass nur ein Prozent der gemeldeten Fälle keine Symptome haben und die meisten dieser Fälle innerhalb von zwei Tagen Symptome entwickeln“. Viele Experten zitierten jedoch Daten aus Japan, Südkorea und anderen Ländern und stellten diese Behauptungen nachdrücklich in Frage. Inzwischen ist klar, dass die Behauptungen Chinas, die die Weltgesundheitsorganisation der Welt gegenüber wiederholt hat, völlig unzutreffend waren. 14. Als Sie das Virus am 11. März 2020 schließlich zur Pandemie erklärten, hatte es mehr als 4.000 Menschen getötet und mehr als 100.000 Menschen in mindestens 114 Ländern auf der ganzen Welt infiziert. 15. Am 11. April 2020 schrieben mehrere afrikanische Botschafter an das chinesische Außenministerium über die diskriminierende Behandlung von Afrikanern im Zusammenhang mit der Pandemie in Guangzhou und anderen Städten Chinas. Ihnen war bekannt, dass die chinesischen Behörden eine Kampagne von Zwangsquarantänen, Vertreibungen und der Verweigerung von Hilfsleistungen gegen die Staatsangehörigen dieser Länder durchführen. Sie haben sich nicht zu

	den rassendiskriminierenden Aktionen Chinas geäußert. Sie haben jedoch die fundierten Beschwerden Taiwans über Ihren falschen Umgang mit dieser Pandemie grundlos als rassistisch bezeichnet. 16. Während der gesamten Krise hat die Weltgesundheitsorganisation seltsamerweise darauf bestanden, China für seine angebliche „Transparenz“ zu loben. Sie haben sich diesen Lobesworten stets angeschlossen, obwohl China alles andere als transparent war. Anfang Januar beispielsweise ordnete China die Vernichtung von Proben des Virus an und beraubte die Welt damit wichtiger Informationen. Selbst jetzt untergräbt China weiterhin die Internationalen Gesundheitsvorschriften, indem es sich weigert, genaue und aktuelle Daten, Virusproben und -isolate weiterzugeben und es hält wichtige Informationen über das Virus und seinen Ursprung zurück. Und bis zum heutigen Tag verweigert China weiterhin den internationalen Zugang zu seinen Wissenschaftlern und relevanten Einrichtungen, während es gleichzeitig die Schuld weitgehend und rücksichtslos auf andere abwälzt und seine eigenen Experten zensiert. 17. Die Weltgesundheitsorganisation hat es versäumt, China öffentlich aufzufordern, eine unabhängige Untersuchung der Herkunft des Virus zuzulassen, obwohl ihr eigener Notfallausschuss dies kürzlich befürwortet hat. Das Versäumnis der Weltgesundheitsorganisation, dies zu tun, hat die Mitgliedstaaten der Weltgesundheitsorganisation veranlasst, auf der diesjährigen Weltgesundheitsversammlung die Resolution „COVID-19 Response“ zu verabschieden, die dem Aufruf der Vereinigten Staaten und so vieler anderer nach einer unparteiischen, unabhängigen und umfassenden Überprüfung des Umgangs der Weltgesundheitsorganisation mit der Krise entspricht. Die Resolution fordert auch eine Untersuchung des Ursprungs des Virus, die notwendig ist, damit die Welt versteht, wie die Krankheit am besten bekämpft werden kann. Vielleicht schlimmer als all diese Versäumnisse ist, dass wir wissen, dass die Weltgesundheitsorganisation es so viel besser hätte machen können. Noch vor wenigen Jahren hat die Weltgesundheitsorganisation unter der Leitung eines anderen Generaldirektors der Welt gezeigt, wie viel sie zu bieten hat. Als Reaktion auf den Ausbruch des Schweren Akuten Respiratorischen Syndroms (SARS) in China erklärte Generaldirektor Harlem Brundtland im Jahr 2003 mutig die erste Notfall-Reiseberatung der Weltgesundheitsorganisation seit 55 Jahren und empfahl, von Reisen zum und vom Epizentrum der Krankheit in Südchina abzusehen. Sie [WHO] zögerte auch nicht, China wegen Gefährdung der Weltgesundheit zu kritisieren, weil es versuchte, den Ausbruch durch ihr übliches Spiel der Verhaftung von Informanten und der Zensur der Medien zu vertuschen. Viele Leben hätten gerettet werden können, wenn Sie dem Beispiel von Dr. Brundtland gefolgt wären. Es ist klar, dass die wiederholten Fehltritte, die Sie und Ihre Organisation bei der Reaktion auf die Pandemie begangen haben, für die Welt extrem kostspielig waren. Der einzige Weg nach vorn für die Weltgesundheitsorganisation besteht darin, dass sie tatsächlich ihre Unabhängigkeit von China demonstrieren kann. Meine Regierung hat bereits Gespräche mit Ihnen darüber aufgenommen, wie die Organisation reformiert werden kann. Aber es muss schnell gehandelt werden. Wir haben keine Zeit zu verlieren. Deshalb ist es meine Pflicht als Präsident der Vereinigten Staaten, Ihnen mitzuteilen, dass ich, wenn sich die Weltgesundheitsorganisation nicht innerhalb der nächsten 30 Tage zu wesentlichen substanziellen Verbesserungen verpflichtet, das vorübergehende Einfrieren der Finanzierung der Weltgesundheitsorganisation durch die Vereinigten Staaten dauerhaft machen und unsere Mitgliedschaft in der Organisation überdenken werde. Ich kann nicht zulassen, dass Dollars von amerikanischen Steuerzahlern weiterhin eine Organisation finanzieren, welche in ihrem gegenwärtigen Zustand so

	eindeutig nicht den Interessen Amerikas dient. Hochachtungsvoll, Donald Trump Die Vereinten Nationen haben eine direkte Reaktion auf die Drohung von US-Präsident Donald Trump zum endgültigen Zahlungsstopp an die Weltgesundheitsorganisation WHO vermieden. – „Alle Antworten auf die aufgeworfenen Fragen sind in den Bemerkungen des Generalsekretärs gestern bei der WHO-Jahresversammlung zu finden und ich habe wirklich nichts hinzuzufügen“, sagte Sprecher Stéphane Dujarric am Dienstag in New York. **Laut Donald Trump werde das US-Militär mobilisiert, um einen Impfstoff gegen das Coronavirus großflächig zu verteilen. Mit der Mobilisierung könne nicht erst dann begonnen werden, wenn ein Impfstoff zur Verfügung stehe, so der US-Präsident.** – US-Soldaten würden bereits mobilisiert, um "den Großteil der Bevölkerung" mit einem zukünftigen Impfstoff zu versorgen, erklärte Trump am Donnerstag in einem Interview mit Maria Bartiromo von Fox Business. Als Zeitrahmen gab der US-Präsident sehr optimistisch das Jahresende an – obwohl viele Experten vermuten, dass ein derartiges Medikament erst in 12 bis 18 Monaten zur Massenverteilung verfügbar ist. "Wir mobilisieren unser Militär davon ausgehend, dass wir einen Impfstoff haben. Diesen Impfstoff zu verteilen, ist eine gewaltige Aufgabe", so Trump wörtlich. "Unser Militär wird jetzt mobilisiert, so dass wir am Ende des Jahres in der Lage sein werden, ihn vielen Menschen sehr, sehr schnell zu verabreichen." Wir werden ein ungeheuer großes Aufgebot auf die Beine stellen – denn, angenommen, wir bekommen [den Impfstoff], dann muss man ihn verteilen. Und wenn man [dann] nicht [schon] mobilisiert und bereit ist, wird man es lange Zeit [auch] nicht schaffen. Also fangen wir jetzt an. Anfang dieser Woche schloss das Pentagon einen Vertrag mit dem Medizingüterhersteller ApiJect Systems America in Höhe von 138 Millionen US-Dollar ab, um "die US-Produktionskapazitäten für ... medizinisch hochwertige Injektionsgeräte dramatisch zu erweitern". Die besagten Geräte sollen mit einem Covid-19-Impfstoff gefüllt werden, sobald ein solcher verfügbar ist. Obwohl in der Ankündigung des Verteidigungsministeriums eine Verteilung des Heilmittels mit eigenen Kapazitäten nicht erwähnt wurde, könnte eine entsprechende Initiative Teil der Vorbereitungen sein, auf die der US-Präsident aufmerksam gemacht hatte. Seit das Coronavirus im Januar erstmals von sich reden machte, hat sich Trumps öffentliche Haltung zur Pandemie deutlich gewandelt. Ursprünglich meinte er, dass das Virus "wie durch ein Wunder" von selbst verschwinden würde. Am Donnerstag warnte er davor, dass das Land "über 100.000" Menschen durch den Erreger verlieren könnte, und betonte mit Nachdruck die Notwendigkeit eines Impfstoffs. Während viele Länder mit der Umsetzung von Plänen zur Aufhebung ihrer Sperrmaßnahmen und zur Wiedereröffnung ihrer Betriebe begonnen haben, fordert das Virus in den USA weiterhin hohe Tribute

und tötet jeden Tag Hunderte Menschen. Bisher beläuft sich die Gesamttodeszahl auf über 87.000.

Republikaner in Illinois weinen schlecht, dass Gouverneur JB Pritzker finanziell von der Coronavirus-Pandemie profitieren könnte, nachdem berichtet wurde, dass die Investmentfirma seiner Familie an zwei Unternehmen beteiligt ist, die Tests für die Ansteckung durchführen.

– Tim Schneider, Vorsitzender der GOP in Illinois, sagte in einer Erklärung gegenüber Fox News, dass die Pritzker Group - das Familienunternehmen, das von den Brüdern des Gouverneurs geführt wird - "die Unternehmen kontrolliert, die mit der Pandemie Millionen verdienen", und forderte den Demokraten von Illinois auf, alle seine Interessen zu veräußern mit der Firma.

"Lassen Sie uns klar sein - Gouverneur Pritzker und seine Familie profitieren eindeutig von der COVID-19-Krise, und es ist entsetzlich", sagte Schneider. "Die Pritzker-Gruppe kontrolliert die Unternehmen, die mit der Pandemie Millionen verdienen, und der Gouverneur wird gewaltig." Profite."

Die beiden fraglichen Unternehmen sind PathGroup, ein Unternehmen für anatomische, klinische und molekulare Pathologie, in das Pritzkers privates Kapitalunternehmen investiert hat, und Cue Health, ein Unternehmen für Gesundheitstechnologie, das von Pritzkers Risikokapitalunternehmen finanziert wurde. Beide Unternehmen haben kürzlich entweder die Entwicklung von Tests angekündigt oder Pläne zur Entwicklung von Tests zum Nachweis von COVID-19. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Regierung von Pritzker im Rahmen des schrittweisen Wiedereröffnungsplans des Staates darauf drängt, die Tests auszuweiten.

Während keines der beiden Unternehmen vom Bundesstaat Illinois einen Auftrag zur Durchführung von Tests erhalten hat, erhielt Cue Health Ende März von der Bundesregierung einen Auftrag über 13 Millionen US-Dollar zur Entwicklung eines Tests für das neuartige Coronavirus.

Pritzkers Büro gab die Bitte von Fox News um Stellungnahme nicht zurück, aber der Gouverneur hat in der Vergangenheit argumentiert, dass er sein gesamtes finanzielles Vermögen bei seinem Amtsantritt blind vertraute. Pritzker stammt aus einer prominenten geschäftlichen und philanthropischen Familie, der unter anderem die Hotelkette Hyatt gehört. Sein persönliches Vermögen beläuft sich auf rund 3,4 Milliarden US-Dollar.

In einer Pressemitteilung, die von seiner Kampagne kurz nach seiner Wahl herausgegeben wurde, heißt es, dass der Trust, der „Verträge haben wird, die ganz oder teilweise mit US-Dollar finanziert werden“, den Gesetzen von Illinois entspricht. Es fügte hinzu, dass Pritzker "so viel Kontrolle und Wissen über diese Trusts wie möglich nach dem Gesetz aufgegeben hat" und keine regelmäßigen Informationen über die Entwicklung seines Vermögens erhalten wird.

Gesetzgeber von Illinois: Unsere Rechte werden mit Füßen getreten, unsere Rechte werden nicht gewahrtVideo
Kritiker des Gouverneurs argumentieren jedoch, dass es auch schwierig ist festzustellen, ob Pritzker oder seine Familie von seiner Rolle als Gouverneur von Illinois profitieren, wenn er seine Finanzen in ein blindes Vertrauen steckt.

	"Die Komplexität und der außerordentliche Mangel an Transparenz über das Vermögen des Gouverneurs machen es den Illinoisern unmöglich zu wissen, ob der Gouverneur Entscheidungen im besten Interesse der Steuerzahler oder aufgrund seiner persönlichen finanziellen Interessen trifft", sagte Schneider. "Pritzker muss sich veräußern und rein kommen." Er fügte hinzu: "Alles andere als eine vollständige Veräußerung dieser Unternehmen und vollständige Transparenz über die finanziellen Beteiligungen der Familie Pritzker reichen einfach nicht aus." Die Kontroverse um Pritzkers Vermögen ähnelt der, mit der sich Präsident Trump während seiner Zeit im Weißen Haus befassen musste. Kurz vor seinem Amtsantritt kündigte Trump an, dass er sein Vermögen in ein Trust stecken und das Management der Trump-Organisation an seine Söhne Eric und Donald Jr. übertragen werde. Aber seit er das Weiße Haus betreten hat, wurde der Präsident von einer Reihe seiner Adjutanten wegen seiner offiziellen Besuche in Immobilien, die er in New Jersey und Florida besitzt, zurückgedrängt. Sie haben sich Sorgen darüber gemacht, dass Trump Steuergelder verwendet, um in seinen Resorts Gewinne zu erzielen. Der Gouverneur von Illinois warnt davor, zu früh zu öffnen, da die Proteste im ganzen Land fortgesetzt werdenVideo Trump, der sich nicht von seinen Liegenschaften getrennt hat, verbringt viele Wochenenden in seinen Resorts in Florida oder New Jersey und hat regelmäßig im Restaurant seiner Organisation in Washington, DC, zu Abend gegessen. Eine Analyse der Washington Post im vergangenen Jahr ergab, dass die Reisen des Präsidenten zu seinen Liegenschaften gebracht haben Seit seinem Amtsantritt erwirtschaftete sein Unternehmen einen Umsatz von mindestens 1,6 Millionen US-Dollar - hauptsächlich von Bundesbeamten und GOP-Kampagnen, die Trump folgen. Eine weitere Kontroverse drehte sich speziell um das Trump International Hotel, nur wenige Schritte vom Weißen Haus entfernt. Während die Verfassung den Präsidenten verbietet, „Bezüge“ oder Zahlungen von ausländischen Staaten zu erhalten, bezieht sich die Klausel laut Trump auf ein Verbot von Bestechungsgeldern und nicht auf Geschäftstransaktionen und er wird weiterhin mit ausländischen Regierungen in seinen Hotels Geschäfte machen. Der US-Außenminister Mike Pompeo soll etwa zwei Jahre lang luxuriöse Abendessen für Geschäftsleute und prominente politische Persönlichkeiten arrangiert haben, die aus Geldern amerikanischer Steuerzahler bezahlt wurden. Dies berichtet der TV-Sender NBC News unter Verweis auf Quellen im Außenministerium. – Quellen zufolge nahmen Geschäftsleute, Politiker und Regierungsmitglieder, Diplomaten und ausländische Beamte sowie Vertreter der Medien und der Unterhaltungsindustrie an diesen Abendessen teil. Eine Reihe von Beamten des Außenministeriums hat unter der Bedingung der Anonymität geäußert, dass die Organisation solcher Abendessen mehrere Millionen Dollar habe kosten können. Der Senator von New Jersey, Bob Menendez, sagte, er sei „besorgt über die Vorwürfe, dass der Außenminister offenbar Steuergelder für die Durchführung von Veranstaltungen im Inland verwendet“. Im Gegenzug sagte die Sprecherin des Außenministeriums, Morgan Ortagus, dass solche Abendessen „eine erstklassige Gelegenheit sind,

	die Mission des Außenministeriums und die schwierigen außenpolitischen Fragen der Vereinigten Staaten zu erörtern“. ek/mt/sna
Kalender	**21. Mai 2020**
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern	5.016.171 Infizierte 328.471 Tote 1.910.699 genesen nach 11 Tagen 5 MIO. überschritten Die **EU-Kommission** will von **einer Pleite bedrohten Unternehmen** in der Corona-Krise **helfen**. Die Brüsseler Behörde denke als neues Instrument in ihrem Wiederaufbauplan über eine Solvenzhilfe für Unternehmen nach, die keine Unterstützung in ihrem Heimatland bekämen, sagte EU-Wirtschaftskommissar Paolo Gentiloni in einem Interview des "Handelsblatts" und vier weiteren europäischen Zeitungen vom Donnerstag. "Wichtig ist das für die paneuropäischen Wertschöpfungsketten, etwa in der Autoindustrie. Wenn da ein Glied ausfällt, sind auch alle anderen betroffen." – Die EU müsse zudem alles tun, um der Tourismusbranche zu helfen, die vor allem in Südeuropa einen "substanziellen Teil zur jährlichen Wirtschaftsleistung beiträgt". Denn eine Entwarnung könne in der Coronakrise noch lange nicht gegeben werden. "Wir müssen noch wochenlang, vielleicht monatelang mit der Pandemie leben." Der Sommerurlaub werde **"ganz anders verlaufen als gewohnt**", sagte der italienische EU-Kommissar. **Führende Wirtschaftsverbände haben einen „Umbau“ des Konjunkturprogramms European Green Deal der EU-Kommission gefordert.** „Insbesondere vor dem Hintergrund der noch nicht absehbaren Auswirkungen der Coronakrise ist fraglich, ob der Green Deal in seiner jetzigen Ausgestaltung hilfreich für die wirtschaftliche Erholung und den Klimaschutz ist“, heißt es in einem gemeinsamen Forderungspapier der energieintensiven Industrien, über das die „Welt“ (Donnerstagsausgabe) berichtet. Der „Green Deal“ mit Fokus auf Klima- und Energiepolitik müsse zu einem „Sustainable Future Deal“ weiterentwickelt werden, heißt es in dem Papier weiter. – „Nachhaltiger Zukunftsdeal“ Dieser „Sustainable Future Deal“ müsse die Strategien der Kommission zur Digitalisierung, zu Innovation und Forschung sowie insbesondere zur Industriepolitik integrieren. Der Forderung angeschlossen habe sich der Verband der chemischen Industrie, die Wirtschaftsvereinigung Metalle, die Wirtschaftsvereinigung Stahl sowie die Branchenverbände der Baustoff-, Glas- und Papierindustrie. Nach Einschätzung des Branchenbündnisses der energieintensiven Industrien seien nachhaltige Investitionsprogramme „eher langfristig ausgelegt und können kein Ersatz für einen kurzfristig notwendigen Reset sein“. Die Wirtschaftsvertreter fordern von der Politik in Berlin und Brüssel, auf zusätzliche Belastungen durch die Energie- und Klimapolitik zu verzichten. Strom zu teuer – Versorgung muss zuverlässig sein Dringenden Regelungsbedarf gebe es unter anderem bei der Strompreis-Kompensation im Rahmen des Europäischen Emissionshandels und des Kohleausstiegs. „Egal wohin man schaut, EEG, Emissionshandel oder Kohleausstieg: Die Kosten im Energiebereich drohen für die Industrie zum größten Belastungsfaktor

zu werden“, warnte Wolfgang Große Entrup, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI). Der wichtige Neustart nach der Krise werde „angesichts dieses Damoklesschwertes über den energieintensiven Unternehmen gleich zu Beginn ins Stottern geraten“, so der VCI-Hauptgeschäftsführer weiter. (dts/al)

Die EU hat Leitlinien zu Flugreisen vorgelegt. Passagiere und Bordpersonal seien aufgerufen, medizinische Schutzmasken zu tragen, teilten die EU-Behörde für Luftfahrtsicherheit (EASA) und die EU-Krankheitsbekämpfungsbehörde (ECDC) am Mittwochabend mit. Zudem müssten Abstandsregeln „im Rahmen des Möglichen“ eingehalten werden.

– Die EU wolle erreichen, dass sich Reisende auf ihren Flügen sicher fühlen, erklärte EU-Verkehrskommissarin Adina Valean. Der Lufverkehrsindustrie könne so geholfen werden, die Folgen der Krise in den Griff zu bekommen.

  Sichere Hygieneregeln seien ein „entscheidender Faktor“ für die Wiederaufnahme kommerzieller Flüge, sagte EASA-Chef Patrick Ky. Er rief die Fluggesellschaften und Flughäfen auf, die Empfehlungen der EU umzusetzen.

  Die Empfehlungen
  Konkret empfehlen die EU-Behörden allen Passagieren und der Crew, beim Betreten des Flughafens medizinische Schutzmasken anzuziehen und diese erst abzulegen, wenn sie ihr Reiseziel erreicht haben. Ausnahmeregeln seien für Kinder unter sechs Jahren denkbar. Die Masken sollen alle vier Stunden gewechselt werden. Die EU-Behörden riefen Reisende auf, genügend Masken mitzunehmen. Zugleich sollen die Fluggesellschaften einen ausreichenden Vorrat anlegen.

  Um einen Abstand von 1,5 Metern zwischen den Fluggästen zu gewährleisten, soll nach dem Willen der EU möglichst ein Sitz pro Reihe oder jede zweite Reihe im Flugzeug freigelassen werden. Der Bordservice soll auf das Nötigste reduziert werden.

  Empfehlungen führen zu teureren und mehr Flügen
  Die Internationale Luftverkehrsvereinigung (IATA) lehnt Vorgaben zur Einhaltung der sozialen Distanzierung an Bord allerdings ab. Sie warnte Anfang Mai vor „dramatischen Kostensteigerungen“. Abstandsregelungen in Flugzeugen würden „die Wirtschaftlichkeit der Luftfahrt grundlegend verändern“, erklärte die IATA. Die Folge seien deutlich teurere Flugtickets. (afp/al

Mit Blick auf die zunehmenden Insolvenzen in der Coronakrise hat die Chefin der CSU-Landesgruppe im Europaparlament, Angelika Niebler, von Deutschland die schnelle Umsetzung des EU-Rechts zur präventiven Restrukturierung verlangt. „Bundesjustizministerin Lambrecht muss endlich tätig werden“, sagte Niebler dem „Handelsblatt“ (Freitagausgabe). „Wir sollten alles unternehmen, damit unsere Unternehmen schnellstmöglich die neuen Möglichkeiten nutzen können und Deutschland ein starker Wirtschaftsstandort bleibt“, forderte die CSU-Politikerin, die Berichterstatterin des Europäischen Parlaments für die entsprechende Richtlinie war.

– Bereits im Juli 2019 ist die EU-Richtlinie über präventive Restrukturierungsrahmen in Kraft getreten. Diese soll es kriselnden Unternehmen in der EU ermöglichen, sich außerhalb eines gerichtlichen Insolvenzverfahrens zu sanieren. Doch das Bundesjustizministerium von Christine Lambrecht (SPD) hat noch keinen Gesetzentwurf zum Kernstück der Reform vorgelegt. Dieser sei noch in Arbeit, teilte das Bundesjustizministerium dem „Handelsblatt“

	(Freitagausgabe) mit. Formal hat Deutschland Zeit bis Juli 2021, um die EU-Richtlinie in nationales Recht umzusetzen. „So lange zu warten, wäre fahrlässig“, warnt EU-Parlamentarierin Niebler. „Das Auto steht doch schon da. Nun müssen die PS auf die Straße gebracht werden.“ Andernfalls würden kriselnde Unternehmen über die Landesgrenzen gehen, um sich dort angemessen sanieren zu können. (dts) *(Ein Versuch mehr EU durchzusetzen???)*
"Corona	**Ein neuer Typ des Coronavirus SARS-CoV-2, der Erreger von Covid-19, kann laut italienischen Ärzten zu einer subakuten Thyreoiditis, einer Entzündung der Schilddrüse, führen.** Dies ist einem Artikel im Fachmagazin „Journal of Clinical Endocrinology & Metabolism“ zu entnehmen, in dem der erste derartige Fall beschrieben wurde. – Subakute Thyreoiditis ist eine entzündliche Schilddrüsenerkrankung, die durch Halsschmerzen gekennzeichnet ist, denen normalerweise eine Infektion der oberen Atemwege vorausgeht. Sie kann durch eine Virusinfektion oder eine postvirale Entzündungsreaktion verursacht werden. „Wir haben den ersten Fall einer subakuten Thyreoiditis nach einer SARS-CoV-2-Infektion gemeldet. Wir warnen Ärzte vor zusätzlichen und nicht registrierten klinischen Manifestationen im Zusammenhang mit Covid-19“, heißt es in dem Artikel. Die Autoren beschreiben den Fall einer Schilddrüsenentzündung bei einem 18-jährigen Mädchen, das Covid-19 hatte. Sie bekam nach Kontakt mit ihrem Vater eine neue Coronavirus-Infektion, sie hatte mäßige Symptome - eine laufende Nase und Husten, aber nach ein paar Tagen war das Mädchen vollständig geheilt. Zweimal durchgeführte Covid-19-Tests zeigten ein negatives Ergebnis. Nach einigen Tagen zeigte sie jedoch andere Symptome auf. Insbesondere hatte das Mädchen Fieber, Schmerzen im Hals, und bei der Untersuchung war Herzrasen und eine schmerzhafte und vergrößerte Schilddrüse zu verzeichnen. Die Laboruntersuchungen ergaben einen erhöhten Spiegel von Schilddrüsenhormonen T4 und T3, die Entzündungsmarker und die Anzahl der Leukozyten im Blut waren ebenfalls erhöht. Dabei waren die Schilddrüsenfunktion und die Visualisierung während der Untersuchung vor einem Monat normal. Bei dem Mädchen wurde eine subakute Thyreoiditis diagnostiziert. „Aufgrund der chronologischen Verbindung kann SARS-CoV-2 als verantwortlich für das Auftreten einer subakuten Thyreoiditis angesehen werden“, schließen die Autoren. Es wird betont, dass während eines Ausbruchs des SARS-CoV-Coronavirus in den Jahren 2002-2003 einige Patienten während der Autopsie auch eine Entzündung der Schilddrüse gezeigt hätten. Allerdings sei eine Coronavirus-Infektion nie mit einer subakuten Thyreoiditis in Verbindung gebracht worden. ek/mt/sna Antikörper mit Bezeichnung "S309" von ehemaligen SARS-Patienten neutralisieren Sars-CoV-2: Vor 17 Jahren war der Patient mit SARS infiziert, die noch erhaltenen Antikörper wirken nun in ersten Labortests gegen das Virus. Das Potenzial für einen Impfstoff oder Therapie will man nun in weiteren Studien untersuchen. Das internationale Forschungsteam aus den USA, Schweiz und Frankreich fand einen wirksamen Antikörper, der Sars-CoV-2 in Labortests neutralisiert. Dies ist an sich nichts Ungewöhnliches, da seit Beginn der Pandemie in Wuhan Forscher weltweit bereits mehrere hundert neutralisierende Antikörper gegen

Sars-CoV-2 identifizierten. Ungewöhnlich ist jedoch, dass der Antikörper S309 von einer Blutprobe von einem im Jahr 2003 mit SARS infizierten Patienten stammt.

Seit der Genesung sind 17 Jahre vergangen, dennoch erkannte der Antikörper das neuartigen Coronavirus und neutralisierte es in Labortests. Daraus schöpfen die Forscher Hoffnung für einen möglichen lange wirksamen Impfstoff. Nun sollen erste klinische Studien folgen.

– Antikörper interagiert mit Spike-Protein des neuartigen Virus
Der in der Blutprobe eines ehemaligen SARS-Patienten entdeckte Antikörper, zeigte besondere Bindungsaffinität zu den Spike-Proteinen des neuartigen Virus, wie die in der Fachzeitschrift Nature veröffentlichte Studie zeigt. Über Spike-Proteine kann das Virus durch Interaktion mit ACE2-Rezeptoren in menschliche Zellen eindringen und sich vermehren.

Assistenzprofessor für Biochemie und Korrespondenzautor der Studie, David Vessler, sagt über den gefundenen Antikörper: „Was diesen Antikörper von den anderen unterscheidet, ist, dass er nicht aus Menschen stammt, die COVID-19 hatten, sondern von jemanden der vor 17 Jahren während der SARS Epidemie infiziert war."

Der Antikörper wird über B-Gedächtniszellen des ehemaligen SARS-Patienten freigesetzt. B-Gedächtniszellen sind spezielle Immunzellen und werden meist nach schweren überstandenen Infektionskrankheiten gebildet. Oftmals können sie für den Rest des Lebens im Körper vorhanden sein. Dadurch erkennen sie auch Jahre später einen bestimmten Krankheitserreger und aktivieren die Immunantwort. Dadurch kann ein Ausbruch der Krankheit vermieden werden.

Bedeutung für möglichen Impfstoff oder Therapie
Da B-Gedächtniszellen den Antikörper freisetzten, die bereits mehrere Jahre aktiv sind, sehen die Forscher gute Chancen für eine Impfstoffentwicklung. Zudem beobachteten die Forscher, dass der Antikörper in Kombination mit anderen, schwächeren Antikörpern sogar noch besser wirken kann. Laut Professor Veesler sei eine Kombination von mehreren Antikörpern für eine zukünftige Impfung sinnvoll, weil es so für das Virus schwieriger sei, gezielt zu mutieren, um so der Wirkung des Antikörpers zu entkommen.

Die Forscher hoffen, dass diese ersten Ergebnisse den Weg bereiten, sodass der Antikörper S309 allein oder in Kombination als Impfung für Menschen mit hohem Ansteckungsrisiko oder als Therapie bei schwerem COVID-19 Verlauf zur Anwendung kommen kann.

Vorerst muss der Antikörper seine Wirkung aber noch am Menschen beweisen, was bisher laut Professor Veesler noch nicht geprüft wurde.

Die US-Technologiekonzerne Apple und Google haben Gesundheitsbehörden weltweit eine Plattform zur Rückverfolgung von möglichen Corona-Kontaktpersonen bereitgestellt. „Ab heute ist unsere Technologie für die Gesundheitsbehörden verfügbar", teilten die Konzerne am Mittwoch mit. Bislang beantragten demnach 22 Länder eine Nutzung der Tracking-Technologie, die sowohl für mobile Geräte mit iOS- als auch mit Android-Betriebssystemen verfügbar sein soll.

– „Wir haben keine Anwendung entwickelt, sondern eine Programmierschnittstelle, die von den Gesundheitsbehörden in ihre eigenen Systeme integriert werden kann", teilten Apple und Google mit. „Die Gesundheitsbehörden werden bei der Technologie die

	Führung übernehmen – wir werden sie weiterhin unterstützen und zur Verfügung stehen.“ Kein „Allheilmittel“ „Google und Apple sind sich darüber im Klaren, dass dies kein Allheilmittel ist“, hieß es weiter. Die Unternehmen seien aber überzeugt, dass Warnungen über einen Kontakt mit einem möglicherweise infizierten Menschen „einen Beitrag leisten können“ zur großangelegten Rückverfolgung von Corona-Infektionsfällen. Tracking-Apps sollen mithilfe der Bluetooth-Technologie dafür sorgen, dass Kontaktpersonen von Corona-Infizierten schneller ausfindig gemacht und informiert werden können. Sollte ein Nutzer positiv auf das Coronavirus getestet werden, kann die App per Benachrichtigung automatisch alle Menschen warnen, in deren unmittelbarer Nähe der Infizierte sich zuvor aufhielt. Weltweit wird an solchen Anwendungen gearbeitet – auch in Deutschland. Datenschutzfragen offen Mehrere europäische Länder bekundeten bereits Interesse an der Technologie von Apple und Google, Frankreich und Großbritannien entschieden sich aber dafür, ihre eigenen Systeme zu entwickeln. Diese befinden sich zurzeit in einer Testphase. Kritiker der Technologie haben Bedenken hinsichtlich der Erhebung personenbezogener Daten. Die US-Konzerne legten daher nach eigenen Angaben mehrere Bedingungen für die Nutzung ihrer Technologie fest. Die Anwendung solle unter anderem nur auf freiwilliger Basis verfügbar sein und weder Standortdaten sammeln noch für eine kommerzielle Nutzung verwendet werden. Pro Land oder Region soll jeweils nur eine Technologie implementiert werden, um eine Konkurrenz zwischen Anbietern zu vermeiden. (afp/al)
"Außerhalb Corono - weltweit -	**Die US-Regierung erwägt neue Sanktionen und andere rechtliche Maßnahmen, um den Export von iranischem Öl nach Venezuela zu blockieren. Dies berichtet die US-Zeitung „The Wall Street Journal“ (WSJ) unter Berufung auf US-Beamte.** – Mit erneuten Strafmaßnahmen wolle Washington darauf reagieren, dass der Iran zuvor fünf Öltanker nach Venezuela geschickt hat, um der ebenfalls von US-Sanktionen betroffenen Regierung von Nicolas Maduro zu helfen, hieß es. Die Trump-Administration würde derzeit beraten, wie aggressiv die Reaktion auf die iranischen Aktionen sein sollte. Die US-Behörden versuchten, einen Weg zu finden, um die iranischen Öllieferungen nach Venezuela zu verhindern. Als mögliche Maßnahmen gelten Sanktionen gegen die Besatzung von Tankern oder deren Beschlagnahmung durch ein Gericht in den USA wegen Verletzung des US-Rechts. Allerdings sei diese Option nur dann möglich, wenn die Tanker auf ihrem Weg in den Iran an einem Hafen anhalten, um zu tanken. Mehrere US-Beamte sprechen sich demnach für Zurückhaltung aus und sind der Ansicht, dass die USA nur dann eingreifen sollten, wenn der iranische Ölexport andauert, schreibt die Zeitung. Die Beamte seien der Ansicht, es sei theoretisch möglich, dass die US-Navy, die eine Anti-Drogen-Operation in der Karibik durchführt, iranische Tanker inspizieren könnte. Ein Marinevertreter habe jedoch zuvor die Idee abgelehnt, die karibische Flotte zum Stoppen iranischer Schiffe einzusetzen. Zuvor hatte die Nachrichtenagentur Reuters unter Berufung auf einen

	hochrangigen Vertreter der US-Präsidialverwaltung berichtet, Washington erwäge Maßnahmen, gegenüber dem Iran, der Venezuela mit Öl versorgt. Washington sei absolut davon überzeugt, dass die venezolanische Regierung dem Iran „tonnenweise Gold“ als Gegenleistung zahlt. Teheran reagiert Der iranische Verteidigungsminister Amir Khatami riet den Vereinigten Staaten am Mittwoch, die iranischen Tanker auf dem Weg nach Venezuela nicht zu behindern. Auch ein nicht genannter Militärbeamter äußerte sich gegenüber der Nachrichtenagentur ISNA zu der Warnung der US-Marine, sich den US-amerikanischen Kriegsschiffen im Persischen Golf und im Golf von Oman nicht auf mehr als 100 Meter anzunähern. Solche Warnungen würden die Aufgaben des Iran in der Region nicht beeinträchtigen, hieß es. pd/sb Im Konflikt um Benzinlieferungen nach **Venezuela wollen die Streitkräfte des südamerikanischen Landes fünf iranische Öltanker auf dem letzten Streckenabschnitt bis an die Küste eskortieren**. Das kündigte Verteidigungsminister Vladimir Padrino an. – „Wenn diese Tanker unsere ausschließliche Wirtschaftszone erreichen, werden sie von Schiffen und Flugzeugen der venezolanischen Streitkräfte eskortiert“, so der venezolanische Verteidigungsminister. Die Schiffe hatten zuletzt Gibraltar passiert und dürften Venezuela Ende Mai oder Anfang Juni erreichen. **Gegen den ehemaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko ist laut Medienberichten ein weiteres Strafverfahren wegen Hochverrats eingeleitet worden.** – Eines der Objekte der Ermittlung seien die vom ukrainischen Parlamentsabgeordneten Andrej Derkatsch am Dienstag publik gemachten Audioaufzeichnungen, schreiben ukrainische Medien unter Berufung auf Quellen. Angebliche Gespräche zwischen Poroschenko, Biden und Kerry In den Aufnahmen sind Stimmen zu hören, die den Stimmen Poroschenkos, des US-Politikers von der Demokratischen Partei Joe Biden sowie des ehemaligen US-Außenministers John Kerry ähneln. Diskutiert werde die Innenpolitik der Ukraine: die Nationalisierung der ukrainischen „Privatbank“, der Rücktritt der Regierung von Arseni Jazenjuk und die Einsetzung des Kabinetts von Wladimir Grojsman. Dabei soll Poroschenko gegenüber Biden gestanden haben, dass er über keine Koalition in der Rada (ukrainisches Parlament) verfüge. Unter anderem soll die Ablösung des damaligen ukrainischen Generalstaatsanwalts Wiktor Schokin durch Juri Luzenko zum Gesprächsthema geworden sein. Zu jener Zeit leitete Schokin Korruptionsermittlungen gegen die ukrainische Gasfirma „Burisma“, in deren Vorstand Joe Bidens Sohn Hunter im Jahr 2016 saß. Poroschenko spricht von Fälschung Poroschenko behauptete am Mittwoch in einem Statement auf der Webseite der Partei „Europäische Solidarität“, die Aufnahmen seiner vermeintlichen Gespräche mit Biden seien eine Fälschung. Im Zusammenhang mit den neuen Vorwürfen wandten sich Anwälte des Ex-Präsidenten an die ukrainischen Strafverfolgungsbehörden. Es handle sich um eine „wissentlich falsche Anzeige eines Verbrechens“.

Ermittlungen gegen den ehemaligen Präsidenten
Petro Poroschenko erscheint bereits in 16 Strafsachen. Unter anderem wird wegen Hochverrats und Fälschungen bei der Ernennung Grojsmans zum Premier bei einer fehlenden Koalition in der Rada ermittelt.

Laut dem Anwalt des gestürzten Präsidenten der Ukraine, Viktor Janukowitsch, versuchen Poroschenko und der ehemalige Generalstaatsanwalt Juri Luzenko, die eigene Beteiligung sowie die Beteiligung ihrer „westlichen Helfer“ an dem Beschuss auf dem „Euro-Maidan” im Jahr 2014 zu verheimlichen. Damals hatten Scharfschützen während der Protestaktionen in Kiew nach dem Beschluss der Regierung, die Assoziierung mit der EU zu verwerfen, auf Demonstranten und Polizisten auf dem Maidan-Platz geschossen. Nach offiziellen Angaben kamen dabei 53 Menschen ums Leben.

Causa „Burisma“
Dem US-Präsidenten Donald Trump war vorgeworfen worden, bei einem Telefonat im Juli 2019 Druck auf den neuen ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenski ausgeübt zu haben, damit dieser die Ermittlungen gegen „Burisma“ wiederaufnehmen lässt.

Trump soll damit gedroht haben, einen versprochenen US-Kredit an die Ukraine nicht auszuzahlen. Die Anschuldigungen standen im Zentrum der Impeachment-Ermittlungen des US-Repräsentantenhauses, die inzwischen eingestellt wurden. mo/mt/sna

US-Präsident Donald Trump hat am Donnerstag den Ausstieg seines Landes aus dem Rüstungskontrollvertrag „Offener Himmel“ („Open Skies“) mit Russland verkündet. „Russland hat den Vertrag nicht eingehalten“, sagte Trump zur Begründung vor Journalisten in Washington. „Also werden wir, bis sie sich daran halten, aussteigen.“ Moskau verurteilte die Entscheidung als „Schlag“ für die Sicherheit Europas.

– Das Abkommen war vor 18 Jahren zwischen Russland, den USA und 32 anderen Ländern, zumeist Nato-Mitgliedern wie etwa Deutschland, geschlossen worden. Es erlaubt den Vertragsstaaten eine bestimmte Zahl an kurzfristig angekündigten Aufklärungsflügen im Luftraum der anderen. Bei den Aufklärungsflügen dürfen im gegenseitigen Einvernehmen Bilder von Militäreinrichtungen und Aktivitäten der Armee des jeweiligen Landes gemacht und andere Informationen gesammelt werden.

Dadurch sollten Transparenz und Vertrauen zwischen den Vertragsstaaten geschaffen werden. Die USA sind aber verärgert darüber, dass Russland die US-Luftwaffe einige Gebiete nicht überfliegen lässt, in denen Washington atomare Mittelstreckenraketen vermutet, die Europa bedrohen.

Der russische Vizeaußenminister Alexander Gruschko sagte der Nachrichtenagentur Ria-Nowosti am Donnerstagabend: „Der Rückzug der Vereinigten Staaten aus diesem Vertrag bedeutet nicht nur einen Schlag gegen das Fundament der europäischen Sicherheit, sondern auch gegen die bestehenden militärischen Sicherheitsinstrumente und die essenziellen Sicherheitsinteressen der Verbündeten der Vereinigten Staaten.“

Im März hatte US-Verteidigungsminister Mark Esper Russland vorgeworfen, das „Open Skies“-Abkommen zu verletzen, indem es den USA und anderen verbiete, die Ostsee vor Kaliningrad und die Umgebung von Georgien zu überfliegen. (afp)

	Der US-Senat hat den republikanischen Abgeordneten John Ratcliffe als neuen Geheimdienstdirektor bestätigt. Der 54-Jährige erhielt am Donnerstag im Oberhaus in Washington 49 Ja- und 44 Nein-Stimmen. **Damit löst er den US-Botschafter in Deutschland, Richard Grenell, als Geheimdienstkoordinator ab, der das Amt geschäftsführend ausführte.** – Dem Nationalen Geheimdienstdirektor kommt in der Sicherheitspolitik der USA eine zentrale Rolle zu. Er koordiniert und überwacht die Arbeit der US-Geheimdienste und hat Kabinettsrang. US-Präsident Donald Trump hatte Ratcliffe bereits im vergangenen Jahr zum Geheimdienstdirektor befördern wollen. Ratcliffe zog damals jedoch sein Amt für eine Kandidatur zurück. Im März dieses Jahres nominierte Trump ihn dann erneut. (afp/rm) *(Ich hab via Twitter zu einem Journalisten vor Ort Kontakt und was die (er gehört zu einer Gruppe, die aus Syrien + Libyen berichteen) an Gräueltaten von Erdo d. Irren Truppen berichtet lässt einen schlucken. Er scheint sich mit Sarradsch geeinigt zu haben und klaut fast die Hälfte des Landes und der Ressourcen. Es ist unglaublich und die Welt heißt dies auch noch gut. Wie kann man nur, wenn man für sein Volk kämpfen will die Hälfte von allem an einen Usurpator abgeben?)* **Die Nationale Einheitsregierung Libyens hat die von Marschall Chalifa Haftar, dem Befehlshaber der Libyschen Nationalarmee, angekündigte Waffenruhe abgelehnt**. Sie betrachtet sie als Versuch Haftars, neue Niederlagen zu vermeiden. Dies sagte der Sprecher der Einheitsregierung in Tripolis, Mohammed al-Kablaui, gegenüber RIA Novosti. – Zuvor hatte die Libysche Nationalarmee bekanntgegeben, die Kampfhandlungen für den Ramadan-Monat auszusetzen. Die Regierung in Tripolis stellte die Kämpfe nicht ein und brachte die Luftwaffenbasis Al-Watia und die Städte Badr und Tiji im Westen Libyens unter ihre Kontrolle. „Die Einheitsregierung (in Tripolis – Anm. d. Red.) hat zuvor ihre Position hinsichtlich der Waffenruhe dargelegt und diese vollständig abgelehnt, weil es sich dabei um den Versuch handelt, Zeit zu gewinnen und Haftar und seine Formationen vor immer neuen Niederlagen zu retten“, so Al-Kablaui. Der Sprecher fügte hinzu, dass die Nationale Einheitsregierung in ständigem Kontakt zu Russland stehe. Es gebe reguläre Kontakte zwischen dem Außenminister der Nationalen Einheitsregierung, Mohammed at-Taher Siala, und dem Nahost-Beauftragten des russischen Präsidenten, Michail Bogdanow. „Die russische Regierung weiß nur zu gut, dass Haftar es war, der die Waffenruhe und die Einstellung der Aggression abgelehnt hatte, als der Chef des Präsidialrates (Nationale Einheitsregierung – Anm. d. Red.), Fajis Sarradsch, in Moskau mit russisch-türkischer Unterstützung ein Waffenstillstandsabkommen unterzeichnete." Im Januar hatten in Moskau innerlibysche Verhandlungen unter Teilnahme von Vertretern Russlands und der Türkei stattgefunden. Haftar verließ Moskau, ohne das Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung von Fajis Sarradsch unterzeichnet zu haben. Die Delegation der Nationalen Einheitsregierung signierte das Dokument und reiste nach Istanbul weiter. Seit dem von der Nato unterstützten Sturz des langjährigen Staatschefs

	Muammar al-Gaddafi vor neun Jahren steckt Libyen im Kriegschaos und wird von einer Doppelherrschaft geführt. Die von der UN anerkannte Regierung von Fajis al-Sarradsch in Tripolis kontrolliert den Westen des nordafrikanischen Landes und befindet sich in einer Dauerauseinandersetzung mit der Libyschen Nationalarmee von Chalifa Haftar. Diese kooperiert mit dem vom Volk gewählten Abgeordnetenrat, der im Osten Libyens das Sagen hat. Haftar versucht seit April 2019, die Macht in Tripolis zu ergreifen. ls/sb
	Infizierte Tote genesen Die Corona-Pandemie hat den lateinamerikanischen Kontinent fest im Griff und wirkt sich dort verheerend aus: Brasilien, Peru und Chile meldeten neue Höchststände bei den Todes- und Infektionszahlen. Angesichts der rasanten Ausbreitung des neuartigen Virus empfahl Brasiliens Regierung nun offiziell die Wirkstoffe Hydroxychloroquin und Chloroquin zur Behandlung der Lungenkrankheit Covid-19. Brasilien ist das am stärksten von der Pandemie betroffene Land Südamerikas. Die Behörden verzeichneten am Dienstag mit 1179 Todesfällen erstmals mehr als tausend Tote innerhalb von 24 Stunden. Mittlerweile wurden mehr als 291.500 Corona-Infektionen bestätigt, fast 20.000 Menschen starben mit oder an der durch das Virus ausgelösten Lungenkrankheit Covid-19. Das brasilianische Gesundheitsministerium erklärte, es gebe „keine Garantie für ein positives Behandlungsergebnis“ und Chloroquin könne „ernste“ Nebenwirkungen verursachen, die zu „schwerwiegendem Organversagen“ sowie „Tod“ führen könnten. Bislang war eine Behandlung mit den Malaria-Mitten nur für schwer erkrankte Corona-Patienten empfohlen worden. (afp/rm)
Chile	Infizierte Tote genesen Auch in Chile stiegen die Zahlen sprunghaft an. Mit mehr als 4000 Neuinfektionen binnen 24 Stunden belief sich die Gesamtzahl am Mittwoch nach Behördenangaben auf mehr als 53.600 Fälle. 544 Menschen starben bisher offiziellen Angaben zufolge mit oder an Covid-19. In der chilenischen Hauptstadt Santiago de Chile sind die Intensivbetten nach Behördenangaben zu 90 Prozent belegt, Patienten würden nun in andere Provinzen verlegt. In der Hauptstadt Santiago weiteten sich gleichzeitig Proteste gegen die strengen Corona-Ausgangssperren aus. Nach Auseinandersetzungen am Dienstag patrouillierte die Armee in ärmeren Vierteln. Dutzende Menschen prangerten die von der Pandemie ausgelöste Arbeitslosigkeit sowie Nahrungsknappheit an. Wie aus am Mittwoch veröffentlichten Richtlinien des brasilianischen Gesundheitsministeriums hervorgeht, sollen Ärzte die Malaria-Medikamente Hydroxychloroquin und Chloroquin dort künftig bereits bei ersten Anzeichen von Corona-Symptomen verschreiben, sofern die Patienten damit einverstanden sind.
Deutschland	178.545 Infizierte 8.172 Tote 157.916 genesen Die Bundesregierung warnt vor "kruden und rechten Verschwörungstheorien" in der Coronakrise. Börsenprofi Dirk Müller kritisiert die verallgemeinernde

	Verwendung dieses Wortes. Der Grund**: Alles was von Regierung und Medien zu Beginn des Jahres noch als "Verschwörungstheorie" gebrandmarkt wurde, sei mittlerweile "Außerhalb Realität.** – „Wir haben tausende Demonstranten in Deutschland die mit dem, was sich hier abspielt, was hier gerade passiert nicht zufrieden sind. Und wie immer steht der Mainstream voll auf der Seite der Regierung“, sagt Börsenprofi Dirk Müller mit Blick auf die Coronakrise in einem Video auf YouTube. Es sei interessant, dass die Medien komplett die Meinung der Regierung wiedergeben würden, „in jedem Zusammenhang egal was sie sagen“. Das wäre schon Anfang des Jahres so gewesen, als die Regierung behauptete, der Virus sei „völlig ungefährlich“. Damals wäre dies auch die Meinung der Medien gewesen. „Jetzt hat die Regierung 180 Grad gedreht. Es soll sogar einen Untersuchungsausschuss geben, der untersucht, warum die [Regierungspolitiker] so spät reagiert haben.“ Und die Medien, würden auch jetzt wieder voll hinter der Regierungsmeinung stehen – auch wenn diese 180 Grad anders sei, als noch vor wenigen Monaten, betont Müller. Alles was zu Beginn des Jahres „krude Verschwörungstheorien“ gewesen wären, seien jetzt Fakten. Müller macht in diesem Zusammenhang auch auf einen Bericht im Bayrischen Rundfunk aufmerksam. In dem hieß es Anfang des Jahres: alle die behaupten, der Virus aus China sei gefährlich seien „Verschwörungstheoretiker“. Und: diese Leute würden „die Gesellschaft spalten“. Aber jetzt habe sich das gedreht. Der Virus „ist da und gefährlich und jetzt sind diejenigen Verschwörungstheoretiker, die sagen er wäre nicht so gefährlich.“ Müllers Fazit: alles, was nicht mit der offiziellen Regierungsmeinung konform ist, sei Verschwörungstheorie, krude Verschwörungstheorie oder rechte Verschwörungstheorie. (so) Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland nach der Corona-Krise setzt sich die CSU für den flächendeckenden Ausbau des 5G-Netzes bis zum Jahr 2025 ein. – „Dafür wollen wir die neue Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft des Bundes mit fünf Milliarden Euro ausrüsten – mit dem Ziel: ultraschneller Mobilfunk in ganz Deutschland“, heißt es im Leitantrag des CSU-Vorstandes. Der CSU-Vorstand betonte auch, dass schnelles Internet eine Voraussetzung für die Entwicklung des Handwerks und der Bauwirtschaft sei. Um den Netzausbau voranzubringen, müsse aber ein Investitionsstau verhindert werden. „Wir beschleunigen Planungsprozesse und verkürzen Verfahren, wo immer es möglich ist“, hieß es weiter im Leitantrag. 5G steht für die fünfte Mobilfunkgeneration und ist der direkte Nachfolger von 4G (LTE). Von dem neuen Mobilfunkstandard sollen sowohl private Anwender als auch die Industrie und der Medizinsektor profitieren. Im April waren im Netz zahlreiche Verschwörungstheorien kursiert, die behaupteten, dass die 5G-Technologie die Verbreitung des Coronavirus beschleunige oder sogar auslöse. Diese hatten im Endeffekt zu Brandanschlägen auf 5G-Sendemasten in mehreren europäischen Ländern geführt. Allerdings hatte die

Weltgesundheitsorganisation mitgeteilt, dass Viren nicht über Funkwellen oder Mobilfunknetze übertragen werden könnten. ac/mt/dpa

In einem Logistikzentrum des Online-Händlers Amazon im niedersächsischen Winsen an der Luhe sind mehr als 50 Corona-Infektionen festgestellt worden. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung in Hannover auf eine Anfrage der Grünen hervor.

– Demnach wurden insgesamt 53 Corona-Infektionen festgestellt. Die Angaben beziehen sich auf den Zeitraum vom 16. März bis 29. April. Laut Amazon sind im Mai keine weiteren Fälle hinzugekommen. An dem Standort gibt es etwa 1800 Beschäftigte.

Ein Sprecher von Amazon erläuterte am Mittwoch auf Anfrage, dass das Unternehmen alles tue, um die Mitarbeiter „so weit wie möglich zu schützen". Im Zuge der Corona-Krise seien mehr als 150 Prozesse in der Logistik angepasst worden:

„Nichts ist uns wichtiger als die Gesundheit und das Wohlergehen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter."
Der Landesregierung zufolge misst der Konzern in Winsen schon vor Betreten des Gebäudes die Körpertemperatur mit Wärmebildkameras und Infrarotthermometern. Mitarbeiterrunden etwa zu Schichtbeginn seien ausgesetzt, ebenso wie die Versorgung in der Kantine und Touren für externe Besucher. An den Arbeitsstationen werde ein Abstand von zwei Metern sichergestellt, die Arbeitsplätze würden dabei häufiger und länger gereinigt und desinfiziert.
Gestaffelte Schichtzeiten sollen Knotenpunkte wie den Eingang entlasten. Viele Türen blieben geöffnet, um Kontakt zu Türklinken zu vermeiden, und allen Mitarbeitern stünden Masken zur Verfügung.

Prämien für Versandmitarbeiter
Amazon zahlt seinen Versandmitarbeitern deutschlandweit darüber hinaus bis Ende Mai einen Zuschlag von zwei Euro pro Arbeitsstunde. Gleichzeitig werde den Mitarbeitern aber auch klar kommuniziert, dass sie zu Hause bleiben sollen, wenn sie sich krank fühlen. Die Landesregierung verwies mit Blick auf die Prämien darauf, dass ihr die konkrete Regelung bei Amazon nicht bekannt sei, Anwesenheitsprämien zur Vermeidung von Fehltagen seien laut Bundesarbeitsgericht aber grundsätzlich zulässig.

Coronavirus in Deutschland
Das Virus Sars-CoV-2 wurde erstmals Ende Dezember in China entdeckt und breitete sich innerhalb von wenigen Monaten über den Globus aus. Das Epizentrum der neuartigen Krankheit war die Stadt Wuhan in der chinesischen Provinz Hubei. Am 11. März stufte die Weltgesundheitsorganisation (WHO) den Ausbruch der Infektion als Pandemie ein.

Die Bundesregierung hat sich auf ein Konzept verständigt, mit dem sie der Deutschen Lufthansa das Überleben sichern will. Der Staat werde sich in einem **dreistufigen Modell an der Lufthansa mit insgesamt neun Milliarden Euro beteiligen**, berichtet das „Handelsblatt" (Donnerstagsausgabe) unter Berufung auf Regierungskreise. Zunächst soll demnach mit einem Kredit der staatlichen Förderbank **KfW über drei Milliarden Euro der Lufthansa Liquidität gesichert werden.**

– Hinzu komme eine direkte Beteiligung des Staates von 20 Prozent sowie eine Wandelanleihe im Wert von fünf Prozent plus einer Aktie, berichtet die Zeitung weiter. Über diese Konstruktion solle der Staat in

die Lage versetzt werden, im Falle des Versuchs einer feindlichen Übernahme eine Sperrminorität aufzubauen. Zwar hätte die feindliche Übernahme auch über das Luftverkehrssicherungsgesetz verhindert werden können. Allerdings habe der Wunsch bestanden, „absolute Rechtssicherheit zu erzielen“, berichtet das „Handelsblatt“ unter Berufung auf Regierungskreise. Deshalb sei es zu der Lösung mit einer Wandelanleihe gekommen.

Bis zuletzt habe das SPD-geführte Bundesfinanzministerium darauf bestanden, eine Sperrminorität zu erhalten. CDU und CSU indes hätten auf „maximale Staatsferne“ bestanden. Der Bund werde im Aufsichtsrat über zwei Mandate vertreten sein, berichtet die Zeitung weiter. Diese sollen aber wie im Falle von Airbus Unternehmer sein, „keine Politiker oder Beamte“, wie es hieß. Das Verhandlungsergebnis, das im Ausschuss des Wirtschaftsstabilisierungsfonds erzielt wurde, befinde sich nun in der finalen Abstimmung der Bundesregierung. Im Anschluss solle es der Lufthansa übermittelt werden. Das Unternehmen habe dann zwei Tage Zeit, dem Ergebnis zuzustimmen, berichtet das „Handelsblatt“. (dts/rm)

Der Pflegebeauftragte der Bundesregierung Andreas Westerfellhaus (CDU) fordert, dass Besuchsmöglichkeiten mit Infektionsschutz zum Standard in Pflegeheimen werden. „Der Schutz der Pflegebedürftigen vor Infektionen darf nicht dazu führen, dass die Menschen vereinsamen“, sagte Westerfellhaus der „Rheinischen Post“. Die Bewohner von Pflegeheimen seien nicht nur aktuell durch das Coronavirus gefährdet.

– Glasglocke – Sehen aber nicht berühren
Oft genug gebe es in Pflegeheimen auch andere für die Bewohner gefährliche Krankheitsausbrüche, wie zum Beispiel durch das Norovirus. „Zum Standard von Pflegeheimen sollte deshalb künftig gehören, dass es auch in Zeiten von Infektionswellen und Pandemien Besuchsmöglichkeiten gibt – zum Beispiel in abgetrennten Besuchszonen, in denen sich Pflegeheimbewohner und Angehörige in einem wohnlichen Umfeld durch eine Scheibe getrennt sehen können.“

Der Pflegebeauftragte forderte zudem, auch für nicht-mobile Bewohner, Bewohner mit Demenz und andere, die solche Zonen nicht nutzen könnten, Besuchsmöglichkeiten zu schaffen. „Ganz klar ist für mich auch: Wer im Sterben liegt, muss immer zumindest eine definierte Person zum Abschied bei sich haben können.“ Wenn man das nicht sicherstelle, „werden viele Menschen Angst vor einem Umzug in ein Pflegeheim haben“, sagte Westerfellhaus. (dts)

Wissen und Können vermitteln die heutigen Bildungseinrichtungen nicht, meint der Hirnforscher und Professor für Neurobiologie Gerald Hüther. Aus diesem Grund brauche es jetzt die ganze Zivilgesellschaft und ein Ende der Bildung, wie wir sie kennen.

– „Wir halten die Schule für den Ort, an dem Kindern alles beigebracht wird, was sie später für ein gelingendes Leben brauchen und schreiben ihr damit immense Bedeutung zu. Dabei vermittelt Schule in ihrer jetzigen Form keine der Fertigkeiten, derer es in der veränderten Welt von morgen bedarf“, erklärt der Hirnforscher und Professor für Neurobiologie Gerald Hüther.

Die Digitalisierung habe das Umfeld der Schüler verändert, ebenso wie die Globalisierung. „Die Welt, für die unsere Schulen gemacht worden sind, existiert nicht mehr“, schreibt er in seinem neuen Buch mit dem Titel „#Education For Future: Bildung für ein gelingendes Leben“.

	Doch von außen zu drücken und zu schieben, bringe gar nichts. Schließlich seien Kinder keine „Zahnpastatuben“. „Je mehr man darauf herumdrückt, um ihnen etwas beizubringen, desto weniger kommt heraus.“ Für ihn ist der einzige Weg, etwas nachdrücklich zu lernen, wenn man selbst „der Konstrukteur seines eigenen Lernprozesses ist“. Das gilt auch für Kinder. Hirnforscher fordert neues Bildungskonzept Für ein gelingendes Leben brauche es vor allem eins: „Ein neues Bildungskonzept!“ Denn Wissen und Können würden die Bildungseinrichtungen nicht vermitteln – im Gegenteil: Sie „verhindern [sie] oft sogar“. Aus diesem Grund brauche es jetzt die ganze Zivilgesellschaft und ein Ende der Bildung, wie wir sie kennen. Gerade jetzt durch die Schulschließungen in der Corona-Krise hätten sich unterschiedliche Gruppen von Eltern herauskristallisiert. Da gebe es Eltern, denen die Schule egal sei. Andere wiederum würden ihr Kind schlagen oder gar missbrauchen. Manche der Eltern würden zu denjenigen gehören, die ihren Kindern eifrig „als der Oberlehrer“ etwas beibringen wollen, damit sie nichts versäumen. „Und dann quälen die das Kind zu Hause eben auch noch mit ihren ganzen Schulaufgaben“, beschreibt Hüther. Wie hoch der Anteil dieser Eltern sei, wisse er nicht. Aber sie hätten Angst, dass ihr Kind den Anschluss in der Schule verpasse. Da ist sich Hüther sicher. Frei entfalten könne sich das Kind so jedoch nicht. Vielmehr stehe es dadurch unter Druck. So wird die Kreativität des Nachwuchses erstickt. Kreativität und Entdeckergeist Allerdings – und das sei die „optimistische Variante“ der Corona-Krise – gebe es eine Unmenge Kinder, die nach Jahren erstmals entdecken, dass es Spaß machen kann, wenn sie sich allein auf die Suche nach einer Lösung begeben. Mit seinem Entdeckergeist könne ein Kind beispielsweise sein Interesse an einem Vogel, der vor dem Fenster sitzt, erkennen und anfangen zu recherchieren, was es noch für Vögel gibt – und zwar ganz selbständig. Insoweit könnten die Corona-Schulschließungen nach Hüthers Ansicht das „Segensreichste“ sein, das diesen Kindern während ihrer ganzen Schulzeit jemals passieren könne. „Endlich mal mehr Zeit, in der sie sich selber überlegen können, was sie machen.“ Auch die Langeweile sei „wunderbar“. Er empfiehlt den Eltern, die Kinder nicht zu bespaßen oder zu bespielen, und dem Nachwuchs zu sagen: „Jetzt musst du mal gucken, was du selber machst.“ Langeweile tut gut Anfangs ist dem Kind vielleicht „furchtbar langweilig“, erklärt Hüther. Da werde noch gechattet, TV geschaut oder im „Internet rumgedaddelt“. Aber irgendwann seien die Kinder in einem Zustand, in dem sie anfangen zu agieren. Dann käme die Lust, Dinge zu entdecken, beispielsweise eine alte Uhr auf dem Dachboden, das Interesse an den gefiederten Freunden oder an anderen Dingen. Für die Entfaltung der Potenziale sei es notwendig, dass sich das Kind als Gestalter wahrnehme, anstatt Anordnungen entgegenzunehmen. Der Hirnforscher ermutigt alle Eltern, diese Chance, die erstmalig seit zwanzig Jahren für alle Kinder in allen gesellschaftlichen Bereichen besteht, zu ergreifen. So könnten die Kinder spüren, ob in ihnen noch etwas ist, was heraus möchte.

	Fast jede vierte Tafel in Deutschland ist einem Zeitungsbericht zufolge derzeit geschlossen. In 211 von 947 Tafeln ruht aktuell die gemeinnützige Arbeit, wie eine Auswertung von Daten des Tafel-Bundesverbandes durch die Linken-Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann ergab. Vier der derzeit geschlossenen Tafeln sollen demnach noch im Mai wieder öffnen. – Die Corona-Krise habe die Situation der Armen in Deutschland verschärft, sagte Zimmermann dem RND. „Viele Tafeln sind geschlossen, und zugleich sind einige Güter des täglichen Bedarfs rar oder teuer geworden." Dem Bericht zufolge nutzten vor der Corona-Krise nach Angaben des Tafel-Bundesverbandes 1,6 Millionen Menschen die Tafel-Angebote, davon 30 Prozent Kinder und Jugendliche sowie 26 Prozent Seniorinnen und Senioren. Schwerpunkt der Arbeit in den mehr als 940 gemeinnützigen Tafeln ist das Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln. Zimmermann: Staatlich Stellen verweisen manche Bürger an die Tafeln „Statt die Sozialleistungen auf ein existenzsicherndes Niveau anzuheben, setzt der Staat das Tafelangebot voraus – und verweist Armutsbetroffene teils sogar ausdrücklich darauf." Dabei könnten Tafeln „nur das Gröbste auffangen", fügte Zimmermann hinzu. Auch machten vom Angebot der Tafeln nicht alle Menschen Gebrauch, „oft aus Scham". Notwendig sei ein Pandemiezuschlag von 200 Euro pro Empfänger auf Transferleistungen. (afp/al) Nach weiteren Tests haben sich unter den Beschäftigten des Fleischunternehmens Westcrown in Dissen bei Osnabrück 54 neue Coronavirus-Fälle bestätigt. Das sei das Ergebnis des zweiten Tests bei 126 Mitarbeitern, die im ersten Durchlauf in der vergangenen Woche noch negativ getestet worden seien, teilte der Landkreis Osnabrück am Donnerstag mit. 38 dieser neuen bestätigten Fälle seien bereits als Kontaktpersonen in Quarantäne, weitere 16 Menschen müssten nun ebenfalls in Quarantäne. Ihre Kontaktpersonen würden ermittelt. Nach dem bisherigen Notbetrieb werde Westcrown für zwei Wochen geschlossen. **Maximal zwei Personen pro Tag dürfen einen Patienten im Krankenhäusern in NRW wieder besuchen**. Diese müssen sich aber einer oberflächlichen Untersuchung unterziehen. Zudem gibt es feste Besuchszeiten und ein Besucherregister. Corona hat das Messegeschäft zum Erliegen gebracht: **Die Kölner Messe berichtet von Umsatzeinbrüchen im dreistelligen Millionenbereich**. Man werde das Jahr 2020 mit einem gravierenden Verlust abschließen, hieß es auf der Jahrespressekonferenz der Kölner Messegesellschaft. „Die Pandemie hat die ganze Welt heftig getroffen, aber sie hat die Koelnmesse zumindest in einer Position der Stärke erwischt", sagte Messechef Gerald Böse. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte die Messe erstmals mehr als 400 Millionen Umsatz, der Gewinn lag bei 30,5 Millionen Euro.
Frankreich	181.700 Infizierte 28.135 Tote 63.472 genesen

	Die angeschlagene Fluggesellschaft Air France-KLM stellt den Betrieb seiner A380-Flotte ein. Die Flotte sei derzeit am Boden und werde nicht wieder fliegen, sagte ein Sprecher des Unternehmens. Die Ausmusterung des größten Passagierjets der Welt war ursprünglich für 2022 vorgesehen. Air France-KLM hat insgesamt neun A380-Jets in seiner Flotte, einige davon sind im Besitz der Airline, andere geleast, hieß es in einer Mitteilung. Airbus hatte bereits Anfang 2019 das Ende der Produktion des A380 mangels Nachfrage verkündet.
Österreich	16.404 Infizierte 633 Tote 14.951 genesen Der Vergnügungspark im **Wiener Prater öffnet am 29. Mai wieder**. Die Attraktionen und anderen Betriebe hätten Sicherheitsvorkehrungen getroffen, um das Ansteckungsrisiko zu minimieren, sagte eine Sprecherin. Dazu zählten etwa Abstandsmarkierungen. Zudem soll eine Zuteilung der Sitzplätze auf den Fahrgeschäften erfolgen. Das Personal werde mit Schutzmasken und Handschuhen arbeiten. Außerdem würden die Fahrgeschäfte regelmäßig desinfiziert.
Peru	Infizierte Tote genesen Peru ist nach Brasilien das Land mit der zweithöchsten Zahl an Corona-Infektionen in Lateinamerika. Die Zahl überschritt am Mittwoch die Schwelle von 100.000 Infektionsfällen, mehr als 3000 Menschen starben. Bei einem Vergleich der Einwohnerzahlen beider Länder sind die Zahlen als dramatisch einzuordnen: In Peru leben knapp 33 Millionen Menschen, in Brasilien hingegen rund 210 Millionen. Zudem ist Brasilien flächenmäßig um ein Vielfaches größer als Peru. In Brasilien gehen Experten allerdings von einer hohen Dunkelziffer aus.
Spanien	233.555 Infizierte 27.888 Tote 150.376 genesen **Im Corona-Hotspot Spanien ist der Lockdown trotz heftigen Widerstands der Opposition und zunehmender Proteste verärgerter Bürger zum fünften Mal verlängert worden.** – Das Parlament in Madrid nahm einen entsprechenden Antrag der linken Regierung mit knapper Mehrheit an. Der bereits seit Mitte März geltende Alarmzustand samt strenger Ausgehbeschränkungen wird nach dieser Entscheidung mindestens bis 24.00 Uhr am 6. Juni anhalten. Die Minderheitsregierung von Ministerpräsident Pedro Sánchez wollte den „Estado de alarma“, die dritthöchste Notstandsstufe des Landes, eigentlich gleich um einen ganzen Monat verlängern lassen. Dafür bekam sie aber nicht genug Unterstützung. Am Dienstag wurde aber mit der liberalen Partei Ciudadanos am Vorabend der Abstimmung ein Kompromiss über eine zweiwöchige Verlängerung erzielt. Die Unterstützung der zehn Abgeordneten der Liberalen, die der Regierung gar nicht nahestehen, die aber nach einem Rechtsruck und dem Wahldebakel Ende 2019 sich nun als Vertreter der politischen Mitte zu profilieren versuchen, erwies sich als entscheidend: Die Abstimmung wurde nur mit 167 zu 162 Stimmen gewonnen. In seiner Rechtfertigungsrede hatte Sánchez die scharfe Kritik der

	Abgeordneten der konservativen Opposition, der Rechtskonservativen von Vox und einiger Regionalparteien zurückgewiesen. „Niemand hat das Recht, das, was wir erreicht haben, leichtfertig zu verspielen.“ Den Notstand aufzuheben wäre „grob unverantwortlich“, meinte er. Die stärkste Oppositionsfraktion, die konservative Volkspartei PP, votierte zum ersten Mal gegen eine neue Verlängerung. Nicht nur sie wirft Sánchez unter anderem vor, den Notstand zu missbrauchen, um sich der Kontrolle durch die Opposition zu entziehen. Zudem werde durch den Lockdown die Wirtschaft des Landes zerstört, wird argumentiert. Proteste gegen Sánchez und die Corona-Maßnahmen könnten eskalieren Seit eineinhalb Wochen nehmen die Proteste der Lockdown-Kritiker und der Gegner des Sozialisten Sánchez zu. Dabei demonstrieren Hunderte zum Teil auch dicht gedrängt auf den Straßen, schlagen dabei auf Kochtöpfe und nehmen dabei eine Verletzung des Versammlungsverbot in Kauf. Nun drohe eine Eskalation der Proteste, meinen Medienbeobachter. Nur im Rahmen des Alarmzustands darf die Regierung in Spanien die Rechte der Bürger im ganzen Land stark einschränken. Es gilt zum Beispiel eine strikte Ausgehsperre, die erst seit kurzer Zeit schrittweise gelockert wird. Die Grenzen sollen für ausländische Touristen frühestens Ende Juni geöffnet werden. Es gibt aber auch Verschärfungen der Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie: Ab Donnerstag muss man in Spanien in allen öffentlichen Räumen, also etwa auch in Geschäften, Schutzmaske tragen. Die Pflicht gilt auch im Freien, „wenn der minimale Sicherheitsabstand von zwei Metern nicht gewährleistet werden kann“, wie es in dem am Dienstagabend veröffentlichten Dekret heißt. Bisher galt in Spanien eine Schutzmaskenpflicht nur im öffentlichen Nahverkehr. Von der Pflicht sind kleine Kinder bis fünf Jahre ausgenommen. Mit mehr als 230.000 Infektionsfällen und fast 28.000 Toten ist Spanien eines der von der Pandemie am schwersten betroffenen Länder in der Internationalen Gemeinschaft. Die Zahlen werden jedoch seit Wochen immer besser. Der Rückgang sei „größer als in anderen Länder wie etwa Italien“, sagte Gesundheitsminister Salvador Illa. (dpa/rm)
Tschechien	8.721 Infizierte 306 Tote 5.922 genesen Die tschechische Finanzministerin Alena Schillerova fordert, dass der vorgeschlagene europäische Corona-Rettungsfonds in Höhe von 500 Milliarden Euro nicht zu Einsparungen in anderen Bereichen führt. „Ich halte es für entscheidend, dass wir keine grundlegenden Änderungen im gemeinsamen europäischen Haushalt machen”, sagte die Politikerin der Zeitung „Hospodarske noviny” am Donnerstag. Andernfalls sei eine Einigung unter den 27 EU-Staaten nicht zu erzielen. Schillerova hob die Bedeutung des Kohäsionsfonds hervor, von dem die östlichen Mitgliedstaaten profitieren.
Türkei	153.548 Infizierte 4.249 Tote 114.990 genesen

	Die halbstaatliche türkische Fluggesellschaft Turkish Airlines hat ihren Flugstopp erneut verlängert. Wie die Gesellschaft in der Nacht auf Donnerstag mitteilte, bleiben **Inlandsflüge nun bis zum 4. Juni ausgesetzt, internationale Flüge bis zum 10. Juni.** Zuvor war geplant gewesen, Verbindungen Ende Mai wieder aufzunehmen. Die Billigfluglinie Pegasus teilte mit, sie habe ihre Flüge bis zum 3. Juni ausgesetzt. Nachdem aus mehreren Moschee-Lautsprechern in der Stadt Izmir das Widerstandslied „Bella Ciao“ erklungen war, haben die Behörden in der Türkei am Donnerstag Ermittlungen eingeleitet. Das anti-faschistische Partisanenlied aus Italien war am Mittwochnachmittag in Izmir zu hören – statt des Rufs zum Gebet. Aufnahmen von der Hacker-Aktion verbreiteten sich rasch in den sozialen Medien. – Die türkische Behörde für Religionsangelegenheiten, Diyanet, bestätigte den Vorfall am Mittwochabend über Twitter. Eine Beschwerde bei der Polizei sei bereits eingereicht. Die Staatsanwaltschaft in Izmir leitete eine Untersuchung gegen die unbekannten Hacker und genauso gegen Nutzer der sozialen Netzwerke ein, die die Aktion geteilt hatten. Nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur Anadolu wird ihnen die „Verunglimpfung religiöser Werte“ vorgeworfen. Auch Ömer Celik, Sprecher der Regierungspartei AKP des islamisch-konservativen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan verurteilte den Vorfall. Die Urheber dieser „abscheulichen Tat“ würden gefunden, versicherte er. Izmir, die drittgrößte Stadt der Türkei, gilt als säkular und als eine Hochburg der Oppositionspartei CHP. (afp)
United Kingdom	252.234 Infizierte 36.124 Tote 1.117 genesen In Großbritannien sind bislang 181 mit dem Corona-Virus infizierte Mitarbeiter des staatlichen Gesundheitsdienstes National Health Service (NHS) gestorben. Wie Premierminister Boris Johnson im Parlament weiter mitteilte, kamen auch 131 infizierte Sozialarbeiter ums Leben. Zahlreiche Ärzte, Krankenpfleger und Mitarbeiter in Senioreneinrichtungen hatten sich immer wieder beschwert, dass sie nicht genug Schutzausrüstungen wie Masken und Kittel zur Verfügung hätten. Einige von ihnen zogen sich in ihrer Not zum Beispiel große Müllbeutel über, um sich nicht mit dem Erreger anzustecken. Großbritannien hat die meisten Corona-Toten in Europa. **Er ist ein Held und Gentleman zugleich:** Der 100-jährige Kriegsveteran Tom Moore, der mit seinem Spendenlauf am Rollator einen Weltrekord aufgestellt hat, **wird zum Ritter ernannt**. Moore habe mit seiner Aktion für das Gesundheitswesen das ganze Land inspiriert, teilte der britische Premier Boris Johnson mit. Der Senior habe dem Volk ein „Leuchtfeuer im Nebel des Coronavirus“ beschert, schrieb Johnson, der selbst wegen der Lungenkrankheit Covid-19 auf einer Intensivstation behandelt werden musste. – Moore bedankte sich am Mittwoch ritterlich: „Ich bin absolut überwältigt. Nicht einen einzigen Moment habe ich mir vorstellen können, eine solche großartige Ehrung zu bekommen.“ Er dankte der 94-jährigen Königin Elizabeth II., Johnson und dem britischen Volk. „Ich bin Ihnen weiter zu Diensten“, schrieb der Senior bei Twitter. *(Inzwischen ist die Spendensumme bei 33 MIO € angekommen. Gewaltig,*

	dafür das er eigentlich nur auf 1.000 £ gehofft hatte.)
USA	12.647.791 getestete 1.551.853 Infizierte 93.439 Tote 294.312 genesen Die US-Börsen haben am Mittwoch zugelegt. Zu Handelsende in New York wurde der Dow mit 24.575,90 Punkten berechnet, ein Plus in Höhe von 1,52 Prozent im Vergleich zum vorherigen Handelstag. Wenige Minuten zuvor war der breiter gefasste S&P 500 mit rund 2.970 Punkten im Plus gewesen (+1,68 Prozent), die Technologiebörse Nasdaq berechnete den Nasdaq 100 zu diesem Zeitpunkt mit rund 9.490 Punkten (+2,07 Prozent). – Die europäische Gemeinschaftswährung tendierte am Mittwochabend stärker. Ein Euro kostete 1,0983 US-Dollar (+0,57 Prozent). Der Goldpreis konnte profitieren, am Abend wurden für eine Feinunze 1.749,36 US-Dollar gezahlt (+0,24 Prozent). Das entspricht einem Preis von 51,21 Euro pro Gramm. (dts/rm) **Ein Ende des Einreisestopps für Ausländer aus Europa in die USA ist nach Angaben des Weißen Hauses derzeit nicht absehbar.** „Wir haben noch keinen Zeitplan dafür“, sagte die Sprecherin des Weißen Hauses, Kayleigh McEnany, am Mittwoch (Ortszeit) bei einer Pressekonferenz. Daran ändert offenbar auch die Überlegung von US-Präsident Donald Trump nichts, den diesjährigen G7-Gipfel möglicherweise doch als reales Treffen abzuhalten und die Staats- und Regierungschefs der sieben großen Industrienationen in die USA einzuladen. „Wir hoffen auf jeden Fall, dass dies geschieht“, sagte McEnany. Ein von Microsoft-Gründer Bill Gates unterstütztes Corona-Projekt wurde in der US-amerikanischen Stadt Seattle vorerst eingestellt. Dabei handelt es sich um das Programm Seattle Coronavirus Assessment Network (SCAN), welches die Verbreitung von Sars-CoV-2 verfolgen soll. **Das Problem: für die SCAN-Tests gibt es keine ordnungsgemäße Genehmigung.** – SCAN verschickt kostenlose Tests an die Bürger. Mit den Abstrichen, die zu Hause gemacht werden, soll festgestellt werden, ob sich eine Person mit Sars-CoV-2 infiziert hat – das Virus verursacht COVID-19. Die Abstriche werden dann in die Universität von Washington geschickt, wo die Ergebnisse innerhalb weniger Tage vorliegen. Am 12. Mai wurde das Projekt jedoch von Beamten der Lebensmittelüberwachungs- und Arzneimittelbehörde der Vereinigten Staaten (FDA) gestoppt. Für den Gebrauch solcher „Notfalltests“ wäre eine Genehmigung erforderlich, die nicht vorliegen würde. Deshalb musste SCAN das Programm vorerst einstellen. „Wir arbeiten aktiv daran, alle Fragen [der Behörde] zu beantworten und die Testreihe so bald wie möglich wieder aufzunehmen“, heißt es seitens SCAN. Im März wurden die ersten Daten aus dem Projekt an die Arzneimittelbehörde übersandt. Ein Sprecher der Behörde sagte der amerikanischen Epoch Times: Jeder Heimtest für COVID-19 erfordere eine Genehmigung. „Die FDA unterstützt die Durchführung von Heimtests für COVID-19. Voraussetzung ist jedoch, dass die Daten und wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Unterstützung der Verbrauchersicherheit und Testgenauigkeit dienen. Dazu gehört auch der Nachweis, dass ein Laie fähig ist, seine Proben selbst zu sammeln, den Test durchzuführen und die Ergebnisse genau zu interpretieren“, sagte der Sprecher in einer Erklärung per E-Mail.

	Und: „Wir berücksichtigen auch die Sicherheit des Verbrauchers. Einschließlich der Sicherheit vor jeglicher Exposition gegenüber toxischen Chemikalien, die im Test verwendet werden können. Die FDA ermutigt die Entwickler, die Heimanwendungstests schon im frühen Entwicklungsprozess mit uns zu diskutieren“. Unterdessen schlug SCAN der Behörde vor, die Richtlinien für die Heimtests zu ändern. Dazu sagte der Sprecher, dass sich die Regelungen für diese Tests nicht geändert hätten und auch nicht ändern würden. Bill Gates schrieb kürzlich in einem Blog-Beitrag: Das Netzwerk werde Forschern dabei helfen, Antworten auf Fragen zu finden, wie viele Menschen mit dem Virus infiziert sind – auch jene ohne Symptome. SCAN werde auch dabei helfen herauszufinden, ob das Virus wetterabhängig ist und wann es für Beamte sicher sei, Geschäfte und Schulen wieder zu öffnen. „SCAN testet Stichproben von Menschen in der Region Seattle – Gesunde als auch Kranke“, schrieb Gates. „Die Testergebnisse und andere Daten (wie Alter, Geschlecht, Rasse, Postleitzahl und alle zugrunde liegenden Gesundheitszustände einer Person) werden von Forschern, Datenmodellierern und Beamten des öffentlichen Gesundheitswesens verwendet, um ein klareres Bild davon zu zeichnen, wie sich COVID-19 in der Gemeinde bewegt. Wer am stärksten gefährdet ist und ob physische Distanzierungsmaßnahmen funktionieren“, fügte der Milliardär hinzu. Ende April wurden in Seattle 8.443 Menschen getestet. Davon waren, laut Behörden, 72 Proben positiv. Der Sprecher der Arzneimittelbehörde betonte unterdessen: SCAN sei „eine Forschungsstudie und keine Überwachungsstudie“. Forschungsstudien, die unter Aufsicht eines institutionellen Überprüfungsausschusses durchgeführt werden, würden von der Behörde gesondert behandelt. Ein Ausschuss könne bestimmen, „dass im Rahmen einer solchen beaufsichtigten Studie eine Probenentnahme zu Hause unter entsprechenden Regelungen erfolgen kann“.
Kalender	**22. Mai 2020**
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern	5.106.686 Infizierte 333.001 Tote 1.951.459 genesen
"Corona	**Virologen aus Ulm haben das SARS-CoV-2 erstmals in der Muttermilch einer an Covid-19 erkrankten Frau nachgewiesen**. Auch ihr Säugling sei an dem Virus erkrankt, teilten die Wissenschaftler um Jan Münch und Rüdiger Groß von der Universität Ulm mit. Es sei aber noch nicht klar, ob das Kind sich wirklich über die Muttermilch angesteckt habe. Die Forscher veröffentlichten ihre Ergebnisse im Fachjournal „The Lancet“. – Mutter und Kind wurden positiv getestet Die Virologen hatten die Muttermilch von zwei Frauen auf Erbgut (RNA) des neuen Coronavirus untersucht, die sich nach der Entbindung im Krankenhaus zusammen mit ihren Neugeborenen ein Zimmer teilten. Als eine der Frauen Krankheitssymptome entwickelte,

	wurde sie mit ihrem Neugeborenen isoliert und beide positiv auf Sars-CoV-2 getestet. Die Zimmernachbarin bemerkte erst später Symptome, wurde dann aber – ebenso wie ihr Kind – auch positiv getestet. In den Muttermilch-Proben der zuerst erkrankten Frau fanden die Wissenschaftler keine Hinweise auf das neue Coronavirus. Das Ergebnis in den Proben der zweiten Mutter war dagegen vier Mal positiv. Woran das liegt, sei derzeit noch nicht klar, sagte Münch. Nach 14 Tagen sei kein Virus mehr in der Muttermilch nachweisbar gewesen und die Mutter sowie ihr Kind erholten sich von COVID-19. Mutter hatte Mund-Nasen-Schutz getragen Die später erkrankte Mutter hatte beim Umgang mit ihrem Kind einen Mund-Nasen Schutz getragen und Hände und Brüste desinfiziert. Zudem sterilisierte sie regelmäßig die Utensilien für das Stillen. Es bleibe unklar, ob sich das Baby tatsächlich beim Stillen infizierte, betonen die Forscher. „Unsere Studie zeigt, dass Sars-CoV-2 bei stillenden Frauen mit akuter Infektion in der Muttermilch nachweisbar sein kann. Aber wir wissen noch nicht, wie oft dies der Fall ist, ob die Viren in der Milch auch infektiös sind und durch das Stillen auf den Säugling übertragen werden können.“ Typischerweise wird das Virus über Tröpfcheninfektion von Mensch zu Mensch weitergegeben. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hatte bisher keinen Nachweis von SARS-CoV-2 in Muttermilch verzeichnet. „Es gibt keinen Grund, das Stillen zu vermeiden oder zu beenden“, heißt es dazu in den Empfehlungen auf der Homepage der Organisation. (dpa) Das neuartige Coronavirus kam bereits durch eine Übertragung von Mensch zu Mensch auf den Markt in Wuhan, stellten kanadische und amerikanische Forscher in einer kürzlich veröffentlichten Studie fest. Es fehlen die Zwischenstufen, mit denen sich das Virus an Menschen angepasst hat. – Ein Forschungsteam aus Kanada und den USA untersuchte in einer Studie Stränge des KPCh-Virus ab Anfang Dezember 2019 und verglich es mit dem Entwicklungsprozess des SARS Virus in den Jahren 2002 und 2003. Dabei zeigte sich, dass das Virus bei den Proben vom Wuhan-Markt bereits an die Übertragung von Mensch zu Mensch angepasst war. Damit war es bereits ähnlich effektiv wie das SARS Virus nach einigen Veränderungen am Ende der Epidemie 2003. Die Forscher fanden keine Zwischenformen des neuen Virus, die weniger angepasst an Menschen waren. Daher bezweifeln sie, dass am Wuhan-Markt Übertragungen von Tier auf Menschen stattgefunden haben. Viel wahrscheinlicher sei, laut den Forschern, dass auch die Menschen am Wuhan-Markt, bereits „von menschlichen Quellen angesteckt wurden“. Wenn es tatsächlich eine Zwischenstufe durch Übertragung von Tieren am Markt gegeben hat, so ist keine Spur mehr davon in den genetischen Proben zu finden“, schrieben die Forscher. Virus bereits im Dezember an Übertragung von Mensch zu Mensch angepasst Die meisten bekannten Coronaviren kommen in Tieren wie Fledermäusen, Geflügel oder Schweinen vor und gehen nur selten auf

	Menschen über. Normalerweise gibt es mehrere Zwischenstufen, in denen sich das Virus an den Menschen anpasst. Erst dann gelingt den Viren die Übertragung von Tier auf Mensch. Auch danach finden weitere Mutationen statt, bis die Anpassung an den neuen Wirt optimiert ist. Beim Ausbruch von SARS im Jahr 2002 identifizierte man verschiedene Zwischenstufen, während sich das Virus immer besser an den Menschen anpasste. Für das neuartige Coronavirus fanden die Forscher „überraschenderweise das Fehlen solcher Vorgänger oder Stämme“. Laut den Forschern zeigen ihre Daten, dass es eine direkte Infektion des Virus, welches bereits an den Menschen angepasst war, am Wuhan-Markt gab. Viele Fragen zu Virusübertragung ungeklärt Während das Forschungsteam klar davon ausgeht, dass es sich um ein Virus natürlichen Ursprungs handelt, gibt es viele ungeklärte Fragen. „Hat sich SARS-CoV-2 bereits seit längerer Zeit von Tier zu Mensch übertragen und blieb bis Ende 2019 unentdeckt während es sich immer besser an die Übertragung auf Menschen anpasste? Oder war SARS-CoV-2 schon für die Übertragung auf Menschen spezialisiert, während es noch in Fledermäusen oder anderen Zwischenwirten war? Aber noch wichtiger, existiert diese Quelle von auf den Menschen spezialisierten Viren nach wie vor in verschiedenen Tierarten? Auch die Möglichkeit, dass ein natürlicher Vorgänger des Virus sich verändert hat, während er in einem Labor untersucht wurde, sollte überlegt werden, ungeachtet ob es mehr oder weniger wahrscheinlich ist“, schreiben die Forscher in der veröffentlichten, aber bisher noch nicht geprüften Studie. Andere Forscher veröffentlichten Studien, dass das Virus sich von Fledermäusen auf Gürteltiere und dann auf den Menschen übertragen hat. Aber auch bei diesem Übertragungsweg fehlt laut den Wissenschaftlern der Zwischenschritt, bei dem sich das Virus an den Menschen angepasst hat. Weitere Untersuchungen notwendig Die Forscher empfehlen, weitere Proben vom Wuhan-Markt sowie von verschiedenen wildlebenden Tieren zu untersuchen, um das Epizentrum Wuhan zu klären. Erst wenn man die genetischen Zwischenstufen fände, könnte es Klarheit über die genaue Entwicklung des Virus geben. Auch aus dem P4-Labor in Wuhan konnten bisher international noch keine Proben untersucht werden, obwohl es dort Forschungen mit Coronaviren gab. Es gibt bisher keine Beweise, dass das Virus von Menschenhand gefertigt oder absichtlich genetisch verändert wurde. Jedoch wird seit Beginn des Virusausbruchs hinterfragt, ob das Virus während Untersuchungen aus dem P4-Labor entwich. Seit dem Virusausbruch hat die chinesische Regierung keine Untersuchungen zu dem Labor zugelassen oder Daten von nationalen Untersuchungen veröffentlicht. **Für kurze Zeit wurde diskutiert, ob sich das in Zigaretten vorhandene Nikotin positiv auf den Verlauf von COVID-19-Infektionen auswirkt. Dies konnte nun aber eine amerikanische**

	Studie, die im Fachjournal „Developmental Cell“ veröffentlicht wurde, widerlegen. Die Forscher zeigten darin, dass Raucher vermehrt ACE2-Rezeptoren in den Lungen ausbilden. Über ACE2-Rezeptoren gelangt das neuartige Coronavirus in menschliche Zellen und kann sich dann vermehren. – Diese Ergebnisse stimmen mit früheren Einschätzungen überein, die zeigten, dass Raucher oftmals einen schweren Infektionsverlauf der Krankheit durchmachen. Die Studie zeigt auch, dass sich die Rezeptorenanzahl von ehemaligen Rauchern wieder annähernd normalisiert. Daraus schließen die Forscher, dass das Risiko für eine schwere COVID-19-Infektion sinkt, wenn Menschen mit dem Rauchen aufhören. Während Alter und Geschlecht in der Studie keinen Einfluss auf die Anzahl der Rezeptoren hatten, führten auch arbeitsbedingter Kontakt mit Labordämpfen oder andere Virusinfektionen zu vermehrten ACE2-Rezeptoren. Goblet-Zellen bilden ACE2-Rezeptoren in der Lunge In der Studie untersuchten die Forscher verschiedene Lungenzellen und fanden dabei, dass vor allem Goblet-Zellen verstärkt ACE2-Rezeptoren bilden. Goblet-Zellen sind becherförmige Zellen, die Mucus produzieren. Mucus [Lateinisch für Schleim] legt sich normalerweise als Schutzschicht über die Schleimhäute von verschiedenen Organen. Bei Rauchern entstehen Schädigungen im Bereich der großen und mittleren Bronchien, gleichzeitig ist die Schadstoffbelastung der Lungen konstant hoch. Ein Schutzmechanismus des Körpers ist, mehr Goblet-Zellen zu produzieren. Diese erzeugen mehr Mucus, was die Schutzschicht über den Schleimhäuten verstärkt. Hört jemand mit dem Rauchen auf, sinkt die Schadstoffbelastung wieder und der Körper reduziert die Goblet-Zellen. Bei weiterem Rauchen bilden sich über diesen Mechanismus die Symptome des schleimigen Raucherhustens erneut aus, wie man es beispielsweise bei COPD kennt. Durch den Schutzmechanismus über Goblet-Zellen stehen nun aber auch wesentlich mehr ACE-2-Rezeptoren zur Verfügung. Diese erleichtern SARS-CoV-2, großflächig in Zellen einzudringen. Werden zu viele Zellen befallen, kann das körpereigene Immunsystem nicht mehr dagegenwirken, was sich schließlich in einer starken Infektion widerspiegelt. Die Forscher schließen daraus, dass mit dem Rauchen aufzuhören, den Verlauf im Falle einer Infektion mildern kann. Sie sehen es als eine wichtige Präventivmaßnahme für Raucher an, die dadurch auch für COVID-19 zu Risikopatienten werden. Ärzte der Augsburger Uniklinik haben bei der Obduktion verstorbener Corona-Patienten durchwegs „ungewöhnlich schwere, teils mutmaßlich irreversible“ Schäden im Lungengewebe festgestellt. – Sie seien offensichtlich nicht bei der Beatmung, sondern am ehesten direkt durch das Virus entstanden, teilte die Uniklinik am Freitag mit. Das Ärzteteam sehe die Veränderung als Todesursache an. Das Team habe 19 Tote obduziert. Die Ergebnisse der ersten zehn Obduktionen beschreibt es im „Journal of the American Medical Association“ („Jama“). Die Menschen hatten ein Durchschnittsalter

	von 79 Jahren. „Alle Patienten litten an schweren Grunderkrankungen, die jedoch nicht unmittelbar zum Tod führten“, sagte Professor Bruno Märkl, Direktor der Pathologie an der Uniklinik. In den übrigen Organen seien keine augenscheinlich schweren Veränderungen nachgewiesen worden. In Berlin waren zuvor bereits mindestens elf Covid-19-Tote obduziert worden. Das geht aus einer in der vergangenen Woche veröffentlichten Antwort der Senatsverwaltung für Gesundheit auf eine parlamentarische Anfrage des Linke-Abgeordneten Wolfgang Albers hervor. Als Todesursachen wurden demnach am häufigsten Blutvergiftung bei Lungenentzündungen (vier Fälle), Lungenversagen (drei Fälle) und Herzversagen (zwei Fälle) erkannt. In allen elf Fällen habe das Pathologie-Institut der Charité festgestellt, dass die Todesursachen „kausal durch Covid-19 bedingt“ gewesen seien, hieß es. (dpa)
"Außerhalb Corona - weltweit -	Nach dem großen Wirbelsturm „Amphan“ mit mehr als 80 Toten haben in Indien und Bangladesch erste Aufräumarbeiten begonnen. Indiens Premier Narendra Modi möchte sich heute aus der Luft ein Bild von den Schäden machen, wie örtliche Medien berichteten. – Einige Menschen haben die Notunterkünfte inzwischen verlassen, um teils ihr Zuhause wieder neu aufzubauen. Tausende Häuser wurden im Sturm dem Erdboden gleichgemacht. Strom gibt es in einigen Gebieten noch nicht. Die Regierungschefin des besonders betroffenen nordostindischen Bundesstaates Westbengalen sagte, dass die Naturkatastrophe ihr Gebiet stärker treffe als die Corona-Pandemie und es wohl mehrere Tage dauere, um das ganze Ausmaß der Schäden abzuschätzen. Der Sturm war nach Angaben des indischen meteorologischen Diensts einer der stärksten der vergangenen 20 Jahre. Mit 185 km/h traf er am Mittwochnachmittag auf Land. In der 15-Millionen-Einwohner-Stadt Kolkata wurde der Flughafen überflutet, Strom und Telekommunikation in Teilen der Metropole im Nordosten Indiens fielen aus. Betroffen ist auch eine Region, die einer der letzten großen Lebensräume freilebender und gefährdeter Bengal-Tiger ist. Drei Millionen Menschen in Notunterkünften In Indien und Bangladesch wurden vor dem Eintreffen des Sturms mehr als drei Millionen Menschen in Notunterkünfte gebracht. Die beiden Länder haben viel Erfahrung mit starken Wirbelstürmen, die im Golf von Bengalen immer wieder vorkommen. Bei einem großen Zyklon im Jahr 1999 starben knapp 10.000 Menschen. Die Opferzahlen waren aber in den vergangenen Jahren generell kleiner, da die beiden Länder inzwischen gute Notunterkünfte gebaut und Evakuierungspläne entworfen haben. Einige Leute wollten aber nicht in die Notunterkünfte, hieß es von Behörden und Hilfsorganisationen. Manche hätten Angst gehabt, ihr Hab und Gut zurückzulassen, andere, sich in den Notunterkünften mit SARS-CoV-2 zu infizieren. Die Behörden beider Länder sagten, sie hätten mehr Notunterkünfte zur Verfügung gestellt, um Abstand zu gewährleisten. Es würden etwa leerstehende Schulen genutzt. In den Unterkünften wurden teils Masken und Desinfektionsmittel verteilt. Aber Fernsehbilder zeigten auch, dass die Abstände nicht immer eingehalten wurden. In beiden Ländern haben viele Leute keinen Zugang zu guter medizinischer

	Versorgung. (dpa/sua)
Ägypten	15.786 Infizierte 707 Tote 4.374 genesen Die ägyptische Regierung will die Auswirkungen der Corona-Krise auf die Staatsfinanzen durch eine neue Steuer abfedern. Das Vorhaben löste am Freitag im Internet heftige Kritik aus. – Die Regierung plant, einen zusätzlichen Steuersatz von einem Prozent auf das Einkommen von Arbeitnehmern zu erheben. Steuerpflichtig wären demnach alle Arbeitnehmer mit einem monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 2000 ägyptischen Pfund (115 Euro). Zudem sollen auf gesetzliche Renten 0,5 Prozent Steuern erhoben werden. Der Gesetzesentwurf sehe mögliche Ausnahmen für Arbeitnehmer in Branchen vor, die durch die Corona-Pandemie „wirtschaftlichen Schaden“ erlitten hätten, teilte das Kabinett mit, ohne jedoch Details zu nennen. Das Parlament muss dem Gesetzentwurf noch zustimmen. In Onlinenetzwerken wurde das Gesetzesvorhaben scharf kritisiert. „Alle Regierungen weltweit geben ihrer Bevölkerung (in der Corona-Krise) Geld – außer Ägypten“, empörte sich ein Internetnutzer im Onlinedienst Twitter. Ägyptens Wirtschaft hat im Zuge der Corona-Pandemie stark gelitten. Anfang Mai genehmigte der Internationale Währungsfonds ein Hilfspaket in Höhe von 2,8 Milliarden Dollar für Ägypten. Bislang wurden in Ägypten nach offiziellen Angaben mehr als 15.000 Infektionsfälle mit dem neuen Coronavirus gemeldet, fast 700 Menschen starben. Im Land leben rund 2,2 Millionen Menschen. (afp/sua)
Australien	7.095 Infizierte 101 Tote 6.479 genesen **Kreuzfahrtschiffe dürfen wegen der globalen Corona-Pandemie auch die nächsten Monate nicht in Australien anlegen.** Die Grenzschutzbehörde teilte am Freitag mit, dass das Anlegeverbot für Kreuzfahrtschiffe mit mehr als 100 Passagieren um weitere drei Monate bis zum 17. September verlängert werde. Auch Rundreisen auf Kreuzfahrtschiffen in australischen Gewässern sind weiter untersagt. – Australien hatte die Restriktionen am 27. März in Kraft gesetzt. Zu der Zeit hatten sich 28 internationale Kreuzfahrtschiffe in Australien befunden, doch alle habe die Gewässer des Landes inzwischen verlassen. Australien zählt 7081 bestätigte Infektionen mit dem Virus, wovon nur noch 509 aktiv sind. 101 Menschen starben.
Bulgarien	2.372 Infizierte 125 Tote 769 genesen **Ab 22. Mai öffnet Bulgarien seine Grenzen wieder für Einwohner der Schengen-Zone und EU-Bürger**. Dies berichtete das Nachrichtenportal „Dnes“ unter Verweis auf den Gesundheitsminister Kiril Ananiew.

	– Mitte März hatte Bulgarien seine Landesgrenzen im Zusammenhang mit der Ausbreitung des neuartigen Coronavirus geschlossen. Bulgarische Staatsbürger und ausländische Diplomaten, die in das Land einreisten, mussten sich einer 14-tägigen Quarantäne unterziehen. Nun darf jeder Bürger eines europäischen Landes in das Land einreisen, wenn er anschließend in eine zweiwöchige Quarantäne geht. Falls sein Aufenthalt im Land nicht länger als sieben Tage dauert, ist überhaupt keine Quarantäne erforderlich. Laut dem Portal handelt es sich dabei tatsächlich um die Wiederaufnahme des internationalen Tourismus, wenn auch für geringe Zeiträume. Kurzzeittouristen sowie Transitreisende werden sich nicht in Quarantäne begeben müssen. Die Besucher sollen an den sanitären Grenzkontrollstellen Erklärungen abgeben, in denen sie sich verpflichten, die auf dem Territorium Bulgariens geltenden Einschränkungsmaßnahmen zu befolgen. Zuvor hatte Bulgarien die Lockerung der Grenzkontrollen mit den Nachbarstaaten Griechenland, Serbien und Rumänien vereinbart. Nach Angaben des bulgarischen Nationalen Operativstabes zur Bekämpfung von Covid-19 ist die Zahl der Corona-Infizierten am Freitag im Vergleich zum Vortag um 41 auf 2372 gestiegen. Seit dem Ausbruch der Epidemie sind 125 Infizierte im Land gestorben, weitere 769 sind genesen.
China	84.081 Infizierte 4.638 Tote 79.329 genesen Im Zeichen der Corona-Krise und der Konflikte um die Zukunft von Hongkong hat in Peking am 22. Mai die diesjährige Tagung des Nationalen Volkskongresses begonnen. Gleich zu Beginn wurde der Versammlung am Freitag der Entwurf eines neuen Sicherheitsgesetzes für Hongkong vorgelegt, das dort neue Unruhen auslösen könnte. Anführer der pro-demokratischen Kräfte in Hongkong verurteilten das Vorhaben als Anschlag auf die Bürgerrechte in der Sonderverwaltungszone. – Die alljährliche Tagung des Volkskongresses war wegen der Pandemie um zwei Monate verschoben worden. Sie wurde zudem von den üblichen zwei Wochen auf eine Woche verkürzt. Der Volkskongress ist theoretisch das oberste gesetzgebende Organ Chinas. In der Wirklichkeit stimmen die Teilnehmer allem zu, was die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) will und vorlegt. Daher wird der Volkskongress von dem Volk als „Gummistempel“ bezeichnet. Zu seinen Tagungen reisen Delegierte aus dem ganzen Land an. Die meisten Delegierten in der Großen Halle des Volkes trugen am Freitag Atemschutzmasken. Staatschef Xi Jinping und Ministerpräsident Li Keqiang verzichteten jedoch darauf. Durch das neue Gesetz soll nach Angaben der Führung in Peking die Umsetzung eines Hongkonger Verfassungsartikels gegen „Subversion“ erreicht werden. Kritik von Hongkonger Opposition „Dies ist das Ende von Hongkong“, sagte der dortige Oppositionsabgeordnete Dennis Kwok. Auch aus Washington kam

	massive Kritik an dem Gesetzesvorhaben. US-Präsident Donald Trump drohte mit einer „starken“ Reaktion seiner Regierung. Das Gesetz soll für die Umsetzung von Artikel 23 der Hongkonger Verfassung sorgen. Dieser sieht vor, dass die Sonderverwaltungszone mittels eigener Gesetze „Verrat, Spaltung, Aufwiegelung (und) Subversion“ gegen die Regierung in Peking zu verhindern hat. Der Artikel wurde aber wegen Widerstands in der Hongkonger Bevölkerung nie angewendet. Der Finanzmetropole war bei ihrer Übergabe an China durch Großbritannien im Jahr 1997 unter der offiziellen Devise „Ein Land, zwei Systeme“ für 50 Jahre ein Sonderstatus gewährt worden, der Bürgerrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit einschließt. Massendemonstrationen gegen KPCh-Einfluss Im vergangenen Jahr hatte es in Hongkong über sieben Monate hinweg Massendemonstrationen gegen den wachsenden Einfluss Pekings auf die Sonderverwaltungszone gegeben. Bei diesen Protesten kam es immer wieder zu gewalttätigen Handlungen der Polizei. Zu Beginn der Tagung des Volkskongresses kündigte die Regierung auch an, dass trotz der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie sowie des Handelskonflikts mit den USA der Verteidigungshaushalt im laufenden Jahr erneut deutlich steigen soll. Geplant ist demnach eine Steigerung um 6,6 Prozent. Dies ist allerdings ein niedrigerer Zuwachs als vergangenes Jahr, als der Wehretat um 7,5 Prozent angeschwollen war. Die Ankündigung zum neuen Verteidigungshaushalt erfolgte vor dem Hintergrund der in den vergangenen Jahren gewachsenen Spannungen zwischen China und mehreren Nachbarstaaten sowie den USA wegen der von Peking erhobenen Gebietsansprüche im Südchinesischen Meer. Im wirtschaftspolitischen Teil seiner Rede räumte Li ein, dass das Land als Folge der Corona-Pandemie vor „enormen“ ökonomischen Herausforderungen „großer Unsicherheit“ stehe. In einem äußerst ungewöhnlichen Schritt kündigte der Regierungschef kein Wachstumsziel für das laufende Jahr an. Chinas Wirtschaft war im ersten Quartal um 6,8 Prozent geschrumpft, es war der erste Rückgang des Bruttoinlandsprodukts seit Jahrzehnten. (afp/yh/sua)
Deutschland	179.500 Infizierte 8.228 Tote 159.064 genesen **Deutsche Außenpolitiker haben Chinas geplantes Sicherheitsgesetz für die Sonderverwaltungszone Hongkong scharf kritisiert.** Der Konflikt um Hongkong "drohe wieder zu eskalieren", sagte der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Nils Schmid, der "Welt" (Samstagausgabe). „Die Grundfreiheiten der Bevölkerung sowie Hongkongs hohes Maß an Autonomie nach dem Prinzip ‚Ein Land – zwei Systeme, das in der Verfassung und in internationalen Abkommen verankert ist, müssen gewahrt bleiben. Deutschland und die EU besitzen ein starkes Interesse an Hongkongs anhaltender Stabilität und sollten dies auch klar und deutlich gegenüber Peking zum Ausdruck bringen“, erklärte Schmid. – Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, Bijan Djir-Sarai, erklärte das Gesetz für „außerordentlich gefährlich“. Es bedeute das Ende des „Ein Land, zwei Systeme“-Prinzips.

„Damit geht einher, dass jede Kritik an der Führung zukünftig als Terrorismus abgetan werden wird und somit auch für den Einsatz militärischer Gewalt missbraucht werden kann. Ich erwarte, dass die Bundesregierung und die EU diesen Beschluss streng verurteilen und sich an die Seite der demokratischen Kräfte in Hongkong stellen sind. Allerdings bleibt zu befürchten, dass sich die Bundesregierung wie gewohnt hinter diplomatischen Floskeln verstecken wird, anstatt Rückgrat zu beweisen."

Djir-Sarais Parteifreund Frank Müller-Rosentritt, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss des Bundestags, sieht das Gesetz als „Machtdemonstration" der Kommunistischen Partei. „Die Regierung in Peking ist aufgrund der Corona-Pandemie und ihrer Folgen hochgradig nervös. Nicht zuletzt wegen eines möglichen internationalen Ansehensverlusts." Er warnte: „Wenn autoritäre Regierungen von ‚Sicherheitsgesetzen' sprechen, dann müssen bei jedem Demokraten die Alarmglocken schrillen."

Sicherheitsgesetz für Hongkong
Hongkongs pekingtreue Regierungschefin Carrie Lam hat zugesagt, bei der Anwendung eines neuen chinesischen Sicherheitsgesetzes für die Sonderverwaltungszone „voll zu kooperieren". Der vom Nationalen Volkskongress in Peking erörterte Gesetzentwurf verletze nicht „die Rechte und legitimen Freiheiten, die Hongkongs Einwohner genießen", erklärte Lam am Freitag. Sie rechtfertigte Pekings Eingreifen in die Gesetzgebung in Hongkong mit den Gewaltausbrüchen bei Demonstrationen der Demokratie-Bewegung in den vergangenen Monaten.

Lam ist zur Zeit in Peking wegen der Eröffnung des Volkskongresses. Dort wurde am Freitag der Entwurf eines neuen Sicherheitsgesetzes für Hongkong vorgelegt, das in der Sonderverwaltungszone neue Unruhen auslösen könnte. Durch das neue Gesetz soll nach Angaben der Führung in Peking die Umsetzung eines Hongkonger Verfassungsartikels gegen „Subversion" erreicht werden.

Kritik von Hongkonger Opposition
„Dies ist das Ende von Hongkong", sagte der dortige Oppositionsabgeordnete Dennis Kwok. Auch aus Washington kam massive Kritik an dem Gesetzesvorhaben.

Es soll für die Umsetzung von Artikel 23 der Hongkonger Verfassung sorgen. Dieser sieht vor, dass die Sonderverwaltungszone mittels eigener Gesetze „Verrat, Spaltung, Aufwiegelung (und) Subversion" gegen die Regierung in Peking zu verhindern hat. Der Artikel wurde aber wegen Widerstands in der Hongkonger Bevölkerung nie angewendet. (dts/afp/sua)

Mit einer Corona-App sollen bald Kontakte von Infizierten nachvollzogen werden. Welche Daten dafür gespeichert werden, ist unklar. Die **Linkepolitikerin Sahra Wagenknecht sieht schon jetzt eine „Totalüberwachung unseres Privatlebens"** durch die Digitalkonzerne Amazon, Google, Apple, Microsoft und Facebook – und ihre Kooperation mit US-Geheimdiensten.

– In Zeiten von Corona greifen im Homeoffice immer mehr Menschen auf Video-Konferenzen zurück. Auch Schüler am heimischen Computer benutzen die Software, um mit Lehrern und Mitschülern Unterrichtsmaterial auszutauschen. Nebenher läuft die Entwicklung einer Corona-App, die – wenn sie denn erscheint – allen kostenlos zur Verfügung gestellt werden soll. Doch hinter all dem stehen gigantische

	US-Digitalkonzerne, die ihre Daten mit US-Geheimdiensten teilen. Daran erinnert auch die Linkepolitikerin Sahra Wagenknecht in ihrer wöchentlichen YouTube-Rubrik „Bessere Zeiten – Wagenknechts Wochenschau“. Deine Daten in fremder Hand… Mit einer Smartphone-App sollen nach dem Wunsch der Bundesregierung ab nächstem Monat die Kontakte von Corona-Infizierten nachvollzogen werden. Welche Daten dafür gespeichert werden und wo – darüber wurde in den vergangenen Wochen viel diskutiert. Die Sorge um Datenschutz in Politik und Medien sei zwar berechtigt, aber laut Wagenknecht nicht nur im Zusammenhang mit dieser App: „Wer behauptet, die Corona-App sei der Einstieg in die Totalüberwachung, hat nicht verstanden, in welcher Welt wir leben. Wir haben doch längst die Totalüberwachung unseres Privatlebens!“ Der Datensammelwut und Macht der fünf großen Digitalkonzerne Amazon, Google, Apple, Microsoft und Facebook würden seit Jahren keine Grenzen gesetzt, so die Bundestagsabgeordnete: „Das ist ein erheblicher Grund zur Sorge. Es ist ein Skandal, dass Europa diese Geschäftsmodelle weiterlaufen lässt und man sich in Abhängigkeit begibt. Man versucht noch nicht einmal, eine eigenständige digitale Infrastruktur aufzubauen.“ Dein Leben ist transparent… Hauptsitz der meisten US-Digitalkonzerne ist das Silicon Valley in Kalifornien. Einst eine Außenstelle des Pentagons, finanzierte der amerikanische Staat anfangs sogar in die Entwicklung dieser Unternehmen. Heute hängen Google und Co. zwar nicht mehr direkt am Tropf der Regierung, dennoch sind diese Konzerne darauf angewiesen, dass der Staat ihr Geschäftsmodell nicht stört. Denn Eingriffe in die Privatsphäre sind eigentlich auch laut US-Verfassung illegal. Wie sehr diese Einmischung in das Leben der Nutzer funktioniert, wird anhand eines Zitats des ehemaligen CEO von Google, Larry Page, schnell klar: „Speicherplatz ist billig, Kameras sind billig. Die Menschen werden enorme Datenmengen generieren. Alles was du je gesehen, erfahren oder wovon du je gehört hast, wird durchsuchbar werden. Dein ganzes Leben wird durchsuchbar.“ Doch im Gegenzug für die Tolerierung dieses Geschäftsmodells lassen die Digitalkonzerne die US-Behörden an ihren Erkenntnissen und Daten teilhaben. Wagenknecht nennt dies in ihrem YouTube-Video „Überwaschungskapitalismus“. CIA is watching you… Auch all das, was in den so genannten Clouds gespeichert wird, ist für die US-Geheimdienste interessant. Eine der größten Clouds besitzt Amazon. Im amerikanischen Gesetz „CLOUD Act“ von März 2018 wurde deshalb beschlossen, dass US-amerikanische Behörden das Recht haben, automatisch Zugang zu sämtlichen Daten in den Clouds von US-Unternehmen zu erlangen. Dazu müssen die Unternehmen nicht um Erlaubnis gefragt werden. Laut Wagenknecht gilt das auch für Server von US-Unternehmen, die auf europäischem Boden stehen: „Der Überwachungskapitalismus hat eine ganz enge Liaison mit dem amerikanischen Staat. Und das ist bedenklich und gefährlich.“ Bei den Daten gehe es nicht nur um Verhaltensmuster von Benutzern, sondern auch um Verhaltensmanipulation. Facebook zum Beispiel brüste sich damit, wie sich bei Veränderungen des News-Feeds auch

das Verhalten der Nutzer verändere. Auch entscheide ein Algorithmus darüber, was wir sehen, und nimmt damit auch Einfluss auf die politische Meinungsbildung.

Ein großes Geschäft…
Diese Macht über eine Schlüsselinfrastruktur des 21. Jahrhunderts stellt laut Wagenknecht ein großes Problem dar. Denn sie bringe Staaten in Anhängigkeiten:

„Wenn sich der gesamte Zugang zu mobilem Internet über zwei Anbieter vollzieht, die komplett autonom entscheiden, dann heißt das, sie können nicht nur alle Daten abgreifen, sondern sie können auch immer mehr Wirtschaftszeitungen auf ihre eigenen Konten leiten.“ Wagenknecht plädiert deshalb für eine eigene europäische digitale Infrastruktur, die nicht gewinnorientiert, sondern gemeinnützig sei. Die Linkepolitikerin macht darauf aufmerksam, dass die SPD schon 2015 ein Positionspapier veröffentlicht habe, in dem die Partei eine Diskussion über eine öffentliche digitale Infrastruktur forderte. Passiert ist dann aber wenig.

Und es geht weiter…
Währenddessen nimmt die Macht der großen Internet-Konzerne weiter zu: Die Grundlage der geplanten Corona-App stammt von Google und Apple. Dieser technische Unterbau soll nun von Entwicklern hierzulande genutzt werden, um die App maßgeschneidert für den deutschen Nutzer zu programmieren. Die Daten der Nutzer sollen jedoch nicht bei großen Konzernen landen und zentral gespeichert werden, so das Kanzleramt. Abschließend geklärt ist die Datensicherheit bislang aber noch nicht.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn will bald die Grundlage für mehr Tests auf das Coronavirus in Krankenhäusern und Pflegeheimen schaffen.

– „Mein Ziel ist es, noch im Mai eine Verordnung vorzulegen, die präventive Reihen-Tests in Krankenhäusern und Pflegeheimen ermöglicht“, sagte der CDU-Politiker der Zeitung „Die Welt“. „Wenn Patienten und Bewohner aufgenommen oder verlegt werden, sollten Sars-CoV-19-Tests die Regel sein.“

Dem Bericht zufolge soll im Fall einer Infektion in einer Einrichtung zudem beim gesamten Personal sowie bei allen Bewohnern und Patienten vorsorglich ein Abstrich gemacht werden. Auch symptomfreie Kontaktpersonen von Infizierten sollten erstmals Anspruch auf Testung haben.

Der Bundestag hatte vor gut einer Woche ein Gesetz beschlossen, mit dem das Bundesgesundheitsministerium die gesetzlichen Krankenkassen per Verordnung verpflichten kann, Tests auf das Coronavirus grundsätzlich zu bezahlen – etwa auch, wenn jemand keine Symptome hat. Spahn verwies nun auf ungenutzte Testkapazitäten: „Vergangene Woche sind deutschlandweit 425.000 Tests durchgeführt worden. Aber die Testkapazität ist mehr als doppelt so groß.“

Seit Wochen informiert der Verein Akkreditierte Labore in der Medizin e.V. über die steigenden Testkapazitäten. Laut seiner Analyse lag die Zahl der durchgeführten Tests in der 20. Kalenderwoche bei 364.716 und damit auf Rekordniveau. Zudem wurden 74.786 Antikörpertests durchgeführt. Die Testkapazitäten für die laufende Woche bei den von ALM erfassten 128 Laboren stehe bei rund 845.000 SARS-CoV-2-

PCR-Tests pro Woche.

Städtetag kritisiert Krankenkassen und Kassenärzte
Der Deutsche Städtetag hat Krankenkassen und Kassenärzten vorgeworfen, eine Ausweitung der Corona-Tests zu torpedieren. „Leider nehmen wir im Moment wahr, dass gesetzliche Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigungen das Rad zurückdrehen wollen“, sagte der Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy den Zeitungen der Funke-Mediengruppe (Freitagsausgaben). In einigen Fällen sei die Finanzierung von Tests in Pflegeheimen, bei Pflegekräften oder im Rettungsdienst kurzfristig aufgekündigt worden.

„Krankenkassen und Kassenärzte leisten der Pandemiebekämpfung damit einen Bärendienst“, so der Städtetags-Hauptgeschäftsführer weiter. Nur mit deutlich mehr Tests könne die Exit-Strategie von Bund und Ländern funktionieren. Das gerade verabschiedete Bevölkerungsschutzgesetz mache umfangreiche Test auch für Menschen ohne Symptome möglich. „Nun muss das Gesetz auch lupenrein in die Praxis umgesetzt werden, die gesetzlichen Krankenkassen müssen wie geplant die Kosten für die Tests tragen“, sagte Dedy den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Man erwarte, „dass die notwendige Rechtsverordnung das glasklar regelt und noch im Juni kommt.“ Sonst werde das Ziel, die Corona-Screenings in der Fläche stark auszubauen, nicht zu erreichen sein.

Labore warnen vor unprofessionellen Tests
„Wir sehen heute, dass die beiden Wochen vor und nach Ostern also Ausnahmesituationen im Hinblick auf das Testgeschehen in Deutschland waren“, erklärt Dr. Michael Müller. Und der 1. Vorsitzende des ALM e.V. ergänzt: „Dem Aufruf zum ‚Testen, Testen, Testen, aber gezielt‘ wird nachgekommen. Die fachärztlichen Labore sind in der Lage, die notwendige Diagnostik zeitnah und flächendeckend durchzuführen. Mit 1,7 % ist die Rate positiver Befunde erfreulich niedrig.“ Auch auf die im Zweiten Bevölkerungsschutzgesetz vorgesehene Ausweitung der Zahl der Tests sei man in den fachärztlichen Laboren gut vorbereitet: „Wir können die PCR-Tests bei Risikogruppen, in Pflegeheimen und Krankenhäusern, bei Kontaktpersonen und dem gelegentlich auftretenden Ausbruchsgeschehen bedarfsgerecht durchführen, sodass die Ergebnisse schnell vorliegen.“, betont Vorstandsmitglied Evangelos Kotsopoulos.

Mit Sorge beobachtet der ALM allerdings, dass sich einige – teils völlig fachfremde – Unternehmen als vermeintliche Helfer in der Not gerieren und gezielt einzelnen Ländern oder Institutionen Testungen anbieten – zum Beispiel Pflegeheimen, Kitas und Schulen. „Diagnostische Tests inklusive all ihrer Bestandteile müssen in ärztlicher Hand bleiben“, warnt der ALM e.V. Solche industriell geprägten Angebote würden Bürger und Verantwortlichen im Gesundheitswesen das völlig falsche Bild suggerieren. Es schiene, dass man Unternehmen benötige, die solche Leistungen bereitstellen. Dabei könnten die Tests durch die fachärztlichen Labore abgedeckt werden können.
(dpa/afp/dts/sua)

Was haben die Beschränkungen des öffentlichen Lebens in der Corona-Krise gebracht? Wie sicher sind die Daten, auf die sich die Regierenden und ihre Berater stützen? Welche Alternativen gibt es, um mit dem Virus Sars-Cov 2 und der von ihm ausgelösten Krankheit Covid-19 umzugehen? Antworten hat eine Gruppe von Gesundheitsexperten erneut gesucht.

– Die Krankheit Covid-19, die laut Weltgesundheitsorganisation WHO

	vom Virus Sars-Cov 2 ausgelöst wird, stellt keinen Anlass dafür dar, „alle Regeln, alles Gemeinsame, alles Soziale in Frage zu stellen oder sogar außer Kraft zu setzen.“ Das schreiben sechs Gesundheitsexperten in einem neuen Thesenpapier zur Corona-Krise. Sie hatten sich bereits Anfang April dazu zu Wort gemeldet. Covid 9 sei eine „typische Infektionskrankheit“, die „enorme Auswirkungen auf die Gesundheit“ wie auf das Gesundheitswesen und die sozialen Systeme habe. Aber sie erfordere bessere gesellschaftliche Antworten als nur den „mechanistischen Reflex zu ‚Kontaktsperren‘ und ‚sozialer Isolation‘“. Dazu sei auch eine bessere und genauere Datenlage ebenso wie eine bessere politische Strategie und Kommunikation notwendig. Zu den Autoren des neuen Papiers gehören Matthias Schrappe von der Universität Köln, ehemaliger Vize-Vorsitzender des Sachverständigenrates Gesundheit, Hedwig François-Kettner, Pflegemanagerin und Beraterin, Franz Knieps aus Berlin, Jurist und Vorstand eines Krankenkassenverbands, Holger Pfaff von der Universität Köln, Zentrum für Versorgungsforschung, Klaus Püschel vom Institut für Rechtsmedizin am Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf sowie Gerd Glaeske von der Universität Bremen, Ex-Mitglied im Sachverständigenrat Gesundheit. Konstruktive Kritik In 23 Thesen schlagen sie in ihrem 77-seitigen Papier eine andere Vorgehensweise von Politik und Behörden in der Corona-Krise vor. Zugleich machen sie deutlich, warum ein Kurswechsel notwendig ist und warnen wie andere Experten ebenfalls vor den Kollateralschäden des bisherigen Vorgehens. Das haben sie unter das Motto „Datenbasis verbessern – Prävention gezielt weiterentwickeln – Bürgerrechte wahren“ gestellt. Sie stützen sich dabei auf zahlreiche Untersuchungen und Studien. Die Wissenschaftler vermissen weiterhin repräsentative Studien zur Ausbreitung von Virus und Krankheit. Diese könnten darüber Auskunft geben, wie stark die bundesdeutsche Bevölkerung tatsächlich betroffen ist. Ebenso müssten sogenannte Hochrisikogebiete genauer untersucht werden, nicht nur der Hotspot im Landkreis Heinsberg, sondern auch zunehmend betroffene Gesundheitseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen. „Der Anteil der positiven Testergebnisse fällt wohl ab, aber die Zahlenangaben sind widersprüchlich und verwirrend“, stellen die Experten unter anderem fest. „Zur Beurteilung der Sachlage ist ganz besonders die Zahl der asymptomatisch Infizierten notwendig, da diese als Kennzahl der Krankheitslast und als Treiber der Epidemie eine besondere Rolle spielen.“ Zudem sei die Zahl der inzwischen „Genesenen“ irreführend, da die Zahl der Erkrankten nicht bekannt sei und nicht jeder vom Virus infizierte Mensch auch daran erkrankt. Mehrfach wird in dem Papier das tonangebende Robert-Koch-Institut (RKI) kritisiert, das dem Bundesgesundheitsministerium unter Jens Spahn (CDU) untersteht und vom Tiermediziner Lothar Wieler geleitet wird. Die sechs Experten erinnern daran, dass die Öffentlichkeit „das Recht auf eine verständliche, aktuelle und zutreffende Information hat“. Dem werde das Berliner Institut aber nicht gerecht. Inzwischen fordern auch Journalisten etablierter bundesdeutscher Medien bessere „Corona-Daten“ vom RKI. „Leider reichen die Daten, die das Robert Koch-Institut bisher veröffentlicht, dafür nicht aus“, stellt eine ganze Reihe von ihnen in einem gemeinsamen Appell fest. Zuvor hatte der Sender

	„Norddeutscher Rundfunk“ (NDR) berichtet, „viele wichtige Corona-Daten sind Journalisten nur schwer oder gar nicht zugänglich, weil das Robert Koch-Institut (RKI) in Berlin sie zurückhält oder nur tröpfchenweise herausgibt“. Das Institut sitze „auf einem Datenschatz, der für die öffentliche Meinungsbildung zur Epidemie und zur Corona-Politik Gold wert wäre“. Laut NDR hat das RKI mehrere Bitten um Datensätze „ohne stichhaltige Gründe abgelehnt, Fragen dazu beantwortete das Institut ausweichend oder gar nicht“. Irreführende Darstellungen Die sechs Gesundheitsexperten kritisieren in ihrem Thesenpapier unter anderem, die täglich vom RKI gemeldete Gesamtzahl der Infizierten werde ebenso wie die der Sterbefälle nicht in das entsprechende Verhältnis zur Zahl der getesteten Personen gesetzt. Immer noch werde die jeweilige Gesamtzahl seit dem ersten Tag der Erfassung angegeben und in den Mittelpunkt der offiziellen Kommunikation gestellt. Das führe in der Öffentlichkeit zu einer „überzeichneten Wahrnehmung“ der tatsächlichen Lage, die aktuell von zurückgehenden Fallzahlen gekennzeichnet sei. „Die Aussagekraft der täglich gemeldeten Neuinfektionen in der jetzigen Form ist (sehr) gering“, stellen die Experten fest. „Sie sollte dringend um die Zahl der im gleichen Zeitraum getesteten Personen ergänzt werden, damit sich die informierte Öffentlichkeit ein zutreffendes Bild über die Situation machen kann.“ Sie machen darauf aufmerksam, dass die täglichen Situationsberichte des RKI den Eindruck erwecken, dass die Covid-19-Epidemie eine „durch tägliche Messungen abbildbare homogene Entwicklung darstellt (wie der Peilstab bei einsetzender Flut)“. Diese Annahme sei jedoch nicht zutreffend, „denn es handelt sich um ein inhomogenes, herdförmig ablaufendes Geschehen. Die Experten schlagen deshalb vor, Daten wie die Zahl der durch Schwererkrankte belegten Intensivbetten und die der Infizierte in Pflegeheimen als Maßstab zu nehmen. Fehlende Einordnung Um die Situation einschätzen zu können, müsse genauer angegeben werden, wie schwer die in den Kliniken aufgenommenen Infizierten erkrankt sind. Das RKI führe schon Husten als Symptom der Erkrankten auf, während die „entscheidende Zahl, bei wie viel Prozent der Patienten gar keine Symptome vorliegen“, fehle. Die Experten fordern, täglich über die Zahl der asymptomatischen Infizierten und die Patienten in Intensivbehandlung zu berichten. „Diese Angaben können der Öffentlichkeit die realistische Beurteilung der Situation enorm erleichtern.“ Zugleich wird kritisiert, dass die seit längerem genannte Zahl der Genesenen nicht ins Verhältnis zu den tatsächlich Erkrankten gesetzt wird. Nur dann könne dieser Wert sinnvoll interpretiert werden. Ebenso machen die Experten in ihrem Papier darauf aufmerksam, dass die Sterblichkeit im Zusammenhang mit Covid-19 „unvollständig und irreführend“ dargestellt werde. Das RKI setze die Zahl der Sterbefälle nur ins Verhältnis zur Zahl der gemeldeten Fälle der Infizierten. Und: „Auch für die epidemiologisch zentrale Frage, ob die beobachtete Sterblichkeit wirklich auf die Erkrankung zurückzuführen ist (attributable mortality), ist keine den wissenschaftlichen Standards entsprechende Entwicklung sichtbar.“ Die sechs Autoren betonen, dass aus ihrer Sicht in der Bundesrepublik

	„wegen des Eingreifens der Politik, der Selbstdisziplin der Bürger und wegen der relativ guten Ausstattung des Gesundheitswesens eine massive Erhöhung der Sterblichkeit“ vermieden werden konnte. Dennoch müsse das tatsächliche Geschehen genauer analysiert werden, auch durch Obduktionen der sogenannten Corona-Toten, von denen das RKI lange Zeit abgeraten hatte. Diese seien ein „unverzichtbares Mittel zur Klärung der Todesursache bei Patienten mit Covid-19-Infektion“. Ungenaue PCR-Teste Die so gewonnenen Erkenntnisse könnten insbesondere bei der Therapie der Erkrankten helfen, stellen die Gesundheitsexperten klar. Sie bedauern: „Im Fall von Covid-19 bieten allerdings derzeit weder das RKI noch die WHO, die CDC (Center of Diseases Control, USA) oder andere Organisationen eine klare Definition der Covid-19 bedingten Letalität an – jedenfalls keine, die über die diagnostischen Kriterien bei lebenden Patienten hinausgeht.“ Aus ihrer Sicht wird mit den in der Bundesrepublik durchgeführten Corona-Testungen die Häufigkeit der Infektionen überschätzt. Gleichzeitig werde in Folge der Art und Weise, wie getestet wird, wenig über die Verbreitung in der Gesamtbevölkerung ausgesagt. Zudem bestätigen sie die Kritik anderer Experten wie des Lungenarztes Wolfgang Wodarg an den PCR-Testen. Diese vor allem vom Virologen Christian Drosten entwickelten und geförderten Methoden seien zu ungenau, um tatsächliche Angaben zu gewinnen, wie lange ein Mensch infektiös ist. Ebenso nehmen sie die in den Berichten des RKI und von Politikern wie Kanzlerin Angela Merkel immer wieder als Maßstab genannte Reproduktionszahl R in ihren kritischen Blick. Die Methode, wie diese Zahl ermittelt werde, sei viel zu ungenau, stellen die Autoren fest. Mehr Testungen würden zudem zu einem steigenden R-Wert führen, „ohne dass diesem Anstieg eine Zunahme des Infektionsgeschehens gegenüberstehen würde“. Es sei „wenig hilfreich“, wie das RKI sowie die Regierung diese Zahl und die Methode, mit denen sie ermittelt wird, in der Öffentlichkeit kommuniziere. Ungenaue Zahlen Die Gesundheitsexperten machen darauf aufmerksam, dass laut RKI-Zahlen der Wert von R bereits vor dem seit dem 23. März geltenden Kontaktverbot auf 1 gesunken war. Seitdem bewege sich R auf diesem Niveau. Erst Mitte April sei Bundesgesundheitsminister Spahn darauf eingegangen. Und: „Der Einwand, der Effekt vor dem 21.3. sei bereits durch die reine Ankündigung des Lockdown erzielt worden, kann in keiner Weise überzeugen, denn die zur Berechnung des R-Wertes notwendigen Infektionsfälle beziehen sich auf Ansteckungen, die bereits zwei Wochen zurückliegen.“ Der Kinder- und Jugendmediziner Steffen Rabe aus München betreibt die Webseite impf-info.de, auf der er „Beiträge zu einer differenzierten Impfentscheidung“ leistet. Er hat gleichfalls die Daten des RKI zur Reproduktionszahl R analysiert und schrieb dazu am Sonntag in seinem „Coronoia-Blog“: Nach den Anfang Mai aktualisierten Angaben des RKI habe der Umkehrpunkt von R etwa zwischen dem 9. und 11. März gelegen. Die Ansteckungsrate von Covid-19 in Deutschland sei demnach bereits ab etwa dem 1. März rückläufig — „10 Tage vor den ersten ergriffenen Maßnahmen“. Wirkungsloses Kontaktverbot Die sechs Gesundheitsexperten stellen in ihrem Thesenpapier außerdem fest, dass mit den seit dem 23. März verschärften

		Einschränkungen kein weiteres Sinken von R zu verzeichnen sei: „Die Beobachtung ist ja durchaus mit der Annahme vereinbar, dass von diesen Maßnahmen keine weitere Wirkung ausgegangen ist.“ Es gebe keine nachweisbare zusätzliche Wirkung des Kontaktverbotes, das die Bundeskanzlerin aber bis nach Pfingsten verlängern ließ. In ihren Thesen weisen die Experten zudem daraufhin, dass Kinder „eine besondere Rolle“ spielen. Die Jüngeren würden deutlich seltener infiziert und nicht schwer krank in Folge einer Infektion. Deshalb könnten aus wissenschaftlicher Sicht die Betreuungs- und Bildungseinrichtungen wieder geöffnet werden. Zugleich wird davor gewarnt, dass die durchgesetzten Maßnahmen bei Kindern und Jugendlichen dazu führt, dass soziale Benachteiligung verstärkt wird. Auch deshalb sollten die Einrichtungen so schnell wie möglich wieder geöffnet werden. Ebenso gehen die Autoren darauf ein, dass zunehmend Infektionsherde aus Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen gemeldet werden. Deshalb seien vorbeugende und schützende Maßnahmen für Patienten und Personal notwendig, ohne die Betroffenen einfach zu isolieren. Die Experten betonen, die Covid-19-Epidemie zeige, dass nur ein gut entwickeltes Gesundheitswesen solchen Herausforderungen gewachsen sei. Hohe Sterbefallzahlen in anderen Ländern seien auch eine Folge der dort in den letzten Jahren erfolgten Sparpolitik im Gesundheitswesen. Uneffektive Maßnahmen In ihrem Thesenpapier widmen sich die Gesundheitsexperten ausführlich dem Thema der Prävention, der Vorbeugung. Sie stellen klar: „Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Zeithorizont mehrere Jahre umfasst, auch wenn im kommenden Jahr eine Impfung zur Verfügung stehen sollte. Die Gesellschaft würde einen irreparablen Schaden erleiden, müsste man einen allgemeinen Lockdown über einen so langen Zeitraum aufrechterhalten. Daher ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, die Präventionsstrategie grundlegend zu überdenken.“ Die derzeitigen Maßnahmen, die verhindern sollen, dass sich das Virus Sars-Cov 2 unkontrolliert ausbreitet, haben sich aus ihrer Sicht als „nicht effektiv“ erwiesen. Im internationalen Vergleich gebe es bei den reinen Infektionszahlen und den Verläufen keine Unterschiede zwischen Deutschland und Schweden auf der einen und Ländern wie Frankreich oder Italien auf der anderen Seite. Für die Experten gibt es weiterhin Grund, an der Effizienz der Maßnahmen zu zweifeln. Massive Kollateralschäden Es gebe nicht nur massive Nebeneffekte für die Bürger und die sozialen Strukturen ebenso wie für die Wirtschaft und die Berufstätigen. Die soziale Ungleichheit und die Unterversorgung gefährdeter Bevölkerungsgruppen wird durch allgemeine und unterschiedslos angewandte Regeln „deutlich vertieft“, so Schrappe und Kollegen mit Verweis auf internationale Analysen. Ebenso verwiesen sie auf die Folgen für die medizinische Versorgung der Bevölkerung, nachdem das Gesundheitswesen einseitig auf die möglichen Covid-19-Patienten ausgerichtet wurde. Gleichfalls fordern sie von der Politik, die psychosozialen Folgen der Maßnahmen nicht aus dem Blick zu verlieren. „Die damit verbundene starke soziale Isolation und die damit einhergehenden Einsamkeitsgefühle, vor allem auch bei den älteren Risikogruppen (z.B. Trennung alter Menschen von den Angehörigen), aber auch bei den Angehörigen, die sich z.B. nicht von den sterbenden Menschen verabschieden können, äußern sich kurz-, mittel- und langfristig in

	Depressivität, Ängstlichkeit, Wut, Stress, posttraumatische Belastungen und Stigmatisierung“, betonen die Experten. „Die Folgen solcher Belastungen können von Beeinträchtigungen der Lebensqualität und des Wohlbefindens über erhöhte Krankheitsanfälligkeit bis hin zu erhöhtem Mortalitätsrisiko führen.“ Zu den bereits von anderen festgestellten Kollateralschäden gehöre auch: „Das Risiko, einen vorzeitigen Tod zu erleiden, ist bei sozial isolierten alten Menschen gegenüber nicht isolierten alten Menschen – deutlich höher.“ Die Gesundheitsexperten sprechen sich gegen eine einseitig auf technische Lösungen wie die sogenannte Corona-App orientierte Vorgehensweise in der Corona-Krise aus. Das entspreche nicht dem Stand von Praxis und Wissenschaft im Zusammenhang mit Epidemien. Es müssten komplexere und mehrere Faktoren einschließende Lösungen gesucht werden. Dazu zählen sie zielgruppenorientierte Vorbeugungsmaßnahmen, die für die Betroffenen nicht zu Angst vor Isolation und Zwang führen dürften. „Für die Risikogruppen muss aus dem daran geknüpften Vorgehen ein Vorteil erwachsen, z.B. durch bevorzugte und geschützte Nutzung des öffentlichen Raumes oder durch besondere Unterstützung bei der Pflege.“ Offizielle „Fake News“ Neben Vorschlägen für eine bessere Unterstützung der konkret handelnden Institutionen und Organisationen sind in dem Thesenpapier ebenso Vorschläge für eine bessere Risiko- und Krisenkommunikation zu finden. Die Experten sprechen sich gegen Aussagen von aus, „die unbelegte Voraussagen im positiven und negativen Sinne als Fakten darstellen“. Diese werden aber nicht irgendwelchen „Fake-News“-Medien zugeschrieben, sondern dem RKI, dessen Chef Wieler Ende März vor „italienischen Verhältnissen“ warnte, und Bundesgesundheitsminister Spahn, der Ende März von einem bevorstehenden Sturm auf die Intensiv-Stationen der Krankenhäuser sprach. Aber auch die Aussagen von Kanzlerin Merkel über die „Öffnungsdiskussionsorgien“ und „zu forsche“ Lockerungen werden als Beispiele für eine Sprache genannt, „die eher Unsicherheit und Angst schürt als umsichtig erklärt und abwägt“. Dazu würden ebenso neben den gezielt eingesetzten Bildern aus Italien die „zielgerichteten negativen Botschaften“ in den täglichen Meldungen des RKI und der vielzitierten Johns-Hopkins-Universität aus den USA beitragen. „Damit drängt sich aber beim Leser oder Hörer der Eindruck auf, dass die Bedrohung jeden Tag größer wird, obwohl dies seit mehreren Wochen nicht mehr der Fall ist. Die Botschaft liegt hier in der Dramatisierung und nicht in einer abwägenden, vergleichenden, die Entwicklung erklärenden Einordnung, die es dem Bürger ermöglicht, die Entscheidungen nachzuvollziehen und zu vertreten.“ Die Experten erinnern dabei an die bekanntgewordenen Belege aus Regierungskreisen in Österreich und der Bundesrepublik, in denen davon gesprochen wurde, gezielt auf die Angst der Bevölkerung zu setzen und diese zu nutzen. Das gelte ebenso für die Medien: „Allzu oft wird eine schockierende Aussage eine höhere mediale Wahrnehmung mit sich bringen als ein abgewogenes Statement. Die Wirkung solcher Worte, Bilder oder Strategien sind Angst, Hamsterkäufe, bis hin zu psychiatrischen und psychosozialen Belastungen und Grundprägungen bei Kindern und Jugendlichen – mit noch nicht absehbaren Folgen für unsere gesellschaftliche Kultur.“ Statt einer Kommunikation, die dauerhaft auf das Gefühl der Bedrohung setze, sind aus Sicht der sechs Experten positive

Botschaften notwendig. Die Bürger müssten in die Suche nach Lösungen einbezogen werden. Deren grundlegende Rechte in der Pandemie beschäftigen die Autoren des Thesenpapiers gleichfalls ausführlich. Niemand dürfe sich hinstellen und wie einst zu Beginn des Ersten Weltkrieges 1914 der Reichskanzler Theobald von Bethmann-Hollweg erklären: „Not kennt kein Gebot!“

Gefährliche Ignoranz
Der in Artikel 1 des Grundgesetzes festgeschrieben Grundsatz, die Würde des Menschen zu schützen, gelte auch in der Pandemie. „Der Mensch darf dabei nicht zu einem Objekt staatlichen Handels herabgewürdigt werden“, so die Experten. Doch viele der ergriffenen Maßnahmen, „speziell die noch weitgehend unerforschten gesundheitlichen und sozialen Wirkungen, bergen zumindest das Potenzial dazu“, warnen sie.

In ihrer letzten These heißt es: „Die deutsche Verfassung kennt für den Fall einer Pandemie keinen Ausnahmezustand, der eine Abweichung von Aufgabenzuordnungen und Kompetenzen des föderalen Staatsaufbaus und der demokratischen Gewaltenteilung erlauben würde.“
Zwar könne in Grundrechte eingegriffen werden, doch nicht ohne legitime Rechtfertigung und nicht, ohne dass zwischen konkurrierenden Grundrechten sowie zwischen Grundrechten und Schutzpflichten des Staates abgewogen werde. Je länger Beschränkungen andauern, umso mehr müssten sie daraufhin geprüft werden, ob sie noch verhältnismäßig sein.

Lieferanten haben im Auftrag der Bundesregierung 130 Millionen Schutzmasken nach Deutschland geliefert, doch bei den Ärzten ist kaum was angekommen. Die Lieferanten warten auf ihr Geld.

– Die Bundesregierung will künftigen Engpässen an Schutzkleidung langfristig vorbeugen. Derzeit ist das Ressort von Jens Spahn mit dem Aufbau einer „dauerhaften nationalen Reserve an medizinischer Schutzausrüstung“ befasst.

Nach einem Ausschreibungsverfahren der Regierung haben 50 Logistikunternehmen rund 130 Millionen FFP2-Masken nach Deutschland geliefert – mehr als der Jahresverbrauch aller Arztpraxen in Deutschland.

Trotz des reichlichen Angebots herrscht laut „Tagesschau“ bei Ärzten und in Krankenhäusern ein akuter Mangel an dem dringend benötigten Schutzmaterial. Gleichzeitig klagen Lieferanten, dass der Bund mit der Bezahlung der Masken nicht hinterherkommt.

Masken müssen durch den TÜV
Nach Informationen von NDR, WDR und der „Süddeutschen Zeitung“ begründet das Ministerium die Lieferschwierigkeiten damit, dass in den letzten zwei Wochen mehrere Lieferungen gleichzeitig eingetroffen seien.

Da die Masken vorab durch den TÜV geprüft werden müssten, würde sich die Auslieferung entsprechend verzögern. Etwa 20 Prozent der gelieferten Schutzmasken entsprächen nicht den hohen Normanforderungen. Die „durchschnittliche Prüfdauer“ betrage zwei Tage.

„Mangelhafte Produkte werden nicht abgenommen und nicht bezahlt“, sagte ein Sprecher des Ministeriums auf Anfrage. Erst zehn Prozent

	der Lieferanten seien bezahlt worden. Spahn lobt positive Entwicklung bei Schutzmasken Erst kürzlich sprach Gesundheitsminister Spahn gegenüber der „Zeit“ von einem Überangebot an medizinischen FFP2-Masken in Deutschland. Kassenärztliche Vereinigungen hätten bereits rückgemeldet: „... der Hof ist voll, stell die Lieferungen ein“. Die Vorsitzende der Ärztegewerkschaft Marburger Bund, Susanne Johna, bestätigt das nicht. „Wir hätten gerne, dass die Kliniken auch voll sind“, sagt Susanne Johna von der Ärztegewerkschaft Marburger Bund. Laut einer Studie des Marburger Bunds verfügten 38 Prozent der Ärztinnen und Ärzte in Deutschland immer noch nicht über ausreichend Schutzkleidung. In manchen Kliniken würde das Einmalmaterial während einer gesamten Schicht verwendet und zum Teil sogar mehrere Tage hintereinander. „Das ist ein Zeichen dafür, dass noch nicht genug Material vor Ort ist“, sagt Johna. „Wenn es wirklich auf den Höfen lagert, irgendwo, dann bitte ausliefern an die Kliniken, an die Praxen, an die Altenheime, damit dann das medizinische Personal diese Schutzkleidung auch nutzen kann.“ (nh) Immer öfter werden in der Corona-Krise Stimmen laut, die meinen, der Staat behandle die Menschen nur als „abstrakte, verzerrte Wesen“. Ein empörter Brief einer freischaffenden - und dazu noch schwangeren Musikerin geht nun viral und legt einem die schwierige Lage der FreiberuflerInnen nahe: **Soforthilfen funktionieren oft so gut wie nicht**. – Es wird beklagt, geflucht und getröstet. „Auf staatliche Hilfe kann man sich echt nicht verlassen! Große Ankündigungen und dann nur heiße Luft! Es ist ein Grauen!“, schreibt eine gewisse Doris Wellen auf Facebook. „Was für ein Armutszeugnis und es ist sicher nicht das letzte Mal“, legt Michael Imm nach - „Jaja, das Land der Dichter und Denker...alles für die Künstler, außer angemessenen Lohn natürlich.“ Am Donnerstag hat die freischaffende Sängerin Vera Klima - im achten Monat schwanger - auf Facebook ihre verzweifelte Suche nach staatlicher Unterstützung in der Corona-Zeit detailliert dargestellt - und viel Resonanz gefunden. Nachdem sie in letzter Zeit so oft mit dem Satz „Für Künstler wird doch so viel getan“ konfrontiert gewesen sei, sei ihr einfach der Kragen geplatzt, schreibt die 34-Jährige. Wie auch vielen ihrer Kollegen, sind bei Klima und ihrem Freund - eben einem Musiker - aufgrund des Lockdowns viele Auftritte ausgefallen. Das Einkommen habe sich binnen weniger Tage von 100 auf 25 Prozent reduziert. Ende März beantragt sie nach eigenen Angaben die Soforthilfe für Selbstständige und muss vier Wochen danach erfahren, dass die eingezahlten 2.800 Euro nur für Betriebskosten eingesetzt werden dürfen - der Rest wird zurückgefordert mit einer Androhung von bis zu fünf Jahren Haft bei falschen Angaben. Da die Kosten, die sie von ihren Einnahmen deckeln muss, zum Großteil privat sind, darf sie von den 2.800 Euro letztendlich nur 600 Euro für drei Monate „Betriebskosten“ behalten. Als Klima sich dann die Ende April von Kulturstaatsministerin Grütters angekündigten Ausfallhonorare ansieht, stellt es sich heraus, dass diese nur für Veranstaltungen der vom Bund geförderten Einrichtungen gelten. Auch auf die vom bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) angekündigte Hilfe für private Kosten der KünstlerInnen - 1000 Euro monatlich für drei

	Monate - kann sie dann offenbar nicht zugreifen, weil sie bereits Soforthilfe beantragt hatte. „Dann erscheint die Meldung, dass ich aufgrund dessen nicht mehr berechtigt bin für diese Hilfe. Alles klar, Miete und Essen - überschätzt“, berichtet die Musikerin enttäuscht und befürchtet, das ganze Jahr arbeitslos bleiben zu müssen. Auch das Mutterschaftsgeld, das die Schwangere ab Mitte Juni bekommen soll, wird in Bezug auf ihr Einkommen in den letzten 12 Monaten vor der Geburt berechnet - wo sie in den letzten Monaten aufgrund des Berufsverbots „gar nichts mehr“ verdient habe. „Ob man bitte einfach das Jahr 2019 als Berechnungsgrundlage nehmen könne?“, fragte sich die Künstlerin, - „Ich rufe mich durch sämtliche Stellen. Die Antwort: dafür müsse man ein Gesetz ändern. Ich schreibe drei Emails an Familienministerin Giffey. Keine Antwort.“ „Wir lassen niemanden alleine“, beruft sich die Frau auf die Worte des Wirtschaftsministers Peter Altmaier von Ende März. Es dürfe und es werde ‘keine Solidaritäts-Lücke’ geben, sagte der CDU-Politiker, als er ein Soforthilfeprogramm für Kleinstunternehmer und Solo-Selbständige in Höhe von 50 Milliarden Euro beschlossen ankündigte. „Doch. Obwohl - Ich fühle mich nicht allein gelassen. Ich fühle mich einfach nur komplett verarscht“, setzt die Musikerin fort. Auch die vierte Hilfe für Solo-Selbstständige ist aus ihrer Sicht nur „heiße Luft“. Auch fügt Klima hinzu, nicht zu betteln oder mit einem Bein auf der Straße zu stehen. Nur müssten sie und ihre Kollegen seit März von ihren Ersparnissen leben. „<..> Ich kann gerade noch nicht sagen, was mich mehr entsetzt: die Art, wie die Staatsregierung mit soloselbständigen Kulturschaffenden umspringt oder die Verlogenheit, mit der Hilfsmaßnahmen öffentlichkeitswirksam propagiert werden, von denen dann bei dem Teil der Kulturszene, der jetzt am meisten darauf angewiesen wäre, nichts ankommt“, schreibt seinerseits der Lebenspartner der Sängerin, Jochen Enthammer. Offensichtlich kalkuliere man kühl mit dem Tod eines ganzen Berufszweigs. „Nach dem oben geschilderten Verlauf drängt sich doch der Verdacht auf, dass die Künstlerhilfen nichts anderes sind als mediale Effekthascherei seitens der Staatsregierung“, resümiert seine Lebenspartnerin - ein Schluss, der in vielen Künstlerfamilien seit Wochen ein starkes Echo zu finden scheint. An einer Stelle wird kritisiert, dass die Bundesregierung lieber neun Milliarden in die Lufthansa oder 18,5 Milliarden in neue Kampfflugzeuge stecke. Auf der anderen Seite wird Altmaier persönlich als Schuldiger gesehen. Immer wieder wird bemängelt, dass die geltenden Soforthilfen für Selbstständige nicht für den Lebensunterhalt genutzt werden dürfen. „Kultur ist auch systemrelevant“, ertönen längst die beunruhigten Stimmen. „Wir lassen niemanden alleine“? Nach den Vorgaben der Bundesregierung dürfen Solo-Selbstständige die finanziellen Hilfen tatsächlich nicht als Ersatz für ausgefallene Aufträge und Einkommen nutzen, um den Lebensunterhalt zu finanzieren. Für den Lebensunterhalt sollen sie die Grundsicherung nach SGB II – Hartz IV – beantragen. Der Händlerbund e.V., aber auch die Bundesländer hatten Ende April der Berichterstattung zufolge in Briefen an Altmaier eine Anpassung der Soforthilfen gefordert, so dass auch ihr Lebensunterhalt gesichert würde. Die Forderungen soll Bundeswirtschaftsminister Altmaier Anfang Mai in einer Sitzung mit den Wirtschaftsministern der Bundesländer abgelehnt haben. Die Bundesvorgaben für die Soforthilfen bleiben damit unverändert. lk/gs „Wir müssen genau überlegen, welche Maßnahmen sind sinnvoll, welche

können wir uns leisten“, sagte Parteichef Söder am Freitag im ZDF-„Morgenmagazin“. „Deswegen braucht es tatsächlich eine Obergrenze.“ Der Staat dürfe „nicht nur einfach Geld verteilen“.

– Zwar seien „Steuersenkungen und Konjunkturmaßnahmen“ angesichts der Corona-Krise nötig, sagte Söder. Eine Tilgung der Schulden von Kommunen, wie sie die SPD ins Spiel gebracht hat, seien aber „sicherlich der falsche Weg“. Auch Corona-Bonds auf europäischer Ebene lehnte der bayerische Regierungschef ab, da diese bedeuten würden, „dass wir für die Schulden anderer haften“.

  Söder hob im ZDF hervor, dass Bayern „mit Abstand finanziell das stärkste Land in Deutschland“ sei und „die niedrigsten Schulden von allen“ habe. Angesichts der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie setze er sich für Steuersenkungen ein, „damit die Menschen mehr Geld in der Tasche haben“, sowie für „Impulse, dieses Geld auch in den Wirtschaftskreislauf zu bringen“. Angesichts der Export-Ausfälle brauche Deutschland eine zeitlich befristete Ankurbelung der Binnennachfrage.

  Die CSU hält am Freitag zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen kleinen Parteitag ausschließlich virtuell ab. Im Mittelpunkt des wegen der Corona-Einschränkungen nur im Internet stattfindenden Delegiertentreffens stehen eine Grundsatzrede von Parteichef Söder und die Beratungen über einen Leitantrag. Darin macht die CSU eine Reihe von Vorschlägen zur Bewältigung der Corona-Krise – etwa Steuersenkungen, um die Wirtschaft wieder anzukurbeln. (afp/sua)

„Es wird keinen Impfzwang gegen das Coronavirus geben“, sagte der CDU-Politiker den Zeitungen der Funke-Mediengruppe. Die kommenden zwölf Monate würden für Deutschland „sehr hart“, sagte Kretschmer voraus. „Wir haben die Krise noch lange nicht überstanden. Wir werden im Herbst wieder höhere Infektionszahlen haben. Wir werden auch alle die Wirtschaftskrise stärker spüren.“ Kein anderes Land habe gerade im sozialen Bereich einen solchen Schutzschirm gespannt wie die Bundesrepublik Deutschland. „Wir haben eine internationale Krise. Die Produktion lahmt, Märkte brechen zusammen – und zwar auf der ganzen Welt. Das ist kein isoliertes Problem in Deutschland“, so der Ministerpräsident.

– Die Impfung solle freiwillig sein, hatte zuvor auch Kanzleramtschef Helge Braun (CDU) gesagt. Wer die Impfung nicht wolle, „muss das Risiko einer Infektion selbst tragen“.

  Weltärztepräsident für allgemeine Impfpflicht gegen SARS-CoV-2
  Hingegen hat Weltärztepräsident Frank Ulrich Montgomery eine allgemeine Impfpflicht zum Schutz gegen das neuartige Coronavirus gefordert. Wenn künftig ein Serum gegen das Virus zur Verfügung stehe und sich manche Bürger dann der Impfung verweigerten, stellten sie ein hohes Risiko für ihre Mitbürger dar, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden könnten, warnte Montgomery in den Zeitungen der Funke Mediengruppe (Mittwochsausgaben).

  „Wir müssen deshalb möglichst viele Menschen impfen“, sagte der Präsident des Weltärztebundes. Auch im Fall der Masern hatte sich Montgomery für die Impfpflicht eingesetzt, die seit März gilt.

  Forderung nach Impfung bereits im Februar
  Die ersten Forderungen nach einem Impfstoff gegen das damals noch sehr neuartige Virus wurde bereits im Bundestag am 12. Februar laut. Damals gab es in Deutschland 16 Infizierte. „Wir wollen konsequent einen Impfstoff entwickeln, um den Menschen eine zuverlässige

	Prävention anbieten zu können“, sagte Thomas Rachel, Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung und Forschung. (afp/dts/sua) Die Rettung der finanziell angeschlagenen Lufthansa ist einem Medienbericht zufolge ins Stocken geraten**. In der Schlussphase der Gespräche habe die Bundesregierung neue Forderungen aufgebracht, die eine Sanierung faktisch unmöglich machen würden**, berichtete das „Handelsblatt“ am Freitag unter Berufung auf informierte Kreise. Demnach solle die Lufthansa alle Flugzeuge abnehmen, die sie bei Airbus bestellt habe. – Für die Lufthansa wäre dies eine enorme finanzielle Belastung, berichtete das „Handelsblatt“ weiter. Demnach würden für die Maschinen in den kommenden drei bis vier Jahren über fünf Milliarden Euro nötig werden. Angesichts dieser neuen Bürde hätten sich die Vertreter von Bund und Unternehmen nicht auf das neun Milliarden Euro schwere Sanierungspaket einigen können, schrieb die Zeitung. Eine für Freitag geplante Aufsichtsratssitzung sei daher auf Montag verschoben worden. Über das Wochenende werde den Kreisen zufolge weiter verhandelt. Lufthansa-Betriebsrat ist enttäuscht über die bisherigen Verhandlungsergebnisse Der Lufthansa-Betriebsrat hat sich enttäuscht über die bisherigen Verhandlungsergebnisse mit der Bundesregierung zur Rettung der Airline gezeigt. „Es ist erschütternd, dass sich in den Rettungsvorschlägen der Bundesregierung nicht ein einziges Wort über die Zukunft der Beschäftigten findet“, sagte Betriebsratschef Christian Hirsch der „Bild“ (Samstagausgabe). Er hätte sich gewünscht, dass die Milliardensummen des Staates auch darauf verwendet werden, soziale Härten abzufedern. „Das Hilfsangebot der Bundesregierung ist aber weder an Beschäftigungsgarantien geknüpft, noch werden Sozialpläne in Aussicht gestellt – das ist empörend.“ Hirsch fordert deshalb in den kommenden Verhandlungsrunden Nachbesserungen. „Es ist schade, dass sich die sozialen Adern in der Bundesregierung da bislang nicht durchgesetzt haben. Da muss dringend nachgebessert werden – eine Rettung der Lufthansa auf dem Rücken der Belegschaft wäre unanständig“, sagte er „Bild“. (afp/dts)
Griechenland	2.874 Infizierte 169 Tote 1.374 genesen **Die griechische Regierung hat die Corona-Ausgangssperre für die von Flüchtlingen und Migranten bewohnten Camps im Land am Donnerstag anders als zunächst geplant nicht aufgehoben, sondern bis zum 7. Juni verlängert.** – Die Ministerien für Zivilschutz, Gesundheit und Migration hätten die Verlängerung der vor zwei Monaten verhängten Ausgangssperre vereinbart, teilte das Migrationsministerium in einer kurzen Erklärung ohne nähere Erläuterung mit. In den völlig überfüllten Flüchtlingslagern auf den griechischen Ägäis-Inseln wurden bislang keine Corona-Infektionen festgestellt. Auf dem Festland infizierten sich hingegen Dutzende Bewohner von drei Einrichtungen.

	Auf den nahe der Türkei gelegenen Ägäis-Inseln leben statt der vorgesehenen 6.100 mehr als 38.000 Migranten. Die griechische Regierung hat daher zugesagt, 2.000 Asylsuchende aus den überfüllten Lagern auf den Inseln auf das Festland zu verlegen. Griechenland hat mittlerweile in anderen Bereichen mit Lockerungen der Corona-Beschränkungen begonnen. Am 4. Mai wurden die generellen Ausgangsbeschränkungen aufgehoben. Vergangene Woche öffneten alle archäologischen Stätten unter freiem Himmel wieder, die Lokale im Land folgen am Sonntag. Am 15. Juni soll die Touristen-Saison offiziell beginnen. (afp/sua)
Österreich	16.436 Infizierte 635 Tote 15.005 genesen **„Eine Schulden-Union – das lehnen wir ab", sagte Kurz der „Bild". Insbesondere dürfe eine solche Schulden-Union nicht durch die Hintertür eingeführt werden, deswegen müssten Hilfen zeitlich befristet sein**. – Krisenländer wie Italien und Spanien müssten außerdem Auflagen für ihre Staatshaushalte bekommen. Schließlich zeige die Coronakrise aktuell auch, wie wichtig eine vernünftige Haushaltspolitik sei. „Der Spruch ‚Spare in der Zeit, dann hast du in der Not' ist durch die Coronakrise noch einmal offensichtlich geworden. Und ich bin froh, dass es Länder gibt wie Deutschland oder wie Österreich, die in den letzten Jahren ihre Budgets unter Kontrolle hatten", so der österreichische Bundeskanzler weiter. Zudem verteidigte er die Ankündigung, mit Dänemark, Schweden und den Niederlanden einen Alternativvorschlag vorzulegen. Es gebe in der EU „27 Staaten am Tisch". Da werde „es wohl in Ordnung sein, dass auch andere Länder eine Meinung dazu haben", sagte Kurz der „Bild". Dass Merkel ihm das übel nehme, denke er nicht. „Ich glaube nicht, dass ich Frau Merkel massiv verärgert habe. Ganz im Gegenteil: Es gibt einen Diskussionsprozess auf europäischer Ebene, der meiner Meinung nach gut aufgesetzt ist, geleitet von Ursula von der Leyen", so der ÖVP-Politiker. (dts)
Russland	326.448 Infizierte 3.249 Tote 99.825 genesen **Im Kampf gegen das Coronavirus sieht der russische Präsident Wladimir Putin erste Erfolge: Die Situation im Land stabilisiert sich und die Zahl neuer Infektionsfälle sinkt.** – Die Lage habe sich im ganzen Land stabilisiert: Sowohl in Moskau - das als erstes von der Epidemie betroffen war – als auch in vielen anderen Regionen Russlands sinke allmählich die Zahl der täglich neu entdeckten Infektionen. „Bisher ist diese positive Dynamik nicht so schnell, wie wir uns das wünschen. Manchmal ist sie instabil, aber sie existiert." sagte Putin am Freitag bei einer Videokonferenz zur gesundheitlich-epidemiologischen Situation in Russland. Etwa 165.000 Corona-Patienten könnten die Kliniken aufnehmen. 30 Prozent dieser Betten seien derzeit nicht belegt.

	Vize-Regierungschefin Tatjana Golikowa sagte ihrerseits auch, dass die derzeitige Situation mit COVID-19 in Russland von einer Phase der Stabilisierung zeuge: „Die Situation, die sich in den letzten zehn Tagen entwickelt hat, gibt uns Anlass anzunehmen, dass das Land zu einem Zustand der Stabilisierung übergegangen ist“, sagte sie in der Konferenz. Golikowa betonte auch, dass die Wachstumsrate beim Nachweis neuer Fälle von Coronavirus abnehme. Innerhalb von zehn Tagen habe der Rückgang 22,5 Prozent betragen, versicherte die stellvertretende Ministerpräsidentin. Sie sagte auch, dass Russland die Sterberate durch Coronavirus nie verschleiert habe. Das Land stelle operative Daten zum Coronavirus im Rahmen des Monitorings von Anfang an bereit. In Russland gibt es nach Erhebungen der Weltgesundheitsorganisation (Stand 22.05, 15:34 Uhr) 326.448 Corona-Infizierte. 3249 davon sind gestorben und mehr als 99.000 Erkrankte genesen. Fast die Hälfte (158.000) aller Corona-Fälle entfallen auf die Hauptstadt Moskau. Dort gelten seit Wochen strenge Ausgangssperren. Nennenswerte Erleichterung stellte Bürgermeister Sergej Sobjanin noch nicht in Aussicht, erst wenn die Zahl der Neuinfektionen deutlich sinke. Vom kommenden Montag an soll es lediglich kleinere Lockerungen geben. Laut Stadtverwaltung öffnen dann weitere staatliche Dienstleister, aber nur mit vorherigem Termin. Carsharing soll wieder möglich sein. Ein Auto muss aber mindestens für fünf Tage gemietet werden.Putin mahnte, Russland müsse auch für eine zweite Corona-Welle im Herbst gewappnet sein. sm/gs
United Kingdom	255.533 Infizierte 36.475 Tote 1.135 genesen **Der britische Premierminister hat Beamte angewiesen, zu ermitteln, wo das Vereinigte Königreich anfällig für potenziell feindliche ausländische Regierungen ist. Denn solche Regierungen – wie China – könnten „Hintergedanken“ haben.** – Boris Johnson hat Beamte angewiesen, angesichts des Virusausbruchs Pläne zu entwickeln, um die Abhängigkeit Großbritanniens von China bei lebenswichtigen medizinischen Hilfsgütern und anderen strategischen Importen zu beenden, schreibt die britische Zeitung „The Telegraph“. Die Pläne laufen unter dem Decknamen „Project Defend“ (Projekt Verteidigung), wie mit dem Projekt vertraute Quellen „The Times“ verrieten. Der Kernpunkt der Pläne ist demnach „die Identifizierung der wichtigsten wirtschaftlichen Anfälligkeit Großbritanniens gegenüber potenziell feindlichen ausländischen Regierungen“. Die Vorbereitungen werden vom Außenminister Dominic Raab geleitet und sind Teil eines „umfassenderen neuen Ansatzes zur nationalen Sicherheit“, berichtete „The Times“. Versorgungslinien erweitern, um die Abhängigkeit zu reduzieren Dem Bericht zufolge wurden im Rahmen des Projekts zwei Arbeitsgruppen eingerichtet. Eine Quelle erklärte gegenüber „The Times“, dass das Ziel darin bestehe, die Versorgungslinie zu erweitern, „um nicht mehr von einzelnen Ländern für lebenswichtige Non-Food-Produkte abhängig zu sein“. Die Überprüfung durch die Regierung

umfasse ebenso persönliche Schutzausrüstung und Medikamente.

Premierminister Johnson versprach, Schritte zu unternehmen, um die „technologische Basis Großbritanniens zu schützen“. Er sagte am 20. Mai bei einer Sitzung im Parlament:

Wir sind besorgt über die getätigten Investitionen und besorgt über den Aufkauf britischer Technologie durch Länder, die vielleicht Hintergedanken haben, und wir schlagen sicherlich Maßnahmen vor, um sicherzustellen, dass wir unsere technologische Basis schützen“.

Prüfung nötig, um Engpässe in einer Krise zu vermeiden
Großbritannien ist bei vielen Produkten strategisch von China abhängig. Dazu gehören pharmazeutische Inhaltsstoffe, die zur Herstellung von Schmerzmitteln, Antibiotika und antiviralen Medikamenten benötigt werden, schreibt „The Telegraph“. Bei der Hälfte dieser Lieferungen ist Großbritannien zu 50 Prozent von China abhängig. Andere wichtige Güter sind Industriechemikalien, Metalle und Elektronik.

Gegenüber „The Times“ hat sich die Pressestelle der britischen Regierung so geäußert: „Die Coronavirus-Pandemie hat gezeigt, wie wichtig widerstandsfähige Lieferketten sind, um den kontinuierlichen Fluss wichtiger Güter zu gewährleisten und den globalen Handel in Gang zu halten. Deshalb prüfen wir, welche Schritte wir unternehmen können, um sicherzustellen, dass wir über vielfältige Lieferketten verfügen, um Engpässe im Falle einer künftigen Krise zu vermeiden“.

Dieser Schritt zeigt die allgemeine Richtung weltweit, sich von der Abhängigkeit von China zu lösen. Durch den Umgang mit der Corona-Pandemie erntet das kommunistische Regime zunehmend Kritik, was politische und wirtschaftliche Konsequenzen mit sich zieht.

Der britische Billigflieger Easyjet will vom 15. Juni an wieder erste Flüge anbieten. Dabei werden hauptsächlich Strecken innerhalb Großbritanniens angeboten, wie das Unternehmen in London mitteilte. Bedient werden sollen insgesamt 22 Flughäfen, darunter London-Gatwick, Edinburgh, Glasgow und Belfast.

– Easyjet-Chef Johan Lundgren sprach von „kleinen, vorsichtig geplanten Schritten“. Die Airline kündigte zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen wegen der Corona-Krise an. So sollen beispielsweise Passagiere, Besatzung und das Bodenpersonal Masken tragen.

  Das Unternehmen wird derzeit auch von einem Hackerangriff getroffen. Unbekannte haben sich Zugang zu E-Mail-Adressen und Reisedetails von etwa neun Millionen Kunden verschafft, wie am Dienstag bekannt geworden war. Es soll keine Hinweise darauf geben, dass die Informationen missbraucht wurden. Bei über 2200 Kunden wurde laut Easyjet auf Daten von Kreditkarten zugegriffen. (dpa/al)

Die Universität Oxford sucht tausende Freiwillige für die zweite Phase eines Tests mit einem möglichen Impfstoff gegen das neuartige SARS-CoV-2. Die klinische Studie laufe "bislang sehr gut", erklärte Andrew Pollard von der Impfstoff-Forschungsabteilung der Uni am Freitag.

– In der zweiten Phase solle nun untersucht werden, wie gut der Impfstoff bei älteren Erwachsenen anschlage und ob das Mittel der gesamten Bevölkerung Schutz bieten könne.

	Gesucht werden jetzt bis zu 10.260 Erwachsene und Kinder ab fünf Jahren. Die erste Phase der Studie hatte im April mit 160 Teilnehmern im Alter zwischen 18 und 55 Jahren begonnen. Wann der mögliche Impfstoff zur Verfügung stehen könne, sei allerdings „unmöglich vorherzusagen“, sagte Pollard der BBC. Vieles hänge davon ab, dass für die zweite Phase genügend Probanden gefunden werden, die bereits mit dem neuartigen Coronavirus infiziert waren. Die Universität hat sich mit dem Pharmariesen AstraZeneca zusammengetan, der das Mittel in großen Mengen produzieren will, sobald seine Wirksamkeit bewiesen ist. Der mögliche Corona-Impfstoff basiert auf Schimpansen-Adenoviren, die genetisch so verändert sind, dass sie die Vermehrung von SARS-CoV-2 beim Menschen verhindern. Weltweit laufen nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) derzeit acht klinische Tests mit möglichen Impfstoffen gegen das neuartige SARS-CoV-2. Insgesamt sind 118 Mittel in der Entwicklungsphase. (afp/sua)
USA	13.056.206 getestete 1.591.245 Infizierte 95.533 Tote 298.418 genesen Facebook-Chef Mark Zuckerberg geht davon aus, dass die Corona-Krise einen langfristigen Wandel hin zur Arbeit außerhalb des Büros angestoßen hat. – Er rechne damit, dass in zehn Jahren rund jeder zweite Beschäftigte des Online-Netzwerks so arbeiten werde, sagte Zuckerberg in einem Interview des Technologieblogs „The Verge“ am Donnerstag. Zuvor hatte bereits unter anderem Twitter angekündigt, dass alle Mitarbeiter auch nach dem Ende der Krise ihre Jobs von Zuhause aus fortführen könnten, wenn ihre Aufgaben dies zulassen. Die Zahl von 50 Prozent sei seine Schätzung, kein Ziel, betonte Zuckerberg. In einer Umfrage habe jeder fünfte Mitarbeiter sich dafür ausgesprochen, dauerhaft von Zuhause aus zu arbeiten, weitere 20 Prozent hätten einiges Interesse daran gezeigt. Bei einigen von diesen 40 Prozent werde das angesichts ihrer Jobs nicht funktionieren – aber er gehe davon aus, dass in den kommenden Jahren weitere Mitarbeiter eingestellt werden, die von Anfang an von Zuhause arbeiten. Teure Bauprojekte für Großraumbüros Die großen amerikanischen Tech-Konzerne hatten traditionell im Gegenteil darauf gesetzt, ihre Mitarbeiter in Firmenzentralen und großen Büros im Ausland an einem Ort zusammenzubringen. Dafür leisteten sie sich auch teure Bauprojekte. So errichtete Apple ein noch vom Gründer Steve Jobs erdachtes kreisförmiges Gebäude für 12.000 Beschäftigte. Facebook erweiterte seine Zentrale mit hangargroßen Gebäuden des Stararchitekten Frank Gehry mit Gärten auf dem Dach. Google ist dabei, eine aufsehenerregende neue Zentrale in einem gewaltigen Glas-Zelt zu bauen. Zugleich trug die Konzentration hochbezahlter Mitarbeiter zum drastischen Anstieg der Immobilienpreise im Silicon Valley bei, der für soziale Probleme sorgt. Wenn Beschäftigte, die außerhalb des Büros arbeiten, aus dem Silicon Valley wegziehen, müssten sie das

Unternehmen darüber informieren, damit ihre Einkommen angepasst werden können, sagte Zuckerberg laut Medienberichten in einem Livestream für Mitarbeiter.

Im Gespräch mit „The Verge“ betonte der Facebook-Chef, dass sich das Arbeiten von Zuhause als effizienter als erwartet erwiesen habe. „Einige Leute dachten, dass alles auseinanderfallen wird – aber das passierte nicht.“ Eine wichtige Frage auf Dauer sei aber, wie man dabei Unternehmenskultur, Kreativität und soziale Kontakte erhalte. Zugleich könnten dadurch aber mehr Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten für ein Unternehmen arbeiten, weil weniger von ihnen umziehen oder pendeln müssten.

In der Corona-Krise wechselten mehr als 90 Prozent der Facebook-Beschäftigten ins Homeoffice. Wenn demnächst die Öffnung der Büros beginne, würden sie nur zu etwa einem Viertel besetzt sein, sagte Zuckerberg. Er selbst müsse zwar für Treffen zum Beispiel mit Geschäftspartnern oder Behördenvertretern in die Zentrale kommen – werde aber in Zukunft mehr Zeit als bisher außerhalb des Büros arbeiten. Auch er sei Zuhause produktiver gewesen als erwartet. (dpa/sua)

Der Kampf Washington gegen Peking geht weiter – jetzt auf dem Finanzplatz. Chinesische Konzerne sollen vom amerikanischen Kapital abgeschnitten werden, das entsprechende Gesetz ist unterwegs. Möge Washington aufpassen.

– Es gab eine Zeit, da waren Firmen aus China versessen darauf, ihre Aktien an amerikanischen Börsen zu listen (damals war die Globalisierung noch unaufhaltsam und unausweichlich). Ein Börsengang in den USA machte den Weg zu großem Geld frei, eröffnete Möglichkeiten zur Zusammenarbeit mit internationalen Banken. Für die chinesischen Firmen hatte eine Listung an der NYSE oder dem Nasdaq auch etwas von Anerkennung: Es war wie ein Ritterschlag, ein Bekenntnis, dass man zu den Größten gehöre in der internationalen Wirtschaft.

Washington seinerseits erhielt Hebel gegen die chinesischen Firmen in die Hand, die sich durch den Börsengang in den USA mit amerikanischen Investoren einließen. Jetzt können wir beobachten, wie Washington diese Hebel gegen Peking einsetzt: Der US-Senat hat einstimmig (!) einen Gesetzentwurf angenommen, laut dem die an amerikanischen Börsen gelisteten Firmen aus China zum Börsenabgang gezwungen werden sollen.

Die „BBC“ berichtet: „Der US-Senat hat einen Gesetzentwurf angenommen, laut dem einigen chinesischen Firmen verboten werden kann, Aktien an amerikanischen Börsen zu verkaufen. Das Gesetz schreibt ausländischen Firmen vor, den amerikanischen Finanzstandards zu entsprechen … und öffentlich zu erklären, ob sie einer ausländischen Regierung gehören bzw. ausländischer Kontrolle unterliegen.“ Das Gesetz müsse noch vom Kongress verabschiedet werden, bevor es durch Trumps Unterschrift in Kraft trete.

Theoretisch trifft das Gesetz jedes ausländische Unternehmen, konkret aber ist es (darauf weist die „BBC“ hin) gegen chinesische Konzerne gerichtet. Chinesische Staatsfirmen sind nicht unbedingt begeistert davon, Prüfer aus den USA in ihre Führungsetagen einlassen zu müssen. Und Übergaben relevanter Finanzinformationen an das Ausland sind in China sogar verboten. Dass Peking diese Regelung in einem Akt erniedrigender Gefälligkeit an Washington lockert, ist höchst unwahrscheinlich.

	Das System hat doch auch jahrelang bestens funktioniert: Durch den Börsengang chinesischer Firmen in den USA erhielten amerikanische Investoren die Möglichkeit, vom Boom der chinesischen Wirtschaft anhand von Dividenden aus staatlichen Öl-, Telekommunikations- und Immobilienkonzernen zu profitieren. Lästige Fragen oder Anforderungen stellten die Amerikaner nicht. Dass der amerikanische Gesetzgeber seine Meinung jetzt ändert, hat nichts mit Wirtschaftsskandalen in China zu tun, sondern folgt unmittelbar aus dem politischen Konflikt Washingtons gegen Peking. Übrigens: Die ersten Leidtragenden dieses Stimmungswechsels sind amerikanische Rentner, die ihren Lebensunterhalt aus den Pensionskassen für Beamte und Militärangehörige beziehen. Den Rentenfonds ist es laut „Forbes“ neuerdings per Präsidentenerlass verboten, Geld in chinesische Wertpapiere zu investieren. Antichinesische Gefühle setzen sich durch gegen wirtschaftliche Vernunft. Als nächstes zu erwarten ist ein Verbot für amerikanische Banken, chinesische Firmen mit staatlicher Beteiligung zu finanzieren. Lässt sich problemlos verhängen, wie ein vergleichbares Verbot auf die Finanzierung russischer Konzerne gezeigt hat. Ein Vorteil, den die US-Führung aus dem Weggang chinesischer Firmen von amerikanischen Börsen ziehen könnte, wäre ein kurzfristig einsetzender Preisverfall auf chinesische Aktien. Wertpapiere größter Staatskonzerne – China Petroleum & Chemical Corporation, Alibaba Group oder China Mobile – im Sinkflug: Bei amerikanischen Wählern käme das an wie ein überwältigender Sieg des Weißen Hauses an der Finanzfront. Doch dieser Sieg wäre ein illusorischer: Vorausschauende internationale und chinesische Investoren würden die Konzernaktien in Hongkong aufkaufen und dem Weißen Haus danken für das großzügige Geschenk in Form billiger Wertpapiere. Die amerikanischen Wähler würden davon wenig mitbekommen. Sie hätten weiterhin ihre eigenen Probleme: mit den fehlenden Arbeitsplätzen in der abgewanderten Industrie. Denn man kann mit Sanktionen zwar chinesische Aktien aus dem amerikanischen Börsenhandel entfernen, aber neue Werke und Fabriken baut man mit Sanktionen sicherlich nicht. US-Präsident Trump sieht klare Anzeichen für ein Ende der Globalisierung. Die Unterbrechung der ausländischen Lieferketten während der Corona-Pandemie habe die Verwundbarkeit der USA offengelegt. Deshalb will Trump die Produktion wieder in die USA zurückholen. Die Abhängigkeit der USA von ausländischen Zulieferern ist US-Präsident Donald Trump ein Dorn im Auge. Denn die Unterbrechung der Lieferketten in der Corona-Pandemie habe gezeigt, wie verwundbar die USA dadurch werden. Zudem sagt Trump im Interview mit Maria Bartiromo von „Fox Business“, dass die Tage der „Globalisten“ gezählt seien. – „Es wird bald wieder Normalität einkehren“, antwortete Trump am Donnerstag (14.5.) auf die Frage, wie lange die Reisebeschränkungen aufgrund der Pandemie noch andauern würden. „In vielerlei Hinsicht haben wir viel gelernt. Wir werden auch die Produktion wieder in unser Land zurückholen. Das hätten wir ohne [die Pandemie] nicht geschafft – so schlimm es jetzt auch sein mag“, sagte der Präsident mit Blick auf sein Vorhaben, wichtige Lieferketten neu zu strukturieren. Die Pandemie hat bei medizinischem Material wie Schutzausrüstung und Beatmungsgeräten dramatische Engpässe in den USA verursacht, da diese Produkte meist im Ausland hergestellt

werden.

Im Ausland produzieren zu lassen, sei zu einer Gewohnheit geworden. „Es scheint, als sei es zu einer Lebensart geworden“, sagte Trump über die Geschäftsinteressen derer, die er als „Globalisten“ bezeichnete. „Es geht um unser Land. Es geht nicht um die Welt. Wir müssen unser Land in Ordnung bringen“, sagte Trump mit Blick auf die Schwächen, die den USA durch die Corona-Pandemie aufgezeigt wurden.

Amerika strebe zwar eine Führungsrolle auf der Weltbühne an, dies dürfe aber nicht auf Kosten der nationalen Interessen geschehen, fuhr Trump fort. „Vor Jahren stellten wir unsere Produkte selber her. Wir waren nicht auf andere in der Welt angewiesen.“ Dann sagte er: „Sie sind Globalisten. Das sind Leute, die glauben, wir müssten der Welt auf unsere Kosten zum Wohlstand verhelfen.“

Aber diese Tage seien vorbei, betonte der Präsident und fügte hinzu: Die nationale Strategie habe sich als richtig erwiesen – und zwar nicht erst in den letzten zwei Monaten.

In dem Interview betonte Trump erneut, dass er der Kommunistischen Partei Chinas die Schuld am Ausbruch der Corona-Pandemie zuschreibe. Er sagte aber nicht, dass Peking die Ausbreitung des tödlichen Virus absichtlich zugelassen hätte. Auf die Frage, ob die KP Chinas das Virus absichtlich über die Grenzen hinaus verbreitet hatte, sagte Trump: „Ich weiß nicht, ob sie diesbezüglich eine Entscheidung trafen. Auf jeden Fall geriet es außer Kontrolle.“ Er fügte hinzu: „Wahrscheinlicher ist, dass es außer Kontrolle geraten ist.“

Trump sagte auch, die Pandemie mache die Verwundbarkeit globalisierter Lieferketten deutlich. „Ein kleines Stück der Welt hat Probleme und die ganze Sache ist außer Kontrolle“, sagte Trump mit Blick auf den Ausbruch im chinesischen Wuhan. Die wichtigsten Lieferketten sollten deshalb alle in den USA sein, betonte Trump.

Auf die Frage, ob es ein realistisches Ziel sei, die Schlüsselproduktion nach Amerika zu bringen, sagte Trump: Er glaube, dass es ein realistisches Ziel sei. „Wir werden es machen. Ich werde alle diese Mechanismen ändern.“

Um Unternehmen wieder nach Amerika zu holen, gebe es verschiedene Maßnahmen. Eine sei Handelsschranken, eine andere Steuern. „Ein Anreiz besteht offen gesagt darin, für die Unternehmen, die im Ausland produzieren, Steuern zu erheben“, so der Präsident.

Trump äußerte die Kommentare kurz vor einem Treffen mit einem US-Händler für medizinische Ausrüstung. Trump lobte den Unternehmer, da dieser im Kampf gegen COVID-19 dazu beiträgt, persönliche Schutzausrüstung herzustellen und landesweit zu versenden.

Zudem besuchte Trump Owens and Minor Inc., die nach Angaben des Weißen Hauses Millionen von N95-Masken, OP-Kittel und Handschuhe an Krankenhäuser im ganzen Land schickte. Dort erörterte der Präsident die Bemühungen zur Nutzung des nationalen Vorrats der Corona-Tests und die Bemühungen, den Vorrat an Schutzausrüstung aufzufüllen, damit Amerika nie wieder von einer solchen Pandemie überrascht werde.

Die Kongressabgeordneten Jim Banks, Dan Crenshaw und Lance Gooden forderten in einem Brief vom 18. Mai Außenminister Mike Pompeo und Finanzminister Steven Mnuchin auf, sieben chinesische Beamte gemäß dem Global Magnitsky Act zu sanktionieren.

	– Das Bundesgesetz ermächtigt die Regierung, ausländische Menschenrechtsverletzer zu bestrafen, indem sie ihre in den USA befindlichen Vermögenswerte einfriert und ihnen die Einreise in das Land untersagt. Das Gesetz wurde mittlerweile in einigen europäischen Ländern eingeführt, wie Litauen und Lettland. Auch im Vereinigten Königreich und Kanada ist es in Kraft. Eine Petition, die beim Bundestag eingereicht wurde, fordert die Einführung des Gesetzes auch in Deutschland. Die Petition mit dem Titel: „Einführung eines Gesetzes zur Anwendung des Global Magnitsky Act in Deutschland als Reaktion auf brutale Menschenrechtsverletzungen in China“ wurde im Oktober 2019 eingereicht. Bis zum 30. Dezember erreichte diese das nötige Quorum von 50.000 Mitzeichnungen. Die Petition richtet sich dabei nicht nur gegen Menschenrechtsverbrechen aus China, sondern generell aus dem Ausland. Die Sanktionen sollen gegen Leiter der Gesundheitsabteilung in Wuhan verhängt werden Die amerikanischen Kongressabgeordneten wollen das Gesetz vor allem gegen chinesische Beamten verhängen, die während des Virusausbruchs eine leitende Rolle in der Stadt Wuhan gespielt haben, da sie zur Unterdrückung von Ärzten und Bürgerjournalisten beigetragen hatten, die in der Anfangsphase des Ausbruchs Alarm über die Schwere des Ausbruchs gaben. „Wenn die Handlungen dieser Personen nicht ausreichen, um einen Platz auf der ‚Magnitsky-Liste‘ zu verdienen, dann weiß ich auch nicht, welche es sein sollten“, sagte Gooden in einer Erklärung. „Wir sprechen von den Menschen, die direkt dafür verantwortlich sind, dass der Ausbruch des Virus heruntergespielt wurde“, sagte er. Die Leiter des Amtes für öffentliche Sicherheit und der Gesundheitsbehörde der Stadt Wuhan haben die Stimmen unterdrückt, die Alarm geschlagen haben: Solche ungeheuerlichen Verletzungen der globalen Menschenrechte sind genau die Art von Dingen, die wir mit dieser Autorität angehen sollten.“ Zhao Lijian, ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums, der die Desinformation verbreitet hat, dass das Virus von Angehörigen der US-Armee nach Wuhan eingeschleppt wurde, steht ebenfalls auf der Liste der Abgeordneten. „Wir glauben, dass ihre Handlungen gegen die Internationalen Gesundheitsvorschriften von 2005, die Menschenrechte ihrer Bürger und die Grundprinzipien der Fairness und Verantwortung in internationalen Beziehungen verstießen“, heißt es in dem Brief an Pompeo. Der Brief bezieht sich damit auf den internationalen Vertrag, welcher die Länder verpflichtet, die Weltgesundheitsorganisation sofort über bedeutende Ausbrüche zu informieren. Magnitsky Act ermöglicht Sanktionen Das chinesische Staatsmedium „The Global Times“ brachte kürzlich einen Artikel, in dem Sanktionen gegen regimekritische US-Abgeordnete angedroht wurden. Der Artikel hat nicht alle diejenigen namentlich erwähnt, die mit Sanktionen belegt werden sollten, erwähnte und kritisierte aber explizit die von Banks, Crenshaw und Gooden eingeführte Gesetzgebung.

Das Gesetz würde den Amerikanern direkt erlauben, die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) wegen der Verursachung der Pandemie zu verklagen.

„Im Gegensatz zu den Drohungen der KPCh, mich und andere Kongressabgeordnete zu sanktionieren, haben wir ein Bein, auf dem wir stehen können“, sagte Crenshaw. „Das kommunistische Regime verheimlichte lebenswichtige Informationen und ließ zu, dass sich die Pandemie ausbreitete, die zahllose amerikanische Leben und Existenzen kostete. Jetzt ist es an der Zeit, dass sie sich den Konsequenzen stellen“, so Crenshaw.

Banks sagte, dieser Schritt zeige, dass das chinesische Regime zu „verzweifelten Taktiken“ zurückkehre, um sich der Verantwortung zu entziehen.

Pompeo sagte in einem Interview mit „Radio Breitbart“ am 16. Mai, dass die Angriffe der chinesischen Staatsmedien darauf hindeuteten, dass das Regime versuche, die Aufmerksamkeit von seiner Verantwortung für die globale Ausbreitung des Virus abzulenken.

„Ich denke, dies zeigt, dass die Kommunistische Partei Chinas das Risiko versteht, das sie auf ihre eigene Nation gesetzt hat“, sagte er.

„Diese Angriffe zeigen Schwäche, nicht die Entschlossenheit der Kommunistischen Partei Chinas. Sie und ich sind beide alt genug, um uns daran zu erinnern, wie kommunistische Regime, wie sich Autokratien verhalten. Sobald sie wissen, dass sie Dinge getan haben, die falsch sind, schlagen sie zu. Sie versuchen, anderen die Schuld zu geben. Ich denke, das ist es, was wir hier sehen“, so Pompeo im Interview.

Am Donnerstag appellierte Präsident Donald Trump abermals an die Gouverneure von Bundesstaaten, bei der Lockerung der Corona-Restriktionen aufs Tempo zu drücken. Es werde das Land „zerbrechen“, wenn dies nicht geschehe, warnte der Präsident bei einem Besuch im Bundesstaat Michigan.

– Weiter erklärte er, dass die Vereinigten Staaten keinen weiteren Lockdown vornehmen werden, sollte es eine weitere COVID-19-Welle geben. „Ob es eine Glut oder eine Flamme ist, wir werden sie löschen. Aber wir werden unser Land nicht schließen“, sagte der Präsident bei seinem Besuch in einer Ford-Fabrik in Michigan.

Trump zeigte sich zuversichtlich, dass die Vereinigten Staaten in der Lage sein werden, künftige Virenausbrüche der KPCh (Kommunistische Partei Chinas) einzudämmen.

„Um die Gesundheit unserer Bevölkerung zu schützen, brauchen wir eine funktionierende Wirtschaft“, sagte Trump. Dabei zeigte er sich erneut überzeugt, dass die US-Wirtschaft sich spätestens ab dem vierten Quartal erholen werde. „Wir werden nächstes Jahr ein unglaubliches Jahr haben.“ Er fügte hinzu: „Dieses Land steht vor einem epischen Comeback.“

In der Ford-Fabrik in Ypsilanti stellt der US-Autobauer derzeit Beatmungsgeräte wegen der Corona-Krise her.

Beispielloser Einbruch des Arbeitsmarktes
Gegenwärtig zeigen die Daten, dass bisher mehr als 90.000 Menschen in den Vereinigten Staaten an dem Virus gestorben sind. Seit März haben eine Reihe von Gouverneuren strenge Sperren verhängt, die zu

	Entlassungen und Betriebsschließungen geführt haben. Allerdings haben alle 50 Bundesstaaten in gewissem Umfang mit der Wiedereröffnung begonnen, darunter auch New York, der Bundesstaat mit den meisten COVID-19 Todesfällen. Die Zahl der Amerikaner, die in den zwei Monaten, seit das Coronavirus in den Vereinigten Staaten Fuß gefasst hat, Arbeitslosenunterstützung beantragen, ist auf fast 39 Millionen angestiegen, berichtete die Regierung am Donnerstag, auch wenn die Bundesstaaten von Küste zu Küste ihre Wirtschaft allmählich wieder öffnen und die Menschen wieder arbeiten lassen. Mehr als 2,4 Millionen Menschen haben in der vergangenen Woche im Zuge der jüngsten Entlassungswelle von Unternehmensschließungen, die die Wirtschaft in die Knie gezwungen haben, Arbeitslosigkeit beantragt, sagte das Arbeitsministerium. Damit beläuft sich die Zahl der Entlassungen auf sage und schreibe 38,6 Millionen, ein in seiner Geschwindigkeit beispielloser Einbruch des Arbeitsmarktes. Die Zahl der wöchentlichen Bewerbungen hat sich sieben Wochen lang in Folge verlangsamt. Dennoch sind die Zahlen nach wie vor atemberaubend hoch – zehnmal höher als normalerweise vor Ausbruch der Krise. Fahnen auf Halbmast Als offizielle Geste der Trauer um die Todesopfer der Coronavirus-Pandemie in den USA werden Fahnen im ganzen Land drei Tage lang auf Halbmast hängen. Dies ordnete Präsident Donald Trump an, wie er am Donnerstag im Kurzbotschaftendienst Twitter mitteilte. Die US-Flaggen an Bundesgebäuden und nationalen Monumenten werden nach seinen Angaben von Freitag bis Sonntag wegen der Corona-Opfer auf Halbmast gesenkt. Auch am Montag werden die Fahnen auf Halbmast bleiben – dann aber zu Ehren von im Einsatz gefallenen US-Soldaten. Am Montag ist in den USA ein als Memorial Day bezeichneter Feiertag, der den im Krieg gefallenen Militärs gewidmet ist. (nmc) **Der US-Techkonzern IBM hat einen umfassenden Abbau von Arbeitsplätzen in der Corona-Krise angekündigt. Die Entscheidung sei wohl für einige Beschäftigte eine einzigartige und schwierige Situation, sagte ein Sprecher des Unternehmens am Donnerstag (Ortszeit) in einer Stellungnahme.** **Das Unternehmen IBM müsse in dem sehr wettbewerbsintensiven Markt flexibel bleiben, um jederzeit hochtalentierte Arbeitskräfte anwerben zu können, die Entscheidungen des Konzerns seien im Interesse des langfristigen Wohlergehens der Firma.** – Wie viele Jobs IBM streichen will, dazu machte das Unternehmen mit Sitz in Armonk (Bundesstaat New York) keine detaillierten Angaben. Dabei dürfte es aber um Tausende Stellen gehen, wie das „Wall Street Journal“ (WSJ) unter Berufung auf Unternehmenskreise berichtete. Ende vergangenen Jahres hatte IBM knapp 353.000 Mitarbeiter. Es wäre der erste Einschnitt bei den Mitarbeitern unter dem Kommando des neuen Konzernchefs Arvind Krishna, der das Wachstum bei IBM wieder ankurbeln will. Krishna hatte erst Anfang April das Ruder von Ginni Rometty übernommen, vorher war er Leiter der Cloudsparte des IT-Riesen.

IBM hatte in den Jahren unter Rometty einen tiefgreifenden Konzernwandel hin zu neuen Geschäftsfeldern wie Cloud-Diensten, Datenanalyse und künstlicher Intelligenz angestoßen. Der Erfolg hielt sich bislang jedoch in Grenzen, Quartale mit Geschäftszuwächsen sind schon seit Jahren selten. Im April kassierte IBM seinen Ausblick für das laufende Jahr wegen der Covid-19-Krise. Schon im Januar hatte der Konzern im Rahmen von Geschäftszahlen über Kostensenkungen durch „aggressive strukturelle Maßnahmen“ gesprochen.

IBM ist unter Tech-Konzernen mit den Jobkürzungen nicht allein: Der Fahrdienstvermittler Uber etwa strich zuletzt rund 6700 Stellen, auch der Wohnungsvermittler AirBnB will laut Berichten einen großen Teil der Arbeitskräfte entlassen. Der auf Gewerbekunden spezialisierte IT-Dienstleister Hewlett Packard Enterprises kündigte am Donnerstag nach Verlusten ein weitreichendes Sparprogramm an, wozu auch eine Neuausrichtung der Arbeitskräfte auf Wachstumsfelder beitragen soll. (dpa)

US-amerikanische Milliardäre haben seit Ausbruch der Coronavirus-Pandemie im März ihr Vermögen um insgesamt 434 Milliarden US-Dollar vergrößert. Das ergab eine aktuelle Studie von dem Americans for Tax Fairness und dem Institute for Policy Studies.

– Im Zeitraum vom 18. März bis 19. Mai ist demnach die Zahl der Amerikaner aus der Liste „600 + die reichsten US-Amerikaner“ von 614 auf 630 gestiegen. Einer der größten Profiteure der Corona-Krise sei Amazon-Chef Jeff Bezos, der sein Vermögen um 34,6 Milliarden US-Dollar vermehrt habe.

  Ihm folgen laut der Studie Facebook-Gründer Mark Zuckerberg (25,3 Milliarden US-Dollar), Microsoft-Gründer Bill Gates (acht Milliarden US-Dollar), Oracle-Gründer Larry Ellison (sieben Milliarden US-Dollar) und der Chef der Holding Berkshire Hathaway, Warren Buffett (564 Millionen US-Dollar).
  Den größten Erfolg während der Pandemie erzielten Besitzer von Technologie-Unternehmen, da wegen der in zahlreichen Ländern der Welt verhängten Ausgangsbeschränkungen viele Prozesse in ein Online-Format überführt worden sind. ns/ae

(Wie wäre es denn mal wenn diese Gelder dem Staat zur Verfügung gestellt würden um die gr. Not bei armen Menschen zu lindern?)

Kalender	**23. Mai 2020**		
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern **je vom 25.5.20**	5.231.328 Infizierte 338.515 Tote 2.070.114 genesen am 23.5.20	5.313.852 Infizierte 342.167 Tote 2.113.437 genesen am 24.5. 20	5.411.498 Infizierte 345.223 Tote 2.169.958 genesen am 25.5.20

Österreich, Schweden, Dänemark und die Niederlande haben einen Gegenvorschlag zu dem deutsch-französischen Vorstoß für einen Corona-Wiederaufbauplan vorgelegt. Die vier «sparsamen» Länder sprechen sich darin für einen einmaligen Notfallfonds zur Stärkung der EU-Wirtschaft aus.

– Besonders wichtig sei den Staaten eine Befristung dieser Nothilfen auf zwei Jahre, hieß es am Samstag aus dem österreichischen Kanzleramt. In dem bereits mehrfach angekündigten Gegenentwurf machen die vier Staaten zudem deutlich, dass sie einer Vergemeinschaftung von Schulden und einer Erhöhung des EU-Budgets nicht zustimmen werden. Der Entwurf lag der DPA am Samstag vor.

	Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hatten jüngst ein Konzept für einen Wiederaufbauplan nach der Coronavirus-Pandemie im Umfang von 500 Milliarden Euro unterbreitet. Das Geld soll demnach von der EU-Kommission als Kredite am Kapitalmarkt aufgenommen und über den EU-Haushalt als Zuwendungen verteilt werden. Krisenstaaten wie Italien oder Spanien, aber auch betroffene Branchen könnten Zuschüsse bekommen. Dafür müssten sich aber alle 27 EU-Länder einig werden. Österreichs Kanzler Sebastian Kurz hatte in den vergangenen Tagen in zahlreichen Interviews und Auftritten dieses Konzept scharf kritisiert. „Wir sagen klar Ja zu Corona-Soforthilfe, aber was wir ablehnen, ist eine Schulden-Union durch die Hintertür", sagte er etwa am Freitag in einem Gastbeitrag auf dem virtuellen CSU-Parteitag. Laut dem Gegenentwurf soll die EU-Kommission das Geld für den Notfallfonds an den Finanzmärkten aufnehmen und als günstige Kredite an die Mitgliedstaaten weiterreichen. Das Geld müsse für den Wiederaufbau und die künftige Widerstandsfähigkeit des Gesundheitssektors und der Wirtschaft eingesetzt werden. Einen maximalen Umfang für den Nothilfefonds nannten die vier Staaten, die sich „Die sparsamen Vier" nennen, nicht. ai/dpa **Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier will sich auf EU-Ebene für ein gemeinsames europäisches Projekt zur Arzneimittelproduktion einsetzen**. – „Es ist keine gute Idee, die Globalisierung zurückzudrehen, aber es ist die richtige Idee, einseitige Abhängigkeiten zu minimieren und in sensiblen Bereichen die nationale Souveränität zu behaupten oder wiederzugewinnen", so Altmaier gegenüber der Deutschen Presse-Agentur. Er habe deshalb bereits zwei Initiativen bei der Halbleiterproduktion und Batteriezellenherstellung gemeinsam mit verschiedenen europäischen Partnern aufs Gleis gesetzt. „Ich kann mir auch gut ein gemeinsames europäisches Projekt für die Arzneimittelproduktion vorstellen. Auch hieran arbeiten wir bereits", so Altmaier weiter. Bei der Fertigung von Batteriezellen für Elektroautos dominieren bisher Anbieter aus Asien den Markt. Geplant ist nun der Aufbau einer großen Produktion in Europa und Deutschland. Auch viele Wirkstoffe für Arzneien werden aus Kostengründen in Fernost hergestellt - etwa für Antibiotika in China und Indien. Die Bundesregierung hatte bereits den Ausbau der Produktion medizinischer Schutzausrüstungen in Deutschland vorangetrieben, um unabhängiger zu werden. Mit Blick auf die deutsche EU-Ratspräsidentschaft ab Juli sagte Altmaier: „Nach der Überwindung der akuten Corona-Pandemie brauchen wir weltweit, aber auch in der EU selbst, eine Renaissance der Marktwirtschaft, damit wir im globalen Wettbewerb dauerhaft bestehen können." Die deutsche EU-Präsidentschaft verfolge daher das Ziel, eine möglichst rasche Erholung der Volkswirtschaften zu ermöglichen. Dem diene auch die neue deutsch-französische Initiative, sagte Altmaier mit Blick auf das Konzept von Bundeskanzlerin Angela Merkel und des französischen Präsidenten Emmanuel Macron über EU-

	Wiederaufbauhilfen im Umfang von 500 Milliarden Euro. „Wir werden die Industriestrategie, die die EU-Kommission kurz vor dem Corona-Ausbruch vorgelegt hat, daraufhin überarbeiten, wie sie am ehesten dazu beitragen kann. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, dass wir einseitige Abhängigkeiten vermeiden und reduzieren, indem wir internationale Lieferketten stärker diversifizieren", hieß es. Altmaier sagte weiter: „Außerdem brauchen wir in der Europäischen Industriestrategie klare Aussagen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für kleine und mittlere Unternehmen. Außerdem muss Europa schneller und besser werden, wenn es um die Ansiedlung der Arbeitsplätze der Zukunft geht: Bei Digitalisierung, Kommunikation und Klimaschutz." Die traditionellen Industrien wie Stahl, Chemie, Maschinenbau, Automobil- und Fahrzeugbau müssten auch künftig in Europa überleben können. „Dafür muss die EU geeignete Rahmenbedingungen schaffen." Ärztepräsident: Abhängigkeit von Fernost bei Medikamenten reduzieren Ärztepräsident Klaus Reinhardt fordert als eine Lehre aus der Corona-Krise mehr europäische Eigenständigkeit bei der Herstellung von medizinischer Schutzausrüstung und Arzneimitteln. „Deutschland und Europa müssen bei Schutzausrüstung und Medikamenten die Abhängig von Fernost deutlich reduzieren und eigene Produktionsstätten fördern", sagte Reinhardt der „Passauer Neuen Presse" (Montag). Zudem forderte er, Krankenhäusern solle „das Vorhalten von Personal und Technik finanziert werden". „Kliniken sind Einrichtungen der Daseinsfürsorge und keine Industriebetriebe, die sich ausschließlich an Rentabilitätszahlen ausrichten." Der Präsident der Bundesärztekammer sagte zugleich, das deutsche Gesundheitssystem sei „mit dieser Pandemie im internationalen Vergleich mit am besten fertig geworden" - einen Komplettumbau halte er deshalb für unnötig und sogar schädlich. Reinhardt hält es für „sehr wahrscheinlich, dass wir eine zweite Welle der Corona-Pandemie erleben werden, weil wir keine ausreichende Immunität in der Bevölkerung haben". „Wir sollten jetzt diese Phase nutzen, um uns so gut wie möglich darauf vorzubereiten." ai/dpa/sna
"Corona	Ärzte des LMU Klinikums haben in einer Pilotstudie gezeigt, dass ein bestimmter Botenstoff bei Patienten mit schweren Covid-19 Verläufen erhöht ist und der Blutspiegel die Notwendigkeit eines Intensivaufenthaltes früh erkennen lässt. Die Ergebnisse ihrer Studie wurden im Journal of Allergy and Clinical Immunology veröffentlicht. – Die COVID-19 Erkrankung könne für Patienten einen sehr unterschiedlichen Verlauf nehmen. Die meisten Menschen erkranken nach einer Infektion mit dem Virus Sars-CoV-2 nur leicht und erholen sich rasch. Bei etwa fünf Prozent der Patienten komme es aber zu einem schweren Erkrankungsverlauf mit Atemnot, so die Wissenschaftler. Für Mediziner sei es sehr hilfreich früh zu erkennen, welchen COVID-19-Patienten ein Lungenversagen drohe. Einige von ihnen müssten auf der Intensivstation künstlich beatmet werden. Dagegen könnten Patienten ohne Risikomerkmale auf Normalstation oder sogar zu Hause behandelt werden. Somit könnten laut der Klinik Plätze auf Intensivstationen geschont und denjenigen zugewiesen werden, die sie

	wirklich brauchen. In ihrer Studie haben Wissenschaftler nun sogenannte Biomarker gefunden, die genau diese Unterscheidung ermöglichen.Zusammen mit Kollegen des LMU Klinikums haben Dr. Tobias Herold und Dr. Tobias Weinberger, Oberärzte der Zentralen Notaufnahme (ZNA) am Campus Großhadern des LMU Klinikums, in einer Pilotstudie den klinischen Verlauf und die Laborparameter von 89 Patienten mit COVID-19 untersucht, die aufgrund der Schwere der Erkrankung im Krankenhaus behandelt werden mussten. Von dieser Gruppe mussten 32 Patienten – größtenteils Männer – künstlich beatmet werden. Bei der Analyse der Patientendaten stellte sich heraus, dass sie alle erhöhte Werte eines Markers für Entzündungen aufwiesen – und zwar des Botenstoffs Interleukin-6, kurz IL-6. Mehr noch: „Ein IL-6-Wert von über 80 Pikogramm/Milliliter sowie ein CRP-Wert über 9,7 Milligramm/Deziliter während der Erkrankung sagte das spätere Lungenversagen mit hoher Genauigkeit voraus“, erklärt Dr. Tobias Herold. Das Risiko für ein Lungenversagen war für Patienten mit erhöhten Werten um ein Vielfaches gesteigert. Unklar sei weiterhin, ob IL-6 ein zentraler Faktor des ausufernden Krankheitsgeschehens in der Lunge sei oder lediglich ein Marker der Krankheitsaktivität, so die Forscher. Falls ersteres zutreffe, könnten Medikamente, die in diesen Entzündungsprozess eingreifen, den Erkrankungsverlauf positiv beeinflussen. Um dieser Frage nachzugehen, werde aktuell ebenfalls am LMU Klinikum eine weiterführende Studie durchgeführt. Hierbei werde versucht, den ausufernden Entzündungsprozess zu bremsen. sm/gs
"Außerhalb Corona - weltweit -	In der Stasi-Unterlagenbehörde in Berlin ist ein Forscher auf Berichte eines Überläufers gestoßen: **Die Dokumente wiesen glaubhaft nach, Theodor Heuss, einer der Gründerväter der BRD, habe dem US-amerikanischen Geheimdienst zugearbeitet**. Zwar Amerika-freundlich, seien es eher materielle Gründe gewesen, die den Politiker dazu bewogen hätten. – Historiker Thomas Boghardt vom offiziellen „U. S. Army Center of Military History“ in Washington veröffentlicht in den kommenden Tagen „The American Candidate. US Intelligence, Theodor Heuss, and the Making of West Germany's First President" - „Der Kandidat Amerikas. US Geheimdienst, Theodor Heuss und die Schaffung des ersten Bundespräsidenten“ im Fachblatt „Studies in Intelligence“, meldet „Spiegel Online“ (SPON) in seiner Wochenendausgabe. Danach würde das Wirken eines der Gründungsväter der Bundesrepublik in einem neuen Licht erscheinen. **Der Politiker habe nicht nur mit den US-Amerikanern kooperiert, sondern auch dabei eine Grenze überschritten.** Begonnen hätte es eigentlich schon damit, dass die Amerikaner dem 61-jährigen Heuss in den letzten Kriegstagen 1945 zunächst die Mitherausgeberschaft der „Rhein-Neckar-Zeitung" in Heidelberg übergaben. Die Amerikaner hätten dann einige Monate später dafür gesorgt, dass Heuss zum „Kultminister" von „Württemberg-Baden" aufsteigt: Ministerpräsident in spe, Reinhold Maier, hätte den verantwortlichen US-Behörden seine Kabinettsliste vorgelegt. Diese sollten fast alle Namen akzeptiert haben, nur beim „Kultministerium" bestanden sie auf ihrem Favoriten Heuss, heißt es.

	Informationen eines Militärgeheimdienstlers Bei den aufsehenerregenden Dokumenten aus dem Berliner Archiv der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen soll es sich um Informationen eines Überläufers handeln, einem ehemaligen Stuttgarter Mitarbeiter des US-Militärgeheimdiensts „Counter Intelligence Corps“ (CIC). Zunächst hätten diese dessen Namen geheim gehalten, sollen aber 1961 all seine Informationen der Stasi weitergegeben haben: Interna zur Arbeitsweise des CIC, dessen Mitarbeitern und somit auch zu FDP-Politiker Heuss. Der habe sich von CIC-Mann John Seitz 1946 anwerben lassen und daraufhin etliche Berichte zur politischen Lage der Bezirke Stuttgart und Heidelberg geliefert. Die Dokumente seien von ihm unterschrieben. Zudem sei Heuss auch dafür bezahlt worden. Sein Verbindungsmann habe sich gegenüber Kollegen bei einem nächtlichen Gelage über das Arrangement verplappert, heißt es. Wein, Zigarren und ein Dienstmädchen Bei Kriegsende soll Heuss abgemagert mit seiner kranken Ehefrau in zwei Dachstuben im Haus seiner Schwester gewohnt haben und hätte über „endlose Wege und Anstehereien" geklagt, über das Fehlen einer Dienstmagd sowie eines Telefons. Die materiellen Vorteile einer Zusammenarbeit mit den US-Amerikanern seien ihm so gesehen zupass gekommen. Als im September 1945 ein US-Offizier bei ihm vorfuhr und fragte, ob er „Kultminister“ werden wolle, soll Heuss, der angeblich gerade den Teppich klopfte, geantwortet haben: „Ja, wenn Sie mir für ein Dienstmädle sorgen." Wein- und Zigarrenliebhaber Heuss soll daraufhin mit seiner Frau eine größere Wohnung in Stuttgart bezogen haben und wurden gut versorgt. Allein seine Zigarren sollen ein Vermögen wert gewesen sein. Ein Drittel der Abgeordneten des ersten Bundestags habe auf der „Gehaltsliste" der USA gestanden. So hätten die Amerikaner den späteren Bundeskanzler Willy Brandt in den 1950er Jahren mit verdeckten Parteispenden unterstützt. Glaubwürdigkeit des Berichts Historiker Boghardt halte die Angaben des Überläufers für glaubwürdig, so der Bericht, denn die Quelle habe „über Kenntnisse zu Interna des CIC, die Außenstehenden nicht zugänglich waren", verfügt. Die Informationen ließen sich überprüfen und träfen zu. Die Theorie, der Osten habe 1961 „Fake News“ für eine Kampagne gegen den Bundespräsidenten gesammelt, wonach die gefundenen Informationen zweifelhaften Ursprungs sein könnten, sei nach der Darstellung gegenstands- wie sinnlos. Denn die zweite Amtszeit als Bundespräsident war längst vorbei. Heuss mag „lediglich Informationen genereller Natur" weitergegeben haben, so die Vermutung des Historikers. Der CIC habe Ende 1947 die Bezahlung eingestellt, da Berichte von Heuss hätten „nur geringen Wert" gehabt hätten. Allerdings seien die Berichte archiviert worden, um sie zu benutzen, falls man „einmal Druck auf Heuss ausüben" müsse, so der Bericht. Der Amerika-freundliche Liberale Heuss zählte 1948 zu den Mitbegründern der FDP und wurde auch deren Vorsitzender. Im Kalten Krieg legte er das Fundament zur Gründung einer

westdeutschen Republik und setzte sich als Bundespräsident für Wiederbewaffnung wie Westintegration ein. ba

Der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow hat einen neuen Vertrag über eine militärische Luftüberwachung ausgeschlossen. Am Donnerstag hatten die USA ihren Ausstieg aus dem internationalen Open-Skies-Abkommen bekannt gegeben.

– „Perspektiven für ein neues Abkommen anstelle des Open-Skies-Vertrages gibt es nicht – diese Perspektiven sind auch nicht nötig. Das Abkommen funktioniert einwandfrei und gewährleistet die europäische Sicherheit“, erklärte der stellvertretende Außenminister im Staatsfernsehen.

  In Bezug auf die Reaktion Moskaus auf den Ausstieg erklärte Rjabkow, man werde sich zunächst eingehend mit dieser Frage befassen und dann handeln.

  „Wir sind derzeit mit der Analyse unterschiedlicher Optionen beschäftigt, wir haben freie Hand, daher kein Grund zur Eile“, so Rjabkow weiter.

  Nach dem Ausstieg stellten die USA ihren Verbündeten nützliches Bildmaterial zu Russland in Aussicht. Laut Rjabkow könnte dieser Informationsaustausch in der gegebenen Situation politische und juristische Probleme nach sich ziehen.

  „Ich sehe keine ernsthaften Folgen für die Sicherheit Russlands nach dem Ausstieg der USA aus diesem Vertrag (...) Sollte dieser Vertrag bestehen bleiben, werden ihre Verbündeten einen Weg finden, um mit den Vereinigten Staaten Informationen zu teilen. Und umgekehrt auch. Obwohl dies aus unserer Sicht politisch und juristisch äußerst problematisch werden könnte“, sagte der Diplomat.
  Open-Skies-Vertrag
  US-Präsident Donald Trump gab am Donnerstag den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Vertrag über den Offenen Himmel bekannt. Moskau habe sich nicht an die Verpflichtungen des Abkommens gehalten, begründete Trump. Allerdings schloss er Verhandlungen hierzu nicht aus.

  Daraufhin erklärte US-Außenminister Mike Pompeo, dass Washington seine Entscheidung revidieren werde, sollte Russland seinen vertraglichen Verpflichtungen wieder nachkommen. Andernfalls werde der Ausstieg bis zum 22. November dieses Jahres besiegelt sein. Moskau wies die Vorwürfe einer Vertragsverletzung zurück.

  Laut Rjabkow bleibt Russland dem Vertrag verpflichtet und ist bereit, den Dialog mit den USA fortzusetzen und weiter zu verhandeln. Die Bereitschaft zu Verhandlungen bedeute aber nicht, dass Moskau „das, was in Washington formuliert wird, befolgen wird“.
  Der Vertrag über den Offenen Himmel war 1992 unterzeichnet worden und 2002 als eine vertrauensbildende Maßnahme in Europa nach dem Kalten Krieg in Kraft getreten. Das Dokument ermöglicht es den Partnern, Informationen über die Streitkräfte und militärische Maßnahmen des anderen offen zu erfassen und auszuwerten.

  Den Vertrag haben bislang 34 Länder unterzeichnet. Das Dokument erlaubt mehrere Beobachtungsflüge pro Jahr im Luftraum der Vertragspartner. Seitdem gab es mehr als 1500 Beobachtungsflüge. mka/gs/sna

Der Nationale Sicherheitsberater des US-Präsidenten, Robert O’Brien, hat in

	einem Gespräch mit der „BILD"-Zeitung Russland vorgeworfen, gegen den Open-Skies-Vertrag verstoßen zu haben**. Insbesondere nannte er das Gebiet Kaliningrad, das er als „Dolch im Herzen Westeuropas" bezeichnete, der die europäischen Verbündeten und das Baltikum bedrohe.** *(ja, ist klar)* – Der Hauptgrund für den US-Ausstieg aus dem Vertrag sei das Verhältnis der Russen zu seinen Bestimmungen. Moskau gestatte den verbündeten und amerikanischen Flugzeugen nicht, Russland entsprechend dem Vertrag zu überfliegen. Dabei zeigte sich Trumps Berater über Kaliningrad äußerst besorgt, wo sich „enorm große Mengen an Raketen und Waffen" befänden, die eine Bedrohung für Europa und das Baltikum darstellen würden. „Der Vertrag erlaubte uns solche Flüge, aber die Russen untersagten sie. Also haben wir die benötigten Erkenntnisse aus diesen Überflügen nicht bekommen. Wir haben andere technische Möglichkeiten, um zu beobachten, was die Russen unternehmen, und wir wollen die Nachteile mit unseren Verbündeten auffangen und sämtliche Erkenntnisse mit unseren Verbündeten teilen, die wir erlangen können, damit unsere Verbündeten verstehen: Was die Russen in der Region Kaliningrad vorhaben, ist ein Dolch im Herzen Westeuropas". Die geografische Lage von Kaliningrad könnte es der Region ermöglichen, ein Ort zu sein, an dem großartiger Handel stattfinde, Tourismus sowie sozialer Austausch zwischen Russland und Westeuropa. „Leider hat Russland daraus eine geschlossene Militärbasis voller Hightech-Waffen und Raketen gemacht. Die ganze Situation in Kaliningrad ist eine verpasste Chance für Russland und Europa, und das ist wirklich schade", bedauerte O'Brien. Die Amerikaner würden keinen unilateralen Vertrag akzeptieren, unter dem die Russen ungehindert über Europa und Amerika fliegen, und Amerika und seine Verbündeten keinen Überflug über Russland erlangen. „Das Problem, das wir hatten, bestand darin, dass der Vertrag über den Offenen Himmel einen Offenen Himmel hinsichtlich der Vereinigten Staaten bedeutete, aber Russland war ein verschlossener Himmel", erklärte Trumps Berater den Grund für den US-Ausstieg. Open-Skies-Vertrag US-Präsident Donald Trump gab am Donnerstag den Ausstieg der Vereinigten Staaten aus dem Vertrag über den Offenen Himmel bekannt. Moskau habe sich nicht an die Verpflichtungen des Abkommens gehalten, begründete Trump. Allerdings schloss er Verhandlungen hierzu nicht aus. Daraufhin erklärte US-Außenminister Mike Pompeo, dass Washington seine Entscheidung revidieren werde, sollte Russland seinen vertraglichen Verpflichtungen wieder nachkommen. Andernfalls werde der Ausstieg bis zum 22. November dieses Jahres besiegelt sein. Moskau wies die Vorwürfe einer Vertragsverletzung zurück. Am Freitag hatte der stellvertretende russische Außenminister Sergej Rjabkow gesagt, Russland bleibe dem Vertrag verpflichtet und sei bereit, den Dialog mit den USA fortzusetzen und weiter zu verhandeln. Die Bereitschaft zu Verhandlungen bedeute aber nicht, dass Moskau „das, was in Washington formuliert wird, befolgen wird". Am Samstag gab der Vize-Außenminister bekannt, Moskau schließe ein neuen Vertrag über eine militärische Luftüberwachung aus.

Der Vertrag über den Offenen Himmel war 1992 unterzeichnet worden und 2002 als eine vertrauensbildende Maßnahme in Europa nach dem Kalten Krieg in Kraft getreten. Das Dokument ermöglicht es den Partnern, Informationen über die Streitkräfte und militärische Maßnahmen des anderen offen zu erfassen und auszuwerten.

Den Vertrag haben bislang 34 Länder unterzeichnet. Das Dokument erlaubt mehrere Beobachtungsflüge pro Jahr im Luftraum der Vertragspartner. Seitdem gab es mehr als 1500 Beobachtungsflüge.
sm/gs

Ägyptische Sicherheitskräfte haben 21 Kämpfer auf der Sinai-Halbinsel vernichtet, die geplant hatten, einen Terroranschlag während der Begehung des islamischen Festes Eid al-Fitr zu verüben. Darüber berichtete der TV-Sender Al-Arabiya am Samstag unter Verweis auf das Innenministerium des Landes.

– „Die Nationalen Sicherheitskräfte haben Informationen darüber erhalten, dass eine Terroristengruppe eine Farm im Norden der Sinai-Halbinsel zum Training sowie zur Planung feindlicher Aktionen nutzt. Sie beabsichtigten, während des Festes Eid al-Fitr Terroranschläge zu verüben“, zitierte der Fernsehsender eine Mitteilung der Sicherheitskräfte.

Das Fest Eid al-Fitr markiert das Ende des Fastenmonats Ramadan und wird in diesem Jahr vom 24. bis zum 26. Mai begangen.

Bei dem Einsatz zur Neutralisierung der Terroristen sei es zu einem Schusswechsel gekommen. 14 Menschen seien auf dem Bauernhof getötet und sieben weitere in einem nahe gelegenen Haus vernichtet worden, heißt es in der Mitteilung

Dreizehn Sturmgewehre, drei Sprengsätze, ein Sprengstoffgürtel und Handfunkgeräte seien am Ort aufgefunden worden. Außerdem habe man ein Waffenversteck im Haus entdeckt.

Zwei Offiziere der Sicherheitskräfte seien beim Einsatz verletzt worden.
asch/ae

Venezuelas Botschafter bei den Vereinten Nationen, Samuel Moncada, hat den Generalsekretär der Organisation, Antonio Guterres, davor gewarnt, dass iranischen Tankern, die Treibstoff in die Bolivarische Republik befördern, „militärische Gewalt durch die Vereinigten Staaten“ drohen könnte.

– „Heute warnen wir den UN-Sicherheitsrat und den Generalsekretär Antonio Guterres vor der drohenden Anwendung militärischer Gewalt durch die USA gegen iranische Schiffe mit Treibstoff, die auf dem Weg nach Venezuela sind. Das ist ein Aggressionsakt, der im Völkerrecht verankert ist“, twitterte Moncada am Freitag. Seinen Tweet begleitete er mit einem Schreiben an den UN-Generalsekretär.

Am Mittwoch hatte Moncada bei einer Video-Konferenz im UN-Sicherheitsrat erklärt, die Schaffung von Hindernissen für die Tankschiffe, die sich nach Venezuela begeben, sei ein Verbrechen gegen die Menschheit seitens der USA.

USA erwägen neue Sanktionen gegen Iran
Wie die Zeitung „The Wall Street Journal“ am Donnerstag geschrieben hatte, erwäge die US-Regierung neue Sanktionen und andere

rechtliche Maßnahmen, um den Export von iranischem Öl nach Venezuela zu blockieren.

Mit erneuten Strafmaßnahmen wolle Washington darauf reagieren, dass der Iran zuvor fünf Öltanker nach Venezuela geschickt hat, um der ebenfalls von US-Sanktionen betroffenen Regierung von Nicolas Maduro zu helfen, hieß es.

Als mögliche Maßnahmen gelten Sanktionen gegen die Besatzung von Tankern oder deren Beschlagnahmung durch ein Gericht in den USA wegen Verletzung des US-Rechts. Allerdings sei diese Option nur dann möglich, wenn die Tanker auf ihrem Weg in den Iran an einem Hafen anhalten, um zu tanken. ns/ae

Der Chef der russischen Weltraumorganisation Dmitri Rogosin hat sich gegen jegliche Pläne zur Privatisierung des Mondes ausgesprochen.

– „Wir werden jedenfalls niemandem erlauben, den Mond zu privatisieren. Das ist völkerrechtswidrig“, sagte er am Montag in einem Interview mit dem Rundfunksender „Komsomolskaja Prawda“.

Rogosin verwies darauf, dass die erste russische unbemannte Mondmission für 2021 geplant ist. Die UdSSR, deren Rechtsnachfolgerstaat Russland ist, hat das letzte Mal 1976 eine Weltraumsonde auf den Mond geschickt.

Anfang April hatte US-Präsident Donald Trump eine Verordnung unterzeichnet, die das Recht der US-Amerikaner auf Weltraumressourcengewinnung bekräftigen soll. Das Dokument beauftragte das US-Außenministerium damit, in den nächsten sechs Monaten entsprechende Vereinbarungen mit anderen Ländern zu besprechen.

Laut Russlands Weltraumbehörde Roskosmos könnten die „aggressiven“ US-Pläne die internationale Zusammenarbeit beeinträchtigen.

Artemis-Vereinbarungen
Anfang Mai hatte die Nachrichtenagentur Reuters unter Verweis auf ihre Quellen berichtet, die Administration Trump bereite einen Entwurf für neue internationale Verträge namens Artemis Accords (Artemis-Vereinbarungen) über den Bergbau auf dem Mond vor. Washington plane, Raumfahrtpartner wie Kanada, Japan, die Europäische Union und die Vereinigten Arabischen Emirate einzubeziehen, während Russland nicht zu den frühen Partnern gehören solle, hieß es.

Die Berichte lösten heftige Kritik von Seiten Moskaus aus. Rogosin selbst verglich die US-Pläne mit den Invasionen im Irak und in Afghanistan, die nicht mit der Uno und der Weltgemeinschaft vereinbart worden waren.

Später forderte die US-Raumfahrtbehörde Nasa die russische Weltraumorganisation Roskosmos auf, sich den Artemis Accords anzuschließen. asch/ae

Der brasilianische Oberste Gerichtshof hat die Veröffentlichung eines Videos genehmigt, das die Einflussnahme des Präsidenten Jair Bolsonaro auf die Arbeit der Bundespolizei beweisen soll. Das Staatsoberhaupt habe versucht, seine Familie vor Ermittlungen zu

	schützen. – Die Aufnahmen sollen ein Treffen zwischen dem Präsidenten und seinem Kabinett zeigen, das am 22. April stattgefunden hat. Bolsonaro beklagt sich offenbar emotional darüber, dass er daran gescheitert ist, Beamte des Sicherheitsdienstes auszuwechseln. Laut Moro ist hier mit „Sicherheitsdienst“ die Polizei gemeint. „Das war's, ich will nicht weiter warten, bis sie meine Familie herkriegen, nur weil ich nicht imstande bin, jemanden im Sicherheitsdienst auswechseln. Ich werde das tun. Wenn ich das nicht tun kann, wechsle ich den Chef aus, wenn ich den Chef nicht auswechseln kann, wechsle ich den Minister aus, Punkt! Das ist für uns kein Spaß hier!“, ruft der Präsident aus. Bolsonaro konnte den Wechsel des Bundespolizeichefs nur beim zweiten Versuch durchsetzen: Das Oberste Bundesgericht hatte die Ernennung von Bolsonaros ursprünglichem Wunschkandidaten, Ex-Nachrichtendienstchef Alexandre Ramagem, blockiert. Bolsonaro verharmlost Govid-19-Gefahr Das Video zeigt auch, wie Bolsonaro die Gouverneure von São Paulo und Rio de Janeiro scharf kritisiert, die angesichts der Ausbreitung der Covid-19-Pandemie eine Quarantäne in ihren Bundesstaaten verhängt und somit gegen die Haltung Bolsonaros verstoßen haben. Der Präsident schreckt dabei vor der Verwendung grober Ausdrücke nicht zurück und wirft den beiden Gouverneuren vor, eine „Atmosphäre des Terrors“ zu schaffen. Corona-Epidemie in Brasilien Nach letzten Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurden bislang in Brasilien 310.087 Fälle der Lungenkrankheit Covid-19 registriert (Stand: 23.05.2020, 09.32 am CEST). 20.047 der Erkrankten starben demnach. Rücktritt des Justiznimisters und Ermittlung gegen Bolsonaro Ende April war der brasilianische Justizminister Sergio Moro von seinem Amt zurückgetreten. Der ehemalige Minister wirft Brasiliens Präsident vor, mit der Entlassung von Bundespolizeichef Mauricio Valeixo politischen Einfluss auf die Arbeit der Bundespolizei ausüben zu wollen, die unter anderem zu Korruptionsaffären ermittelt. Das Oberste Bundesgericht genehmigte daraufhin die Einleitung eines Verfahrens gegen Bolsonaro. Die Untersuchung könnte potenziell in ein Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten münden. asch/ae/sna Die Regierung Chinas hat mindestens 186 Regierungsgebäude in Afrika errichtet, steht in einem Bericht der „Heritage Foundation“. Dem Bericht zufolge stellt Peking damit die Weltordnung infrage – eine Situation, welcher die USA dringend entgegenwirken sollen, rät der Autor des Berichtes, Joshua Meservey. – China baut seit Jahrzehnten wichtige Regierungsbüros und Einrichtungen in afrikanischen Ländern. Die Gebäude werden mit Ausrüstung versehen, welche „Peking wahrscheinlich einen besseren Zugang zur Überwachung in Afrika als irgendwo sonst bieten“, so ein kürzlich veröffentlichter Bericht der Heritage Foundation. Die chinesische Regierung kann damit jeden ausspionieren, von Präsidenten und Premierministern bis hin zu Richtern und Generälen, heißt es in dem Bericht weiter. Peking hat mindestens 186 afrikanische Regierungsgebäude errichtet,

in 40 der 54 afrikanischen Nationen. Die Einrichtungen beherbergen sensible Daten und Aktivitäten, die zur Überwachung einladen, sagte der Autor des Berichtes von Heritage Foundation, Joshua Meservey.

Peking „stellt die Weltordnung in Frage“
„Peking stellt die von den USA geführte Weltordnung in Frage, die der Welt, einschließlich der USA, beispiellosen Wohlstand und Stabilität gebracht hat. Es will dieses System zugunsten eines so strukturierten Systems umkehren, dass niemand es wagt, sich den Plänen Pekings zu widersetzen“, sagte Meservey gegenüber „Fox News“.

Der Bericht unterstreicht, dass Chinas Engagement in Afrika dem Land wahrscheinlich einen weitreichenden Zugang zur Überwachung des Kontinents verschafft hat. Chinesische Unternehmen, die alle gesetzlich verpflichtet sind, der Kommunistischen Partei Chinas bei der Sammlung von Informationen zu helfen, haben in Afrika neben den 186 Regierungsgebäuden mindestens 14 sensible innerstaatliche Telekommunikationsnetze errichtet. Weiterhin spendete China Computer an mindestens 35 afrikanische Regierungen.

Einige Beispiele: Den Justizpalast in der angolanischen Hauptstadt Luanda baute China 2012, das Gebäude des Außenministeriums im Jahr 2015. In Simbabwe hat China die Nationale Verteidigungsakademie des Landes errichtet und baut dem Bericht zufolge sein Parlament. Simbabwes ehemaliger Führer, der verstorbene Robert Mugabe, nannte den chinesischen Führer Xi Jinping einst „eine von Gott gesandte Person“.

Insgesamt „haben chinesische Unternehmen mindestens 24 Präsidenten- oder Premierministerresidenzen oder -büros, mindestens 26 Parlamente oder Parlamentsbüros, mindestens 32 Militär- oder Polizeieinrichtungen und mindestens 19 Gebäude des Außenministeriums gebaut, erweitert oder renoviert“, heißt es im Bericht.

Peking spioniert nicht nur Afrika aus, sondern auch diplomatische Gäste Afrikas
Das verschafft Peking einen außerordentlichen Einblick in die innersten Abläufe von Regierungen in ganz Afrika. Die gesammelten Informationen erlauben der chinesischen Regierung, (afrikanische) Ereignisse vorherzusehen und vor ihrer Umsetzung bereits Strategien zu entwickeln, um den größtmöglichen Vorteil daraus zu gewinnen.

In Verbindung mit materiellen Vermögenswerten hat China auch 14 „innerstaatliche Telekommunikationsnetze“ mit in China hergestellten Systemen wie denen von Huawei aufgebaut. Meservey geht davon aus, dass diese Netzwerke alle zugunsten der nachrichtendienstlichen Aktivitäten Chinas kompromittiert werden. Das verschafft dem Regime einen erheblichen Vorteil nicht nur gegenüber seinen politischen und kommerziellen Konkurrenten in Afrika, sondern auch gegenüber Beamten des Gastlandes, die so für Delikte haftbar gemacht werden können.

Der Bericht der Heritage Foundation hebt hervor, dass die Breite und Tiefe der nachrichtendienstlichen Berichterstattung, welche China durch seine Bauprojekte in ganz Afrika erreichen konnte, die Bedeutung von Afrika für Pekings geopolitische Strategien zeigt.

Meservey bemerkte in einem Interview mit „Fox News“, dass viele afrikanische Regierungen wissen, dass das chinesische Engagement, welches Darlehen, Hilfeleistungen und kulturellen Austausch

	beinhaltet, in Spionageoperationen eingebettet ist. „Mein Gefühl sagt mir, dass die afrikanischen Herrscher nicht glauben, dass es etwas gibt, das so wertvoll ist, dass es sich lohnt, die Beziehung zu China zu riskieren. Einige afrikanische Machthaber profitieren auch persönlich von einem Engagement in China – die mondänen Regierungsgebäude sind nur ein Beispiel –, was sie dazu veranlasst, sich weniger vor chinesischer Spionage zu fürchten, als sie es sonst vielleicht täten“, sagte Meservey gegenüber „Fox News“. Die Beweise für die Spionage waren schon 2018 bekannt Der Verdacht, dass viele dieser Einrichtungen als Abhörstationen für Peking fungieren, wird durch zwei Faktoren erhärtet. China wurde bereits auf frischer Tat ertappt, als es jahrelang Daten aus einem der wichtigsten öffentlichen Gebäude Afrikas sammelte – dem Hauptsitz der Afrikanischen Union in Addis Abeba, Äthiopien. Das Gebäude wurde zuvor von China errichtet. Im Jahr 2018 berichteten zuerst „Le Monde“ und dann die „Financial Times“ über zwei systemische Sicherheitsverletzungen durch China. Die erste war die Entdeckung, dass die Server der Afrikanischen Union, ebenfalls ein chinesisches Geschenk, jede Nacht von Mitternacht bis 2 Uhr morgens Daten auf Server in Shanghai hochgeladen haben. Der andere Fall bei der Afrikanischen Union war handfester: Bei einer physischen Inspektion des Gebäudes der Afrikanischen Union entdeckte man überall im Gebäude Abhörgeräte. Abgesehen vom Fall der Afrikanischen Union, der einen direkten Beweis darstellt für Chinas Fähigkeit und – noch wichtiger für seine Bereitschaft -, einen Freund auszuspionieren und zu kompromittieren, liefert ein zweiter Faktor zwingende Indizien für die Wahrscheinlichkeit, dass China Afrika mit Hilfe seiner dort errichteten Infrastruktur ausspioniert. Dieser Beweis befindet sich in China. Dort baute man jahrzehntelang Wohnanlagen und Hotels, in denen ausschließlich ausländische Gäste untergebracht wurden. In den meisten, wenn nicht sogar in allen dieser Einrichtungen wurden Abhörgeräte eingesetzt, um Gespräche und Bewegungen von Bewohnern und Gästen zu überwachen. Dies haben mehrere ausländische Geschäfts- und diplomatische Quellen berichtet. Zu diesen Anlagen gehören Wohnhäuser für Diplomaten und deren Familien in Peking sowie Hotels, die unter großen westeuropäischen und amerikanischen Markennamen betrieben wurden. Es ist sogar bekannt, dass ausländische Studenten in China Mikrofone in ihren Studentenwohnheimen gefunden haben. Die Konsequenzen Der Bericht von Heritage Foundation rät den Vereinigten Staaten dazu, „innezuhalten“, denn die Wahrscheinlichkeit sei ziemlich hoch, dass die chinesische Regierung die Infrastruktur, welche sie in Afrika ausgebaut hat, für das Auspionieren von politischen und wirtschaftlichen Führungskräften und Ereignissen nutzen wird. Und wenn das eintrifft, hat China „einen besseren Überwachungszugang zu Afrika“ als jede andere auf dem Kontinent operierende Nation, schreibt Meservey in dem Bericht.

Die Nutzung dieses Zugangs und des damit verbundenen Insiderwissens verschafft China einen Vorteil in wettbewerbsfähigen Handelsverhandlungen. Es gibt Peking auch Hinweise darauf, wer in Afrika beeinflusst werden kann, um Entscheidungen zu treffen, die Chinas Zielen förderlich sind, und wie dieser Einfluss ausgeübt und rekrutiert werden kann.

Doch der Umfang der Überwachung ist nicht nur auf Afrikaner beschränkt, so der Bericht. Jeder, der sich in einem von China gebauten oder ausgestatteten Raum befindet, kann von Peking abgehört werden – einschließlich US-amerikanische und andere ausländische Beamte.

Darüber hinaus werden Aktivitäten, welche in diesen Einrichtungen zwischen einem Gastland und einer anderen ausländischen Nation stattfinden, ebenfalls anfällig für chinesische Spionage, wodurch „diplomatische Strategien, militärische Antiterroroperationen [und] gemeinsame militärische Übungen“ gefährdet werden.

Deshalb, rät Meservey, dass die USA versuchen sollten, „die Überwachung Pekings zu erschweren … als Teil einer strategischen Antwort auf die Bemühungen der KPCh [Kommunistische Partei Chinas], die Weltordnung umzugestalten“.

Pekings Reaktion: Alles nur Lügen
In einer Pressekonferenz vom 22. Mai bezeichnete Zhao Lijian, Sprecher des chinesischen Außenministeriums, die Behauptungen des Berichts als „lächerlich“ und „basierend auf nichts als Lügen, Illusionen und ideologischen Voreingenommenheiten“.

Darüber hinaus „haben afrikanische Führer solche Gerüchte bei mehreren Gelegenheiten öffentlich widerlegt“, sagte Zhao.

Der Bericht von der Heritage Foundation hat diese Reaktion vorausgesehen: „Erwarten Sie wenig Hilfe – und vielleicht sogar Widerstand – von einigen afrikanischen Staaten. Angesichts der Geschicklichkeit, mit der die KPCh in Afrika Einfluss aufgebaut hat, und der vielen Beispiele afrikanischer Länder, die Angst haben, Peking zu trotzen, sollten die USA von diesen Regierungen nicht erwarten, dass sie viel Hilfe bei der Verbesserung von Amerikas Spionageabwehrproblemen in Afrika anbieten“, so der Bericht.

In der Tat „könnten einige, wenn sie darum gebeten werden, oder in dem Versuch, die KPCh günstig zu stimmen, sogar aktiv mit Peking zusammenarbeiten, um die amerikanischen Bemühungen zum Schutz ihrer Interessen auf dem Kontinent zu behindern“, schreibt Meservey in dem Bericht.

Der Europäische Gerichtshof hat Mitte Mai entschieden, dass die Transitlager zur Unterbringung der Migranten, die Asyl in Ungarn beantragen wollten, schließen sollen. Die Lager werden als „Haft“ angesehen. Nun hat der Premier Ungarns entschieden, dass Asylanträge nur noch im Ausland gestellt werden können. Laut Orbán sei allerdings die Situation der Migranten dadurch „schlimmer als vorher“.

- Künftig können Asylanträge in Ungarn nur noch im Ausland gestellt werden, so die Entscheidung des ungarischen Premierministers, Viktor Orbán. Die Transitzone an der Grenze zu Serbien, in der Asylwerber bisher ihre Anträge stellten und für die Dauer ihres Verfahrens bleiben mussten, wird aufgelöst, schreibt der österreichische „Wochenblick“.

	Damit folge die Regierung einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH), sagte Regierungsmitglied Gergely Gulyás am Donnerstag (21. Mai) in Budapest. Der EuGH hatte die Unterbringung in dem abgeschotteten Containerlager Röszke an der ungarisch-serbischen Grenze in der vergangenen Woche als „Haft“ bezeichnet. Ungarn prüft die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs Die ungarische Regierung akzeptiert die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs über die Schließung der Transitzonen nicht, sagte György Bakondi, Sicherheitsberater des ungarischen Premierministers beim staatlichen M1 Sender. Die Entscheidung wird dahingehend überprüft, ob die Funktion der Transitzonen „mit der ungarischen Verfassung vereinbar“ sei oder nicht. Die Transitzonen sind gut funktionierende Elemente des Grenzschutzes, deren Schließung „eine Situation wie im Jahre 2015 verursachen könnte“, betonte der Berater. Darüber hinaus mache man sich auch wegen der allgemeinen Gesundheitslage Sorgen, denn „wir wissen nicht, wie viele von den 130.000 Migranten mit dem Coronavirus infiziert sind, die auf der Balkanroute unterwegs sind“, fügte er hinzu. Empfangszentren sind überfordert „Als ob wir wieder die Migrantenkrise von 2015 durchleben würden“, sagten mehrere Bewohner im ungarischen TV-Sender M1. Die 280 Migranten, die man von den Transitzonen entlassen musste, wurden in drei Empfangszentren gebracht. Alle drei Zentren sind in kleinen Städten, wo das Auftauchen der Migranten für Spannungen sorgt. Gellért Ambrus, der Bürgermeister von Vámosszabadi, einer der betroffenen Städte, erklärte, dass in der letzten Zeit „einige Migranten zu uns gekommen sind, die wirklich Flüchtlinge sind, und das ist ok. Aber jetzt sind die Lager alle voll“. Die Einwohner machen sich Sorgen, da sie nicht wissen, ob die Migranten mit COVID-19 infiziert sind, erzählten sie in der M1-Sendung. Asylanträge nur noch im Ausland möglich Am Freitag (22. Mai) hat Ungarns Premierminister beim wöchentlichen Interview mit dem staatlichen Radiosender „Kossuth“ erklärt, dass die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes nicht nur „für unsere Nation gefährlich ist, sondern auch für die Sicherheit Europas“. Der Premier betonte, dass Ungarn nicht zulassen werde, dass die Personen, die Asyl beantragen, sich ohne Kontrolle im Land aufhalten können, „wie Brüssel sich das vorstellt“. Orbán sagte in der Radiosendung, dass diejenigen, die Asyl beantragen möchten, sich an die Botschaften wenden sollen. Sie sollen ihre Anträge im Ausland einreichen. „Bis dahin kann er auf die Entscheidung irgendwo außerhalb des Zauns warten, aber auf keinen Fall in Ungarn“, betonte der Premier. Nach der Bearbeitung werde man denjenigen über die Entscheidung des Verfahrens benachrichtigen, „das ist die neue Ordnung“, so Ungarns Staatsmann. Orbán zufolge sei die Lage für die Migranten „noch schlimmer als vorher, aber wenn Brüssel das so haben möchte, werden wir die Anforderung erfüllen“. Währenddessen hat der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen Ungarn aufgefordert, diejenigen aufzunehmen, die Asyl beantragen. In einer Erklärung stellten sie klar, dass sie es zwar

	begrüßen, dass Ungarn die Migranten aus den Transitzonen freigelassen hat, aber sie fordern das Land auf, die politisch verfolgten Flüchtlinge ins Land zu lassen und in Ungarn ein Asylverfahren zu gewährleisten.
Deutschland	180.595 Infizierte 8.309 Tote 161.173 genesen **Seit der Anordnung von Grenzkontrollen wegen der Corona-Pandemie hat die Bundespolizei 581 offene Haftbefehle vollstreckt.** – **Nach Informationen der DPA, stellten die Beamten bei ihren Kontrollen außerdem knapp 130 Verstöße gegen das Waffengesetz fest. In rund 150.000 Fällen wiesen sie demnach zur Unterbrechung des Infektionsgeschehens Ausländer an den Grenzen ab, die keinen triftigen Einreisegrund geltend machen konnten.** Wie die Bundespolizei auf Anfrage mitteilte, erzielten die Beamten innerhalb von gut zwei Monaten zudem über 3100 Personen-Fahndungstreffer. In fast 500 Fällen seien Gegenstände, nach denen gefahndet wurde, aufgefunden worden. Außerdem registrierten die Bundespolizisten den Angaben zufolge mehr als 800 Verstöße gegen das Betäubungsmittelgesetz. „Diese Zahlen verdeutlichen die Bedeutung der grenzpolizeilichen Filterfunktion für die Sicherheit und die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, wenn es darauf ankommt", sagte Bundespolizeipräsident Dieter Romann. Er hatte Mitte März betont, Deutschland werde seine Grenzen nun zwar wegen der Pandemie kontrollieren. Es sei aber falsch, von einer Grenzschließung zu sprechen - die Bundesrepublik sei schließlich kein Land wie Nordkorea. Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) hatte zur Eindämmung der Corona-Pandemie am 16. März vorübergehend stationäre Kontrollen an der Grenze zu Österreich, Frankreich, Dänemark, Luxemburg und der Schweiz angeordnet. In anderen Grenzabschnitten wurde die sogenannte Schleierfahndung im 30-Kilometer-Raum an der Grenze intensiviert. Inzwischen wird die Grenze zu Luxemburg nicht mehr kontrolliert. An der Grenze zu Österreich, Frankreich und der Schweiz soll es mindestens noch bis zum 15. Juni Kontrollen geben, allerdings nur noch stichprobenartig. Einreisen darf bis Mitte Juni grundsätzlich nur, wer dafür einen wichtigen Grund anführen kann - etwa der Besuch bei Angehörigen oder berufliche Verpflichtungen. ai/dpa **Die ehemalige Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht äußert Verständnis für die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen.** "Das größte Problem ist, dass der Staat zu stark unter dem Einfluss bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen steht", sagte sie dem "Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Montagausgaben). Die ehemalige Fraktionsvorsitzende der Linken im Bundestag, Sahra Wagenknecht, hält die im Zuge der Corona-Proteste geäußerten Zweifel an der Wissenschaft in Teilen für nachvollziehbar. – „Das größte Problem ist, dass der Staat zu stark unter dem Einfluss bestimmter wirtschaftlicher Interessengruppen steht", sagte sie dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland" (Montagausgaben). „Das ist mit Demokratie und gemeinwohlorientierter Entscheidungsfindung nicht

	vereinbar." Wagenknecht fügte hinzu: **„Wir brauchen zum Beispiel mehr unabhängige öffentliche Forschung. Dass viele Menschen Wissenschaftlern nicht mehr trauen, hängt ja auch damit zusammen, dass die Forschung zunehmend von Geldern der Industrie finanziert wird. Angebliche Experten entpuppen sich dann schnell als Lobbyisten."** Universitäten müssen Drittmittel einwerben An den Universitäten müssten Professoren immer mehr Drittmittel einwerben, ihr Renommee werde mit dadurch bestimmt. „Aber hinter den Drittmitteln stehen kommerzielle Interessen", so die Linken-Politikerin. Es sei überdies „ein Problem, dass selbst Mediziner des Robert-Koch-Instituts in Beratergremien von Pharma-Konzernen sitzen oder ihre Projekte von der Pharmabranche bezahlen lassen. Wenn der Staat seine Gelder kürzt, gehen die Privaten rein. Aber das erzeugt Abhängigkeiten." Ohnehin seien die Proteste „ja sehr unterschiedlich", betonte Wagenknecht. „Da muss man differenzieren und darf nicht pauschal alle Demonstranten in die Nazi-Ecke stellen oder als Verschwörungstheoretiker beschimpfen." Rettungspaket „sozial sehr unausgewogen" Die Bundestagsabgeordnete beklagte ferner, dass die Rettungspakete von Bund und Ländern „sozial sehr unausgewogen" seien. „Viele Solo-Selbständige und Freiberufler bekommen gar nichts, während große Unternehmen teilweise immense Summen erhalten, darunter solche, die das Geld gar nicht brauchen." Sinnvoll sei hingegen der Plan von Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD), Familien pro Kind pauschal 300 Euro zu zahlen. „Denn es hilft Familien mit Kindern, die wegen der Schließung von Schulen und Kitas besonders große Lasten tragen." Zu ihrem persönlichen Umgang mit der Coronakrise sagte die 50-Jährige: „Ich gehöre eher zu den Ängstlicheren, auch, weil mein Mann altersbedingt zur Risikogruppe gehört. Ich versuche, vorsichtig zu sein, ohne mich verrückt zu machen." Wagenknecht ist mit Oskar Lafontaine verheiratet; er ist 76 Jahre alt. (dts) **Das Bundeskanzleramt will die Corona-Kontaktbeschränkungen bis zum 5. Juli verlängern, dabei aber auch weitere Lockerungen ermöglichen**. „Bei privaten Zusammenkünften zu Hause in geschlossenen Räumen" und beim „Aufenthalt im öffentlichen Raum" sollen sich künftig bis zu zehn Menschen – oder die Angehörigen zweier Hausstände – treffen dürfen, wie aus einer AFP vorliegenden Beschlussvorlage von Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) für Beratungen mit den Staatskanzleien der Länder am Montag hervorgeht. – Diese Beratungen liefen am Nachmittag noch. Ob die Länder dem Vorschlag aus dem Kanzleramt zustimmen, war zunächst nicht klar. Die bislang zwischen Bund und Ländern vereinbarten Beschränkungen gelten noch bis zum 5. Juni. Thüringens Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) hatte angekündigt, danach auf die Auflagen verzichten zu wollen und diese allenfalls regional anzuwenden, wenn das Infektionsgeschehen es

erfordere. Zuletzt gab Ramelow aber an, dass es auch weiterhin eine Maskenpflicht im öffentlichen Nahverkehr und in Geschäften geben solle.

Das Kanzleramt geht in seiner Beschlussvorlage auf Distanz zu raschen Lockerungen. Minister Braun schlägt den Ländern darin vor, auch nach dem 5. Juni „weiter grundsätzlich einen Mindestabstand von eineinhalb Metern einzuhalten“. Zudem solle die „Maskenpflicht in bestimmten öffentlichen Bereichen“ beibehalten werden. Wo die Möglichkeit bestehe, „sollten die privaten Zusammenkünfte im Freien abgehalten werden, da hier ein erheblich geringeres Infektionsrisiko besteht“.

Die Deutsche Bank hat einige ihrer Manager darum gebeten, freiwillig auf ein Monatsgehalt zu verzichten.

– „Das ist eine freiwillige Maßnahme im Sinne des Unternehmergeists und der Disziplin, mit denen wir unser Unternehmen leiten”, teilte Konzernsprecher Jörg Eigendorf am Samstag mit. Zuvor hatte die „Financial Times” darüber berichtet.

Demnach hätten sich Geschäftsführung und Mitglieder des Group Management Committees bereits auf einen freiwilligen Verzicht auf ein Monatsgehalt geeinigt. Nun wolle man einer größeren Gruppe von Senior Managern die Möglichkeit geben, Teil dieser Initiative zu sein, so Eigendorf weiter. Betroffen seien davon „wenige Hunderte” Mitarbeiter, wie ein Sprecher der Deutschen Bank auf dpa-Anfrage mitteilte.

Die Deutsche Bank treibt ihren 2019 eingeleiteten Konzernumbau trotz der Corona-Krise weiter voran. Der freiwillige Gehaltsverzicht sei ein Teil der Kostensenkungen, teilte ein Sprecher des Konzerns am Samstag mit. Deutschlands größtes Geldhaus hat sich aus einigen Geschäftsfeldern zurückgezogen und das Investmentbanking geschrumpft. **Zudem soll bis Ende 2022 konzernweit die Zahl der Vollzeitstellen um etwa 18.000 auf weltweit 74.000 sinken.** ai/dpa

Nach einem Gottesdienst in einer Kirchengemeinde der Baptisten in Frankfurt haben sich mehrere Mitglieder mit dem Coronavirus infiziert.

– „Wir haben alle Versammlungen abgebrochen. Gottesdienste gibt es jetzt nur noch online”, sagte der stellvertretende Vereinsvorsitzende der Gemeinde der Evangeliums-Christen-Baptisten, Wladimir Pritzkau (64), am Samstag.

„Bei uns ist es eine schwierige Lage”, so Pritzkau weiter.
Der Gottesdienst sei am 10. Mai gewesen. Zuvor hatte die „Frankfurter Rundschau” berichtet.

Die genaue Zahl der Betroffenen konnte Pritzkau nicht nennen. Die meisten seien Zuhause, sechs befänden sich in Krankenhäusern. Der Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Frankfurt, René Gottschalk, wollte den Fall weder bestätigen noch dementieren: „Ich bin Arzt und unterliege der Schweigepflicht.”

Wie viele Besucher zu dem Gottesdienst gekommen waren, könne er „nicht genau sagen”, meinte Pritzkau. „Bei uns sind aber alle Regeln eingehalten worden.” Es habe Desinfektionsmittel gegeben, der vorgeschriebene Abstand sei beachtet worden.

	Mehr als 40 Infizierte Der „Tagesspiegel" berichtete, bei der Veranstaltung am 10. Mai hätten sich mehr als 40 Menschen aus Frankfurt und den umliegenden Landkreisen infiziert. „Die weitaus meisten sind nicht sonderlich krank", zitierte die Zeitung den Leiter des Frankfurter Gesundheitsamtes, Rene Gottschalk. „Nach unserem Kenntnisstand ist auch nur eine Person in einem Krankenhaus", hieß es. Allein aus Hanau hätten sich mindestens 16 Personen bei dem Gottesdienst infiziert, teilte die Agentur Reuters unter Verweis auf die hessische Stadt mit. „Es handelt sich um ein sehr dynamisches Geschehen", sagte der stellvertretende Leiter des Gesundheitsamtes, Antoni Walczok, der „Frankfurter Rundschau". Die Baptisten-Gemeinde habe aber nichts Unrechtmäßiges unternommen. „Es gab keine Verletzung einer Rechtsverordnung", sagte Walczok. In Hessen sind seit dem 1. Mai wieder Gottesdienste unter Wahrung von Abstands- und Hygiene-Regeln erlaubt. Wegen des Vorfalls sagte die Stadt Hanau ein für Sonntag geplantes Fastengebet verschiedener muslimischer Institutionen ab. „Angesichts der jüngsten Entwicklungen beim Infektionsgeschehen in Hanau ist das Risiko zu groß", zitiert Reuters Oberbürgermeister Claus Kaminsky. Zu der Veranstaltung in einem Sportstadion wären möglicherweise mehr als 1000 Gläubige aus dem gesamten Rhein-Main-Gebiet nach Hanau gekommen. Religiöse Versammlungen sind seit dem 1. Mai unter Auflagen wieder erlaubt. So muss in Kirchen und anderen Gotteshäusern der Mindestabstand von 1,50 Meter zwischen den Menschen eingehalten werden, nötig sind zudem weitere Hygienemaßnahmen wie das Aufstellen von Desinfektionsspendern. Über die Zahl der Gemeindemitglieder wollte Pritzkau keine Angaben machen. Die meisten kämen aus dem Raum Frankfurt. In der Gemeinde der Evangeliums-Christen-Baptisten finden die Gottesdienste laut Homepage in deutscher und russischer Sprache statt. Ihr Sitz ist im Stadtteil Rödelheim im Westen von Frankfurt. ai/dpa/rtr Nachtrag: **Mindestens 107 Corona-Infektionen** nach Gottesdienst in Frankfurt Bundeskanzlerin Angela Merkel hat die Einschränkung von Grundrechten in der Corona-Krise erneut als „Zumutung" für die Demokratie bezeichnet - die Maßnahmen aber zugleich verteidigt. – Die CDU-Politikerin sagte in ihrem am Samstag veröffentlichten wöchentlichen Podcast zum Verfassungstag am 23. Mai, sie könne Sorgen von Bürgern angesichts der Einschränkungen in der Pandemie verstehen. Die Regierung mache es sich mit den Beschränkungen von Grundrechten nicht einfach. „Deshalb sollen sie so kurz wie möglich sein. Aber sie waren notwendig, und das haben wir auch immer wieder begründet, weil wir uns der Würde der Menschen verantwortlich fühlen, so wie es im Artikel 1 unseres Grundgesetzes gesagt ist", so Merkel. Dazu gehöre, dass eine Überforderung des Gesundheitssystems verhindert werden sollte, dies sei glücklicherweise auch gelungen.

	„Aber natürlich sind wir jetzt bei den Lockerungen der Beschränkungen immer wieder begründungspflichtig, warum wir etwas noch nicht aufheben und warum wir etwas schon lockern können. Und auf diesem Wege müssen wir natürlich auch immer wieder die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen gegeneinander abwägen", so Merkel weiter. Deshalb sei sie froh, dass die derzeitige Infektionslage es ermögliche, schon viele Dinge wieder zu erlauben und möglich zu machen, die einige Wochen eingeschränkt gewesen seien. Merkel sagte weiter, die Corona-Pandemie stelle die Gesellschaft vor besondere Herausforderungen, vielleicht die größten seit 71 Jahren. Um so wichtiger sei es, die Prinzipien des Grundgesetzes zu achten. Am 23. Mai 1949 wurde das Grundgesetz verabschiedet. Anti-Lockdown-Demos in deutschen Städten In zahlreichen deutschen Städten waren am Samstag erneut Demonstrationen gegen die staatlichen Beschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie geplant. Bereits an den vergangenen Wochenenden hatten bundesweit Tausende Menschen gegen die Corona-Politik und Eingriffe in Grundrechte demonstriert. Es gab aber auch Gegenproteste, die sich gegen Verschwörungstheoretiker oder gegen „rechte Hetze" wandten.
Montenegro	324 Infizierte 9 Tote 315 genesen **In Montenegro gibt es nach Behördenangaben keine neuen Corona-Infizierten. Präsident Milo Djukanovic hat den Sieg über die Infektionskrankheit in dem Balkanstaat erklärt**. – Die Gesundheitsbehörden von Montenegro hatten am Sonntag nach eigenen Informationen erstmals seit 68 Tagen keine neuen Ansteckungen mit Covid-19 registriert. Alle Infizierten, die behandelt worden seien, seien genesen. „Montenegro hat das Coronavirus erfolgreich bekämpft! Es gibt keine Infizierten mehr!", twitterte Djukanovic am selben Tag. Damit sei eine Etappe des „großen Kampfes um die wichtigsten Werte, die Menschenleben", beendet, so der Präsident. Der Erfolg sei dem „hohen Maß an Verantwortung der Behörden und der Bevölkerung" zu verdanken.
Russland	353.427 Infizierte 3.633 Tote 118.798 genesen **Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) hat der Partnerstadt Moskau angeboten, Corona-Patienten in Berliner Krankenhäusern zu behandeln.** – „Wir wollen gern weiter helfen, wenn unsere Kliniken dafür Möglichkeiten sehen. Auch unserer Partnerstadt Moskau habe ich ein Angebot übermittelt. Bislang gab es keine Reaktion, ich bin dafür nach wie vor offen", sagte Müller in einem Interview mit dem „Tagesspiegel". „Zusammen mit der Charité hatten wir Italien ein Angebot gemacht, das letztlich nicht angenommen werden musste. Stattdessen nahm unsere Uniklinik Patienten aus Frankreich auf, wofür sich Präsident

	Emmanuel Macron vor einigen Tagen per Brief bei uns bedankte“, so das Stadtoberhaupt. Etwa 8000 der 20.000 Berliner Klinikbetten seien frei, zudem gebe es das Reservezentrum auf der Messe. Er habe kürzlich zu einer Videoschalte geladen, um über Erfahrungen in der Krise zu sprechen, sagte Müller: „Da haben 14 meiner Amtskollegen teilgenommen, beispielsweise Ekrem Imamoglu aus Istanbul und Sadiq Khan aus London.“ Zuvor hatte sich auch der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer für die Aufnahme russischer Corona-Patienten ausgesprochen. „Es wäre ein starkes Zeichen der Europäischen Union, wenn wir auch Patienten aus Russland bei uns behandeln würden“, sagte Kretschmer. „Wir versuchen insgesamt in Europa zu helfen. Und ich finde, wir sollten auch solidarisch sein mit Russland.“ In Russland sind inzwischen mehr als 344.000 Corona-Fälle nachgewiesen worden (Stand: 24.05.2020). In den letzten 24 Stunden sind 8599 Neuinfektionen registriert worden. Die Gesamtzahl der Corona-Toten beläuft sich derzeit auf 3541. ta/gs
Schweiz / Lichtenstein	Die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein verzeichneten bisher insgesamt 30.746 laborbestätigte Fälle, damit 10 zusätzliche Fälle innerhalb eines Tages (Stand: 25.05.2020, 08:00 Uhr). Betroffen von COVID-19 sind alle Kantone der Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein. Bisher traten 1642 Todesfälle im Zusammenhang mit einer laborbestätigten COVID-19-Erkrankung in der Schweiz auf, teilte das schweizerische Bundesamt für Gesundheit BAG am Montag mit. Die Zahl der durchgeführten Tests auf SARS-CoV-2, dem Erreger von COVID-19, belaufe sich bisher insgesamt auf 372.146. Bei zehn Prozent dieser Tests fiel das Resultat positiv aus (wobei mehrere positive oder negative Tests bei derselben Person möglich sind), hieß es.
Spanien	235.772 Infizierte 28.752 Tote 150.376 genesen **Das vom Coronavirus schwer betroffene Spanien will laut dem Premierminister des Landes Pedro Sánchez erst im Juli seine Grenzen für ausländische Urlauber öffnen.** – „Ab Juli wird der Empfang ausländischer Touristen unter sicheren Bedingungen wiederaufgenommen werden. Ausländische Touristen können bereits ihren Urlaub in unserem Land planen“, sagte Sánchez am Samstag in einer Rede an die Nation. „Wir werden garantieren, dass die Touristen keine Risiken eingehen werden und auch, dass sie keine Risiken für uns verursachen“, erklärte der sozialistische Politiker. „Wir wollen sagen: Spanien wartet ab Juli auf Sie“, wandte sich Sanchez an die Ausländer. Mit seiner Ankündigung machte Sánchez Hoffnungen auf eine frühere Wiederaufnahme des Tourismus zunichte. Diese waren jüngst aufgekommen, nachdem ein anderer Corona-Brennpunkt, Italien, die Grenzöffnung für Touristen ab dem 3. Juni angekündigt hatte. Sánchez präzisierte jedoch nicht, ob die Luftverbindung mit allen Ländern wiederaufgenommen werde und welche konkrete Maßnahmen Spanien ergriffen werde, um eine neue Welle der Epidemie zu vermeiden. Nach Angaben des Premierministers werden die zuständigen Ministerien die Einzelheiten in den kommenden

	Tagen bekannt geben. Ende April hatten die spanischen Behörden einen aus vier Phasen bestehenden Plan für einen schrittweisen Ausstieg aus der Corona-Quarantäne vorgelegt. Wenn sich die epidemiologische Situation nicht verschlimmern sollte, kann Spanien Sánchez zufolge bis Ende Juni zum normalen Leben zurückkehren. sm/gs
Ukraine	21.245 Infizierte 623 Tote 7.234 genesen **Der Abgeordnete der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) Valerij Dawidenko ist nach Medienangaben in seinem Büro tot aufgefunden worden. Die Leiche soll eine Schusswunde aufweisen.** – Der stellvertretende ukrainische Außenminister Anton Geraschtschenko hat dies gegenüber Medien bereits bestätigt. Laut Geraschtschenko gehen nun Ermittler dem Fall nach. Motive wie etwa Mord, Suizid oder Inszenierung seien zunächst nicht auszuschließen. Die Polizei soll aber derzeit von einem Selbstmord ausgehen. Nach Angaben des Politikers Ilja Kiwa, der in einem Facebook-Post als Erster über den Tod des Abgeordneten informiert hatte, wurde Dawidenkos Leiche von einer Reinigungskraft in seinem Büro aufgefunden. Der Tote soll eine Schusswunde aufweisen. Die mutmaßliche Tatwaffe sei vor Ort sichergestellt worden.
United Kingdom	260.916 Infizierte 36.875 Tote 1.151 genesen **Großbritannien ändert seine Haltung gegenüber China. Premierminister Johnson will die Beteiligung des chinesischen Unternehmens Huawei an der britischen Infrastruktur bis 2023 auf null reduzieren.** Großbritanniens Premierminister Boris Johnson hat seine Beamte angewiesen, Pläne zu entwickeln, um die Beteiligung von Huawei Technologies Co. am britischen 5G-Netz zu beenden, berichtete die britische Zeitung „The Telegraph“. – Boris Johnson will die Beteiligung des chinesischen Unternehmens an der britischen Infrastruktur bis 2023 auf null reduzieren, schrieb die Zeitung am 22. Mai. Die Downing Street lehnte es ab, die Berichte zu kommentieren. „Wir brauchen eine grundlegende Reform der Haltung gegenüber China“ „Das ist in der Tat eine potenziell gute Nachricht und zeigt, dass es eine bedeutende Neubewertung unserer Beziehung zu China gibt“, sagte der Tory-Abgeordnete Bob Seely, Mitglied des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Unterhauses, gegenüber britischen Medien. Allgemeiner gesagt, die Beweise sind jetzt überwältigend, dass wir eine grundlegende Reform unserer Haltung gegenüber China brauchen“, fügte Seely hinzu. „Huawei muss jetzt aufhören zu versuchen, sich in das britische Netzwerk ‚einzugraben‘, wie es bisher der Fall war“, sagte Seely. Britische Telekommunikationsunternehmen bräuchten jetzt klare

	Vorgaben, damit „wir eine fortschrittliche Kommunikationszukunft ohne hohes Risiko aufbauen können, ohne Hightech aus autoritären Staaten“, so der Tory-Abgeordnete. Seely wies darauf hin, dass Huawei ein fester Bestandteil des chinesischen Staates sei. Es sei ein „hochriskanter“ Anbieter in der Infrastruktur Großbritanniens. Huawei in unserem 5G-Netz ist schlecht für den Datenschutz, schlecht für unsere Sicherheit, schlecht für die Menschenrechte: Ich bin froh, dass die Regierung jetzt vielleicht denkt: ‚Auf keinen Fall Huawei‘“, sagte Bob Seely gegenüber britischen Medien. Der Tory-Abgeordnete Tom Tugendhat, Vorsitzender des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Unterhauses, äußerte sich ebenfalls zu den Plänen der Regierung und sagte, Huawei befinde sich „tatsächlich im Besitz der Kommunistischen Partei Chinas“. Kehrtwende für Großbritannien – Anzeichen schon vor der Corona-Krise „The Telegraph“ zufolge wird erwartet, dass Johnson die Handelsgespräche mit US-Präsident Donald Trump nach dem Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ankurbeln wird. Johnson sei bemüht, Großbritannien in Bezug auf Importe und Produktion weniger abhängig von ausländischen Ländern wie China zu machen. Bereits am 22. Mai berichtete „The Times“, dass Johnson Beamte angewiesen hat, Pläne zu entwickeln, um Großbritanniens Abhängigkeit von China bei lebenswichtigen medizinischen Gütern und anderen strategischen Importen zu beenden. Die Pläne laufen unter dem Decknamen „Project Defend“ (Projekt Verteidigung). Die Ankündigung ist eine Kehrtwende für Großbritannien, das Ende April noch bestätigte, dass Huawei beim Aufbau seines 5G-Telefonnetzes eine Rolle spielen werde – das war zumindest der Deal mit der ehemaligen Premierministerin Theresa May. Vor der Corona-Pandemie hatten 36 Abgeordnete der Tory versucht, die Regierung gegen den Deal unter Druck zu setzen. Sie äußerten sich besorgt über Sicherheitswarnungen aus den Vereinigten Staaten und Australien über die mangelnde Unabhängigkeit Huaweis von der Kommunistischen Partei Chinas und dem Militär der VR China. Großbritannien beschloss im Januar, Huawei die Teilnahme am Netzwerk nur unter der Bedingung zu gestatten, dass es von sicherheitskritischen Netzwerkfunktionen ausgeschlossen und seine Beteiligung auf 35 Prozent begrenzt wird. Die Vereinigten Staaten haben Sicherheitsbedenken bezüglich der Ausstattung von Huawei geäußert. Sie haben auch davor gewarnt, diese in ihren Netzwerken zu verwenden, weil sie sonst Gefahr laufen, von wertvollen nachrichtendienstlichen Informationen abgeschnitten zu werden.
USA	14.163.915 getestete 1.651.254 Infizierte 97.850 Tote 366.736 genesen Nach seiner Ablösung als Geheimdienstkoordinator der US-Regierung will Richard Grenell auch seinen Posten als Botschafter in Berlin räumen.

	– Nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur wird der 53-Jährige bereits innerhalb der nächsten Wochen abtreten - deutlich vor der Präsidentenwahl in den USA am 3. November. Seine Amtsgeschäfte wird dann voraussichtlich vorübergehend Robin Quinville übernehmen, die seit Juli 2018 Gesandte an der Botschaft und damit Stellvertreterin Grenells ist. Grenell war im Februar überraschend von US-Präsident Donald Trump nach Washington berufen worden, um kommissarisch den Posten des Geheimdienstkoordinators zu übernehmen. **Der so gut wie abgezogene Diplomat jedoch droht Deutschland mit einer weiteren klaren Ansage.** – Grenell bedankte sich am Sonntag auf Twitter bereits für mehrere Abschiedsgrüße. Sein Bedauern über Grenells Abgang äußerte der Vorsitzende der Münchener Sicherheitskonferenz, Wolfgang Ischinger. „Das ist überhaupt keine willkommene Nachricht, wenn es bedeutet, dass es in den nächsten 12 Monaten oder mehr keinen US-Botschafter in Berlin geben wird – US-Wahl, Bestätigungsprozess des Senats usw. – und das inmitten mehrerer transatlantischer Krisen?“, schrieb Ischinger auf seinem Twitter-Account. **Doch offenbar werden nicht alle den US-Botschafter vermissen. Der US-Journalist Noah Barkin kommtentierte auf Twitter eine Reuters-Meldung zum Rücktritt Grenells mit den Worten: „Grenexit. Deutschland stößt einen kollektiven Seufzer der Erleichterung aus“.** **Darauf reagierte Grenell mit einem eigenen Tweet, der fast wie eine Drohung anmutet:** **„Sie machen einen großen Fehler, wenn Sie glauben, der amerikanische Druck sei weg. Sie kennen die Amerikaner nicht.“** **Grüne und Linke hoffen nach dem Ausscheiden von Grenell auf eine Verbesserung der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA.** „Grenell ist seit längerem primär mit anderen Aufgaben beschäftigt, die seine Präsenz in Washington binden. So ist seine Demission folgerichtig“, sagte der Grünen-Außenpolitiker Omid Nouripour dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND, Montag). Linksfraktionschef Dietmar Bartsch äußerte: „Ein in Deutschland anwesender US-Botschafter, der auch Botschafter und nicht Politiker ist, könnte als Nachfolger von Grenell hilfreich sein.“ Nach Informationen der Nachrichtenagentur DPA will Grenell nach seiner Ablösung als kommissarischer Geheimdienstkoordinator der US-Regierung am kommenden Dienstag auch seinen Posten als Botschafter in Berlin innerhalb der nächsten Wochen räumen. Eine offizielle Bestätigung dafür gab es aber zunächst nicht. Grenell gilt als extrem loyal zu US-Präsident Donald Trump und rühmt sich immer wieder seiner guten Verbindungen zum Weißen Haus. Seine Aufgabe sah er in seinen bisher zwei Jahren als Botschafter vor allem darin, die Politik Trumps in Deutschland und Europa offensiv zu vertreten. Dabei trat er wiederholt undiplomatisch auf und äußerte sich auch über die Angelegenheiten seines Gastlandes. Grenell selbst nennt das „aufrichtig sein“.

sm/gs

Der Autovermieter Hertz hat in der Corona-Krise in den USA Insolvenz angemeldet. Der Rückgang von Reisen habe zu einem „plötzlichen und dramatischen" Einbruch bei Umsätzen und Buchungen geführt, teilte das Unternehmen mit Sitz in Estero im US-Bundesstaat Florida am Freitagabend (Ortszeit) mit.

– Während der wegen der Krise erforderlichen Umstrukturierungen würden die Geschäfte weitergeführt. Das Unternehmen habe mehr als eine Milliarde Dollar (920 Mio Euro) an Barbeständen, um den Betrieb aufrecht zu erhalten. Internationale Operationen des Autovermieters in Europa, Australien oder Neuseeland seien von dem Insolvenzantrag nicht betroffen.

  In der Mitteilung hieß es, Hertz habe bereits Maßnahmen eingeleitet, als sich die Krise im März abgezeichnet habe. So sei damals beschlossen worden, weltweit 20.000 Mitarbeiter zu beurlauben oder zu entlassen - rund die Hälfte aller Beschäftigten. Die Zahl der Fahrzeuge und Standorte werde verringert. Man beabsichtige dennoch, Kunden weiterhin die gleiche Qualität anzubieten und Lieferanten sowie Arbeitnehmer zu bezahlen. Auch Treueprogramme sollten weitergeführt werden.

  Hertz ist einer der größten Leihwagenfirmen weltweit und vermietet Fahrzeuge unter anderem auch unter den Firmennamen Dollar und Thrifty. Hertz teilte mit, der Konzern habe sich mit seinen größten Gläubigern nicht auf eine langfristige Reduzierung der Zahlungen einigen können. Auch seien Hoffnungen auf eine Unterstützung der US-Regierung für Autovermieter zerschlagen worden.

  Die Krise hat die US-Wirtschaft schwer in Mitleidenschaft gezogen. Erst vor rund einer Woche hatte die 118 Jahre alte Warenhauskette J.C. Penney Insolvenz angemeldet. Nach den Insolvenzanträgen der Ladenketten Neiman Marcus und J. Crew war J.C. Penney das bisher größte Corona-Opfer im US-Einzelhandel. Für die Firma arbeiten rund 85.000 Menschen. J.C. Penney hat noch über 800 Läden, von denen viele das Herzstück amerikanischer Einkaufszentren sind.

  Seit der Zuspitzung der Coronavirus-Pandemie in den USA im März haben bereits mehr als 38 Millionen Menschen mindestens zeitweise ihren Job verloren - so viele wie nie zuvor in solch kurzer Zeit. Die USA befinden sich wegen der Pandemie in einer schweren Wirtschaftskrise. Präsident Donald Trump drängt die US-Bundesstaaten zu einer möglichst schnellen Lockerung der Schutzmaßnahmen, um die Wirtschaft vor der Präsidentschaftswahl im November wieder in Gang zu bringen. ai/dpa

Der weltgrößte internationale Satellitenbetreiber Intelsat hat bei einem amerikanischen Gericht Insolvenz angemeldet, um eine Restrukturierung ermöglichen zu können.

– Um die Finanzrestrukturierung zu erleichtern, haben Intelsat und einige seiner Tochterunternehmen freiwillige Petitionen zum Kapitel 11 (ein Abschnitt des US-Insolvenzrechts [US bankruptcy code], der das Sanierungs- oder Reorganisationsverfahren für amerikanische Unternehmen regelt) bei dem US-Insolvenzgericht im östlichen Distrikt des Bundestaates Virginia eingereicht.

  Der Unternehmenschef Stephen Spengler sagte dazu:
  „Seit mehr als 50 Jahren sind wir für Qualität, Innovation, Branchenführerschaft und Premium-Dienstleistungen bekannt. Unser

	Erfolg ist eingetreten, obwohl wir in den letzten Jahren durch erhebliche Altschulden belastet waren. Jetzt ist die Zeit gekommen, das zu ändern.“ Hauptgrund für die Restrukturierung sei der Wunsch von Intelsat, die Genehmigung der Federal Communications Commission für die Nutzung von C-Band-Frequenzen zum Ausbau der 5G-Infrastruktur in den USA zu erhalten. Darüber hinaus sei das Unternehmen von der Wirtschaftskrise, die die Corona-Pandemie verursachte, betroffen. ak/ae Der designierte Präsidentschaftskandidat der US-Demokraten, Joe Biden, hat sich mit einer Bemerkung über Afroamerikaner Rassismus-Vorwürfe eingehandelt – mit Blick auf die bevorstehenden US-Wahlen ist das ein Imageschaden, den sich Biden nicht leisten darf. Das Gesagte hat er bereits bereut und sich selbst als einen „Klugscheißer“ bezeichnet. – In Zeiten der Corona-Krise ist Wahlkampfmachen keine leichte Sache. Umso wichtiger ist es gerade jetzt, bei den Bürgern zu punkten, denn schon im November finden in den USA Präsidentschaftswahlen statt. Den Demokraten ist es nur mit Mühe gelungen, sich hinter einem gemeinsamen Präsidentschaftskandidaten zu formieren, und dieser Kandidat heißt Joe Biden. Allerdings punktet der Politiker derzeit im Minusbereich. Biden ist für seine peinlichen Versprecher und kontroversen Bemerkungen bekannt. Dies wurde ein weiteres Mal in einem Radiointerview deutlich, in dem sich der 77-Jährige um wichtige Wählerstimmen gebracht haben könnte. Darin ging es um Rassismus in den USA und, als er auf die Afroamerikaner im Wahlkampf zu sprechen kam, meinte Biden selbstbewusst: „Wenn Sie sich nicht sicher sind, ob Sie für mich oder für Trump sind, dann sind Sie nicht schwarz.“ Natürlich ging diese bevormundende Auslassung nach hinten los. Dessen war sich auch Biden bewusst und soll laut CNN am Tag darauf in einer Telefonschalte mit der afroamerikanischen Handelskammer das Gesagte bereut haben. Seine Worte könnten als hochmütig aufgefasst werden, habe Biden gesagt. Der Politiker machte auch gleich klar, dass er die Stimmen der Afroamerikaner brauche, um bei den Präsidentschaftswahlen als Sieger hervorzugehen. „Ich hätte nicht so ein Klugscheißer sein sollen. Ich hätte nicht so unbekümmert sein sollen“, räumte Biden nach Angaben von Journalisten ein. Er habe die Unterstützung der afroamerikanischen Gemeinschaft niemals als selbstverständlich angesehen, versicherte er. „Niemand muss aufgrund von Rasse, Religion oder Herkunft für eine bestimmte Partei stimmen.“ Spielt Republikanern in die Hände Bidens Bemerkung hat prompt eine Debatte unter dem Hashtag „YouAintBlack“ losgetreten. Da halfen auch keine Beschwichtigungen wie etwa jene, in der eine Beraterin des Demokraten auf Twitter behauptet hatte, der umstrittene Satz sei scherzhaft gemeint. Der einzige schwarze Republikaner im Senat, Senator Tim Scott, bezeichnete Bidens Äußerungen als „die herablassendsten und arrogantesten Kommentare gegenüber der schwarzen Community, die ich je gehört habe.“ Laut Scott stimmten 1,3 Millionen Afroamerikaner bei der Wahl 2016 für Trump. Die Situation war ein gefundenes Fressen für das Lager des amtierenden US-Präsidenten Donald Trump, welches sogleich Biden

	mögliche Wähler abspenstig machen wollte. Trumps Wahlkampfberaterin Katrina Pierson nannte Biden einen „elitären weißen Liberalen“, der „rassistisch erniedrigende“ Kommentare von sich gebe. Das Wahlkampfteam von Trump teilte unter anderem mit, Biden glaube als Weißer, dass Schwarze „unfähig sind, unabhängig zu sein oder unabhängig zu denken“. Biden, der unter dem vorherigen Präsidenten Barack Obama Vizepräsident war, erfreut sich bei Afroamerikanern großer Zustimmung. Bislang konnte er bei der Präsidentenwahl am 3. November mit einer Mehrheit der Stimmen der Afroamerikaner rechnen.
Kalender	**26. + 27. Mai 2020**
"Welt weitere Fallzahlen unter den jeweiligen Ländern **jeweils vom 27.5.20**	5.508.904 Infizierte 346.508 Tote 2.246.900 genesen am 26.5.20 / 5.606.925 Infizierte 350.862 Tote 2.301.727 genesen am 27.5.20
	Josep Borrell, Hoher Vertreter der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, hat offenbar ein feines Gespür für geopolitische Verhältnisse. Der Chefdiplomat hat für die Europäische Union einen neuen strategischen Kurs ausgemacht. Es geht Richtung Asien. – Die amerikazentrische – heißt: von Amerika dominierte – Weltordnung ist vorbei. Ein neues Zeitalter ist angebrochen: Ein Zeitalter, in dem die Europäische Union sich mit der Rolle eines Juniorpartners der Vereinigten Staaten nicht mehr begnügen will. Das ist die komprimierte Form dessen, was der Hohe Vertreter Borrell kürzlich bei einem Treffen mit deutschen Diplomaten erklärt hat. Das Zeitalter, von dem er dabei sprach, ist ein asiatisches. Brüssel will mehr – was mutig und zugleich einfach zu erklären ist: Washington ist schwach, die Kräfte haben sich verschoben, der knallharte Konflikt zwischen USA und China eröffnet für die EU ein Zeitfenster voller Möglichkeiten; die EU-Spitzen spüren das. Die britische Zeitung „The Guardian“ veröffentlicht Auszüge dessen, was Josep Borrell bei dem Treffen gesagt hat. Eine gewagte These ist darunter: „Lange Zeit sprachen Analysten vom Ende des amerikanischen Systems und vom Anbruch des asiatischen Zeitalters. Genau das findet jetzt gerade vor unseren Augen statt.“ Die EU, das sagte deren Chefdiplomat auch, stehe unter enormem Druck von beiden Seiten, von Washington und Peking. Dass zwei Machtzentren glauben, die Europäische Union unter Druck setzen zu müssen und zu können, ist an sich schon ein Skandal. Aber wichtiger ist etwas anderes. Man schaue und staune, wie der Hohe Vertreter in diesem Spannungsfeld zwischen Washington und Peking vorzugehen gedenkt: Die EU soll zur Seite gehen und die beiden Rivalen ihr gegenseitiges Verhältnis untereinander ausmachen lassen – ohne Brüssels Komplizenschaft, so Borrells Vorschlag. Was der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik damit im Kern verkündet hat, ist nicht weniger als eine Unabhängigkeitserklärung der Europäischen Union. Die EU soll ihren „eigenen Interessen und Werten“ folgen und es vermeiden, sich von der einen oder anderen Seite instrumentalisieren zu lassen, argumentiert Borrell: Also weder für Peking zum Bauernopfer werden

	noch für Washington Bauernopfer bleiben. Wie wird diese Erklärung wohl im Weißen Haus ankommen? Die Pax Americana (die amerikazentrische Welt) zu bewahren, ist schließlich ein Grundsatz der US-Politik, bei dem es keine Kompromisse geben darf. In dieser Welt mit den USA im Zentrum hat die EU ein treuer Gefährte zu sein, der die geopolitischen Abenteuer des Herrn aus Washington rückhaltlos mitmacht. Dass Josep Borrell das Ende des Amerikanischen und den Beginn des Asiatischen Zeitalters verkündet hat, muss bei den US-Strategen nicht anders ankommen als Verrat und Fahnenflucht, wofür wenn schon nicht der Hohe Vertreter persönlich, so doch die europäischen Spitzenpolitiker als Gruppe zu bestrafen seien. Wie kommen die EU-Spitzen auch auf die Idee, die Europäische Union als einen unabhängigen Machtpol in einer multipolaren Welt zu behaupten? Auch in Bezug auf Peking hat sich der EU-Diplomat nicht gerade unbefangen geäußert: „Wir brauchen eine härtere Strategie im Verhältnis zu China, die nebenher eine Verbesserung der Beziehungen zum demokratischen Teil Asiens erfordert.“ Es ist also eher von Konfrontation statt von Kooperation die Rede. Denn es kann Peking nicht gefallen, wenn Nachbarländer, die im Spannungsverhältnis zu China stehen (bis hin zu Territorialkonflikten), plötzlich politische, wirtschaftliche, womöglich auch technische und militärische Unterstützung von Brüssel erhalten. Bedenkt man, von wem die Idee von der „Rückkehr Europas nach Asien“ eigentlich stammt: von Frankreichs Präsident Emanuel Macron, dann schleicht sich der Verdacht ein, dass die Europäische Union mit ihrer Asienstrategie Verhältnisse herbeiführen will wie im 19. Jahrhundert, als europäische Mächte die asiatischen Kolonien unter sich aufteilten und daran astronomisch verdienten. Das neue Asiatische Zeitalter muss ja kein Chinesisches Zeitalter werden: Chinas Nachbarländern, die Schwierigkeiten mit Washington haben, eine alternative Schutzherrschaft anzubieten, ist ein geostrategischer Zug, der für europäische Politiker wirklich bestechend sein muss. Allerdings muss man dabei um die Reste jenes mehr oder weniger stabilen Systems internationaler Beziehungen fürchten, die unsere großen Vorfahren aus dem 20. Jahrhundert uns überliefert haben. Angesichts der festen Entschlossenheit geopolitischer Machtzentren, ihre angehäuften Gegensätze mit einem Schlag aufzulösen, ist die Gefahr zu spüren, dass dieses System nicht mehr sehr lange zu leben hat.
"Corona	Nobelpreisträger Michael Levitt von der Stanford-Universität spricht in einem Interview von einem „Panikvirus, dass sich unter Politikern der Welt ausgebreitet hat. Der Biophysiker vermutet, dass der Lockdown zur Eindämmung des Coronavirus mehr Leben gekostet als gerettet hat. – In einem Interview mit der britischen Zeitung «Telegraph» vermutet der britisch-amerikanisch-israelische Nobelpreisträger Michael Levitt, dass der Corona-Lockdown mehr Tote verursacht, als Leben gerettet hat. Levitt ist Chemiker und Biophysiker und arbeitet als Professor an der renommierten Stanford-Universität in den USA. 2013 erhielt er den Nobelpreis für Chemie für die „Entwicklung von Multiskalenmodellen für komplexe chemische Systeme“.

Levitt spricht gegenüber dem „Telegraph“ von einem „Panikvirus“, das sich unter führenden Politikern der Welt verbreitet habe. Der überstürzte Lockdown, so Levitt, hätte mehr Schaden angerichtet als verhindert.

Kein expositionelles Wachstum
Bereits seit März äußert sich Levitt entsprechend auf Twitter. Auf seinem Youtube-Kanal erklärt er, dass es beim neuartigen Coronavirus kein expositionelles Wachstum gab. Levitt hatte bereits Mitte März die Zahlen der Infizierten nach dem Covid-19-Ausbruch in China und auf dem Kreuzfahrtschiff Diamond Princess analysiert. Damals sagte er beispielsweise Großbritannien rund 50.000 Tote voraus. Bisher sind auf der Insel knapp 37.000 an Covid-19 verstorben.

Die mögliche Zahl der tatsächlichen Todesfälle durch Covid-19 hält der Wissenschaftler für um das „10- oder 12-fache“ überschätzt. Levitt hält es für wahrscheinlich, dass das Coronavirus schneller besiegt werden kann, als von den meisten Experten vorhergesagt.

Unterm Strich mehr Leben gekostet
„Ich denke, dass der Lockdown unterm Strich kein Leben gerettet hat“, sagte Levitt dem „Telegraph“. „Ich denke, der Lockdown könnte Leben gekostet haben. Es werden sicher auch einige Leben gerettet worden sein durch weniger Verkehrsunfälle und dergleichen. Aber der soziale Schaden durch häusliche Gewalt, Scheidungen oder Alkoholismus war extrem. Und nicht zu vergessen diejenigen, deren Krankheiten in der Zeit nicht behandelt wurden.“

Levitt verleugnet weder die Existenz und Gefährlichkeit des Virus, noch lehnt er generell Maßnahmen zu dessen Eindämmung ab. Allerdings meint der Wissenschaftler, die Regierungen hätten die Menschen von Anfang an zum Tragen von Masken und zu anderen Formen der sozialen Distanzierung ermutigen sollen. Auf Twitter verweist Levitt oft auf die Vorgehensweise Schwedens, die er im Großen und Ganzen für ein Erfolgsmodell hält, wo man auch hier früher Kontaktbeschränkungen, aber eben keinen Lockdown hätte einführen müssen.

Der Wissenschaftler sagte der britischen Zeitung:
„Ich glaube, das eigentliche Virus war das Panikvirus. Aus Gründen, die mir nicht klar sind, denke ich, dass die Regierenden in Panik gerieten und die Menschen in Panik gerieten, und ich denke, dass es einen großen Mangel an Diskussionen gab.“

Chinesische Wissenschaftler haben in der Fachzeitschrift „Nature“ zwei Artikel über monoklonale Antikörper veröffentlicht, die nach ihren Angaben das Virus SARS-CoV-2 neutralisieren können.

– Den Forschern vom Institut für Mikrobiologie der Chinesischen Akademie der Wissenschaften gelang es im Laufe der Studie, aus dem Plasma eines vom Coronavirus genesenen Menschen zwei monoklonale Antikörper - CA1 und CB6 - abzusondern und ihre Eigenschaften zu beschreiben. Dabei erwiesen sich die beiden Antikörper als wirksam gegen SARS-CoV-2, wobei CB6 erfolgreich an Rhesusaffen getestet wurde.

Das Virus SARS-CoV-2 weist stachelförmige Fortsätze auf, die durch S-Protein gefaltet werden. Mit ihrer Hilfe bindet es sich an die Rezeptoren des Angiotensin-konvertierenden Enzyms 2 (ACE2) auf der Oberfläche von gesunden Zellen und dringt durch diese in den Körper ein.

Den Forschern zufolge besteht die Möglichkeit, das neuartige Virus zu neutralisieren, darin, die Bindung von sogenannten „Spike-Proteinen“ an den ACE2-Rezeptor zu verhindern. Strukturstudien von CB6 zeigten, dass dieser monoklonale Antikörper SARS-CoV-2-Antigene gut erkennt und sie verhindert.

„Wir haben unsere langjährige Erfahrung und eine integrierte Technologieplattform erfolgreich für die Erforschung und Entwicklung von Antikörpern genutzt“, sagte Hui Feng, einer der Autoren der Studie.

Insgesamt sonderten die Wissenschaftler 206 spezifische monoklonale Antikörper aus dem Plasma von acht genesenen Corona-Patienten ab. Es stellte sich allerdings heraus, dass diese Antikörper gegen andere Coronaviren wie SARS-CoV und MERS-CoV unwirksam sind. Neutralisierende Antikörper sind einer der vielversprechenden therapeutischen Ansätze zur Behandlung von Coronavirus. Sie können auch als „vorübergehender Impfstoff“ verwendet werden, um gesunde Menschen vor einer Infektion zu schützen. ac/mt

Laut der neulich in der Fachzeitschrift „Journal of Gerontology: Medical Sciences“ veröffentlichten Studie erhöht das Vorhandensein eines defekten Demenz-Gens das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs bei Corona-Patienten.

– Wissenschaftler aus der britischen Universität Exeter und der amerikanischen University of Connecticut analysierten im Rahmen einer gemeinsamen Studie die Daten aus der britischen Biobank, wo genetische Daten von rund 500.000 Menschen gespeichert sind, und stellten fest, dass bei den Europäern, die zwei fehlerhafte Kopien des APOE-Gens (genannt e4e4) haben, das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs bei Coronavirus hoch sei.

Das APOE-Gen spielt eine wichtige Rolle bei der Verarbeitung von Fetten im menschlichen Körper. Normalerweise trägt eine Person zwei Kopien dieses Gens: eine von der Mutter und eine vom Vater.

„Jede sechsunddreißigste Person europäischer Abstammung hat zwei fehlerhafte Kopien dieses Gens, was das Alzheimer-Risiko um das 14-fache erhöht. Jetzt stellte das Forscherteam fest, dass der Transfer von diesen Genmutationen die Risiken bei dem neuartigen Coronavirus verdoppelt“, hieß es in der Pressemitteilung der Universität Exeter.
Die Autoren analysierten die Daten von 382.000 Menschen europäischer Abstammung, von denen 9022 oder 2,36 Prozent zwei fehlerhafte Kopien des APOE-Gens hatten. Darüber hinaus hatten 5,13 Prozent von denen, die auf Coronavirus getestet worden waren (721 Personen), ein defektes Gen.

„Dies ist ein erstaunliches Ergebnis, weil wir jetzt genau bestimmen können, wie dieses defekte Gen die Anfälligkeit für Coronavirus verursacht. Dies kann zu neuen Behandlungsmethoden in Bezug auf Coronavirus führen“, betonte Chia-Ling Kuo, eine der Autorin der Studie.
Mitte Mai hatten die Wissenschaftler aus der Universität von Edinburgh mitgeteilt, dass sie das Erbgut von Tausenden Corona-Patienten analysieren würden, um zu verstehen, warum das neuartige Coronavirus bei den Menschen auf unterschiedliche Weisen wirkt. Sie waren davon ausgegangen, dass es in den Genen Hinweise gebe, die zu verstehen helfen könnten, wie diese Krankheit die Menschen tötet. ac/mt

	Clubs, Diskotheken, Bars stehen in der Corona-Krise vor dem Abgrund. Und die Aussichten auf eine baldige Öffnung sind gering. Partygänger müssen vermutlich noch lange darauf warten, bis ihre Lieblingsdisco wieder öffnen darf. Denn in Clubs, Bars und Discos finde der Wunhan-Lugenvirus perfekte Bedingungen für eine schnelle Verbreitung. – Es ist eng, man schwitzt, schreit einander mit geringem Abstand ins Ohr – „das ist genau dieses Szenario, bei denen es in anderen Ländern bereits zu massenhaften Ansteckungen gekommen ist. Das sind die Viren-Hotspots – gerade für das Coronavirus“, sagte der Virologe Jonas Schmidt-Chanasit vom Bernhard-Nocht-Institut für Tropenmedizin (BNITM) der Deutschen Presse-Agentur. Dagegen seien Kindergärten und Schulen deutlich weniger risikobehaftet. Das sei „im Vergleich zu Bars und Diskotheken eine ganz andere Welt. Das muss man mal deutlich sagen. Bars und Discos sind ein Hochrisiko, wenn wir das mit Kindergärten vergleichen.“ Risiko durch Alkoholkonsum Die Risiken würden zudem durch die Alkoholisierung der Gäste steigen, denn meist nehme in angetrunkenem Zustand die Bereitschaft ab, sich an die wichtigen Corona-Regeln zu halten. Außerdem mache die meist schlechte Belüftung der Räume es dem Virus noch leichter. „Sie können da nicht für eine Belüftung sorgen, sie haben vielleicht nur Anlagen, die das umwälzen oder ein bisschen verblasen. Aber eigentlich sind das kleine enge Räume.“ Das sei der beste Zustand, den er sich für ein respiratorisch übertragbares Pathogen, also einen per Atmung übertragenen Krankheitserreger, vorstellen könne. „Also der schlimmste Zustand für den Menschen. Insgesamt ist die Situation einfach ideal, um sich dort infizieren zu können.“ Mundschutz hilft da auch nicht Auch Tanzen mit Mundschutz könne da keine Abhilfe schaffen. „Das ist Blödsinn. Das wäre genau das falsche Konzept. Das ist der größte Fehler, den man machen kann.“ Die Maske sei nur ein zusätzliches Hilfsmittel, Abstand und Hygiene seien viel wichtiger. Das Sinnvollste wäre, in einen Club für sonst 100 Besucher nur fünf Gäste zu lassen. „Aber das will keiner und das macht auch keinen Sinn.“ Schmidt-Chanasit geht davon aus, dass Tanzen wie vor der Corona-Pandemie erst in vielen Monaten wieder möglich sein wird. „Erst, wenn wir einen Impfstoff haben oder die Pandemie vorbei ist und die Immunität in der Bevölkerung angestiegen ist.“ (dpa) **Der Präsident des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), Klaus Cichutek, rechnet damit, dass die Hersteller einen Impfstoff gegen das neuartige Virus „nahe am Selbstkostenpreis“ anbieten werden**. – „Es ist natürlich eine Prestigefrage, dass sich die Unternehmen gefordert fühlen, der Welt zu helfen und insofern die Welt nicht überfordern können hinsichtlich der Preise“, sagte Cichutek in der Sendung „Frühstart“ der RTL/n-tv-Redaktion. Wie viel vom späteren Kaufpreis die Krankenkassen übernehmen, sei noch nicht besprochen. Zwei deutsche Impfstoffe können bald getestet werden Das Paul-Ehrlich-Institut ist für die Zulassung von Impfstoffen in

Deutschland zuständig. Cichutek sieht zwei weitere deutsche Impfstoff-Forschungsprojekte „nahe an der klinischen Prüfung“: Die der Firma Curevac aus Tübingen und die des Deutschen Zentrums für Infektionsforschung.

„Ich rechne damit, dass in wenigen Wochen die nächste klinische Prüfung vom Paul-Ehrlich-Institut genehmigt werden kann“, so der PEI-Präsident weiter. Bislang hat nur die Firma BioNTech aus Mainz eine Genehmigung bekommen.

Flächendeckende Durchimpfung dauert Monate
Eine flächendeckende Durchimpfung der Bevölkerung in Deutschland ist laut Cichutek „eine Sache von Monaten“. Dies sei aber mit der notwendigen großen Anzahl von Impfärzten durchaus zu leisten.

Um schnell genug Dosen für eine deutschland- und weltweite Impfung zu bekommen, müssten die Herstellungskapazitäten vieler Hersteller „gepoolt“ werden, so der PEI-Präsident. Er forderte die Politik auf, über faire Verteilungsmechanismen auf der Welt zu sprechen.

„Das muss tatsächlich neu diskutiert werden, wie genau so etwas passieren kann“, sagte Cichutek in der Sendung „Frühstart“ der RTL/n-tv-Redaktion. In den vergangenen Jahrzehnten habe man es nur mit Epidemien zu tun gehabt, die sich zum Teil zu Pandemien ausgewachsen hätten und bei denen Impfstoffe bereits entwickelt waren.

Diesmal habe man es mit einem Erreger zu tun, von dem man täglich Neues lerne, so der PEI-Präsident weiter. Daher brauche es ein anderes Reglement. (dts)

Medizinische Studien zeigen, dass übermäßiger Stress und Angst zu den schwächsten und tödlichsten Gesundheitsrisiken der Welt gehören. Abgesehen von ihren offensichtlichen Auswirkungen wie Selbstmord und Drogenmissbrauch sind diese psychischen Stressfaktoren stark mit einer Vielzahl von Krankheiten wie Bluthochdruck, Verdauungsstörungen, Herzerkrankungen, Infektionskrankheiten, Krebs und Schwangerschaftskomplikationen verbunden und können diese auslösen und entzünden .

– Basierend auf einer breiten Palette wissenschaftlicher Daten hat Just Facts berechnet, dass die Angst, die durch Reaktionen auf Covid-19 entsteht, wie z. B. Bestellungen zu Hause, Geschäftsschließungen, Übertreibungen der Medien und berechtigte Bedenken hinsichtlich des Virus, zumindest zerstören wird Siebenmal mehr Jahre menschlichen Lebens als möglicherweise durch Sperren gerettet werden können, um die Ausbreitung der Krankheit zu kontrollieren. Diese Zahl ist ein absolutes Minimum, und die tatsächliche Zahl ist wahrscheinlich mehr als 90-mal höher.

  Diese Studie wurde von Joseph P. Damore, Jr. , MD, überprüft , der zu dem Schluss kam: "Diese Forschung ist engagiert und beantwortet gründlich die Frage, ob die Heilung schlimmer ist als die Krankheit." Dr. Damore ist zertifizierter Diplomat des American Board of Psychiatry and Neurology, Assistenzprofessor für Psychiatrie am Weill Medical College der Cornell University, Assistent des Psychiaters am New York Presbyterian Hospital und außerordentlicher Professor am Department of Behavioral Sciences und Führung an der US Military Academy.

	Stress- und Angstzustände Wissenschaftliche Umfragen unter US-Bürgern haben ergeben, dass die psychische Gesundheit von etwa einem Drittel bis der Hälfte aller Erwachsenen durch Reaktionen auf die Covid-19-Pandemie erheblich beeinträchtigt wurde. Beispiele sind: Eine Umfrage der American Psychiatric Association Mitte März ergab, dass 36% der Erwachsenen angeben, dass die Angst vor Covid-19 „ernsthafte Auswirkungen auf ihre psychische Gesundheit hat“. Eine Umfrage der Kaiser Family Foundation Ende März ergab, dass 45% der Erwachsenen "das Gefühl haben, dass Sorgen und Stress im Zusammenhang mit" Covid-19 "sich negativ auf ihre psychische Gesundheit ausgewirkt haben, ein Anstieg von 32% gegenüber Anfang März." Darüber hinaus gaben 19% der Erwachsenen an, dass dies einen „großen Einfluss“ auf ihre geistige Gesundheit hat. Eine Umfrage der Benenson Strategy Group Ende März ergab, dass die Covid-19-Situation die „psychische Gesundheit“ von 55% der Erwachsenen in den USA „entweder sehr stark oder etwas“ beeinflusst hat. Eine Umfrage der Kaiser Family Foundation Ende April ergab, dass 56% der Erwachsenen „angeben, dass Sorgen und Stress im Zusammenhang mit„ Covid-19 “ihre geistige Gesundheit und ihr Wohlbefinden auf verschiedene Weise beeinträchtigen“, z. B. „Schlafstörungen“, „Appetitlosigkeit“ oder mehr - Essen, häufige Kopf- oder Magenschmerzen, Schwierigkeiten bei der Kontrolle des Temperaments, Erhöhung des Alkohol- oder Drogenkonsums und Verschlechterung chronischer Erkrankungen wie Diabetes oder Bluthochdruck. Zu den Mitwirkenden an diesen Auswirkungen auf die psychische Gesundheit gehören unter anderem: empirisch begründete Bedenken hinsichtlich des Virus. Angst vor dem Tod geliebter Menschen, obwohl dies auf einen relativ kleinen Teil der Öffentlichkeit beschränkt ist, da das Virus einen von 5.000 Amerikanern getötet hat, während einer von 116 Amerikanern jedes Jahr stirbt. Medien, die die Tödlichkeit von Covid-19 übertreiben, indem: mit falschen Nennern , die die Sterblichkeitsrate übertreiben. falsche Berichterstattung über die Fähigkeit des Virus, zu mutieren und eine große, anhaltende Zahl von Todesopfern zu verursachen. Regierungsaufträge zu Hause und selbst auferlegte Isolation, wie belegt durch: Eine Ende März von der University of Phoenix in Auftrag gegebene Umfrage ergab, dass 44% der Erwachsenen in den USA einsamer sind als je zuvor in ihrem Leben. Dies ist ein Risikofaktor für Selbstmord und viele andere psychisch bedingte tödliche Probleme. Die Umfrage der Kaiser Family Foundation Ende März ergab, dass „47% der Unterkünfte negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit aufgrund von Sorgen oder Stress hatten“, eine Rate, die „deutlich höher ist als die 37% unter Menschen, die keine Unterkünfte hatten Ort." Die Umfrage der Benenson Strategy Group Ende März ergab , dass „71% der Amerikaner besorgt sind, dass Maßnahmen zur„ sozialen Distanzierung “sich negativ auf die psychische Gesundheit des Landes auswirken werden - darunter 28%, die äußerst oder sehr besorgt darüber sind. ” Von der Regierung vorgeschriebene Schließungen von Unternehmen in fast allen Bundesstaaten , die Millionen von Arbeitsplätzen gekostet haben und sich in folgenden Bereichen widerspiegeln:

	Ende April ergab die Umfrage der Kaiser Family Foundation , dass 35% der Erwachsenen und 55% der Arbeitnehmer aufgrund von Antworten auf Covid-19 „ihren Arbeitsplatz verloren haben oder weniger Stunden oder weniger Lohn hatten“. Mitte März ergab die Umfrage der American Psychiatric Association , dass 57% der Erwachsenen besorgt sind, dass Reaktionen auf die Pandemie „schwerwiegende negative Auswirkungen auf ihre Finanzen haben werden“, und 68% befürchten, dass sie „langfristige Auswirkungen auf die Wirtschaft haben werden . ” Unter allen oben genannten Zahlen sind die 19% der Erwachsenen in der Umfrage der Kaiser Family Foundation Ende März, die einen „großen Einfluss“ auf ihre psychische Gesundheit berichteten , die landesweit niedrigste Zahl von Menschen, die durch Reaktionen auf Covid-19 psychischen Schaden erlitten haben . Diese Umfrage umfasste 1.226 Befragte und hat eine Fehlerquote bei der Stichprobe für dieses Ergebnis von ± 2,2 Prozentpunkten mit 95% iger Sicherheit. Daher haben mindestens 16,8% der 255.200.373 Erwachsenen in den USA - oder 42.873.663 Menschen - durch die Reaktionen auf Covid-19 schwere psychische Schäden erlitten. Diese Zahl bildet die erste wichtige Grundlage dieser Studie. Die Tödlichkeit von Angst und Stress Medizinische Fachzeitschriften sind reich an Studien, die versuchen, die Letalität von Stress, Angstzuständen, Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen zu messen. Dies festzustellen ist sehr schwierig, da die Assoziation keine Kausalität beweist und nicht gemessene Faktoren eine Rolle spielen könnten. Eine Metaanalyse aus dem Jahr 2011 in der Zeitschrift Social Science & Medicine zu Sterblichkeit, „psychosozialem Stress“ und Arbeitsplatzverlusten ergab beispielsweise, dass „Arbeitslosigkeit mit einem erheblich erhöhten Sterberisiko bei breiten Bevölkerungsgruppen verbunden ist“ widersprüchliche Theorien darüber, warum dies so ist. Eine davon ist, dass „Arbeitslosigkeit nachteilige Veränderungen im Gesundheitsverhalten verursacht, die wiederum zu einer Verschlechterung der Gesundheit führen.“ Einfach ausgedrückt, Arbeitslosigkeit verursacht schlechte Gesundheit. Die andere Theorie ist, dass schlechte Gesundheit Arbeitslosigkeit verursacht. Beide Theorien mögen zutreffen, und Faktoren, die in den Studien nicht gemessen werden, können sowohl Arbeitslosigkeit als auch schlechte Gesundheit verursachen. Daher ist es sehr schwierig, diese Variablen zu isolieren und festzustellen, welche die anderen in welchem Maße verursachen. Bei dem Versuch, diese Unsicherheit zu beseitigen, untersuchte die Metaanalyse „235 Schätzungen des Mortalitätsrisikos aus 42 Studien“ und stellte fest, dass „Arbeitslosigkeit in Studien zur Kontrolle von Kovariaten mit einem um 63% höheren Mortalitätsrisiko verbunden ist“. Unabhängig davon, ob der Verlust von Arbeitsplätzen aufgrund von Covid-19-Sperren kurz oder nachhaltig ist, stellte die Studie fest, dass die Todeskorrelation „sowohl kurz- als auch langfristig signifikant ist“, was „die Hypothese und frühere Erkenntnisse, dass sowohl der Stress als auch der Stress eine gewisse Unterstützung bieten Negative Auswirkungen auf den Lebensstil, die mit dem Ausbruch der Arbeitslosigkeit verbunden sind, bleiben in der Regel bestehen, selbst nachdem eine Person ihren Arbeitsplatz wiedererlangt hat. “ Die Studie ist auch für den aktuellen Verlust von Arbeitsplätzen von Bedeutung und zeigt, dass zusätzliche Leistungen bei Arbeitslosigkeit,

wie sie kürzlich in das Bundesgesetz aufgenommen wurden, die Tödlichkeit von Arbeitsplatzverlusten wahrscheinlich nicht mindern werden. Dies liegt daran, dass die Metaanalyse ergab , dass die Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Tod in Skandinavien und den USA nicht wesentlich unterschiedlich sind, obwohl die skandinavischen Staaten großzügigere Sozialleistungen anbieten. Die Autoren kommen daher zu dem Schluss, dass „diese politischen Unterschiede auf nationaler Ebene möglicherweise keinen großen Einfluss auf die Sterblichkeitsrate nach Arbeitslosigkeit haben“.

Eine breite Palette anderer Studien hat ähnliche Auswirkungen auf angstbedingte Todesfälle, die durch Reaktionen auf Covid-19 verursacht werden:

Eine 1991 vom New England Journal of Medicine veröffentlichte Studie ergab, dass „psychischer Stress in einer Dosis-Wirkungs-Beziehung mit einem erhöhten Risiko für akute infektiöse Atemwegserkrankungen verbunden ist“. Eine Dosis-Wirkungs-Beziehung, wie erläutert durch epidemiologist Sydney Pettygrove „ ist einer , in dem Ausmaß der Exposition Erhöhung entweder mit einem zugeordneten Erhöhung oder einer Verringerung des Risikos des Ergebnisses.“ Sie merkt an, dass dieses Muster „als starker Beweis für einen kausalen Zusammenhang zwischen Exposition und Ergebnis angesehen wird“.

Ein Artikel aus dem Jahr 2004 in The Lancet dokumentiert, dass „Stress und Depressionen zu einer Beeinträchtigung der Immunantwort führen und die Initiierung und das Fortschreiten einiger Krebsarten fördern können...“. Das Papier beschreibt viele Studien an Menschen und Tieren, die für die Covid-19-Sperren von Bedeutung sind, beispielsweise solche, die sich mit einem „Mangel an sozialen Interaktionen“ befassen, die dazu führen, dass bestimmte Krebsarten metastasieren.

Ein Artikel aus dem Jahr 2005 im Journal of Experimental Medicine stellt fest, dass „psychische Zustände, einschließlich Stress“ einen „ausgeklügelten molekularen Mechanismus“ auslösen, der „die Wahrscheinlichkeit von Infektionen, Autoimmunität oder Krebs“ erhöht.
Eine 2012 im British Medical Journal durchgeführte Metaanalyse ergab, dass „ein Dosis-Wirkungs-Zusammenhang zwischen psychischer Belastung und Mortalität aus allen Gründen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen und externen Ursachen über das gesamte Spektrum der Belastung hinweg besteht, selbst bei Menschen, die normalerweise nicht auffallen würden von psychiatrischen Diensten. " Darüber hinaus „blieben diese Assoziationen nach Anpassung an Alter, Geschlecht, aktuelle berufliche soziale Schicht, Body-Mass-Index, systolischen Blutdruck, körperliche Aktivität, Rauchen, Alkoholkonsum und Diabetes bestehen.“ Menschen mit der niedrigsten psychischen Belastung in dieser Studie hatten ein um 20% höheres Sterberisiko, und diejenigen mit der höchsten psychischen Belastung hatten ein um 94% höheres Risiko.

Ein Artikel aus dem Jahr 2012 im Journal der American Medical Association Psychiatry analysiert die Sterblichkeitsraten von mehr als einer Million junger Männer in Schweden, die sich von 1969 bis 1994 einem von der Regierung vorgeschriebenen militärischen Entwurf unterzogen haben, der „ein strukturiertes Interview eines Psychologen“ beinhaltete Die Studie ist besonders relevant für die Auswirkungen der aktuellen Covid-19-Angst, da sie fast alle gesunden jungen Männer einer Nation betrifft und diejenigen mit „schweren“ psychischen oder physischen Störungen ausschließt, weil sie von der

		Prüfung entschuldigt wurden. Die Studie findet: Bei jungen Männern, bei denen neurotische Störungen und Anpassungsstörungen diagnostiziert wurden, war die Wahrscheinlichkeit, dass sie in der durchschnittlichen Nachbeobachtungszeit von 22,6 Jahren starben, um 76% höher. Eine neurotische Störung ist ein Problem im Umgang mit Angstzuständen, und eine Anpassungsstörung - die jetzt als „Stress-Response-Syndrom“ bezeichnet wird - ist eine „kurzfristige Erkrankung, die auftritt, wenn eine Person große Schwierigkeiten hat, mit einer bestimmten Quelle umzugehen oder sich an diese anzupassen von Stress, wie einer großen Veränderung, einem Verlust oder einem Ereignis im Leben. “ Dies sind treffende Beschreibungen der zig Millionen Amerikaner, die berichten, dass Reaktionen auf Covid-19 ihre geistige Gesundheit ernsthaft schädigen. Vorzeitige Todesfälle im Zusammenhang mit psychischen Erkrankungen „sind nicht primär auf Selbstmord oder Unfälle zurückzuführen, obwohl das Risiko für beides erhöht ist, sondern auf eine Reihe natürlicher Ursachen, insbesondere Herz-Kreislauf-Erkrankungen.“ Dies deutet darauf hin, dass sich der am weitesten verbreitete Schaden durch Sperren nicht auf offensichtliche Weise wie Selbstmorde und Überdosierungen manifestiert. Ein Artikel aus dem Jahr 2015 im American Journal of Epidemiology untersucht die Sterblichkeitsraten aller „Dänen, bei denen zwischen 1995 und 2011 eine Diagnose der Reaktion auf schweren Stress oder Anpassungsstörungen gestellt wurde“. Die Studie ergab, dass sie „während des Untersuchungszeitraums Sterblichkeitsraten hatten“ 2,2-mal höher als die der allgemeinen Bevölkerung. Eine Metaanalyse von 2015 im Journal der American Medical Association Psychiatry bietet einen systematischen Überblick über 148 Studien zu Todesfällen und psychischen Störungen mit Nachbeobachtungszeiten von einem bis 52 Jahren und einem Median von 10 Jahren. Es zeigt sich, dass das allgemeine Todesrisiko bei Menschen mit psychischen Störungen das 2,2-fache des Risikos der Allgemeinbevölkerung beträgt. Unter Aufschlüsselung dieser Ergebnisse nach Bedingungen waren die Sterblichkeitssteigerungen: 43% für Menschen mit Angstzuständen. 71% für Menschen mit Depressionen 110% für Menschen mit Stimmungsstörungen. 150% für Menschen mit Psychosen. Unter allen oben genannten Ergebnissen liegt das geringste Risiko für einen erhöhten Tod in der Metaanalyse 2012 bei 20% . Dies hat eine Fehlerquote von 13% bis 27% mit 95% iger Sicherheit. Die Untergrenze von 13% entspricht einem durchschnittlichen Verlust von 1,3 Jahren pro Person. Zur Bestätigung dieser Zahl enthielten 22 der Studien in der Metaanalyse 2015 Schätzungen für die durchschnittlichen Lebensjahre, die jede Person mit einer psychischen Störung verloren hat. Diese „lagen zwischen 1,4 und 32 Jahren mit einem Median von 10,1 Jahren“. Keine dieser Studien befasste sich mit Angstzuständen, aber die niedrige Zahl von 1,4 Jahren liefert zusätzliche Beweise dafür, dass diejenigen, die unter schwerwiegenden mentalen Auswirkungen der Reaktionen auf Covid-19 leiden, durchschnittlich mehr als ein Lebensjahr verlieren werden. Daher ist die Zahl von 1,3 Jahren verlorenem Leben ein absolutes Minimum und bildet die zweite wichtige Grundlage dieser Studie. Dies ist von Person zu Person sehr unterschiedlich und kann sein:

50 Jahre oder länger für junge Menschen, die Selbstmord begehen.
ein Monat oder weniger für ältere Personen, deren Herzereignisse durch Angst oder Einsamkeit ausgelöst werden.
zwei Jahre für Menschen mittleren Alters, deren Blutdruck früher im Leben zu steigen beginnt als ohne Covid-19-bedingten Stress.

Durch Sperren gerettete Leben
In der Wissenschaft der Epidemiologie oder der Untersuchung menschlicher Krankheiten machen es ethische und praktische Einschränkungen oft unmöglich, Experimente durchzuführen, mit denen die Auswirkungen medizinischer Interventionen endgültig nachgewiesen werden können. Dies gilt für die Bestimmung, wie viele Leben durch Regierungssperren während der Covid-19-Pandemie gerettet werden könnten.

Man kann leicht die Sterblichkeitsrate von Covid-19 - oder die Anzahl der Menschen, die an der Krankheit sterben, geteilt durch die Gesamtbevölkerung, in der sie leben - in Ländern und Staaten vergleichen, die unterschiedliche Maßnahmen ergriffen haben. Viele andere Faktoren können jedoch diese Sterblichkeitsraten beeinflussen, wie Wohlstand, Alter, Bevölkerungsdichte, Regierung, Krankenhausprotokolle, Kultur, Genetik, Ernährung und Bewegung. Zum Beispiel hat der Staat New York eine der strengsten Sperren in den USA erlassen , hat aber die 22-fache Sterblichkeitsrate von Florida, das eine der mildesten Sperren hatte.

In Anbetracht dieser Überlegungen kann die höchstmögliche Zahl für Leben, die durch Sperren gerettet wurden, durch Vergleich der Nationen Skandinaviens geschätzt werden. Dies liegt daran, dass diese Länder kulturell , wirtschaftlich und genetisch ähnlich sind, jedoch sehr unterschiedliche Richtlinien für den Umgang mit Covid-19 erlassen haben. Mit den Worten von Paul W. Franks , Professor für genetische Epidemiologie an der Universität Lund in Schweden:

Die schwedische Herangehensweise an Covid-19 könnte nicht unterschiedlicher sein als die seiner Nachbarn, da ein Großteil der Verantwortung für die Verzögerung der Verbreitung des Virus und den Schutz der Verwundbaren in den Händen der Öffentlichkeit liegt. Es ist jetzt April und mit einigen Einschränkungen bleiben schwedische Bars, Restaurants und Schulen geöffnet. ...

Dies alles steht im Gegensatz zu den weitaus durchsetzungsfähigeren physischen Einschränkungen, die in den kulturell ähnlichen Nachbarländern auferlegt wurden. Über die Grenzen in Dänemark, Norwegen und Finnland haben die Schulen vor Wochen geschlossen und die Bewegung wurde stark eingeschränkt.

Schweden hat bestimmte Maßnahmen ergriffen , um die Verbreitung von Covid-19 zu verlangsamen, beispielsweise die Beschränkung öffentlicher Versammlungen auf 50 Personen. Diese können jedoch kaum als „Sperren“ bezeichnet werden, und schwedische Geschäfte, Restaurants, Schulen, Strände und andere öffentliche Orte sind offen und geschäftig .

Stockholm, Schweden am 1. April 2020

Stockholm, Schweden, 1. April 2020 (TT-Nachrichtenagentur / Fredrik Sandberg über Reuters)

Der Vergleich der aktuellen Sterblichkeitsraten der skandinavischen Staaten ergibt einen Höchstwert für die durch Sperren geretteten

		Leben, da Schwedens Plan mehr Todesfälle in den frühen Stadien der Pandemie vorsieht, jedoch weniger später. Wie von Professor Franks ausführlich dargelegt, zeigen Simulationen, dass die Gesamtsterblichkeitsrate "voraussichtlich in allen Ländern ähnlich sein wird", aber "im Gegensatz zu seinen Kollegen wird Schweden den Treffer wahrscheinlich früher und in kürzerer Zeit erleiden, wobei die Mehrzahl der Todesfälle innerhalb des Landes auftritt." Wochen statt Monate. “ Ab dem 27. April ist die Sterblichkeitsrate in Schweden 32% höher als in den USA, 3,1-mal so hoch wie in Dänemark, 5,8-mal so hoch wie in Norwegen und 6,4-mal so hoch wie in Finnland: Teil der von Covid-19 getöteten Bevölkerung in Schweden, den USA, Dänemark, Norwegen und Finnland Bei Anwendung der Sterblichkeitsrate zwischen Schweden und Finnland von 6,4 auf die Vereinigten Staaten beträgt die maximale Anzahl von Amerikanern, die durch frühere und aktuelle Sperren hätten gerettet werden können, 616.590 . Diese Zahl basiert auf der pessimistischsten Prognose des Institute for Health Metrics and Evaluation der University of Washington von 114.228 Todesfällen in den USA bis zum 4. August . Es wird berechnet, indem 114.228 Todesfälle mit 6,4 multipliziert und dann die 114.228 Todesfälle subtrahiert werden, die unabhängig von der Sperrung auftreten. Die Zahl von 616.590 Menschenleben, die durch Sperren in den USA gerettet wurden, ist am extremsten plausibel, weil sie: verwendet die Worst-Case-Projektion für die Zahl der Todesopfer in den USA. vergleicht die Sterblichkeitsrate in Schweden mit Finnland, obwohl Dänemark - das ebenfalls eine strikte Sperrung eingeführt hat - die doppelte Sterblichkeitsrate Finnlands aufweist. geht davon aus, dass die Sterblichkeitsrate Schwedens im Vergleich zu seinen Nachbarn im Laufe der Zeit nicht sinkt, unabhängig von der schwedischen Strategie, eine Herdenimmunität aufzubauen, die den folgenden Tatsachen entspricht: Das Imperial College - dessen katastrophale Prognosen über die Todesfälle von Covid-19 eine treibende Kraft für die Sperrung durch die Regierung waren - hat anerkannt, dass „je erfolgreicher eine Strategie bei der vorübergehenden Unterdrückung ist, desto größer wird die spätere Epidemie ohne Impfung sein. aufgrund des geringeren Aufbaus der Herdenimmunität. “ In einem 2012 erschienenen Artikel in der Zeitschrift PLoS One mit dem Titel „Immunität in der Gesellschaft“ heißt es: „Wenn ein ausreichend hoher Anteil von Personen innerhalb einer Bevölkerung immun wird (entweder durch vorherige Exposition oder durch Massenimpfung), entsteht eine Immunität der Gemeinschaft oder der Herde, wodurch Individuen entstehen schlecht immunisierte Personen werden durch die kollektive "Immun-Firewall" geschützt, die von immunisierten Nachbarn bereitgestellt wird. “ Große Teile der Menschen sind sehr resistent gegen Covid-19 und haben keine Symptome, wenn sie es bekommen, was sie später zu Firewalls gegen die Ausbreitung der Krankheit macht. Zum Beispiel das New England Journal of Medicine berichtet Mitte April , dass der Universal Covid-19 Prüfung von schwangeren Frauen in zwei New York City Krankenhäuser festgestellt , dass 88% der Frauen , die für die Krankheit positiv getestet wurden , waren asymptomatisch.

	US - Bundesstaat mit strengen lockdowns-wie New Jersey und New York hat Covid-19 Sterblichkeitsraten , die drei bis fünf Mal, dass Schweden: Teil der Bevölkerung, der am 27. April 2020 von Covid-19 in den US-Bundesstaaten England, Schweden, Dänemark, Norwegen und Finnland getötet wurde Nichtsdestotrotz verwendet diese Studie das höchst unwahrscheinliche und optimistische Szenario von 616.590 Menschenleben, die durch Sperren gerettet wurden. Diese Zahl bildet die dritte wichtige Grundlage der Studie. Das verlorene und gerettete Leben vergleichen In Kombination der ersten beiden Schlüsselfiguren dieser Studie hat die Angst vor Reaktionen auf Covid-19 42.873.663 Erwachsene getroffen und wird ihnen durchschnittlich 1,3 Lebensjahre rauben und damit 55,7 Millionen Lebensjahre zerstören. Wenn man die dritte Kennzahl dieser Studie mit Daten zu Covid-19-Todesfällen kombiniert, könnten durch die derzeitigen Sperren maximal 616.590 Menschenleben gerettet werden, und die Krankheit raubt jedem ihrer Opfer durchschnittlich 12 Lebensjahre , was bedeutet, dass die Derzeitige Sperren können nicht mehr als 7,4 Millionen Jahre Leben retten. Mit anderen Worten, die Angst vor Reaktionen auf Covid-19 - wie Geschäftsschließungen, Bestellungen zu Hause, Übertreibungen in den Medien und berechtigte Bedenken hinsichtlich des Virus - wird mindestens siebenmal mehr Lebensjahre auslöschen, als möglicherweise gerettet werden können durch die Sperren. Alle diese Zahlen minimieren wiederum Todesfälle durch Angstzustände und maximieren das durch Sperren gerettete Leben. In den oben dokumentierten moderateren Szenarien zerstört Angst mehr als das 90-fache des Lebens, das durch Sperren gerettet wird, basierend auf: Die Umfrage der American Psychiatric Association von Mitte März ergab, dass Covid-19 „ernsthafte Auswirkungen“ auf die „psychische Gesundheit“ von 36% der Erwachsenen hat. Die Metaanalyse 2015 im Journal der American Medical Association Psychiatry ergab einen durchschnittlichen Anstieg der Sterblichkeit von Menschen mit Angstzuständen um 43%. die Mittelpunktprojektion der IHME von 72.433 Covid-19-Todesfällen bis zum 4. August. die Tatsache, dass die aktuelle Sterblichkeitsrate in Schweden das 5,1-fache des Durchschnitts der anderen skandinavischen Nationen beträgt . Selbst die 90-fache Zahl ist wahrscheinlich eine erhebliche Unterschätzung des gesamten Lebens, das durch Reaktionen auf Covid-19 zerstört wurde, da dies nicht erklärt: Personen unter 18 Jahren, obwohl Jugendliche überproportional anfällig für stressbedingte Selbstmorde, Drogenmissbrauch und riskante Verhaltensweisen sind , die tödliche Unfälle verursachen. Todesfälle-Not , die durch geringe Mengen an psychologischen haben eine zusätzliche 20% der Erwachsenen über die betroffenen 36% mit schweren Not nach dem Ende April Kaiser Family Foundation Umfrage-und mit einer 20% höheres Risiko für Tod assoziiert pro die 2012 Metaanalyse des British Medical Journal . psychische Zustände, die tödlicher sind als Angstzustände, wie

	Depressionen und Stimmungsstörungen. Unter den 36%, die von „schwerwiegenden Auswirkungen“ auf ihre „psychische Gesundheit“ berichten, gibt es eine Mischung von Erkrankungen, und die Metaanalyse 2015 im Journal der American Medical Association Psychiatry stellt fest, dass das erhöhte Sterberisiko für am geringsten ist Angstzustände (43%), 71% bei Depressionen und 110% bei Stimmungsstörungen. Todesfälle aufgrund nicht psychologischer Ursachen wie: Von der Regierung vorgeschriebene und persönliche Entscheidungen zur Verzögerung der medizinischen Versorgung, die die Entfernung von Tumoren, Krebsvorsorgeuntersuchungen , Herzoperationen und Behandlungen für andere Krankheiten verschoben haben , die zum frühen Tod führen können, wenn sie nicht rechtzeitig behandelt werden . wirtschaftlicher Niedergang und Staatsverschuldung , die sich negativ auf Gesundheitswesen, Ernährung, Bildung und andere Variablen auswirken , die sich auf die Lebenserwartung auswirken . Im Gegensatz zu Analysen, bei denen nur die Anzahl der Todesfälle durch Covid-19 mit anderen Ursachen verglichen wird, werden in dieser Studie die für jedes Opfer verlorenen Lebensjahre berücksichtigt. Dies steht im Einklang mit dem CDC-Grundsatz, dass „bei der Zuweisung von Gesundheitsressourcen nicht nur die Anzahl der Todesfälle nach Ursache, sondern auch nach Alter berücksichtigt werden muss“. So erklärt die CDC, dass die „Jahre potenziellen Lebensverlusts“ „zu einer tragenden Säule bei der Bewertung der Auswirkungen von Verletzungen auf die öffentliche Gesundheit geworden sind“. Dies bedeutet nicht, dass das Leben junger Menschen wichtiger ist als das älterer Menschen, aber es erkennt und erklärt die folgenden Tatsachen: Menschen können den Tod letztendlich nicht verhindern; sie können es nur verzögern. Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen einer Krankheit, bei der eine 20-jährige in der Blüte ihres Lebens getötet wird, und einer Krankheit, bei der eine 90-jährige getötet wird, die sonst einen Monat später gestorben wäre. Ein mögliches Argument gegen diese Studie ist, dass es nicht angemessen ist, Angst mit Covid-19 zu vergleichen, da die Auswirkungen von Angst oft erst in ferner Zukunft absterben, während die Todesfälle durch Covid-19 gerade eintreten. Eine solche Logik verbannt die Schäden von psychischer Belastung in Jahre, aber die Fakten sind klar, dass sie sofort töten, das Leben in der Gegenwart zu einem Albtraum machen und aktuelle und dauerhafte körperliche Beschwerden hervorrufen können, die zum frühen Tod führen. Noch wichtiger ist, dass es kurzsichtig und ausschließend ist, das in einer zufälligen Zeiteinheit verlorene Leben im Gegensatz zu einem ganzen Leben zu zählen. Andere Unterscheidungen, wie zum Beispiel, ob die Todesursache ansteckend ist oder nicht, sind ähnlich kurzsichtig. Die Hauptprobleme sind Prävention und Schaden, und der Unterschied zwischen ihnen bestimmt letztendlich, wie viel Leben gerettet oder zerstört wird. Zusammenfassung Eines der wichtigsten Prinzipien der Epidemiologie ist das Abwägen von Nutzen und Schaden. Wenn Sie dies nicht tun, kann praktisch jede medizinische Behandlung hilfreich oder destruktiv erscheinen. Mit den Worten von Ronald C. Kessler von der Harvard Medical School und

	dem Gesundheitsökonomen Paul E. Greenberg: „Medizinische Interventionen sind nur dann angemessen, wenn ihr erwarteter Nutzen die Summe ihrer direkten Kosten und ihrer erwarteten Risiken deutlich übersteigt.“ In einem in The Lancet veröffentlichten Papier über Quarantänen aus dem Jahr 2020 heißt es ebenfalls: „Die Trennung von Angehörigen, der Verlust der Freiheit, die Unsicherheit über den Krankheitsstatus und Langeweile können gelegentlich dramatische Auswirkungen haben. Selbstmord wurde gemeldet, erhebliche Wut erzeugt und Klagen nach der Verhängung von Quarantäne bei früheren Ausbrüchen erhoben. Der potenzielle Nutzen einer obligatorischen Massenquarantäne muss sorgfältig gegen die möglichen psychologischen Kosten abgewogen werden. “ Bei der Behandlung von Covid-19 und anderen Themen ignorieren Politiker jedoch manchmal dieses wesentliche Prinzip einer fundierten Entscheidungsfindung. Als Paradebeispiel bestand der Gouverneur von New Jersey, Phil Murphy, kürzlich darauf, dass er eine Sperre aufrechterhalten müsse, oder „es wird Blut an unseren Händen geben“. Was diese Aussage nicht erkennt, ist, dass Sperren auch Menschen über die oben beschriebenen Mechanismen töten. Ebenso fragte ein Reporter den Gouverneur von New York, Andrew Cuomo, nach den Auswirkungen seiner Sperrung auf Menschen, die "Selbstmord begehen, weil sie ihre Rechnungen nicht bezahlen können", und auf andere, die an den wirtschaftlichen Auswirkungen und "psychischen Erkrankungen" sterben. Als Antwort gab Cuomo fünfmal an, dass diese tödlichen Folgen „nicht der Tod“ sind. Er stellte auch die rhetorische Frage: "Wie kann die Heilung schlimmer sein als die Krankheit, wenn die Krankheit ein potenzieller Tod ist?" Die offensichtliche Antwort ist, dass die Heilung auch ein potenzieller Tod ist. In Situationen wie Pandemien und vielen anderen Bereichen der öffentlichen Ordnung sind Kompromisse zwischen Leben und Tod unvermeidlich, und wenn dies nicht erkannt wird, kann dies enormen Schaden verursachen. Dies ist der Fall bei Covid-19, wo eine breite Palette wissenschaftlicher Fakten überwiegend zeigt, dass Angst vor Reaktionen auf die Krankheit mindestens siebenmal mehr Lebensjahre zerstört, als möglicherweise durch Sperren gerettet werden können. Darüber hinaus ist der Gesamtverlust an Leben durch alle gesellschaftlichen Reaktionen auf diese Krankheit wahrscheinlich mehr als 90-mal höher als durch die Sperren verhindert. Ein letzter Hinweis für Leser, die unter Angstzuständen leiden: Angehörige von Gesundheitsberufen können diese Auswirkungen verringern. Suchen Sie daher Hilfe . Dr. Andrew Glen ist emeritierter Professor für Operations Research an der United States Military Academy. Er ist ein 30-jähriger Veteran der US-Armee und ein preisgekrönter Forscher auf dem Gebiet der Rechenwahrscheinlichkeit. James D. Ag r esti der Präsident ist nur Fakten , einem Think Tank gewidmet Veröffentlichung streng dokumentierten Fakten über Fragenöffentlichen Ordnung. *(Den Link zu diesem Artikel mit den Bildern habe ich ganz unten unter Quellangaben eingesetzt)*
"Außerhalb Corona - weltweit -	Hongkongs Regierungschefin Carrie Lam hat das von der Führung in Peking geplante sogenannte Sicherheitsgesetz verteidigt. Es werde nicht die Rechte

	und Freiheiten der Stadt beeinträchtigen, sagte Lam am Dienstag und rief die Bürger auf abzuwarten, bis Einzelheiten des Gesetzes bekannt seien, meldet Reuters. – "Es gibt keinen Grund für uns, besorgt zu sein", sagte sie in ihrer wöchentlichen Pressekonferenz. Erst am Sonntag hatten Tausende Demonstranten in Hongkong gegen die Pläne der Pekinger Führung protestiert. Die Polizei ging massiv gegen sie vor. Es gab rund 200 Festnahmen. Für Mittwoch sind weitere Kundgebungen geplant. VR China habe weniger Freiheiten als Hongkong In den vergangenen 23 Jahren, seit die britische Kronkolonie an China übergegangen ist, habe Hongkong immer wieder bewiesen, dass es das Recht auf freie Meinungsäußerung und auf Demonstrationen wahre, sagte Lam. Wie die Freiheiten in Hongkong, die über die in der Volksrepublik weit hinausreichen, auch unter dem neuen Gesetz Bestand haben sollen, ließ sie aber offen. Premier Li kündigt neue Sicherheitsgesetze an Vergangene Woche hatte Chinas Regierungschef Li Keqiang neue Gesetze und "Durchsetzungsmechanismen" zur Wahrung der nationalen Sicherheit in Hongkong angekündigt. Demnach könnten chinesische Polizei und Geheimdienste mit weitreichenden Befugnissen in die Sonderverwaltungszone verlegt werden. Die Gesetze lösten international Kritik aus. am/jeg Die britische Schriftstellerin J. K. Rowling hat laut einer Mitteilung vom Dienstag ihr Werk „The Ickabog“ erstmals publik gemacht – **und zwar kostenlos im Internet.** – Das Werk entstand demnach vor mehr als zehn Jahren als Gute-Nacht-Geschichte für Rowlings jüngere Kinder und hat mit der Welt der Harry-Potter-Bücher nichts zu tun. „'The Ickabog' ist eine Geschichte über Wahrheit und den Missbrauch von Macht“, schrieb die Autorin auf ihrer offiziellen Webseite. Die Themen seien zeitlos und keine Anspielung auf ein bestimmtes Land. Das Buch werde bis zum 10. Juli häppchenweise online erscheinen. Die ersten beiden Kapitel sind bereits auf einer speziellen Website veröffentlicht worden. „The Ickabog“ erscheine im November im Druck sowie als eBook und Audiobook und werde in verschiedenen Sprachen angeboten. Die Einnahmen sollen für Menschen gespendet werden, die von Coronavirus betroffen worden seien. Malwettbewerb Rowling annoncierte darüber hinaus einen Illustrationen-Wettbewerb, der Kindern in den „seltsamen und schweren Zeiten“ der Corona-Krise eine Ablenkung verschaffen könne. Eltern und Erziehungsberechtigte können die Zeichnungen der Kinder zu „The Ickabog“ auf Twitter veröffentlichen. Die Herausgeber würden Bilder der Wettbewerbsteilnehmer für die Ausgaben des Buches auswählen. mo/mt Russland hat nach US-Angaben kürzlich Kampfjets nach Libyen zur Unterstützung russischer Söldner im Kampf für den libyschen General Chalifa Haftar entsandt. Die Kampfjets hätten auf dem Weg von Russland nach Libyen einen Zwischenstopp in Syrien eingelegt, wo sie „überstrichen wurden, um ihre

	russische Herkunft zu verschleiern“, teilte das in Stuttgart ansässige US-Militärkommando für Afrika (Africom) am Dienstag mit. Die russischen Kampfflugzeuge dürften den Söldnern der sogenannten Gruppe Wagner zur „engen Unterstützung aus der Luft“ sowie mit „Offensivangriffen“ dienen. – „Russland versucht eindeutig, zu seinen Gunsten den Ausschlag in Libyen zu geben“, erklärte Africom-Kommandeur Stephen Townsend. Russland habe „schon zu lange das volle Ausmaß seiner Beteiligung im anhaltenden Libyen-Konflikt bestritten“. Jetzt aber gebe es „kein Leugnen mehr“. Weder die Truppen Haftars noch private Rüstungskonzerne seien ohne staatliche Unterstützung in der Lage, diese Kämpfer zu bewaffnen und zu erhalten. Diese „Unterstützung bekommen sie aus Russland“. Das US-Kommando warf Moskau vor, die Wagner-Gruppe in Libyen einzusetzen, um „seine eigene direkte Rolle zu verschleiern“ und Russland die Möglichkeit zu geben, „sein boshaftes Handeln plausibel zurückzuweisen“. Das russische Vorgehen habe den Libyen-Konflikt verlängert und mehr Todesfälle und menschliches Leid auf beiden Seiten verursacht. Russland sei nicht daran interessiert, was am besten für das libysche Volk sei, sondern wolle nur eigene strategische Ziele erreichen. US-Streitkräfte: Russlands destabilisierendes Vorgehen treibt Flüchtlingskrise in Europa an „Russlands destabilisierendes Vorgehen in Libyen wird die regionale Instabilität verschärfen, welche die Flüchtlingskrise für Europa angetrieben hat“, warnten die US-Streitkräfte. Haftars Truppen führen seit mehr als einem Jahr eine Offensive gegen die von den Vereinten Nationen unterstützte Einheitsregierung in Tripolis. In den Konflikt sind neben Russland auch andere ausländische Staaten verwickelt: Die Einheitsregierung wird von Katar und der Türkei unterstützt, die Haftar-Truppen neben Russland von den Vereinigten Arabischen Emiraten. Ein Untersuchungsbericht von UN-Experten hatte Anfang des Monats den Einsatz von Söldnern der Gruppe Wagner bei den Kämpfen in Libyen bestätigt. Moskau weist jede Verantwortung für den Einsatz der Söldner zurück, doch wird der Gruppe eine Nähe zu Präsident Wladimir Putin nachgesagt. (afp/rm) *(Die Frage die sich auftut und die auch Haftar zu Recht stellt ist: Warum beschuldigen die USA die RU mal wieder übersehen aber völlig, das Erdogan dafür stündlich/täglich sorgt, das unschuldige Zivilisten wegen seinem versuchten Landraub ihr Leben lassen müssen. Haftar bestreitet die Ausführungen der USA, das ru Maschinen eingeflogen worden seien.)*
China	84.104 Infizierte 4.638 Tote 79.361 genesen Chinas Pläne für ein Sicherheitsgesetz in Hongkong stoßen bei führenden Europa-Parlamentariern und bei deutschen Oppositionspolitikern auf scharfe Kritik. – „Die internationale Gemeinschaft muss sich mit Nachdruck für die Freiheit von Hongkong einsetzen“, sagte der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im EU-Parlament, David McAllister, der „Welt“. Die jüngsten Ereignisse müssten auch im Plenum des Europäischen Parlaments diskutiert werden, forderte der CDU-

	Politiker. Er fügte hinzu: „Der völkerrechtlich vereinbarte Grundsatz ‚Ein Land, zwei Systeme' und damit der Status Hongkongs als autonome Stadt wird durch das geplante Sicherheitsgesetz erheblich gefährdet." Peking plant derzeit ein Gesetz, das den Einsatz chinesischer Sicherheitsorgane in der Sonderverwaltungszone Hongkong ermöglichen soll. Tausende hatten am Wochenende in Hongkong trotz der Corona-Pandemie dagegen protestiert. Der Chef der China-Delegation im EU-Parlament, Reinhard Bütikofer (Grüne), appellierte an die EU-Außenminister, am Freitag in einer gemeinsamen Erklärung deutlich zu machen, dass das Vorgehen Pekings einen unzulässigen Eingriff in die Autonomie Hongkongs darstelle. Bütikofer forderte die EU auf, mehr Druck auf China auszuüben: „Es ist unangemessen für eine Wertegemeinschaft wie die Europäische Union, auf die geplante massive Einschränkung von Freiheitsrechten und auf die Hilferufe von jungen Demokratie-Aktivisten in Hongkong mit lautem Schweigen statt Klartext zu reagieren. Ich sehe hier besonders die Bundesregierung in der Verantwortung, die in einem Monat den Ratsvorsitz in der EU übernimmt." Politiker fordern klare Positionierung zu „einem Land, zwei Systeme" Die Fraktionsvorsitzenden von Grünen und FDP im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt und Christian Lindner, forderten Außenminister Heiko Maas (SPD) auf, den chinesischen Botschafter einzubestellen. „Wir müssen an der Seite der Demokratiebewegung stehen", sagte Göring-Eckardt vor einer Sitzung ihrer Fraktion. Dies müsse auch für die Handelspolitik gelten. „Hier muss ganz klar sein: kein Abkommen, wenn wir nicht eine klare Verabredung haben zu „einem Land, zwei Systeme" und keine Verschärfungen, wie sie der chinesische Volkskongress gerade beschließen will." Lindner nannte die Situation in Hongkong besorgniserregend. „Da wird Recht gebrochen. Da werden Zusagen gebrochen", sagte er am Rande einer Sitzung seiner Fraktion. „Im Schatten der Corona-Pandemie ist die Pekinger Führung dabei, den besonderen Status von Hongkong zu verändern." Auf Antrag der FDP wird der Bundestag an diesem Freitag über die Situation in Hongkong debattieren. Auch die Organisation Reporter ohne Grenzen verurteilte Chinas Pläne. „Das Gesetz verschärft die Kontrolle Pekings über Hongkong und wird es dem autoritären chinesischen Regime erleichtern, Rechte wie die Pressefreiheit in der Sonderverwaltungszone mit Füßen zu treten", sagte Geschäftsführer Christian Mihr. „Die chinesischen Behörden nutzen die nationale Sicherheit häufig als Vorwand, um die Inhaftierung von Medienschaffenden teils unter lebensbedrohlichen Bedingungen zu rechtfertigen." (dpa/rm)
Deutschland	181.524 Infizierte 8.416 Tote 162.800 genesen Laut dem US-Botschafter in Berlin, Richard Grenell, könnte der US-Kongress neue Sanktionen gegen die Nord Stream 2-Pipeline verhängen. – „Weitere Sanktionen treffen auf überparteiliche Zustimmung. Trotz des Wahlkampfs könnte die Gesetzgebung schnell vorangehen", sagte Grenell im Gespräch mit dem „Handelsblatt".

Ihm zufolge sei das Ziel der Amerikaner die Behinderung der Inbetriebnahme der Pipeline. Wie dies in der Praxis umgesetzt werden würde, hat der Botschafter nicht angegeben, aber eine Möglichkeit könnte die Androhung von Handelsstrafen gegenüber Firmen sein, die die Pipelines mit Spezialgeräten warten.

Überdies forderte Grenell Berlin auf, seine Politik gegenüber Russland zu überdenken. Er fügte hinzu:

„Deutschland muss aufhören, die Bestie zu füttern, während es zugleich nicht genug für die Nato zahlt."
Grenells Position wurde in Berlin kritisch wahrgenommen:

„Die Zeit, in der die Corona-Pandemie die Länder rund um den Globus unter gewaltigen Druck setzt, ist nicht die Zeit, um an der Eskalationsspirale zu drehen und weitere extraterritoriale, also völkerrechtswidrige Sanktionen anzudrohen", sagte eine Sprecherin von Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU).
In naher Zukunft soll Grenell seinen Posten räumen.

Nord Stream 2
Nord Stream 2 umfasst den Bau von zwei Strängen einer Gaspipeline mit einer Gesamtkapazität von 55 Milliarden Kubikmetern Gas pro Jahr von der russischen Küste über den Ostseegrund nach Deutschland. ao/mt/sna

(Eine ziemliche Frechheit diese Äußerungen, aber das kennt man ja von Grenell)

Die Mehrheit der Deutschen findet das Krisenmanagent der Bundesregierung in der Corona-Pandemie gut. Und dennoch: Mehr als jeder vierte Bundesbürger kann sich vorstellen, dass hinter den Maßnahmen zur Einschränkung der Pandemie auch andere Ziele stecken.
Je länger die Corona-Pandemie unser Leben bestimmt, desto stärker trübt sich die Stimmung der Menschen in Deutschland ein.

– Laut einer am Dienstag veröffentlichten Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Allensbach blicken aktuell nur noch 22 Prozent der Bevölkerung mit Hoffnungen auf das kommende Jahr. 44 Prozent der Befragten sehen den kommenden zwölf Monaten dagegen mit Befürchtungen entgegen. 27 Prozent äußern Skepsis.

Dass die Oppositionsparteien aus den zahlreichen Ängsten und Sorgen, die derzeit die Deutschen bewegen, bislang kaum politisches Kapital schlagen können, hängt mit dem relativ großen Vertrauen in das Krisenmanagement der Bundesregierung zusammen.

In der zweiten Maiwoche zeigten sich rund drei Viertel der mehr als 1000 befragten Bürger mit der Arbeit der Regierung zufrieden. 62 Prozent der AfD-Anhänger gaben an, dass die Bundesregierung keine gute Arbeit leiste.

Große Zustimmung für Merkel und Söder
Die größte Zustimmung erntet in der Krise Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), die bei der Lockerung der Anti-Corona-Maßnahmen immer wieder mehr Vorsicht angemahnt hat. Fast genauso zufrieden sind die Bürger mit Bayerns Ministerpräsidenten Markus Söder (CSU) (70 Prozent).

Das Krisenmanagement von Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) finden dagegen nur 32 Prozent der Befragten überzeugend.

Die Angst, sich persönlich mit dem Virus zu infizieren, ist in Deutschland zwar in den vergangenen Wochen gesunken. Waren es im April noch 44 Prozent, die fürchteten, sich mit dem Erreger der Lungenkrankheit Covid-19 zu infizieren, so sind es einen Monat später nur noch 31 Prozent.

Angst vor Wohlstandsverlust größer geworden
Größer geworden ist dagegen die Angst vor Wohlstandsverlust als Folge der Pandemie. Diese Sorge treibt laut Umfrage auch diejenigen um, die persönlich bis jetzt noch keine Einkommenseinbußen erlitten haben.

Dass sich die Konjunktur in den kommenden zwölf Monaten noch nicht erholen wird, erwarten 70 Prozent der Bevölkerung. 46 Prozent der Teilnehmer der Befragung sagen, sie rechnen mit einer Verschlechterung ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage durch die Pandemie.

Hier bietet sich für die Opposition eine Angriffsfläche, die einige Politiker auch bereits nutzen. Vor allem aus der FDP kommen seit Wochen Rufe nach einer schnelleren Aufhebung der strengen Vorschriften. Auch von der AfD gibt es solche Forderungen. In Wählerumfragen lag die AfD zuletzt zwischen neun und zwölf Prozent.

Um herauszufinden, wie viele Menschen andere Motive hinter den Regierungsmaßnahmen vermuten, haben die Demoskopen des Allensbach-Instituts gefragt:

„Man hört ja manchmal, dass es bei den Maßnahmen gegen die Corona-Krise um etwas ganz anderes geht als das, was Politik und Medien sagen. Ist da Ihrer Meinung nach etwas dran, oder ist das Ihrer Meinung nach ein unbegründeter Verdacht?“

27 Prozent der Bürger vermuten hinter Regierungsmaßnahmen andere Ziele
Eine Mehrheit von 56 Prozent hält diesen Verdacht für unbegründet. 17 Prozent sind unentschieden. Immerhin 27 Prozent der Befragten glauben aber, da sei etwas dran.

Unter den AfD-Wählern glauben 76 Prozent, dass die politisch Verantwortlichen mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie eigentlich ganz andere Ziele verfolgten. Von den Wählern der SPD vertreten nur acht Prozent diese Auffassung. Bei den Anhängern der anderen im Bundestag vertretenen Parteien liegen die Werte zwischen 20 und 29 Prozent.

Über alle Parteigrenzen hinweg sind sich die Bundesbürger einig, dass die Krise gezeigt hat, dass das deutsche Gesundheitssystem trotz Personalmangels und Engpässen bei der Schutzausrüstung deutlich besser gerüstet ist als andere Länder.

Große Defizite sehen die Bürger dagegen in anderen Bereichen – etwa in den Schulen und bei der Digitalisierung. „Die Corona-Krise hat für fast jeden Bürger spürbar gemacht, wie rückständig Deutschland in Sachen Digitalisierung ist“, sagt Klaus Schweinsberg vom Centrum für Strategie und Höhere Führung, das die Umfrage in Auftrag gegeben hatte. (dpa/nh)

Die Bundesregierung will die weltweite Reisewarnung für Touristen ab dem 15. Juni für 31 europäische Staaten aufheben,

	falls die weitere Entwicklung der Corona-Pandemie es zulässt. – Aus dem Entwurf für ein Eckpunktepapier mit dem Titel „Kriterien zur Ermöglichung des innereuropäischen Tourismus“, der möglicherweise am Mittwoch im Kabinett beschlossen werden soll und dpa vorliegt, geht hervor, dass neben den 26 Partnerländern Deutschlands in der EU das aus der Europäischen Union ausgetretene Großbritannien und die vier Staaten des grenzkontrollfreien Schengenraums dazugehören, die nicht Mitglied in der EU sind: Island, Norwegen, die Schweiz und Liechtenstein. Die Aufhebung der Reisewarnung soll gerade rechtzeitig vor der Ferienzeit das Startsignal für grenzüberschreitenden Sommerurlaub in Europa geben. Die EU-Kommission will nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur 750 Milliarden Euro für die wirtschaftliche Erholung Europas nach der Corona-Krise mobilisieren. Davon sollen 500 Milliarden Euro als nicht rückzahlbare Zuwendungen und 250 Milliarden Euro als Kredite fließen, wie die dpa am Mittwoch aus informierten Kreisen in Brüssel erfuhr. Die Zahl der polizeilich registrierten politisch motivierten Straftaten ist 2019 um gut 14 Prozent auf rund 41.000 gestiegen. Das ergibt sich aus dem Jahresbericht zur politisch motivierten Kriminalität, der am Mittwoch von Innenminister Horst Seehofer und dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, vorgestellt wurde. Bei einer virtuellen Geberkonferenz hat der deutsche Außenminister Heiko Maas zusätzliche millionenschwere Hilfen für die Leidtragenden der politischen Krise in Venezuela angekündigt. Dies gab Deutschlands Außenamt auf seiner offiziellen Webseite am Dienstag bekannt. Vor allem aus Italien und Frankreich hat Deutschland Corona-Patienten aufgenommen. Sachsens Ministerpräsident Kretschmer und Berlins Regierender Bürgermeister Müller setzen sich nun dafür ein, auch Erkrankte aus Russland in deutschen Kliniken zu behandeln. – **„Es wäre ein starkes Zeichen der Europäischen Union, wenn wir auch Patienten aus Russland bei uns behandeln würden“, so der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU) im Interview mit dem Nachrichtenportal „Spiegel“. Dies müsste eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein. „Wir versuchen insgesamt in Europa zu helfen. Und ich finde, wir sollten auch solidarisch sein mit Russland.“** Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (SPD) bietet derweil von der Corona-Pandemie betroffenen Partnerstädten an, Covid-19-Patienten in Berliner Krankenhäusern behandeln zu lassen. „Auch unserer Partnerstadt Moskau habe ich ein Angebot übermittelt. Bislang gab es keine Reaktion, ich bin dafür nach wie vor offen“, sagte Müller der Tageszeitung „Tagesspiegel“. „Wir haben Kapazitäten dafür“ Etwa 8000 der 20.000 Berliner Klinikbetten sind frei, zudem gebe es das Reservezentrum auf der Messe. Er habe kürzlich zu einer Videoschalte geladen, um über Erfahrungen in der Krise zu sprechen, so Müller: „Da haben 14 meiner Amtskollegen teilgenommen, beispielsweise Ekrem Imamoglu aus Istanbul und Sadiq Khan aus London.“ „Wenn es in Russland einen Engpass gibt, bin ich sehr dafür, Patienten aus Russland zu versorgen. Wir haben Kapazitäten dafür“, sagte auch

	Matthias Kochanek, Leiter der internistischen Intensivmedizin an der Universitätsklinik Köln, dem deutschen Auslandsrundfunk „Deutsche Welle“ (DW). Die Klinik hat rund 120 Intensivbetten, aber Patienten mit COVID-19, die künstlich beatmet werden müssen, gibt es dort derzeit keine. Neben Köln ist auch das Universitätsklinikum Bonn bereit, Patienten aus Russland aufzunehmen. Wolfgang Holzgreve, Ärztlicher Direktor und Vorstandsvorsitzender der Klinik, erklärte der DW, normalerweise würden immer wieder Patienten aus Russland und den Ländern der ehemaligen Sowjetunion behandelt. Doch wegen der geltenden Corona-Restriktionen könnten zurzeit keine Patienten aus Russland nach Deutschland einreisen. Trotz vieler Lockerungen der Corona-Beschränkungen: Messen und andere Großveranstaltungen sind noch in recht weiter Ferne. Die Branche richtet sich auf düstere Zeiten ein. **Angesichts des monatelangen Verbots für Messen und Großveranstaltungen rechnet die Branche mit einer großen Entlassungswelle**. – „Noch bevor Messen wieder durchgeführt werden können, werden weite Teile der Veranstaltungsbranche insolvent sein“, befürchtet der Geschäftsführer des Fachverbands Messe- und Ausstellungsbau (Famab), Jan Kalbfleisch, im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur. Nach rund vier Monaten ausgefallener Messen und Veranstaltungen drohe im Juni eine große Kündigungswelle, weil vielen Betrieben die Liquidität ausgehe. „Eine ganze Reihe von Unternehmen wird in großem Stil Personal abbauen.“ Nach Schätzungen des Verbandes könnten 250.000 Menschen betroffen sein. Das Instrument der Kurzarbeit hält Kalbfleisch für die Messebauer nicht für geeignet, um den Verlust von Arbeitsplätzen zu verhindern. Umsätze würden seit Monaten komplett ausblieben, während Fixkosten weiter gezahlt werden müssten. Im Durchschnitt mache ein Mitgliedsunternehmen des Verbandes – darunter viele mittelständische Messebauer – derzeit pro Monat einen Verlust in Höhe eines sonstigen Jahresgewinns. Bislang keine effektiven Hilfen von Politik Von Seiten der Politik gebe es bislang keine effektiven Hilfen, da viele der Unternehmen etwa keinen Anspruch auf Soforthilfen hätten. „Darlehen funktionieren auch nicht, weil Unternehmer für Rückzahlungen unterschreiben müssen, von denen sie eigentlich wissen, dass sie sie nicht leisten können“, kritisierte Kalbfleisch. Es brauche andere Hilfen und direktere Zuschüsse, um Zehntausende Arbeitsplätze zu sichern. Dass erste Fachmessen und Kongresse in den kommenden Monaten im Zuge der Lockerungen wieder erlaubt sein sollen, ist für Kalbfleisch bislang noch kein Grund zum Aufatmen: „Die Bereitschaft, eine Messe zu machen, heißt nicht zwangsläufig auch, dass das funktionieren wird.“ Solange Reise- und Kontaktbeschränkungen gälten, könnten viele Messen nicht in gängiger Form stattfinden, da viele einen großen Anteil an internationalen Ausstellern sowie Gästen haben. (dpa)

	Die Regeln für die Überbrückungshilfen sind nach Einschätzung der Verbände der Familienunternehmen und der Freiberufler zu lebensfremd und eng gefasst. Gerade die Realitäten der Solo-Selbständigen, bei denen eine Unterscheidung zwischen normaler Lebenshaltung und Gewerbe oft schwierig ist, weil sie von ihrer Wohnung aus arbeiten, würden nicht ausreichend berücksichtigt. – Die von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) vorgesehenen zusätzlichen Überbrückungshilfen für den Mittelstand weisen nach Einschätzung von Wirtschaftsverbänden Konstruktionsfehler auf. Bei der Ausgestaltung der Hilfen müsse sichergestellt werden, „dass coronabedingte Umsatzeinbußen, welche sich erst zeitverzögert in den Sommermonaten bis August manifestieren, ebenso berücksichtigt werden“, sagte Peter Klotzki, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Freien Berufe (BFB), dem „Handelsblatt“ (Dienstagsausgabe). „Der Lebensunterhalt sollte insbesondere im Bereich der Solo-Selbstständigen miteinbezogen werden, da hier eine starre Abgrenzung lebensfremd ist“, so der BFB-Hauptgeschäftsführer weiter. Familienunternehmen sehen Regeln als zu eng und lebensfremd Auch die Familienunternehmer melden Kritik an. Die in Altmaiers Eckpunkten vorgesehenen Grenzen für Hilfszahlungen sind nach Ansicht des Verbandes der Familienunternehmer willkürlich gezogen: „Die weitere Hilfe von mindestens 60 Prozent Umsatzeinbruch nur von zwei Umsatzmonaten abhängig zu machen, geht an der sachlichen Realität vorbei“, sagte Albrecht von der Hagen, Hauptgeschäftsführer des Verbands der Familienunternehmer, dem „Handelsblatt“. Diese willkürlich gezogene Grenze sei zu scharfkantig. Die Eckpunkte des Bundeswirtschaftsministeriums für die neuen Überbrückungshilfen für den Mittelstand, für Freiberufler und Solo-Selbständige sehen vor, dass Firmen mit bis zu 249 Mitarbeitern von Juni bis Dezember monatlich bis zu 50.000 Euro bekommen können. Antragsberechtigt sollen kleine und mittelständische Unternehmen aus allen Wirtschaftsbereichen sowie Solo-Selbstständige und Freiberufler sein. Sie müssen in den Monaten April und Mai 2020 einen Umsatzeinbruch von mindestens 60 Prozent gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten geltend machen. Gefördert werden können fixe Betriebskosten einschließlich des unabdingbaren Personalaufwands. Unternehmerlohn soll dagegen nicht förderfähig sein. (dts/al) Die private Loitz Stiftung hat ihr Interesse bekundet, die Filialen der Karstadt-Tochter Karstadt Sports zu übernehmen. – „Wir haben unseren Hut in den Ring geworfen“, sagte der Essener Unternehmer und Stiftungsdirektor Daniel Loitz der Deutschen Presse-Agentur. Zuvor hatte der Sender ntv/RTL berichtet. „Der Erhalt der Arbeitsplätze ist erst einmal das oberste Ziel“, sagte Loitz. Man habe dem für Galeria Karstadt Kaufhof zuständigen Sachwalter Frank Kebekus ein Übernahmeangebot für die Filialen sowie die Zentrale in Essen gemacht, aber noch keine Rückmeldung erhalten. Die Kette passe ins Portfolio der Stiftung, die sich besonders für Frauen im Spitzensport einsetze, so Loitz. Außerdem lasse sich das Online-Geschäft sicherlich ausbauen. Die angeschlagene Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof hat durch

	die Corona-Krise massive Einbußen erlitten und musste in ein Schutzschirmverfahren flüchten. Zuletzt war die Schließung von rund einem Drittel der Karstadt-Kaufhof-Filialen im Gespräch – welche das sein sollen und inwieweit Karstadt Sports betroffen sein wird, war jedoch noch offen. (dpa) **Die Springer-Presse fährt bereits seit Wochen eine massive Kampagne gegen den Chef-Virologen der Berliner Charité, Christian Drosten. Um ihn zu denunzieren, greift die „Bild“ auch erneut in die Trickkiste der Fake-News und Falschbehauptungen. Ein Artikel von Montag entlarvt nun die Arbeitsweise der Redaktion und sorgt für eine enorme Protestwelle.** – Zum Hintergrund: Am 29. April veröffentlichte das Institut für Virologie an der Berliner Charité, das Christian Drosten leitet, einen Zwischenstand zu einer neuen Corona-Studie. Das Forscher-Team hatte untersucht, ob Kinder genauso ansteckend sein könnten wie Erwachsene. Das Ergebnis: Sie können es. Der Appell Drostens an die Politik lautete deshalb: Eine unbegrenzte Wiedereröffnung von Schulen und Kindergärten sei in der gegenwärtigen Situation nicht zu empfehlen. Feindbild Drosten Bereits seit Wochen geht die Springer-Presse und ihr einstiges Flaggschiff „Bild“ hart gegen Drosten vor. Das Boulevardblatt versucht, den Virologen grob zu denunzieren und seine Ergebnisse durch andere Experten zu widerlegen. Warum vor allem Drosten im Fokus der Redaktion steht, ist unklar. Das kann mehrere Gründe haben: Unter anderem gab Drosten der „Bild“ in der Regel selten oder keine Interviews, man kann ihn dagegen in seinem wöchentlichen NDR-Podcast hören. Ansonsten hält sich Drosten aus den Medien heraus, in Talkshows sieht man ihn nicht. Auch zum ständigen Beraterstab der Bundesregierung gehört Drosten seit rund zwei Monaten nicht mehr. Nun hatte es die „Bild“ also auf die Kinder-Studie von Drosten abgesehen. Der Bild-Politikredakteur Filipp Piatov sammelte dazu anscheinend diverse Zitate von Medizinern, die das Zwischenergebnis der Studie anzweifeln. Dabei findet die Redaktion im Internet einzelne Kritikpunkte, unter anderem von Prof. Dominik Liebl von der Universität Bonn, Prof Jörg Stoye von der Cornell University im US-Staat New York, oder von Prof. Christoph Rothe von der Universität Mannheim. Außerdem telefonierte Piatov anscheinend mit einem Mitarbeiter Drostens, der an der Studie beteiligt ist. Soweit, so gut. Schritt für Schritt zu einem falschen Skandal Am vergangenen Montag um 15 Uhr schreibt Redakteur Piatov schließlich eine E-Mail an Christian Drosten, die Sputnik ebenfalls vorliegt. In dieser Mail sind bereits die Linie und die tendenziöse Berichterstattung des späteren Artikels erkennbar. Piatov schreibt an Drosten, dass die „Bild“ einen Artikel über die Experten-Kritik an seiner Studie verfasse. Dann listet der Redakteur einige Zitatfetzen der genannten Professoren auf. Darunter Fragen, die Drosten beantworten soll, wie: „Seit wann ist Ihnen bekannt, dass es ernstzunehmende Kritik an Ihrer Studie gibt?“ und „Stehen Sie weiterhin zu den Methoden und der Aussagekraft der Studie?“ Zur Beantwortung der Email gibt Piatov eine Frist: Dier Stellungnahme Drostens solle bis 16 Uhr geschehen. Drosten lässt die E-Mail unbeantwortet, twittert aber einen Screenshot der Mail mit den Worten

„Ich habe Besseres zu tun.“
Etwas heikel: Drosten verbreitet den Screenshot der Email inklusive Telefonnummer und Emailadresse des Redakteurs. Als dem Virologen sein Fehler auffällt, löscht er den Tweet und ersetzt ihn durch einen Screenshot ohne die persönlichen Daten.

Der Artikel erscheint dann auf der Homepage der „Bild“ am Montag um 16:34 Uhr, also nur rund eine halbe Stunde nach Ende der Frist. Um 18:32 Uhr erscheint der gleiche Artikel in einem weiteren Springer-Boulevardblatt, der „B.Z.“ aus Berlin. Es kann also durchaus angenommen werden, dass der Text bereits zum Zeitpunkt der Email-Anfrage an Drosten schon fertig war.

Zwischen den Zeilen…
Zum Inhalt: Piatov stellt die Frage, ob die deutsche Schulpolitik einer „falschen Studie“ zum Opfer fiel. Dabei wird dem Leser natürlich impliziert, dass die Studie tatsächlich bewiesenermaßen falsch sei, was so nicht stimmt. Es werden im Artikel dann die Zitat-Fetzen der kritischen Professoren genannt. Auch heißt es:

„Brisant: Nach BILD-Informationen findet die Kritik auch Zustimmung in Drostens Forscherteam. Intern wurden die Fehler bereits eingestanden.“
Dabei bezieht sich Piatov auf das Telefonat mit dem Drosten-Mitarbeiter. Belege dafür werden aber nicht genannt. Tatsächlich ist das Gegenteil der Fall: Aus dem Umfeld der Charité wurde bekannt, dass Piatov mit einem englischsprachigen Mathematiker an der Charité telefoniert hatte, der gar keine Kritik an der Studie anbrachte. Stattdessen habe der Forscher versucht hatte zu erklären, dass die Studie nur ein Zwischenstand ist und natürlich weiter geforscht werde. Nicht, weil das Ergebnis falsch sei, sondern weil ein Update erstellt werde.

„Bild“? Nein danke…
Fast zeitgleich haben sich am Montagabend auch die im Artikel zitierten Professoren per Twitter und in Interviews zu Wort gemeldet. Prof. Stoye etwa schrieb, er wolle kein Teil einer Anti-Drosten-Kampagne sein:

„Ich stand und stehe in keinerlei Kontakt zur BILD (sic!). Natürlich habe ich größten Respekt vor Christian Drosten. Deutschland kann froh sein, ihn und sein Team zu haben.“
Auch Prof. Liebl aus Bonn äußerte sich direkt. Er schrieb auf Twitter, er habe nichts von der „Bild“-Anfrage an Drosten gewusst und er distanziere sich von dieser Art, Menschen unter Druck zu setzen, auf das Schärfste:

„Wir können uns mehr als glücklich schätzen, Christian Drosten und sein Team im Wissenschaftsstandort Deutschland zu haben. They saved lifes!“
Ähnlich klingt es bei dem im Artikel zitierten Prof. Rothe aus Mannheim: Niemand von der „Bild“ habe mit ihm gesprochen, auch er distanziere sich ausdrücklich von dieser Art der Berichterstattung.

Piatov, der Autor des Artikels, sah sich danach anscheinend gezwungen, selbst auf Twitter zu reagieren. Er schreibt, dass sich die Professoren zwar von der „Bild“ distanzieren, aber an ihrer Kritik zur Studie festhalten würden. Diese öffentliche Kritik habe das Blatt lediglich zitiert. Auch „Bild“-Cheredakteur Julian Reichelt reagiert: Innerhalb von rund zwei Stunden teilt er auf Twitter 25 Reaktionen gegen Christian Drosten. Das ist ungewöhnlich und entlarvt ein

	weiteres Mal die nicht vorhandene Neutralität des Springer-Konzerns. Das Fazit: In dem Artikel wurde vom Redakteur eine der wichtigsten Aussagen der Drosten-Studie verändert: „Kinder können genauso ansteckend sein wie Erwachsene“, heißt es in B.Z. und „Bild“. Im Original der Studie hieß es jedoch „könnten genauso ansteckend sein“. Ein sehr wichtiger Unterschied. Außerdem wurden die Zitate der kritischen Professoren stark verkürzt und auch als Kritik an der Person Drostens dargestellt, was nicht stimmt. Ebenso ist die interne Kritik aus Drostens Team frei erfunden. Die Studie als grundsätzlich falsch darzustellen, ist tendenziös und widerspricht den bekannten Fakten, zumal es kein endgültiges Studienergebnis ist. Es wird weiter zu dem Thema geforscht und ausgewertet. Das interessiert die „Bild“ und Autor Filipp Piatov aber wenig. Ihm geht es um einen Skandal, der keiner ist.
Frankreich	182.847 Infizierte 28.533 Tote 65.997 genesen **Durch die Gründung einer neuen Fraktion hat die Partei von Präsident Emmanuel Macron ihre absolute Mehrheit in der französischen Nationalversammlung verloren.** Der am Dienstag neu gegründeten Fraktion Ecologie Démocratie Solidarité (Ökologie Demokratie Solidarität) schlossen sich 17 Abgeordnete an, darunter auch mehrere aktuelle und ehemalige Mitglieder der Präsidentenpartei La République en Marche (LREM, Die Republik in Bewegung). – Frankreichs Präsident Emmanuel Macron laufen immer mehr Abgeordnete davon: Zum zweiten Mal innerhalb von sieben Tagen kündigten Mitglieder seiner Partei La République en Marche (LREM, die Republik in Bewegung) am Dienstag die Gründung einer eigenen Fraktion in der Nationalversammlung an. **Macrons Kurs ist in der Corona-Krise massiv umstritten**. Die neu gegründete Gruppe namens „Agir Ensemble“ (Gemeinsam handeln) umfasst 17 Abgeordnete. Sie stammen mehrheitlich aus dem Mitte-Rechts-Lager sowie aus Macrons Partei LREM. Aus der Fraktion des Präsidenten kommen sieben Parlamentarier, die LREM hat nun nur noch 281 Unterhaus-Sitze – acht weniger als die absolute Mehrheit von 289 Sitzen. Ihre absolute Mehrheit hatte Macrons Partei zuvor bereits eingebüßt: Vor einer Woche spaltete sich eine erste Gruppe von Parlamentariern ab und schloss sich einer neuen sozial-ökologischen Fraktion an. Sie forderten von Macron massive Investitionen in das angeschlagene Gesundheitssystem und mehr Engagement für Umwelt und Soziales. Neue Gruppe „Agir Ensemble“ Die nun neu gebildete Fraktion „Agir Ensemble“ unter ihrem Vorsitzenden Olivier Becht will „konstruktiv“ mit Macrons Partei zusammenarbeiten und Gesetzesprojekte wahlweise unterstützen. Die politischen Vorhaben des Präsidenten sind dadurch nicht gefährdet: Macrons Partei kann weiter auf die Unterstützung der verbündeten Liberalen sowie der gemäßigten Konservativen zählen. Allerdings hat Macron selbst bereits angekündigt, dass er Lehren aus der Pandemie ziehen will. Die Regierung stellte zu Wochenbeginn höhere Gehälter für das Krankenhauspersonal und eine

	Nachbesserung der Gesundheitsreform in Aussicht, mit der das Milliardendefizit der Kliniken abgebaut werden soll. Viele Wähler lasten dem Präsidenten die mehr als 28.400 Corona-Todesopfer in Frankreich und den Wirtschaftseinbruch an. Laut einer neuen Odoxa-Umfrage halten ihn nur noch 35 Prozent für einen „guten Präsidenten“ – sieben Prozent weniger als vor einem Monat. Bereits zuvor waren seine Zustimmungswerte während der Massenproteste gegen die Rentenreform und der vorausgehenden „Gelbwesten“-Proteste gesunken. Kommunalwahlen Ende Juni als erster Stimmungstest Erster Stimmungstest wird die zweite Runde der Kommunalwahlen am 28. Juni. In der ersten Runde Mitte März hatten die Wähler der Präsidentenpartei einen Denkzettel erteilt, davon profitierten Grüne und Rechtskonservative. Macrons umstrittene Kandidatin für das Pariser Bürgermeisteramt, die frühere Gesundheitsministerin Agnès Buzyn, will ungeachtet der schlechten Aussichten in die Stichwahl Ende Juni gehen. Sie sei „vollends entschlossen, den Wahlkampf abzuschließen“, erklärte sie. In der ersten Runde war sie abgeschlagen auf einem dritten Platz gelandet. Buzyn wird für Fehler in Macrons Gesundheitspolitik mitverantwortlich gemacht. (afp/rm) Frankreich hat Hilfen von mehr als **acht Milliarden Euro für seine angeschlagene Automobilindustrie angekündigt.** Präsident Emmanuel Macron sagte am Dienstag, damit sollten die Folgen der Corona-Krise abgemildert werden. Eine Milliarde Euro ist nach den Worten des Staatschefs für Kaufprämien für Elektro- und Hybridfahrzeuge vorgesehen, über die auch in Deutschland seit Wochen diskutiert wird. – **Mit weiteren fünf Milliarden Euro will der Staat den Autobauer Renault unterstützen, der bereits vor der Corona-Krise rote Zahlen geschrieben hatte.** Im Gegenzug soll die französische Autobranche Arbeitsplätze im Land erhalten und sich stärker für die Elektromobilität engagieren. Renault sagte nach Macrons Angaben zu, sich an dem deutsch-französischen Batteriezell-Projekt für Elektroautos zu beteiligen. (afp/rm)
	Infizierte Tote genesen
	Infizierte Tote genesen
Mexiko	74.560 Infizierte 8.134 Tote 51.708 genesen **337 Frauen sind im vergangenen Monat in Mexiko mutmaßlich ermordet worden. Eine solch hohe Zahl hat es seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 2015 noch nicht gegeben.** – Im April sind in Mexiko mehr Frauen ermordet worden als in jedem anderen Monat in den vergangenen fünf Jahren. Mexikos Amt für öffentliche Sicherheit zählte in einer veröffentlichten Statistik 337

	Frauen, die im vergangenen Monat mutmaßlich Opfer von Morden wurden. Eine höhere Zahl gab es bisher in keinem Monat seit Beginn der statistischen Erfassung im Jahr 2015. In 70 Fällen wurde den Angaben zufolge im April eine Frau mutmaßlich Opfer eines Femizids, also wegen ihres Geschlechts umgebracht. Die Zahl der Mordopfer insgesamt sank im Vergleich zum März um 1,9 Prozent auf 3020. Besonders brutale Frauenmorde lösen Entrüstung aus Ein Anstieg der registrierten Fälle von Gewalt gegen Frauen sowie mehrere besonders brutale Frauenmorde hatten bereits vor einigen Monaten in Mexiko einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Am Weltfrauentag am 8. März gingen Zehntausende Frauen in Mexiko-Stadt auf die Straße. Mexikanische und internationale Organisationen warnten vor einem weiteren Anstieg der Gewalt gegen Frauen, als die Regierung die Menschen seit Ende März aufforderte, wegen der Coronavirus-Pandemie zu Hause zu bleiben. Im vergangenen Jahr wurden in dem nordamerikanischen Land rund 3800 Morde an Frauen registriert. Ein knappes Drittel wurde als Femizide eingestuft. In den ersten vier Monaten dieses Jahres stieg die Zahl der Frauenmorde um 7,9 Prozent im Vergleich zum selben Zeitraum im vergangenen Jahr. (dpa)
Norwegen	8.391 Infizierte 235 Tote 7.727 genesen Die norwegischen Behörden haben den Eltern mit einem Migrationshintergrund geholfen, ihre Kinder häufig gegen deren Willen in sogenannte „Koranschulen“ in den Herkunftsländern zu schicken, um die „Verwestlichung“ zu verhindern. – Dies geht aus einem Bericht hervor, der im Auftrag des norwegischen Ministeriums für Kinder- und Familienangelegenheiten verfasst wurde. Der 125-seitige Bericht unter dem Titel „Nicht nur ein Urlaub“, in dem die Rolle der Behörden in einem als „kulturelle Rehabilitation“ bezeichneten Prozess untersucht wurde, ist von einem Expertengremium verfasst worden. Demnach haben die Behörden die Familien in mehreren Fällen aktiv dabei unterstützt, ihre Kinder in die „Koranschulen“ im Ausland zu schicken, wo die Jugendlichen möglicherweise der Folter und ideologischer Gehirnwäsche islamistischer Art ausgesetzt worden seien, hieß es. Der Kinderhilfsdienst habe in einigen Fällen sogar die Tickets gekauft. Die brutalen pädagogischen Methoden und von den Medien thematisierten Missbräuche hätten zuvor auf nationaler Ebene Besorgnis erregt und die Aufmerksamkeit von Premierministerin Erna Solberg auf sich gezogen, die eine solche Praxis als illegal bezeichnete. „Die geleistete Arbeit ist nicht gut genug, wenn es darum geht, zu verhindern, dass die Kinder aus dem Land geschickt werden“, sagte die Forscherin von der Denkfabrik „Nova“, Anya Bredal, gegenüber dem Radiosender NRK. „Wir haben gesehen, dass der Kinderhilfsdienst in einigen Fällen die Familien unterstützte, die ihre Kinder in die 'Koranschulen' in Somalia schickten. Wir stehen dem sehr kritisch gegenüber. Wir empfehlen eine verstärkte Anstrengung, die es erfordert, die Fähigkeiten in Fällen

	von Kindesentführung zu verbessern“, fügte Bredal hinzu. Das Expertengremium befragte junge Menschen, die gegen ihren Willen ins Ausland geschickt wurden, und erhielt zudem Informationen von Fachleuten, Familienmitgliedern und verschiedenen Diensten. Es kam unter anderem zu dem Schluss, dass fast die Hälfte der Opfer später psychische Probleme aufwiesen Jugendliche über ihre Rechte informieren In dem Bericht wurde auch „erhebliche Verwirrung und Unklarheit“ in diesem Bereich hervorgehoben, was es den Behörden erschwere, zwischen legalen und legitimen Auslandsreisen und solchen mit rechtswidrigen Zwecken zu unterscheiden. Experten zufolge müssen Kinder und Jugendliche über ihre Rechte informiert werden - möglicherweise sogar von einem Sprecher, der sich mit diesem Thema befasst. Bredal betonte, es sei dringend erforderlich, die Kompetenz der Bildungsbehörden, der Kinderhilfsdienste und der Polizei zu erhöhen. Die heutige Botschaft „Nicht reisen“ sei für junge Menschen, die keine Stimme haben, von geringer Relevanz, hieß es. Die norwegische Ministerin für Bildung und Integration, Guri Melby, hat einen neuen Aktionsplan zur Bewältigung des Problems zugesagt. „Wir waren nicht gut genug. Die Hauptregel dafür, dass dies nicht geschieht, ist, dass Familien in Norwegen gut integriert sind, die norwegischen Werte gut kennen und dass die Kinder mit ihren Rechten vertraut sind“, sagte Melby. Opfer beklagen Gehirnwäsche Der Bericht sei im Auftrag gegeben worden, als bekannt wurde, dass norwegische Jugendliche mit einem Migrationshintergrund an die „Koranschulen“ in Somalia und Kenia geschickt wurden, um zu verhindern, dass sie „norwegisch“ werden. Neben harten Bedingungen und Folter beklagten sich die Opfer auch über die Gehirnwäsche anhand der islamistischen Lehren und des Hasses gegenüber dem Westen. Ein ähnliches Phänomen sei auch im benachbarten Schweden beobachtet worden, das auch eine beträchtliche somalische Gemeinschaft hat. Laut einem vom Bildungsministerium in Auftrag gegebenen Bericht vom Januar wurden zwischen 2016 und 2018 mindestens 400 in Norwegen lebende Kinder und Jugendliche gegen ihren Willen ins Ausland geschickt und einer sogenannten „kulturellen Rehabilitation“ unterzogen. pd/mt/sna
Polen	22.743 Infizierte 1.028 Tote 10.330 genesen **Bisher verzeichnet Polen eine niedrigere Sterberate im Lande als in den vergangenen Jahren. Dies erscheint durchaus merkwürdig, wenn man bedenkt, dass weltweit eine globale Pandemie wütet**. Auch wenn es paradox klingt, so wird der Grund für diese niedrige Zahl von Todesfällen mit dem Coronavirus selbst begründet. – Im Vergleich zu anderen Jahren sind in Polen bisher weniger Leute ums Leben gekommen als sonst, schreibt das „Schweizer Radio und Fernsehen“ (SRF) in einem Bericht. Seit das Virus am 4. März erstmalig in Polen verzeichnet wurde, seien Tausende Tote weniger

	gemeldet worden. Die Todeszahlen wurden mit den Todesfällen aus den Jahren 2015 bis 2019 verglichen. Laut SRF kämen diese Zahlen aus den Regionen sowie dem zentralen Statistikamt Polens. Gründe für niedrige Sterblichkeit Laut Virologin Emilia Skirmuntt von der englischen Oxford-Universität sterben weniger Menschen nicht trotz, sondern wegen Corona. Dafür gebe es mehrere Gründe. Einer davon sei die geringe Zahl an Autofahrern. Aufgrund der Eindämmungs-Maßnahmen der polnischen Regierung befänden sich deutlich weniger Autofahrer auf der Straße. Dies wiederum hätte zur Folge, dass weniger Menschen bei Verkehrsunfällen sterben. Als weiterer Grund wird die Verunreinigung der Luft genannt, welche aufgrund der Corona-Maßnahmen deutlich abgenommen hätte. Da Polen einen Großteil des Stroms aus Kohle bezieht, wirkt sich dies enorm auf die Luftqualität aus. Dem SRF zufolge hätten Ärzte geschätzt, dass Zehntausende an Folgen der Luftverschmutzung sterben würden. Doch da die meisten Menschen zu Hause bleiben und die Industrie momentan auf Minimalbetrieb ist, verbessert sich auch die Luft in Polen. Zudem kam es nicht zu den üblichen Todeszahlen der jährlichen Grippewelle, da viele Menschen sich aufgrund der Isolation nicht angesteckt hätten. Auch das Coronavirus habe nur wenige in Polen „erwischt“, so das SRF. Deutschland im Vergleich Auch in Deutschland kann man am Anfang des Jahres eine ähnliche Tendenz beobachten. So veröffentlichte das Statistische Bundesamt Zahlen von Todesfällen im Vergleich zu denen in Vorjahren. Diese zeigten ebenfalls, dass es bis Ende März weniger Todesfälle gab als in Jahren davor. Das Statistische Bundesamt hatte die Zahlen analysiert und festgestellt, dass „bei einer monatsweisen Betrachtung kein auffälliger Anstieg der Sterbefallzahlen im Vergleich zu den Vorjahren erkennbar“ sei. Zu den Todeszahlen im April schreibt das Statistische Bundesamt Folgendes: „Seit der letzten Märzwoche liegen die Zahlen allerdings über dem Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. Diese Abweichung nach oben war in der 15. Kalenderwoche (6. bis 12. April) am größten. In der 16. und 17. Kalenderwoche sind die Sterbefallzahlen im Vergleich zur Vorwoche zwar wieder deutlich gefallen – sie liegen jedoch noch immer über dem Durchschnitt der Vorjahre.“ lm
Russland	370.680 Infizierte 3.968 Tote 142.208 genesen **Russlands Außenminister Sergej Lawrow hat heftige Kritik an den USA wegen ihrer Weigerung geübt, die eigenen biologischen Forschungen transparent zu machen.** – Die USA blockierten die Schaffung eines Kontrollmechanismus zur Konvention über das Verbot biologischer und Toxinwaffen, sagte Lawrow am Dienstag nach einer Sitzung des Außenministerrates der Organisation des Vertrages über die kollektive Sicherheit (OVKS/CSTO). Die Sitzung fand in Form einer Videokonferenz statt. „Dabei stationieren die Vereinigten Staaten biologische Laboratorien überall in der Welt“, fügte er hinzu.

	Bioaktivitäten im Ausland transparent machen In der Sitzung sei unter anderem auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, dass alle Teilnehmerländer die Verpflichtung übernehmen, ihre biologischen Aktivitäten außerhalb der eigenen nationalen Grenzen absolut transparent zu machen. „Das betrifft vor allem die Vereinigten Staaten, die einen derartigen Kontrollmechanismus alleine blockieren und ihre globalen biologischen Aktivitäten zu militärischen Zwecken ausbauen, darunter in unmittelbarer Nähe zu unseren Grenzen“, betonte der russische Chefdiplomat. OVKS-Länder im Dialog Lawrow erinnerte daran, dass ein Dialog zu diesem Problem mit OVKS-Verbündeten geführt werde. „Ein entsprechendes Abkommen wurde bereits mit Tadschikistan unterschrieben. Verhandelt wird mit Armenien und Kasachstan.“ Coronavirus dringt zu mehr Biotransparenz Zuvor hatte Dmitri Medwedew, Vizevorsitzender des russischen Sicherheitsrates, in einem Interview der Agentur RIA Novosti erklärt, dass „das Coronavirus ein weiteres Mal dazu bewegt, über mehr Transparenz im Bereich biologischer Waffen nachzudenken“. „Die Menschheit wird sich gezwungen sehen, zur Gewährleistung der biologischen Sicherheit die völkerrechtliche Grundlage zu ändern“, betonte der Ex-Regierungschef. am/mt/jeg
Schweden	35.088 Infizierte 4.220 Tote 4.971 genesen Der Wiederaufbauplan der EU im Wert von 750 Milliarden Euro zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen durch Corona kommt bei den Schweden erwartungsgemäß nicht gut an. – In einem schriftlichen Kommentar erklärte Ministerpräsident Stefan Löfven am Mittwochabend, er fürchte, dass Schweden damit eine große Summe bezahlen werden müsse. «Schweden hat immer darauf gedrungen, dass sich der Fonds auf die Kreditvergabe konzentrieren sollte, was stärkere Anreize für eine effektive Nutzung des Geldes bietet.» Schweden, Dänemark, Österreich und die Niederlande haben sich dagegen ausgesprochen, dass die Wirtschaftshilfen an Länder wie Italien, Spanien und Griechenland als Zuschuss vergeben werden und nicht zurückgezahlt werden müssen.
Spanien	236.259 Infizierte 27.117 Tote 150.376 genesen **Die spanische Regierung hat eine zehntägige Staatstrauer um die Opfer der Corona-Pandemie angeordnet**. Diese solle am Mittwoch beginnen, erklärte Regierungschef Pedro Sánchez am Dienstag im Internet-Dienst Twitter. Er wies darauf hin, dass dies die längste offizielle Trauerperiode in Spanien seit dem Sturz von Diktator Francisco Franco und der Wiederherstellung der Demokratie 1977 ist. – Die Regierung hatte mit der Ausrufung der Staatstrauer gewartet, bis auch in den besonders betroffenen Metropolen Madrid und Barcelona die strikten Ausgangsbeschränkungen aufgehoben wurden. Unter anderem sollen ab Mittwoch nun an allen öffentlichen Gebäuden die Fahnen auf Halbmast wehen.

	Infizierte Tote genesen
	Infizierte Tote genesen
	Infizierte Tote genesen
	Infizierte Tote genesen
United Kingdom	286.616 Infizierte 37.542 Tote 1.162 genesen **In Großbritannien sollen ab dem 15. Juni alle Läden wieder öffnen dürfen**. Die geplante Wiedereröffnung nicht essenzieller Geschäfte – „vom Kaufhaus bis zum kleinen unabhängigen Laden“ **– hänge jedoch von der Entwicklung der Corona-Infektionszahlen ab, betonte Premierminister Boris Johnson am Montag in London.** Friseure, Schönheitssalons und Hotels sollen hingegen noch geschlossen bleiben. **Die Regierung plant, ab dem 1. Juni Märkte im Freien wieder zuzulassen und Kitas sowie Grundschulen wieder zu öffnen**. – Schulen öffnen ebenfalls wieder Angesichts „der Fortschritte, die wir machen“ könne Phase zwei der Lockerungen eingeleitet werden, sagte Johnson. Der Schulunterricht für die älteren Kinder soll ab dem 15. Juni wieder beginnen. „Ich bin zuversichtlich, dass der gesunde Menschenverstand der britischen Bevölkerung uns durchbringen wird.“ Die Regierung hatte Mitte Mai einen stufenweisen Fahrplan zur Lockerung der wegen des neuartigen Coronavirus verhängten Schutzmaßnahmen vorgelegt. Zu den ersten Lockerungen gehörte, dass wieder uneingeschränkt Sport im Freien erlaubt wurde. Die Menschen dürfen zudem wieder jeweils eine Person von außerhalb ihres eigenen Haushalts treffen und Ausflüge an den Strand oder in die Natur unternehmen. Zudem konnten Arbeitnehmer in der Baubranche und in Fabriken wieder an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. (afp/al)
USA	14.907.041 getestete 1.685.955 Infizierte 99.264 Tote 384.902 genesen Der Digitalkonzern Google soll jedem Mitarbeiter, der bis zum Ende des Jahres wegen der Coronavirus-Pandemie aus der Ferne arbeiten wird**, 1000 US-Dollar zur Verfügung stellen.** Dies steht in dem Bericht des CEO of Google und Alphabet, Sundar Pichai.

	Der US-Präsident Donald Trump will die Rückkehr der amerikanischen Soldaten aus Afghanistan in ihre Heimat. Für die Islamische Republik sei die Zeit gekommen, das Land selbst zu verteidigen, betonte er. US-Präsident Donald Trump hat sich erneut über die sozialen Medien beschwert, die nach seiner Ansicht konservative Stimmen völlig „verschweigen“ würden. **Dabei stellte er die Neuregulierung oder sogar Schließung der Plattformen in Aussicht.** – Viele Republikaner wie er hätten das Gefühl, dass die sozialen Medien konservative Stimmen „komplett verschweigen“, schrieb Trump am Mittwoch auf Twitter. Um dem entgegenzuwirken würde die Regierung „sie streng regulieren oder ganz schließen“, drohte er. Trump nannte dabei keine Plattform beim Namen. Er hat sich in der Vergangenheit schon öfter über Facebook beschwert. Seit Dienstag schien er aber über sein Lieblingsmedium Twitter verärgert, wo er direkt 80 Millionen Follower erreicht. Twitter hatte einen Tweet Trumps am Dienstag erstmals mit einem Faktencheck eingeordnet und darin einige Äußerungen des US-Präsidenten als falsch bezeichnet. Der Kurznachrichtendienst wandte damit seine jüngst verschärften Regeln gegen die Verbreitung irreführender Informationen an. Der US-Präsident warf Twitter daher am Dienstagabend (Ortszeit) vor, sich in die Wahl einzumischen, bei der Trump im November für eine zweite Amtszeit kandidiert. „Twitter unterdrückt die Redefreiheit völlig, und ich als Präsident werde das nicht zulassen“, wetterte Trump. pd/mt/dpa **Das Videoportal YouTube löscht automatisch bestimmte Aussagen aus Kommentaren in chinesischer Sprache, die Kritik an der Kommunistischen Partei Chinas enthalten.** Dies berichtet das Mediennetzwerk „The Verge“. – Demnach werden Kommentare auf Chinesisch mit Phrasen wie „kommunistischer Bandit“ oder „50-Cent-Partei“, die bei einer Live-Übertragung oder unter einem Video erscheinen, automatisch „etwa nach 15 Sekunden“ gelöscht. Das amerikanische Portal verweist darauf, dass der erste Ausdruck eine Beleidigung der chinesischen Regierung sei. Der zweite stehe im Zusammenhang mit der Kommunistischen Partei Chinas; er stamme aus Behauptungen, dass Kommentierer, die im Netz positiv über die Partei schreiben, 50 Cent für eine Veröffentlichung bekommen. Nicht zum ersten Mal? Laut „The Verge“ wurde das Löschen solcher Kommentare bei YouTube bereits im Jahre 2019 gesichtet. YouTube bestätigte gegenüber dem Portal, dass das Problem wahrscheinlich mit einem Fehler in den Service-Systemen zusammenhänge. Aus welchem Grund es zu diesem Fehler kam, präzisierte ein Sprecher des Unternehmens nicht, gab aber an, dass bereits eine Untersuchung eingeleitet worden sei. Das Google-Videoportal Youtube, Online-Netzwerke wie Facebook und Twitter, Dienste wie Blogger und Wikipedia sind in China aufgrund der Internet-Zensur gesperrt. ak/sb **Li Feifei steht in enger Verbindung mit Auslandsorganisationen der Kommunistischen Partei Chinas, ist Expertin für Künstliche**

	Intelligenz und wurde nun für das Twitter-Direktorium engagiert. Nun befürchten Twitter-User die Ausbreitung von Zensur zugunsten der KPCh im Mikrobloggingdienst. Die ersten Konten wurden bereits gesperrt. – Vergangene Woche gab der Social Media-Riese, die Twitter Inc. Aktiengesellschaft, die Ernennung einer neuen „unabhängigen“ Direktorin im Board of Directors bekannt. Li Feifei, Informatikprofessorin an der Stanford University in Kalifornien, USA, war vor einiger Zeit noch Chefwissenschaftlerin des Google AI China Centers, der Abteilung des Konzerns für Artificial Intelligence (AI, KI, Künstliche Intelligenz). Die Aufregung im Internet war groß. Doch offensichtlich will Twitter mit diesem Schritt seine Wettbewerbsfähigkeit in Bezug auf Künstliche Intelligenz (KI) gegenüber Google und Facebook stärken. Der Kritiker „Life Vision“ nannte Li Feifei direkt eine „rote Expertin“. Der in Frankreich lebende Kritiker Wang Longmeng meinte, dass – im Gegensatz zu Google und Facebook – Twitter immer als soziales Medium angesehen wurde, dass sich der KP China gegenüber selten gebeugt habe. Die Amtsübernahme von Li Feifei gebe jedoch Anlass zur Sorge, dass man nun einen „Fuchs schickt, um den Hühnerstall zu bewachen“. Erhöhte Zensurgefahr bei Twitter? Der in Finnland lebende unabhängige Journalist Li Fang verwies in diesem Zusammenhang auf ein ausländisches Mitglied der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, Huang Xutao (Thomas Huang, University of Illinois), ein UnterstützerLi Feifeis. Dieser hatte eine große Anzahl Experten für visuelle Erkennung für China ausgebildet und wurde dabei offenbar zum Aufbau eines riesigen nationalen Überwachungsnetzwerkes benutzt. Li Fang glaubt deshalb, dass die Einberufung von Li Feifei ins Twitter-Direktorium nun das Zensurrisiko bei dem in China verbotenen Mikrobloggingdienst erhöhen werde. Im April 2016 hatte der Internetkonzern bereits die chinesische Informatikerin Chen Kui (Kathy Chen) zur Leiterin der Region Greater China von Twitter ernannt. Chen arbeitete früher als Ingenieurin in der militärischen Raketenforschung (bis 1997) in China und in einem Joint Venture mit Beteiligung der Polizeibehörden für Öffentliche Sicherheit (1999 – 2005). Aufgrund dessen machten sich viele User Sorgen um die Unabhängigkeit von Twitter und protestierten gegen den Einsatz von Kathy Chen mit ihrem „roten“ Hintergrund, weshalb Chen nach acht Monaten Twitter wieder verließ. Twitter sperrt Accounts Vor einigen Tagen wurde nun bekannt, dass mehrere Twitter-Konten, wie etwa „Beacon News“, „Calvin Watch America“ und „Cold Finance Eyes“ von Twitter für Beiträge über die neue „unabhängige“ Direktorin Li Feifei gesperrt worden waren. „Cold Finance Eyes“, ein Finanzkommentator, sagte, dass Twitter viele User wegen Li Feifeis Hintergrund blockiere. Er verwies auch auf den Umstand, dass Li Feifei zwar die Zusammenarbeit bei Google mit dem US-Militär ablehnte, aber bei der Zusammenarbeit mit der Tsinghua Universität und demzufolge auch mit dem chinesischen Militär offenbar keine Probleme hatte. Er schlug vor, dass das FBI die Sache

	untersuchen sollte. Im Interview mit der chinesischsprachigen Epoch Times gab er an, dass am Montag, 18. Mai, gegen 19 Uhr seine vier Konten (darunter: @ charles984681, @ goodrick8964 und @ ziyoufeng8964) gleichzeitig gesperrt worden waren, ohne dass Twitter auch nur einen Grund dafür angab. Der User legte Beschwerde ein und wollte auch die Möglichkeit der Strafverfolgung nicht ausschließen. Er gab an, dass die Accounts Hunderttausende Fans hätten und es Jahre gedauert habe, diese aufzubauen. Es brauche auch viel Zeit, jeden Tag zahlreiche Artikel zu veröffentlichen und Videos zu bearbeiten. Mehrere Twitter-User wurden offenbar im Zusammenhang mit der Ernennung von Li Feifei ins Direktorium von Twitter gesperrt.Foto: Screenshot Er meinte, dass es nicht fair sei, dies alles innerhalb einer Sekunde zu blockieren und dass wir unsere Rechte schützen müssten. Am 23. Mai teilte ihm Twitter mit, dass die Veröffentlichung derselben Inhalte auf mehreren Konten gegen die Regeln sei. Er könne nur einen der vier Accounts entsperren. Meinungsfreiheit und demokratische Prinzipien „Ich frage Li Feifei: Wenn Sie denken, es sei ein Gerücht, können Sie mich verklagen, Sie können mich widerlegen. Man soll dich aber nicht einfach löschen, wie die KPCh es macht und du keine Chance zu sprechen hast. Ich denke, dies entspricht nicht der Meinungsfreiheit in einer demokratischen Gesellschaft. Prinzipien." „Lighthouse Explosion News Agency", der Leak-News veröffentlicht, hatte Zehntausende von Fans. Der Kanal veröffentlichte beispielsweise auch Informationen über Li Feifeis Villa mit einem Marktwert von fast zehn Millionen US-Dollar, woraufhin der Account gelöscht wurde. Ein nicht genauer genannter User brachte es mit einem Kommentar auf den Punkt: „Li Feifei kommt, ich muss rennen." Nach dem Tweet wurden seine Haupt- und Backup-Nummern gesperrt. Unabhängiger Social-Media-Verband gefordert Viele Internetnutzer hinterließen auf Li Feifeis Twitter-Account demnach Fragen: „Kann Twitter ein chinesisches Weibo werden?" oder „Können Sie uns etwas über das Libellenprojekt erzählen?" [Anm. d. Red.: Googles „Dragonfly"] Doch Li Feifei antwortete nicht. „Cold Finance Eyes" sagte, dass es in der Tat schrecklich sei, dass die Kommunistische Partei Chinas die USA infilitriert und nannte den Begriff „Trojanisches Pferd" in diesem Zusammenhang. „[Ich] habe viele zu tragische Dinge um mich herum gesehen, zum Beispiel wegen Zwangsenteignungen sprangen viele von Gebäuden. Wenn man versucht, seine Rechte zu verteidigen, wird man von der Regierung unterdrückt. Man hat einfach das Gefühl, dieses Land sei abnormal, sehr dunkel, und es gibt keine Möglichkeit, seine Rechte geltend zu machen, keine soziale Hilfe dabei. Solange die Kommunistische Partei nicht untergeht, werden die Menschen in diesem Land weder Sicherheit noch Freiheit haben. Sie muss fallen – oder was für ein Leben führen die einfachen Leute sonst hier?" „Cold Finance Eye" forderte die Gründung eines unabhängigen Social-Media-Verbandes, um die Benutzerrechte zu schützen. Kommunistische Ehren für Li Feifei

Wie allerdings in diesem Zusammenhang bekannt wurde, genießt die neue Direktorin auch bei Chinas Kommunistischer Partei ein gewisses Ansehen, sodass diese durch die Zeitung „China Women's Daily“ als eine der „Top Ten Female Characters“ auszeichnet wurde, wie der chinesische Staatssender CCTV berichtete.

Bei den ausgesuchten Frauen in der staatlichen Zeitung handelte es sich um parteitreue Wissenschaftlerinnen oder um andere Frauen, die sich gut für die Parteipropaganda einspannen lassen.

Die (kommunistische) Exklusivität der Preisträgerinnen zeigte sich dadurch, dass unter ihnen auch Hongkongs Peking-treue Regierungschefin Carrie Lam oder die Nachwuchskommunistin Su Mingjuan waren, die 2017 zur stellvertretenden Parteisekretärin der Kommunistischen Jugendliga der Provinz Anhui ernannt wurde.

Die ebenso hervorgehobene Li Feifei wurde als „bekannte chinesische Expertin auf dem Gebiet der künstlichen Intelligenz“ und Laborleiterin für KI an der Stanford University vorgestellt. Zum Zeitpunkt der „Ehrung“ arbeitete sie bereits als Chefwissenschaftlerin bei Googles AI China Center.

Im Januar 2018 wurde Li Feifei von der Kommunistischen Partei Chinas mit dem „Top Ten Female Character Award“ (2017) ausgezeichnet.

2 元旦特刊

2017十大女性人物

Chinas Interesse an KI und Big Data
Obwohl die Suchmaschine Google seit 2010 Jahren in China gesperrt ist, veranstaltete Google zusammen mit dem chinesischen Regime im Mai 2017 das Future of Go Summit. Mitte Dezember 2017 eröffnete Google in Beijing unter der Leitung der Wissenschaftlerinnen Li Feifei und ihrer Stellvertreterin Li Jia das Google AI China Center. Laut CCTV glaube Google-Chefwissenschaftlerin Li Feifei, dass Daten eine wichtige Kraft für China seien, um die Entwicklung künstlicher Intelligenz zu fördern.

Zu diesem Zeitpunkt berichtete die BBC, dass Google zwei Niederlassungen mit 600 Mitarbeitern in China betreibe. Allerdings seien die Zensurmaßnahmen Chinas seit 2016 immer schärfer geworden, die „Große Firewall“ immer ausgefeilter. Laut dem öffentlich-rechtlichen Sender Großbritanniens habe China im Juli 2017 seinen nationalen Plan für KI zum Einholen der USA angekündigt. Auf diesem Forschungszweig liegt jedoch auch der Schatten der Überwachung von Menschen in Chinas durch Technik aus dem

Bereich Künstliche Intelligenz.

Chinas Führer Xi Jinping forderte dem Artikel nach in der zweiten Dezemberwoche 2017 hochrangige Beamte bei einem wichtigen Treffen der Kommunistischen Partei dazu auf, „die Implementierung von Big Data zu beschleunigen“. Xi betonte zudem „die Notwendigkeit, Big Data zur Verbesserung der Regierungsführung einzusetzen“.

Anfang 2017 kam Li Feifei zu Google. Nachdem der Internetkonzern im Dezember 2017 das Google AI China Center unter Li Feifeis Führung gegründet hatte, kündigte Li den Aufbau einer kooperativen Beziehung mit dem Forschungsinstitut für künstliche Intelligenz der Universität Tsinghua (Tsinghua AI) in Peking an, einer vom chinesischen Militär unterstützten Institution.

Tsinghua hatte erst im Juni 2017 das „National Defense Advanced Technology Laboratory für militärische und zivile Integration“ eingerichtet, dessen vorrangiges Projekt die KI-Technologie sei, berichtet in diesem Zusammenhang die chinesischsprachige Epoch Times (DaJiYuan, DJY).

Laut Angaben der Tsinghua-Universität zur offiziellen Eröffnung am 28. Juni 2017 handelt es sich dabei um ein „High End-Labor für militärische Geheimdienste“, errichtet im Auftrag der Wissenschafts- und Technologiekommission der Zentralen Militärkommission Chinas. Auch Googles KI-Chef Jeff Dean wurde bei Tsinghua als Mitglied des Beratungsausschusses für Informatik engagiert.

Forschung für Kampfjets
Im Juni 2018 wurde ein Artikel des Tsinghua-Vizepräsidenten Zheng You vom Bildungsministerium Chinas veröffentlicht: „Der Weg zur Entwicklung künstlicher Intelligenz für die militärisch-zivile Integration.“ Der Autor thematisierte dabei auch die enge Integration in die „AI Power Strategy“, um „sicherzustellen, dass die Grundlagenforschung der KI die militärische Anwendung der KI effektiv unterstützt“.

Laut You habe die KI-Forschung der Universität zwei Hauptrichtungen: Die Grundlagenforschung und die angewandte Technologieforschung, wobei es Hauptziel der Letzteren sei, die militärischen Bedürfnisse der nationalen Verteidigung zu erfüllen.

Am 28. Juni 2019 veröffentlichte die offizielle Website der Chinesischen Akademie der Wissenschaften ein Papier mit der Behauptung, dass Zhai Shumin, ein chinesischer Spitzenwissenschaftler im Google AI-Team, eine Technologie für die Mensch-Maschine-Interaktion im J-20, dem fortschrittlichsten Stealth-Kampfflugzeug der Kommunistischen Partei, entwickelt habe. Der Jet verfügt demnach über einen um mehr als 50 Prozent größeren Touchscreen als der F-22-Kampfjet (Raptor) der U.S. Army. Er sei sogar um 35 Prozent größer als der des F-35 (Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug).

Brasilien hat sich zum neuen Coronavirus-Epizentrum entwickelt. Präsident Trump greift durch und beschränkt Einreisen aus Brasilien - früher als zuvor angekündigt.

- Die US-Regierung zieht die wegen der Corona-Pandemie getroffenen Einreisebeschränkungen für aus Brasilien kommende Menschen um zwei Tage vor. Die neue Regelung gelte nun ab Mittwoch, teilte das Weiße Haus mit.

	Demnach dürfen Brasilianer und Ausländer, die sich in den zwei Wochen vor einer geplanten Einreise in dem Land aufgehalten haben, nicht mehr in die USA kommen. Ausgenommen davon sind unter anderem US-Bürger, deren Familienangehörige, Menschen mit dauerhafter Aufenthaltsgenehmigung und Diplomaten. Die Regelung ist zeitlich nicht begrenzt. Zuvor hatte es geheißen, die Vorschrift solle ab Freitag gelten. Begründet wurde die Änderung nicht. Brasilien ist mit rund 210 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Lateinamerikas. In dem Land ist unter anderem die Wirtschaftsmetropole São Paulo – aus der es Direktflüge in die USA gibt – schwer von der Corona-Pandemie betroffen. (dpa/nh) Die wie alle Airlines von der Corona-Pandemie schwer angeschlagene Fluggesellschaft Latam hat in den USA Insolvenz angemeldet. – Die größte Airline Lateinamerikas und ihre Töchter in Chile, Peru, Ecuador und Kolumbien sollten unter Gläubigerschutz nach Kapitel 11 des US-Insolvenzrechts nun umgebaut werden, kündigte Konzernchef Roberto Alvo am Dienstag an. Latam kann ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. Auswirkungen auf die Passagier- und Frachtflüge gebe es nicht, versicherte Latam. Die Airline hatte vergangene Woche angekündigt, ab Juni den Flugbetrieb in noch sehr eingeschränktem Umfang wieder aufzunehmen. Im April hatte Latam die Zahl der Flüge um 95 Prozent reduziert und internationale Verbindungen ganz ausgesetzt. Mitte Mai kündigte der Konzern die Entlassung von 1400 der rund 42.000 Beschäftigten an, weitere 800 sollen frühzeitig in Rente gehen. Latam, eine Fusion der LAN in Chile und der TAM in Brasilien, fliegt normalerweise 145 Ziele in 26 Ländern an – vor Corona gab es täglich 1400 Flüge. Jährlich zählte die Airline mehr als 74 Millionen Passagiere. (afp) **Boeing entlässt Tausende US-Mitarbeiter wegen Virus-Krise** **Der Flugzeughersteller will im Zuge der Virus-Krise mehr als 12.000 Stellen in den USA abbauen. Wie Boeing mitteilte, wurde der Wegfall von 5520 Stellen genehmigt, die US-Mitarbeiter werden den Konzern freiwillig in den kommenden Wochen verlassen. Ferner werde Boeing in dieser Woche 6770 Beschäftigte über ihre Entlassung informieren. Angesichts der wegbrechenden Nachfrage nach Flugzeugen in der Pandemie versucht der Flugzeugbauer, die Kosten massiv zu senken. Boeing hatte im April angekündigt, in diesem Jahr zehn Prozent seiner weltweiten Belegschaft von 160.000 Mitarbeitern abzubauen.** **Das Weiße Haus hat Schutzmaßnahmen für Staats- und Regierungschefs gegen das Coronavirus zugesichert, sollte der G7-Gipfel im kommenden Monat doch in Washington zusammenkommen.** – Die Sprecherin des Weißen Hauses, Kayleigh McEnany, sagte am Dienstag, dafür aus dem Ausland anreisende Politiker würden genauso

	geschützt „wie die Menschen im Weißen Haus“. In der US-Regierungszentrale hat es in der Pandemie mindestens zwei bestätigte Infektionen gegeben. McEnany sagte, US-Präsident Donald Trump wolle, dass der Gipfel der führenden Industrienationen „im Zuge der Wiedereröffnung Amerikas“ tage. Ausländische Staats- und Regierungschefs stimmten der Idee zu. Noch ist allerdings unklar, ob die Staats- und Regierungschefs der anderen G7-Staaten trotz der derzeit geltenden Reisebeschränkungen tatsächlich anreisen würden. Einen Termin gibt es noch nicht. Nach McEnanys Worten ist Ende Juni angepeilt, Tagungsort des Gipfels ist demnach das Weiße Haus.

verwendete Quellen:
https://edition.cnn.com/2020/02/06/health/wuhan-coronavirus-timeline-fast-facts/index.html

https://www.studyfinds.org/

https://deutsch.rt.com/

https://rp-online.de

https://tass.com/

https://www.reuters.com/

https://thefederalist.com/

https://de.wikipedia.org/wiki/COVID-19-Pandemie

https://www.zeit.de/wissen/gesundheit/2020-03/coronavirus-ausbreitung-zeitverlauf-landkreise-staedte-karte

https://de.sputniknews.com/

https://sana.sy/en/?p=189676

https://www.zerohedge.com/

https://www.express.co.uk/

https://www.independent.co.uk/news/world/un-running-out-money-finance-guterres-secretary-general-united-nations-a9148601.html

https://www.pharmaceutical-technology.com/news/coronavirus-a-timeline-of-how-the-deadly-outbreak-evolved/

https://www.epochtimes.de

https://www.n-tv.de/panorama/21-08-Spanien-bitte-Nato-um-medizinische-Hilfe--article21626512.html

https://futurism.com/

https://www.justfacts.com/news_covid-19_anxiety_lockdowns_life_destroyed_saved